DM 6,–
Österreich 50,– öS
Schweiz 6,– sfr

Nr. 11 November 1986 8. Jahrgang E 8080 E

Diagnosen

Das zeitkritische Magazin

Europa:

Nationalisten gegen Rote

Geheimdienste: CIA liiert mit dem Mossad und die Israelis mit dem KGB



USA beschuldigt wegen Verrat! Erstes Exklusiv-Interview mit dem gestürzten Ex-Präsidenten der Philippinen Ferdinand Marcos

Wie Reagan einen langjährigen Freund und Verbündeten verrät und verleumdet

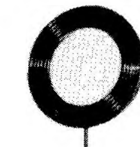
Südafrika:

Gefährliche Mythen zur Vernichtung der Weißen

Nicaragua:

Die Totenglocke für die Marxisten läutet

Strahlen beeinflussen Ihr Wohlbefinden!



Erforschen Sie die energetischen Lebensfunktionen im menschlichen Organismus und in der Natur mit dem BIOTENSOR, dem universalen Test- und Diagnosegerät. Eine Entwicklung der BIOPLASMA FORSCHUNG Dr. Josef Oberbach.

Der BIOTENSOR das Test- und Diagnosegerät

Der **BIOTENSOR,** auch als Einhand-Wünschelrute bezeichnet, ist ein Spezialmeßgerät von einzigartiger Sensibilität und Präzision.
Er ermöglicht dem geübten und sensiblen Anwender die Erkennung und Erfassung der Natursysteme Curry Netz-Gitter, Wasseradern, globales Netzgitter, PWL-System bis zu geologischen und stellaren Energie-Situationen.
Der Biotensor dient dazu, Substanzeinnahmen im Beziehungstest auf ihre Verträglichkeit zu prüfen. Er lokalisiert bioenergetische Vorgänge im menschlichen Körper, hilft die Ursachen von ungesunden Häusern, Räumen, Schlaf-, Sitz- und Arbeitsplätzen zu erforschen sowie unterirdische Vorkommen wie Wasser, Mineralien, Erze und vieles mehr zu entdecken.

Der BIOTENSOR ermöglicht unter anderem:

- Die Konstruktion und Lokalisation des ionenträchtigen elektromagnetischen Erdfeldes aufzufinden und sichtbar zu machen (Beziehungstest).
- Die momentane Luftionisation zu bestimmen (Linker-Hand-Test).
- Föhn-, Erdbeben- und Ionenlawinen-Situationen zu erkennen und zu unterscheiden.
- Die Natur-Systeme Curry Netz-Gitter, Globales Netzgitter, PWL-System sowie geologische und stellare Energie-Situationen zu identifizieren.
- Radioaktive Substanzen und Röntgenemissionen von Geräten zu orten.
- Substanzen-Einsatz und Verträglichkeit zu testen (Beziehungstest).
- Bio-Energetische Vorgänge im menschlichen Körper zu lokalisieren (Spezial-Meßverfahren mit den BT-RESONATOREN).
- Zellkern-Erregungszustände (nach den Erkenntnissen von Dr. Oberbach) zu lokalisieren und zu identifizieren (Spezial-Meßverfahren mit den BT-RESONATOREN).
- Energieschwache Meridianbahnen zu erkennen u. v. m.

Unentbehrliche Helfer und Wegweiser dieser Außenseiter-Forschung sind die beiden Bücher **»FEUER DES LEBENS«** das radiästhetisch, medizinische Lehrbuch und **»DAS GROSSE BIOTENSOR PRAXIS BUCH«** mit 94 Fallbeispielen und einer ausführlichen Anleitung zur Handhabung des **BIOTENSORs.**

Ausführliches Prospektmaterial mit genauen Anwendungsbeschreibungen und Beispielen werden kostenlos versandt. Rufen Sie uns an.



BIOPLASMA FORSCHUNG DBF
VERTRIEBS GMBH MICHAEL GEISELER
ARABELLASTRASSE 5 (ARABELLAHAUS)
8000 MÜNCHEN 81 ☎ 089-92323512

Informations-Coupon:
Senden Sie mir kostenfreies Prospektmaterial über den BIOTENSOR und die beiden genannten Bücher.

Vor-/Zuname:

Straße:

Ort:

Telefon:



JEDEN MONAT NEU!

Diagnosen

+++ Leser werben Leser +++ Leser

Lieber Diagnosen-Leser,

diese Zeitschrift versucht einen geistig-politischen Wandel in Deutschland einzuleiten. Denn trotz der schlimmen Erfahrungen eines halben Jahrhunderts und trotz aller demokratischen Rechte und Pflichten hält es die Mehrzahl der Deutschen heute nicht für erforderlich, sich um eine sachlich fundierte politische Überzeugung zu bemühen oder gar sich zu einer solchen öffentlich zu bekennen, sofern sie den herrschenden Auffassungen widerspricht.

Man freut sich wie ein Kind an den materiellen Konsumwerten unserer Gesellschaft, soweit man daran beteiligt ist, und denkt mehr an das Heute als an das Morgen. Inmitten schicksalsschwerer weltpolitischer Spannungen lebt man in einem spießbürgerlichen Behagen, das nur von Zeit zu Zeit – wenn die Drahtzieher die Deutschen wie Puppen bewegen – durch Angstträume unterbrochen wird.

Es sieht aber nicht so aus, als werde dieses Behagen noch lange andauern. Die Welt von heute ist anders als die Welt von gestern, und die Welt von morgen wird nicht mehr die von heute sein.

Ob es sich um Wirtschaftsfragen, Probleme des Dollars, der NATO, der Europäischen Gemeinschaft, der dritten Welt oder des Zionismus handelt, kein Volk wird von diesen Fragen und damit zusammenhängenden Entscheidungen stärker berührt als das deutsche.

Das Herannahen der großen weltpolitischen Entscheidungen zwingt auch politisch träge Bundesbürger, sich Gedanken über ihr Morgen zu machen. Das führt sie aber von selbst zu dem Gestern, zu der Frage, ob die Führung der Bundesrepublik in ihrer Politik dem Lebensinteresse des deutschen Volkes aufs beste dient oder Irrwege im fremden Auftrag geht, ob die bundesdeutsche Demokratie der sachlichen Meinungsbildung über politische Ziele und Methoden den erforderlichen Spielraum gewährt und wie es bei uns überhaupt um Demokratie und Freiheit bestellt ist.

Als Leser von »Diagnosen« kennen Sie bereits viele Zusammenhänge und die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von »Diagnosen« werden könnte.

Für Ihre Mühe wollen wir Sie gern entschädigen: Wenn Sie uns einen Abonnenten nennen, erhalten Sie als ***Prämie das Buch von Peter Blackwood »Die Netzwerke der Insider«.***

Vielen Dank
Ihr
Verlag Diagnosen



Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für DIAGNOSEN geworben.

Senden Sie DIAGNOSEN ab ______ bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 60,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 60,– DM anbei (Ausland: DM 72,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Die Netzwerke der Insider«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift und ist nicht mit mir identisch. Meine Anschrift:

Name

Vorname

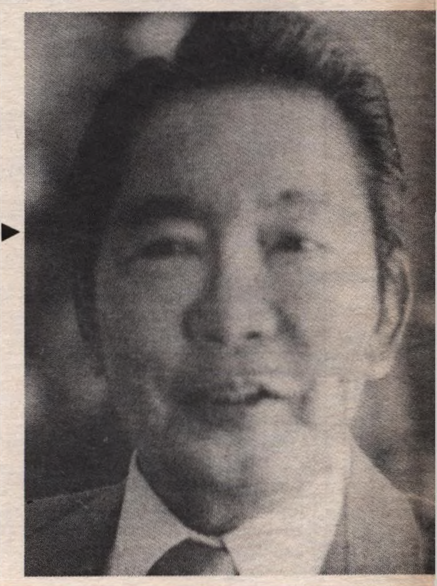
Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

In diesem H



▲ Mit einer Blockade gegen Nicaragua würde das Maß voll und dem marxistischen Sandinista-Regime das Genick gebrochen werden. Der Grund dafür ist einfach: Die Wirtschaft des Landes ist bereits zerstört. Mit solchen Fotos wie diesem wird die Öffentlichkeit über die wahren Zustände getäuscht. **Seite 30**



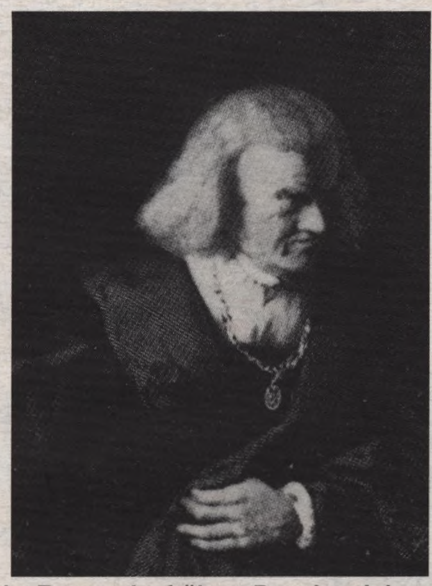
Unter den weltweit immer weniger werdenden und wankelmütigen Verbündeten Amerikas erwies sich der philippinische Präsident Ferdinand E. Marcos als standhaftester, zielbewußter und kluger Verfechter der strategischen Interessen seiner Nation. ▶ **Seite 19**

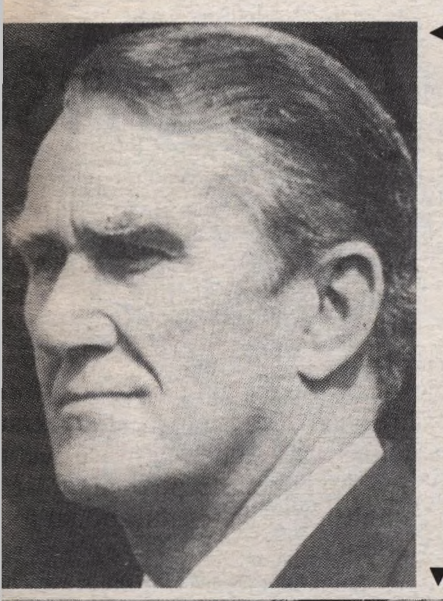
Israel ist und war vor allem für die Juden Osteuropas die große Verheißung. Heute dient es als Vorwand für die alltäglichen Machenschaften einer zionistischen Geldbeschaffungs-Clique. Charles M. Fischbein setzt seine Serie über das Geschäft mit ▼ Spenden fort. **Seite 36**



eft lesen Sie:

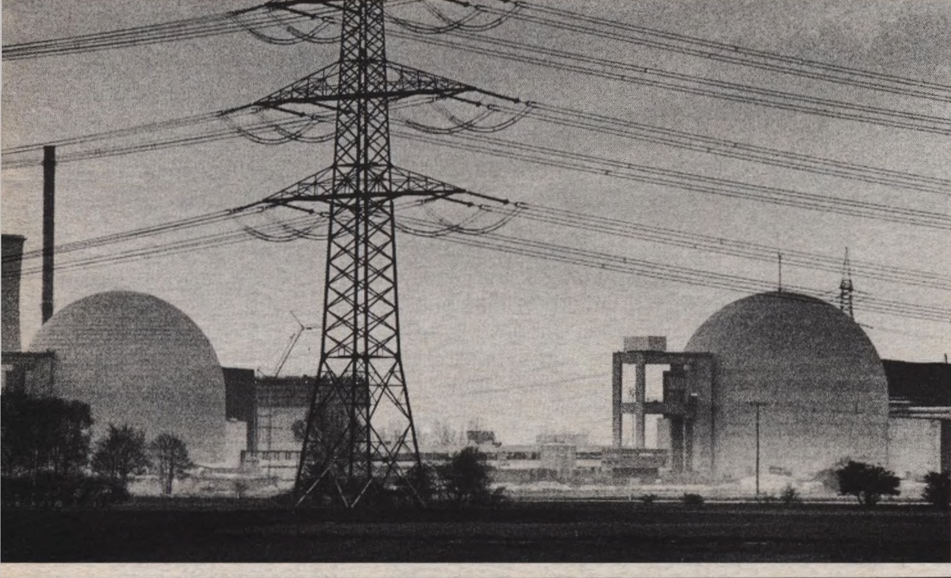
Die Geschichtsbücher verheimlichen die ▶ Tatsache, daß der amerikanische Unabhängigkeitskrieg von der Bank of England verursacht wurde. Die ersten Siedler in Amerika druckten Banknoten, um Regierungsausgaben zu finanzieren. Als die Besitzer der Bank of England davon erfuhren, setzten sie die englische Regierung unter Druck, und im Jahre 1764 erklärte das englische Parlament die amerikanischen Banknoten für illegal und verbot jedes weitere Drucken und Inumlaufbringen von Banknoten in Amerika. Diese Verordnung verursachte große Verarmung, Not und Arbeitslosigkeit unter den Siedlern. Sie revoltierten. Die Engländer erklärten den Siedlern den Krieg, was beweist, daß schon damals England nicht vom König oder Parlament regiert wurde, sondern von den Aktionären der Bank of England. Seite 44





◀ Malcolm Fraser, der frühere Premierminister von Australien, rührte in den USA die Werbetrommel für amerikanische Sanktionen gegen Südafrika. Woher stammt Fraser? Er selbst hat ein kurzes Gedächtnis. Er ist der Enkel des rassistischen Massenmörders, der sich in der Geschichte seines Landes vor allen anderen hervorgetan hat. Seite 42

Beim Abschalten der Kernkraftwerke gehen in Deutschland nicht die Lichter aus. Auch das Gerede vom Rückfall der deutschen Industrie ins Mittelalter, wenn die Kernkraftwerke abgeschaltet werden, ist üble Meinungsmache. Wo sind die deutschen Politiker, die sich für eine durchgreifende Wende in der Energiepolitik dynamisch und ▼ kompromißlos einsetzen? Seite 58



Zu diesem Heft

Das zweite Gesicht der USA

Ekkehard Franke-Gricksch

Das erste Exklusiv-Interview des gestürzten und verbannten philippinischen Staatspräsidenten Ferdinand Marcos veröffentlichen wir in dieser Ausgabe. Es ist ein sehr ausführliches und eingehendes Gespräch mit unserem Mitarbeiter Warren Hough.

Ferdinand Marcos: Exklusiv-Interview mit dem verbannten Präsidenten, Seite 19

Unter den weltweit immer weniger werdenden und wankelmütigen Verbündeten Amerikas erwies sich der philippinische Präsident Marcos, der sein Volk mehr als zwei Jahrzehnte lang mit fester Hand regierte, als standhaftester, zielbewußter und kluger Verfechter der strategischen Interessen seiner Nation.

Von 1965 bis 1985 hielt Marcos in seinem Land eine produktive und demokratische Ordnung aufrecht und baute in seiner Region ein System auf, das den Vorrang amerikanischer Interessen mit dem Bedürfnis nach einer friedlichen Lösung lokaler Konflikte geschickt in Einklang brachte.

Kein Wunder, daß sich die Reagan-Regierung – bekannt für ihre sprunghafte Politik und außenpolitische Verwicklungen, die oft zum Eigentor führen – Anfang des Jahres 1986 entschloß, sich gegen Marcos zu stellen. Die Amerikaner versagten der philippinischen Regierung ihre Unterstützung und gaben sie statt dessen einer volksaufwieglerischen, revolutionären Bewegung, die aus einem opportunistischen Bündnis zwischen linksradikalen und reaktionären Gegner des alternden Präsidenten genährt wird.

Die amerikanischen Massenmedien stimmten in die Angriffe gegen den bekämpften Präsidenten ein. In Zeitungsmeldungen, die einer einmütigen Verstoßung gleichkamen, wurde Marcos beschuldigt, ein diktatorisches und unehrlicher Herrscher gewesen zu sein, der sich selbst bereichert hat, während sein Volk unter Schulden und Armut litt.

Eben diese Einstimmigkeit des »Anti-Marcos-Chors« mußte den Verdacht eines jeden erregen, der mit den Propaganda-Praktiken der amerikanischen Establishment-Presse vertraut ist.

Was war die Wahrheit, die Realität, hinter dem langen und eindrucksvollen Aufstieg und überraschenden Fall von Marcos? Um unsere Leser vertraut zu machen, entsandte die amerikanische Zeitung »The Spotlight« ihren diplomatischen Korrespondenten Warren Hough nach Honolulu, um den kürzlich ins Exil geschickten philippinischen Staatschef zu interviewen.



Ferdinand Marcos stellte sich zum ersten Exklusiv-Interview, nachdem er von seinem Freund Ronald Reagan gestürzt wurde.

Nicaragua: Die USA werden aktiv, Seite 29

Die Bemühungen der Regierung Reagan, die »Contra«-Bewegung zu unterstützen und damit das sandinistische Regime Nicaragua aus dem Sattel zu heben, erhalten weiterhin Auftrieb. Mit einer Blockade gegen Nicaragua würde das Maß voll und dem marxistischen Sandinista-Regime das Genick gebrochen werden. Der Grund dafür ist einfach. Die Wirtschaft des Landes ist bereits zerrüttet. Jegliche Unterbrechung des stetigen Stroms an Importen aus dem Sowjetblock wird den dünnen Halt der sich flügge machenden Diktatur des Daniel Ortega unter den Füßen wegnehmen.

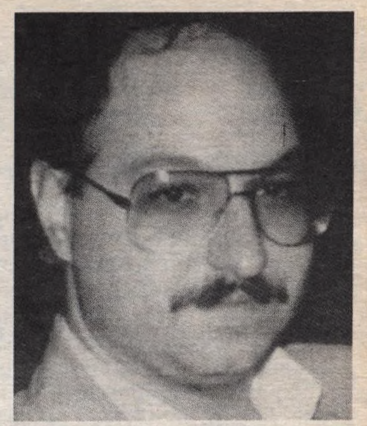
Bisher wurde der westlichen Öffentlichkeit weisgemacht, es gäbe nur drei Alternativen: Erstens, den »Sandinistas zu helfen«. Ortega und seine buntgemischte Mannschaft sind die neuen Lieblinge des liberalen Establishments. Davor waren die Begünstigten dieser Art von einem Stellenwert wie der verstorbene nordvietnamesische Diktator Ho Chi Minh und Fidel Castro auf Kuba.

Zweitens, »in Nicaragua einzumarschieren«. Dies ist die Position derjenigen, die den Westen in einen aussichtslosen Krieg mit Vietnam verwickelt haben. Sie bedeutet immense Profite für die Megabanker und den sinnlosen Verlust amerikanischer Soldaten.

Drittens, »abwarten und zusehen«. Sie wird als der »Mittelweg« dargestellt. Nach dieser Theorie werden die Dinge besser, wenn die Vereinigten Staaten nichts unternehmen.

Was aber die Establishment-Medien der westlichen Öffentlichkeit nicht erzählen, ist, daß es noch eine andere Wahlmöglichkeit gibt, eine, die das marxistische Regime erfolgreich zum Sturz bringen würde, ohne Todesopfer von Amerika zu verlangen, und das ist eine Blockade.

Und der Schlüssel für den garantierten Erfolg einer Blockade liegt in der derzeitigen wirtschaftlichen Verfassung von Nicaragua, ebenfalls ein Punkt, den das Establishment herunterspielt.



Der israelische Spion Jonathan Jay Pollard ist in den USA keine Ausnahme, er ist die Regel.

Mossad: Kollaboration mit dem KGB, Seite 33

Die Verhaftung und das anschließende Geständnis von Jonathan Jay Pollard, dem Experten des amerikanischen Marine-Nachrichtendienstes, der für den israelischen Mossad Spionage betrieben hat, sind für die Regierung Amerikas peinlicher als für den zionistischen Zwergstaat.

Während es sich zeigt, daß Israel alles andere als ein vertrauenswürdiger Verbündeter ist – was niemanden außer der amerikanischen Öffentlichkeit überrascht –, steht die amerikanische Regierung vor der Welt als offenbar unfähig da, für Amerikas Interessen zu sorgen beziehungsweise seine nationale Sicherheit zu beschützen.

Infolgedessen ist die Reagan-Administration jetzt mehr bemüht als die Israelis, die Pollard-Affäre zu vertuschen. Tatsächlich ist das Weiße Haus aktiv bemüht, die Untersuchung des Falles durch das FBI einzuschränken.

Das amerikanische Justizministerium ist gezwungen worden, zuzulassen, daß mit Pollard und seiner Ehefrau als Komplizin ein Handel geschlossen wird – das heißt Schuldbekenntnis –, um einen öffentlichen Prozeß zu vermeiden, der das Weiße Haus demütigen würde, indem seine Unfähigkeit und gewissenlose Unterwürfigkeit gegenüber Israel noch weiter bloßgestellt werden.

»Diagnosen«, die Zeitschrift mit dem Vogel Phönix als Symbol. In Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight« versucht dieses zeitkritische Magazin die Leser sehr eingehend und fundiert über aktuelle politische und wirtschaftliche Belange mit Kommentaren und Analysen zu informieren. »Diagnosen« steht dafür ein weltweiter Mitarbeiterstab zur Verfügung. Neben der täglich veröffentlichten Meinung in den Medien des Establishments hat der deutsche Leser zum ersten Mal die Möglichkeit, die andere Seite der Ereignisse und Nachrichten kennenzulernen. Er hat somit die Chance, sich besser eine eigene objektive Meinung zu bilden, und er kann nun besser die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Deutschland, Europa und der Welt beurteilen und einordnen.





Die Banker der USA haben Trotzky und seine Revolutionäre in die UdSSR geschickt und finanziert. Damit waren die USA bei der Schaffung der UdSSR der wichtigste Helfer.

Damit wird Pollard nicht die lange Gefängnisstrafe erhalten, die normalerweise für Verräter in den USA vorgesehen ist, sondern nur ein relativ leichtes Urteil.

Indessen hält das amerikanische Außenministerium, als Sprecher für die Reagan-Regierung, die Behauptung weiter aufrecht, daß die Israelis bei der Untersuchung des Pollard-Falles voll kooperieren und daß der Zwischenfall lediglich eine Verirrung in der einzigartigen Beziehung sei, die zwischen den beiden Ländern bestehe – eine clevere und deftige Lüge seitens des US-Außenministeriums, aber eben eine Lüge.

»Was uns am meisten Sorge macht«, so ein Justiz-Offizieller, »ist, daß Pollard keine Ausnahme der Regel ist. Er ist die Regel. Die Israelis haben bei uns von Anfang an spioniert; sie stehlen alles, was sie in die Finger bekommen können. Die Unterlagen sind dazu eindeutig.«

Banker: Der Kreis wird geschlossen, Seite 42

Alle Erfolge seit ihrem Bestehen verdankt die Sowjetunion nicht so sehr ihren eigenen ungeschickten und fehlerhaften Bemühungen, als vielmehr den Bemühungen der Vereinigten Staaten, die Nationen der halben Welt in das rote Netz zu treiben.

Es waren die Vereinigten Staaten, die Trotzky und seine Revolutionäre in die UdSSR geschickt und finanziert haben. Damit waren die USA bei der Schaffung der UdSSR technischer Assistent. Es waren weiter die Vereinigten Staaten, die darauf bestanden haben, daß Osteuropa an die Sowjets übergeben wird, als der Zweite Weltkrieg zu Ende war.

Es waren die Vereinigten Staaten, die die Hilfeleistungen an Chiang-Kai-check eingestellt und zugesehen und zugelassen haben, daß die Kommunisten China eroberten. Es waren die USA, die Reformen in Kuba verlangt haben, die Castros Kommunisten an die Macht brachten. Es war Washington, das die Rückeroberungsbemühungen in der Schweinebucht sabotiert und zugelassen hat, daß die kubanischen Antikommunisten abgemetzelt werden.

Es war die amerikanische Regierung, die General McArthur entlassen hat, als er versuchte, den Korea-Krieg zu gewinnen. Es waren die amerikanischen Herrscher, die der US-Army befohlen haben, aus Nordkorea abzuziehen, damit es an die Kommunisten übergeben werden konnte. Es war die US-Regierung, die bei der Ermordung des regierenden Mannes in Vietnam mitgeholfen und dann jene unglückliche Nation an die Kommunisten und das anschließende Blutbad übergeben hat. Die amerikanische Regierung hat sich stets geweigert, Widerstandselementen bei der Befreiung einer Nation von den Kommunisten zu helfen, die im Begriff waren, das Land zu überrennen.

Es waren die USA, die darauf bestanden haben, daß die Europäer abziehen und ihre afrikanischen Kolonien eine nach der anderen an die kommunistische Herrschaft übergeben. Die Vereinigten Staaten beharren jetzt darauf, daß Südkorea und Südafrika »Reformen« durchführen, wohlwissend, daß in jenen Ländern die einzige Reformbewegung die kommunistische Partei ist.

Amerikas Medien sind voll der Freude, daß erst vor einigen Monaten zwei weitere Nationen den fatalen Schritt gemacht haben. Baby Docs antikommunistische Nation auf Jamaika wurde »reformiert«, und die antikommunistische Nation auf den Philippinen ist »reformiert«. Letzteres war gemeint, als Ronald Reagan in seinem Wahlkampf 1984 sagte, daß die »Alternative« zu Marcos in »einer breiten kommunistischen Bewegung zur Übernahme der Philippinen« liegt.

Die amerikanische Regierung wirft jetzt ihr wohlwollendes Auge auf die Roten, die Pakistan und Südkorea in das kommunistische Netz stürzen wollen. Es wird die amerikanische Regierung sein, die ihr Bestes tun wird, um diese befreundeten Nationen zu ermutigen, ebenfalls »Reformen« vorzunehmen – die Roten in ihre Regierung aufzunehmen – oder ihre Regierungen an sie zu übergeben.

Während sich die Regierung der Vereinigten Staaten mit harten Worten gegen die »sowjetische Aggression« äußert, unternimmt sie alles in ihrer Macht stehende, um den Weltkommunismus zu fördern.

Die Eroberung der Welt durch den Kommunismus verläuft genau nach Lenins Plan. Was war Lenins Plan? Er sah die schrittweise Eroberung aller Länder vor, die die Vereinigten Staaten umgeben. Danach würden die Vereinigten Staaten fallen wie eine überreife Frucht.

Die amerikanischen Staatsführer sind heute hoch verschuldet, sie haben bei den Bankern geborgt, sie sind damit zu »Sklaven« der Leiher geworden. Dies gibt »Fremden« Kontrolle über das Geld und das Bankensystem der USA. Weiterhin gehorchen die Sklaven ihren Meistern und verstoßen gegen das Gesetz dadurch, daß sie ihr eigenes Volk für diese Meister besteuern. Dies gibt ihren Meistern zusätzlich Macht über die Geschäfts- und Medienwelt.

Diese Meister sind jetzt in Positionen, wo sie das Management der Medien, der Unternehmen und der Regierungen überwachen. Sie lenken nicht nur die amerikanische Regierung. Sie weisen jede Regierung an, der kommunistischen Übernahme der »freien Welt« zu helfen, und vor allem die amerikanische Regierung gehorcht. Bald wird auch Amerika an der Reihe sein.

Allerdings machen diese Feinde die ganze Zeit kleine Fehler. Einmal werden sie einen großen Fehler machen.

Darum studieren Sie »Diagnosen«. Wissen ist auch heute noch Macht. Die Macht des modernen Babylon, die die Welt regiert, ist erschreckend. Nur Gottes Gesetz ist größer. In der Bibel steht, daß Babylon fallen und verbrennen wird. Wir wollen unser Bestes dazu beitragen. □

Vertrauliches

NATO

Carrington lobt die Sowjets

Der Generalsekretär der NATO, Lord Peter Carrington hat während eines Besuches in Norwegen erklärt, daß die Haltung der Sowjets bei den Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Truppen-Reduzierung »ermutigend« sei.

Wie Carrington äußerte, weise die Erweichung der sowjetischen Position bei den Genfer Abrüstungsgesprächen darauf hin, daß Moskau zu ernsthaften Verhandlungen bereit sei. Er traf mit Verteidigungsminister Johan Holst, einem Mitglied der Trilateralen Kommission, zusammen und erörterte die von der neuen norwegischen Labor-Regierung getroffene Entscheidung, eine kritische »Fußnote« einem Kommuniqué der Verbündeten an Präsident Reagan bezüglich SDI hinzuzufügen.

Wie es in Verteidigungskreisen in Norwegen heißt, soll die Fußnote von Holst amerikanische Offizielle in Brüssel erzürnt haben. Dagegen erklärte Carrington, er betrachte die norwegische Fußnote als keine große Tragödie, da es schließlich innerhalb der NATO Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Strategischen Verteidigungs-Initiative gäbe. □

ANC

Engländer sprechen mit Tambo

Der Anführer des sowjetisch gelenkten African National Congress (ANC), Oliver Tambo, ist in London von einem hohen Beamten des britischen Außenministeriums empfangen worden. Tambo verbrachte 75 Minuten mit der Foreign Office-Ministerin Lynda Chalker.

Tambos ANC, deren Terroristen in der DDR ausgebildet und von einem Exekutivausschuß ausgesandt werden, der von Mitgliedern der Kommunistischen Partei Südafrikas beherrscht wird, hat sich selbst die Aufgabe gestellt, Gewalt »gegen Apartheit« zu schüren, das heißt, in der Hauptsache die Ermordung von anderen Schwarzen in Südafrika.

Die bisher einmaligen Gespräche in London wurden sowohl von Tambo als auch von seiner Gesprächspartnerin als »offen und nützlich« bezeichnet.

Vor den wartenden Journalisten sagte er anschließend: »Wir waren der Meinung, daß es ein sehr gutes Treffen war, sehr herzlich und offen. Die Ansichten der britischen Regierung wurden dem ANC vorgetragen, und die Ansichten des ANC wurden der britischen Regierung vorgetragen.«

Es war das erste offizielle Treffen zwischen einem britischen Minister und einem Anführer des ANC. □

Weltraum

Kanada baut Station in Afrika

Die Spar Aero-Space Ltd. aus Montreal wird eine neue Satelliten-Erdstation in Sambia bauen, mit der der Fernmeldeverkehr in der Region verbessert und die Abhängigkeit von Südafrika vermindert werden soll, wie kanadische Diplomaten erklärten.

Der Auftragswert beläuft sich auf 7,8 Millionen Dollar; davon wird die kanadische Regierung 500 000 Dollar bereitstellen und die Regierung von Sambia den Rest.

Spar Aero-Space wird die neue Satellitenantenne in der Nähe einer bereits vorhandenen bauen, rund 20 Meilen westlich von Lusaka. Die neue Antenne wird über den Atlantik gerichtet werden, um die Verbindung mit Nordamerika zu verbessern. Die vorhandene Antenne ist auf den Indischen Ozean ausgerichtet.

Botswana, Mozambique und Tanzania sollen wie Sambia Nutznießer der neuen Station sein, die im Rahmen der Südafrikanischen Entwicklungs- und Koordinationskonferenz (SADCC) gebaut wird, um Sambia zu einem Telekommunikations-Zentrum zu machen. Die neue Anlage soll bis Ende 1987 fertiggestellt werden. □

Banker

Neuer Aufschwung bei der Weltbank

In Washington fand eine zweitägige Konferenz des »Overseas Development Council« (ODC) zum Thema »Die Zunkunft der Weltbank« statt, deren Zweck die Umrüstung jener Institution in eine »weichere« Version des Internationalen Währungsfonds (IWF) gemäß dem sogenannten Baker-Plan war.

»Die Weltbank kann ein Koordinator für den globalen Kapitalverkehr sein; ein Unterhändler bei politischen und wirtschaftlichen Differenzen zwischen Nord und Süd; und ein Stabilisator für die Weltwirtschaft, sowie das führende intellektuelle Zentrum für Überlegungen zur Entwicklung«, erklärte der ODC-Vizepräsident Richard Feinberg.

In diesem Zusammenhang veröffentlichte der ODC eine Studie mit dem Titel »Between Two Worlds: The World Bank's Next Decade« (Zwischen zwei Welten: Das kommende Jahrzehnt für die Weltbank«), in der fünf Vorschläge zur Stärkung des jetzt »erschlafften« Baker-Plans vorgelegt werden, der vorsieht, die Kredite an Schuldnernationen geringfügig zu erhöhen, wenn sie dafür ihre Länder an »private Anleger« verkaufen.

Zu den Rednern der ODC-Konferenz gehörten David Rockefeller, Paul Volcker, Katharine Graham, Helmut Schmidt, Felix Rohatyn sowie der mexikanische Unterstaatssekretär für Finanzen Francisco Suarez Davila, der für den kürzlich gestürzten Finanzminister Jesus Silva Herzog eingesprungen ist.

Felix Rohatyn forderte, Japan solle »im Verlauf der nächsten fünf Jahre 50 Milliarden Dollar bereitstellen«, und zwar zum Kapital der Weltbank; des weiteren empfahl er, daß die Weltbank dabei helfe, »einen Ansatzweg auf individueller Basis des jeweiligen Landes zu entwickeln«, zu dem gehören sollten: Zinserleichterungen, neue Regierungsgarantien beziehungsweise Wertpapiere im Austausch gegen Zinssenkungen und Fälligkeits-Verlängerungen.

Der ehemalige bundesdeutsche Kanzler Helmut Schmidt warnte: »Es kann überhaupt keinen Zweifel darüber geben, daß die Kredite an die dritte Welt niemals zurückgezahlt werden können«, nicht einmal die Zinsen »können erwartungsgemäß gezahlt werden«. □

PLO

PLO akzeptiert alle UN-Resolutionen

»Wir akzeptieren alle UNO-Resolutionen«, sagte der Chef der Palästinensischen Befreiungs-Organisation (PLO), Yasser Arafat, in einem Interview mit Maxim Ghilan in der in Paris erscheinenden Monatszeitschrift »Israel and Palestine«.

Bei dem in Tunis vorgenommenen Interview unterstrich Arafat: »Wir haben erklärt, daß wir internationale Legalität akzeptieren, damit meine ich die Durchführung aller von den Vereinten Nationen verabschiedeten Resolutionen. Und die Israelis müssen sich daran erinnern, daß Israel nicht der einzige Staat ist, der gemäß diesen UN-Resolutionen geschaffen wurde.«

Über seine derzeitigen politischen Ansätze für den Frieden im Mittleren Osten befragt, erwiderte Arafat, daß die PLO seit 1969 drei Resolutionen vorgeschlagen hat. Die erste sah die Schaffung eines »demokratischen Staates vor, in dem wir alle zusammen leben würden. Juden, Christen und Moslems. Dies wurde abgewiesen. Also sagten wir O.K., zurück zur internationalen Legitimität und Durchführung aller UN-Resolutionen.

1977 haben wir erklärt, daß wir bereit wären, unseren eigenen

Nationalstaat in irgendeinem Teil unseres Landes zu errichten, aus dem Israel abziehen oder befreit werden würde. Dies wurde abgewiesen.

Im vergangenen Jahr haben wir den dritten Vorschlag vorgelegt, und zwar durch die jordanisch-palästinensische Konföderation, aber auch dieser wurde abgewiesen.« □

Kommunikation

Sowjets stören NATO-Funkverkehr

Wie es in dem »Jane's Military Communications 1986 Yearbook« heißt, betrachten die Sowjets die Unterbrechung der NATO - Kommunikations - Leitung in einem Ost-West-Konflikt als oberste Priorität, und es gibt »reichlich Beweise«, daß sie in der Lage sind, Kommunikations-Zentren der NATO-Verbündeten zu stören.

Auch heißt es in dem Jahrbuch, daß »Bürokratie, der Ultra-Konservatismus und unvermeidliche Verwirrung in der Militärhierarchie«, den Westen daran hindern, den Vorteil seines »beträchtlichen technologischen Vorsprungs« gegenüber dem Ostblock voll auszunutzen.

Der Herausgeber der Berichte, Bob Ragget, sagte, der Westen sei, wegen seiner graduellen Verlagerung zu einer dezentralisierten Militärstruktur, in höherem Maße von den Kommando-, Kontroll-, Kommunikations- und Nachrichtensystemen abhängig.

Die Sowjets dagegen haben ein hochzentralisiertes Kommando, und obwohl sie »eine große Anzahl von Funkgeräten in ihrem Inventar haben, benutzen sie noch immer sehr viel Boten und Drahtleitungen, wo immer möglich.

Daß sie so viel Wert auf offensive elektronische Kriegsführung legen, weist deutlich daraufhin, daß sie es in einem Ost-West-Konflikt als ihre oberste Priorität ansehen, das elektro-magnetische Spektrum so unbrauchbar wie nur möglich zu machen. Es gibt reichlich Beweise für die Annahme, daß die Sowjetunion jetzt die Kapazität hat, westeuropäische Kommandozentralen der intensiven Funkstörung auszusetzen.«

Das Jahrbuch erwähnt auch, daß dies innerhalb der NATO eine Debatte ausgelöst hat, wobei einige Kommandeure sich stark machen »für eine massive Erhöhung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben, um dieser Bedrohung zu begegnen«. □

Sowjetunion

Zehn Jahre Vorsprung im Weltall

Die Sowjetunion hat einen »beinahe furchterregenden« Zehn-Jahres-Vorsprung vor den Amerikanern im Weltraum-Programm gemacht, wie es in der Zeitschrift »Jane's Space Flight Directory« heißt.

Die Sowjets sind den Amerikanern so weit voraus, daß »sie fast nicht mehr zu sehen sind«, meinte der Herausgeber Reginald Turnill. Sowjetische Kosmonauten haben mehr als 4 000 Tage im Weltraum eingefahren, amerikanische Astronauten dagegen nur 1 587 Tage.

»Schlimmer noch, Amerikas Erfahrung basiert überwiegend auf kurzen Flügen, mit nicht mehr als drei Tagen auf einmal für ununterbrochene Experimente in der Materialverarbeitung und Kristallwachstum.«

Die moderne Saljut-Raumstation MIR befindet sich bereits im All, doch »trotz all der brillanten interplanetarischen Erfolge der NASA, wird die amerikanische Raumstation nicht vor Mitte 1990 fertig sein«, und die NASA ist »jetzt zehn Jahre hinter den Sowjets, was die praktische Nutzung des, wie der ehemalige US-Präsident Nixon vor langer Zeit sagte, ›neuen Ozeans‹ betrifft«.

Turnill nannte den Streit der Supermächte über die Strategische Verteidigung-Initiative (SDI) eine »Scheinkontroverse«, da auch die Sowjets ein weit vorangeschrittenes Raumwaffen-Programm haben. □

Libyen

Keine Sorge vor Abzug der US-Öl-Giganten

»Ehrlich, das macht uns überhaupt nichts aus«, sagte Abdullah al-Badri, Boß der Libyan National Oil Co., in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Reuter bezüglich der Auswirkung, die der Auszug der fünf amerikanischen Öl-Gesellschaften aus Libyen haben wird.

»Wir haben uns in den letzten zwei Monaten bemüht, Wege für den Verkauf unseres Öls zu finden, und wir waren erfolgreich«, meinte er. Der libysche Offizielle fügte hinzu, daß die fünf amerikanischen Öl-Gesellschaften nicht gerne verkauft haben, aber von der amerikanischen Regierung dazu gezwungen worden sind.

»Sie hielten es für eine törichte Idee«, sagte er. »Es ist für sie nicht gewinnbringend.« Wie al-Badri meinte, besitzen drei der Firmen einen 60prozentigen Anteil an der libyschen Gesellschaft Oasis-Petroleum. Marathon hat 16 Prozent, Conoco 16 Prozent und Amerada Hess 8 Prozent. »Kunden sind an unser Öl gewöhnt. Wenn sie es nicht von den Amerikanern kaufen können, werden sie es von uns direkt kaufen.« □

Ägypten

Entwicklungsplan für 30 Milliarden Dollar

Das ägyptische Außenministerium soll eine Sonderaufgaben-Mission eingesetzt haben, um die Einzelheiten des von Außenminister Abdel Meguid gemachten Vorschlages auszuarbeiten, dessen Inhalt ein Entwicklungsprogramm in Höhe von 30 Milliarden Dollar für den Mittleren Osten ist.

Ein solcher Plan, wie Informanten meinen, konzentriert sich vor allem auf die integrierte Entwicklung von Ägypten und dem Sudan, sowohl aus wirtschaftlichen als auch politischen Gründen. Wie es in ägyptischen Berichten heißt, liegt dem »Meguid-Plan« die Überlegung zugrunde, daß der von Israels Premierminister Shimon Peres gemachte Vorschlag für einen »Marschall-Plan«, in propagandistischer Hinsicht als »unannehmbar« angesehen wird, weil er ein israelischer Vorschlag ist.

Allerdings haben kürzlich auf höchster Ebene Diskussionen zwischen dem ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak und Premierminister Peres über derartige Entwicklungsvorhaben stattgefunden, da es offensichtlich ist, daß der Peres-Plan und der Meguid-Vorschlag inhaltlich ähnlich sind. □

Banker

1986 das Jahr mit den meisten Bank-Pleiten

In Amerika werden zwischen 140 und 160 bundesstaatlich versicherte Banken in diesem Jahr in Konkurs gehen, so eine Prognose von William Seidman, Vorsitzender der Federal Deposit Insurance Corp. (FDIC). Er machte diese Angaben in einer Ansprache vor der US-League of Savings Institutions (Liga der amerikanischen Sparkassen). Dies wäre die höchste Anzahl von Pleiten pro Jahr, seitdem die FDIC ihre erste bundesstaatlich garantierte Versicherung für Bankeinlagen im Jahr 1933 angeboten hat. Der letzte Höchststand lag bei 120 Banken im Jahr 1985.

Seidman erklärte, daß die FDIC-Liste der problematischen Banken auf über 1 300 angestiegen sei, das sind 50 mehr als zum Ersten dieses Jahres. Bisher hat die FDIC 55 Fälle bearbeitet, in denen eine versicherte Bank Pleite ging oder an eine gesunde Bank verkauft wurde, um dem Konkurs zu entgehen.

Wie Seidman sagte, kann der Bankprüferstab der FDIC jetzt schwache und problematische Banken in einigen Teilen des Landes nur alle 20 Monate ein-

mal prüfen, und wenn Haushaltskürzungen nach dem Gramm-Rudman-Gesetz zu weiteren Entlassungen zwingen, »wird das im Endeffekt zu höheren Versicherungskosten und geringerer Stabilität im Finanzsystem« der USA führen. □

Tschernobyl

Die Welt ein globales Dorf

Norwegens neue Premierministerin, Gro Harlem Brundtland, sprach vor einer UNO-Kommission und forderte eine Neubewertung der nationalen Souveränität in den Nachwehen des Reaktorunfalls in Tschernobyl. Sie behauptete, daß Tschernobyl »in der äußerst dramatischen Form gezeigt hat, daß die Welt ein globales Dorf ist«.

Der Ausdruck »globales Dorf« ist von der führenden Institution der Genozid-Lobby, dem Club of Rome, erfunden worden, zu dessen Zielsetzungen die sowjetische Dominanz einer Einheitswelt-Regierung mit verringerten Bevölkerungszahlen gehören.

»Hat irgendein Land das Recht, Technologie zu verwenden, die seine Nachbarn einer Gefahr aussetzt, auch wenn die Wahrscheinlichkeit eines Unfalls noch so gering ist?« Die Premierministerin forderte ein internationales Abkommen über Umweltschutzfragen, das dem »bestehenden Denken bezüglich Souveränität und nationalen Interessen zuwiderlaufen könnte«. □

Südafrika

Höchste Einkommen für Schwarze

In Südafrika haben die Schwarzen ein Pro-Kopf-Einkommen von 1 815 US-Dollar - rund 4 000 DM pro Jahr. Der Verdienst der Schwarzen hat sich in den letzten 20 Jahren vervierfacht und ist jetzt einer der höchsten in Afrika, während die Einkommen der Weißen zurückgegangen sind. 80 Prozent aller 12- bis 22jährigen Schwarzen können in Südafrika lesen und schreiben. Es gibt fünf schwarze Universitäten und 28 technische Hochschulen. Die Ausgaben für Bildung sind von 33 Millionen DM im Jahr 1972/73 auf 917 Millionen DM im Jahr 1985/86 angestiegen.

Alle Lehrer, ganz gleich welcher Rasse, werden je nach Ausbildung gleich besoldet. Aber nur zwei Prozent der schwarzen Lehrer haben studiert, und nur 22 Prozent haben ein Unterprima-Abgangszeugnis (Matric). □

Polen

Banken gewähren Zahlungsaufschub

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat bekanntgegeben, daß die IWF-Mitgliedschaft für Polen gebilligt wurde. Die Vereinigten Staaten haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt, da Unsicherheit besteht, ob Polen den Kreditanforderungen gemäß amerikanischem Recht entsprechen könnte.

Der Sprecher der polnischen Regierung, Jerzy Urban, sagte, Polen begrüße seinen Beitritt in den IWF: »Wir sind uns bewußt, daß es erst der Anfang eines langen Prozesses der Kooperation ist, die vielleicht erst nach sehr langer Zeit Früchte tragen wird.«

Auf die Frage, ob er mit einer baldigen Kreditgewährung des IWF an Polen rechne, erwiderte Urban: »Nein.«

Auf die Frage, ob Polen bereit sei, in IWF-Programmen zu kooperieren, und welchen Standpunkt Polen zu möglichen IWF-Auflagen vertritt, erklärte Urban: »Wenn irgendwelche Auflagen auftauchen, werden sie im einzelnen berücksichtigt werden.«

Polen, das mehr als 30 Milliarden Dollar an ausländische Banken und Regierungen schuldet, wurde fast unmittelbar danach eine Atempause von seinen Hauptgläubigern eingeräumt. Während er die »sehr große Kooperation der Banken in diesen Verhandlungen«, lobte, hat der polnische Chef-Unterhändler Jerzy Malec, Vizepräsident der Bank Handlowy, angekündigt, er habe mit einer Arbeitsgruppe der Handelsbank-Gläubiger aus dem Warschauer Pakt einen Aufschub von vier Jahren für die Rückzahlung von 95 Prozent einer Kapitalsumme in Höhe von 1,62 Milliarden Dollar vereinbart, die in diesem und nächsten Jahr fällig wären.

Die erzielte Verbeinbarung ist nicht an neue Kredite gebunden, die separat verhandelt werden müßten.

Malec sagte, daß Polen seinen laufenden Zinszahlungen nachkommen werde. Er betonte auch, die Tilgung von 231 Millionen Dollar, die am 10. Juni 1986 fällig war, sei aus technischen Gründen verschoben worden, werde aber bezahlt. Es war die erste Tilgungszahlung, die gemäß einer 1981 vereinbarten Umstrukturierung fällig wurde. □

Religion

Europa kein christlicher Kontinent mehr

Die Welt erlebt nach Angaben des amerikanischen Meinungsforschers George Gallup gegenwärtig ein »Comeback der Religion«. Dies lasse sich aus den Untersuchungen der letzten Jahre ablesen, gab der Präsident des Gallup-Instituts in Princeton, USA, jetzt in einem Beitrag über den »Status der Christenheit und die Aussichten für ihr Wachstum« bekannt. Danach geht eine immer weiter verbreitete Suche nach »geistlicher Tiefe« mit einer zunehmenden Abwendung von anti-religiösen und nicht-religiösen Ideologien einher.

So habe sich der Anteil der religiösen Menschen an der Weltbevölkerung von 72 Prozent im Jahr 1972 auf jetzt 79 Prozent erhöht. Der Anteil »bekennender« Atheisten sei hingegen im gleichen Zeitraum von 13 auf 4,4 Prozent gefallen, obwohl der Atheismus in 30 Staaten offizielle Staatsdoktrin ist. Mehr als 34 Prozent der Weltbevölkerung leben in einer atheistischen Gesellschaftsform. Zu Beginn des Jahrhunderts waren es nur 0,2 Prozent.

Damit sei die Voraussage von Karl Marx widerlegt, daß die Religion allmählich absterben werde. Insgesamt gibt es heute etwa 1,6 Milliarden Christen, 837 Millionen Moslems, 661 Millionen Hindus, 300 Millionen Buddhisten, 457 Millionen Angehörige anderer Religionen und 213 Millionen Atheisten. Das starke Bevölkerungswachstum in der dritten Welt in den letzten 50 Jahren hat die nichtchristlichen Religionen schneller wachsen lassen als das Christentum. Den Islam um 235 Prozent, den Hinduismus um 117 Prozent, den Buddhismus um 63 Prozent und die Christenheit um 47 Prozent.

Um die Aussichten für das Christentum ist es nach Gallups Worten besonders im »christlichen Abendland« schlecht bestellt. Obwohl die meisten Europäer an ein »höheres Wesen« glauben, sei der Glaube an einen persönlichen Gott, wie ihn die Bibel bezeuge, nicht mehr populär. Europa sei im Bewußtsein weiter Bevölkerungskreise kein »christlicher Kontinent« mehr. □

Bundesrepublik

Tausend Mark Zinsen pro Sekunde

Beinahe 1 000 Mark Zinsen pro Sekunde müssen die steuerpflichtigen Bürger nach Berechnungen des Bundes der Steuerzahler im kommenden Jahr für die Schulden des Staates aufbringen. Aus der im Bundeshaushalt 1986 ausgewiesenen Zinssumme von 31,3 Milliarden DM ergebe sich exakt eine Belastung von 992,5o DM in jeder Sekunde des Jahres, erklärte der Bund der Steuerzahler.

Die Schuld an der hohen Zinslast gab die Organisation überwiegend der »verfehlten Finanzpolitik in den siebziger Jahren«. Dennoch sei die weiter wachsende Zinslast »Anlaß zur Mahnung, am Sparkurs festzuhalten und die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen nicht durch Wahlgeschenke und die Erfüllung von Begehrlichkeiten zu gefährden«. □

In eigener Sache

Wie gebildet ist eine deutsche Staatsanwältin?

Ekkehard Franke-Gricksch

Eine deutsche Staatsanwältin hat zwei Staatsexamen innerhalb ihrer juristischen Ausbildung absolviert. Wie gebildet ist eine deutsche Staatsanwältin? Wie gut informiert? Gehört es zu ihrer Allgemeinbildung, daß sie den Unterschied zwischen dem religiösen Judentum und den Machenschaften des Zionismus kennt?

Die Ausgabe Nr. 5 aus dem Mai 1986 wurde auf Grund einer Verfügung der Staatsanwältin Frau Ehrmann von der Staatsanwaltschaft Stuttgart beschlagnahmt. Die beim Verlag erschienenen Kriminalpolizisten in Begleitung eines Zeugen der Stadtverwaltung Leonberg konnten von der gesamten Auflage 35 Exemplare sicherstellen. Die Sicherstellung diente einem Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung.

Zensur über einen britischen Parlamentarier

Der Grund dieser staatsanwältlichen Aktion war wieder einmal eine Anzeige des Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde zu Berlin, Galinski. Er hatte bereits zweimal ohne Erfolg im Jahr 1983 versucht, die Zeitschrift »Diagnosen« vom Markt zu holen, weil damals in Fortsetzung die »Protokolle der Weisen von Zion« veröffentlicht wurden. Damals kam es zu keiner Durchsuchung der Geschäftsräume des Verlages, zu keiner Beschlagnahme und auch zu keiner Anklage. Schließlich sind die »Protokolle« ein alter Hut, auch



wenn die Tatsachen, die darin enthalten sind, in der Vergangenheit Wirklichkeit wurden, zum anderen sind sie überall in allen Sprachen greifbar und vorrätig.

Der Grund zur Beschlagnahme der Ausgabe Nr. 5 ist die vierte Folge der Serie des britischen Politikers und Historikers Archibald Maule Ramsey mit dem Titel »Der namenlose Krieg«. Am Ende dieser Folge wird ausdrücklich auf die Charakteristika des Autoren hingewiesen. Er war von 1920 bis 1945 Mitglied des britischen Parlaments und in der Zeit von Premierminister Arthur Neville Chamberlain dessen politischer Berater.

Aber die Staatsanwältin Frau Ehrmann hat dies alles nicht zur Kenntnis genommen. Sie hat wahllos in ihrer Begründung von Ramsey zitierte Zitate aus der vierten Folge herausgegriffen und damit die Beschlagnahme und das Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung begründet.

Allerdings fällt der akademisch Gebildeten schwer, richtig zu zitieren. Sie unterstellt Ramsey unter anderem das folgende Zitat: »Es gab keine Gaskammer in Bergen-Belsen oder sonst irgendwo in Deutschland.« Ramsey hat weder in dieser Folge noch in der vorhergehenden oder nachfolgenden das behauptet. Aber, ein solches Zitat macht sich natürlich gut in einer Begründung.

Das Zitat stammt aus einem Artikel in der Ausgabe Nr. 8/August 1985 von P. Samuel Foner – übrigens ein jüdischer Journalist – mit dem Titel »Das Tagebuch der Anne Frank«. Also, eine falsche Unterstellung und dann aber noch viel wesentlicher, das Zitat ist tendenziös gekürzt. Korrekterweise wollen wir es so zitieren, wie es Foner geschrieben hat:

»Jedoch erhebt sich hier schon ein Problem: Es gab keine Gaskammern in Bergen-Belsen oder sonst irgendwo in Deutschland. Keine geringere Autorität als der ›Nazi-Jäger‹ Simon Wiesenthal sagte das.«

Wenn man eine solche einfach wissenschaftliche Handhabung von einer Staatsanwältin nicht erwarten darf, kann man dann voraussetzen, daß sie um die Problematik und den Unterschied zwischen dem religiösen Judentum und dem kämpfenden Zionismus Bescheid weiß. Der Anzeiger Galinski gehört zu den Gruppierungen des Zionismus.

Die religiösen Judenführer stehen hinter der Zeitschrift »Diagnosen«. Ich veröffentlichte in diesem Zusammenhang einen Brief, unterzeichnet von einer Reihe führender jüdischer Persönlichkeiten und Rabbiner, in dem es heißt: »Als Juden, die unseren jüdischen Glauben und unser jüdisches Erbe verstehen und achten, unterstützen wir, wie es Bestand unserer jüdischen Religion ist, das Recht eines jeden Menschen, seine Überzeugung zu äußern. Wir kennen ›The Spotlight‹ (Red.: »Diagnosen« ist eine Lizensausgabe dieser amerikanischen Wochenzeitung) und finden darin kein Material, das seiner Natur nach anti-semitisch ist, und verstehen die vertretene Position, die Unterschiede zwischen Zionismus und Judaismus aufzuzeigen.«

Weiter heißt es: »Als Juden verstehen wir, daß der politische Zionismus nichts mit unserer Religion zu tun hat, und wir halten jene nicht für anti-semitisch, die gegen den Zionismus eintreten.«

Der Brief wurde in der Ausgabe Nr. 6/Juni 1986 veröffentlicht. Er trägt die Unterschrift von zwölf jüdischen Führern, darunter sind sechs Rabbiner, sowie die Unterschrift des ehemaligen Freundes des früheren israelischen Premierministers Begin, Haviv Schieber, der der frühere Bürgermeister der israelischen Stadt Beersheba war und heute in den USA lebt.

Unwissenheit und Einseitigkeit

Im Grunde ist die ganze Geschichte mehr als peinlich. Die deutsche Staatsanwältin hat aus Unwissenheit oder aus Einseitigkeit eine Entscheidung getroffen, die die religiösen jüdischen Kreise, die die Zeitschrift »Diagnosen« ideell mittragen, mehr als verletzt. Ich möchte in diesem Zusammenhang nicht das Wort benutzen, daß ihre Einleitung eines Ermittlungsverfahrens »anti-semitisch« wäre, antijüdisch ist ihre Initiative auf jeden Fall. □

Liebe Leser, wir appellieren in diesem Zusammenhang an Ihr Verständnis. Wir sind auf Ihre Hilfe, auf Ihre finanzielle Unterstützung mehr als dringend angewiesen. Der Aufruf in der Ausgabe Nr. 6 hat rund fünftausend Mark gebracht. »Diagnosen« ist in der deutschen Medienlandschaft einmalig, und dies dürfte der Zeitschrift eine besondere Wirkung verleihen. In dem vorstehenden Fall müssen wir uns juristisch behaupten können und auch dazu brauchen wir die Hilfe unserer Leser. »Diagnosen« kann die Aufgabe in dieser Gesellschaft nur erfüllen, wenn Sie uns unterstützen. Es liegt an Ihnen, ob wir die Unabhängigkeit von »Diagnosen« auch künftig beibehalten können.

Wir hoffen auf ihr Verständnis und auf Ihre spontane Hilfe, damit wir mit »Diagnosen« unsere nationale Aufgabe und unsere Pflicht gegenüber dem deutschen Volk erfüllen können.

Unser Konto lautet: Verlag Diagnosen, Postgiroamt Stuttgart, BLZ 600 100 70, Kontonummer 32048–708.

Nationalisten gegen Rote

Andrew Russo

Die Entwicklung und das rasche Wachstum anti-kommunistischer, nationalistischer Bewegungen nach der bolschewistischen Revolution im Jahr 1917 war vielleicht eines der dramatischen Phänomene in der politischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Zeitgenössische Historiker, die die Establishment-Version von Weltgeschehnissen propagieren, wollen uns glauben machen, daß Deutschland und Italien praktisch allein den Nährboden für diese konterrevolutionären Massenbewegungen abgegeben haben, die darauf abzielten, die noch in den Kinderschuhen steckende, bolschewistische Gefahr abzuhalten. Dem ist nicht so.

Die große Furcht, daß ganz Europa durch den bolschewistischen Virus infiziert würde, der dann sein Terrorregime im Stile Robespierres über den gesamten Kontinent ausbreiten und ein Blutbad von zigmillionen Christen hinterlassen würde, aktivierte eine große Anzahl von Patrioten.

Heimwehr in Österreich und belgische Patrioten

In Österreich tat sich die Heim ehr als größte antikommunistische, politische Bewegung nach dem Ersten Weltkrieg hervor. Angeführt von Prinz Ernst Rüdiger von Starhemberg sollten die Militäreinheiten der Heimwehr die österreichischen Grenzen vor den räuberischen Monstern des internationalen Kommunismus und internationalen Kapitalismus schützen. Im Jahr 1934 brachten sie einen Revolutionsversuch der Roten in Österreich erfolgreich zum Scheitern.

Unter Kanzler Kurt von Schuschnigg wurde die Heimwehr kurz vor der Bekanntgabe des Anschlusses – der Vereinigung Österreichs mit Deutschland am 12. März 1938 – in dessen eigene nationalistische Vaterlandsfront integriert.

In Belgien gewannen die Rexistische Partei und der Vlaamsch National Verbund (VNV) mit ihrer pro-christlichen und antimarxistischen Ideologie breite Unterstützung in der Bevölkerung. Die rexistische Bewegung



Kurt von Schuschnigg, österreichischer Kanzler im Jahre 1938.

ging von dem dynamischen Leon Degrelle, einem frommen Katholiken, aus.

In den Wahlen des Jahres 1936 erreichten die Rexisten und die VNV zusammen 20 Prozent und Degrelles Partei erhielt 21 Sitze im Parlament. Im Zweiten Weltkrieg tat sich Degrelle an der Ostfront durch seinen tapferen Kampf gegen die Roten hervor.

In den zwanziger und dreißiger Jahren faßten in Rumänen zwei große pro-westliche Organisationen Fuß. Bei der einen handelte es sich um den Nationalen Christlichen Bund, gegründet im Jahr 1923 von A.C. Cuza. Die andere war die Liga des Erzengels Michael, gegründet im Jahr 1927 von einem jungen Rechtsanwalt mit Namen Corneliu Codreanu. Sie wurde später einfach unter der Bezeichnung die Eiserne Garde bekannt.

Christen gegen Anti-Christen

Beide Bewegungen legten in ihren Programmen die Betonung auf Nationalismus und Antikommunismus. Es ging ihnen um die Verteidigung der römischen Nation und der römisch-orthodoxen Kirche gegen alle fremden, anti-christlichen Ideologien.

Die Eiserne Garde sprach insbesondere die Bauern auf dem Land an; in den Wahlen des Jahres 1937 erhielt sie 16 Prozent der Stimmen und konnte 66 Vertreter ins Parlament entsenden. Im Kriegsregime des Generals Ion Antonescu spielte die Eiserne Garde eine herausragende Rolle.



Julius von Gombos, ungarischer Nationalist und Anti-Bolschewik.

In Ungarn formierte sich um Ferenc Szalasis Arrow Cross Party und General Julius von Gombos eine starke anti-bolschewistische Bewegung. Man schätzte, daß immerhin 20 Prozent der ungarischen Bevölkerung für die Partei waren. Im Jahr 1932 ernannte der ungarische Machthaber Admiral Miklos Horthy, ein einflußreicher christlicher Nationalist, Gombos zum Premierminister. Gombos brachte Ungarn auf einen nachdrücklichen antikommunistischen Kurs und machte das Land im Jahr 1939 zu einem Unterzeichner des Anti-Komintern-Paktes.

In Portugal wurden sämtliche Aktionen der Roten, aus dem Tumult in der Bevölkerung und der finanziellen Unbeständigkeit Kapital zu schlagen, von Dr. Antonio de Oliveira Salazar, dem Führer der Uniao Nacional, vereitelt. Salazar, ein brillanter Ökonom und engagierter Christ und militanter Anti-Kommunist wurde im Jahr 1932 Premierminister. Er brachte die strauchelnde portugiesische Wirschaft wieder in Ordnung, kräftigte die Rolle der katholischen Kirche in der Gesellschaft und verbündete sich mit General Francisco Francos christlichem Kreuzzug im benachbarten Spanien.

Spanien wurde natürlich im Bürgerkrieg von 1936 bis 1939 zum Kriegsschauplatz zwischen christlichen und anti-christlichen Kräften. Unter der Führung Francos vereinigten sich die bedeutendsten anti-bolschewistischen Parteien Spaniens einschließlich Falangisten und Carlisten im Kampf um die Erhaltung Spaniens als Bastion des Westens und um zu verhindern, daß es dem stalinistischen Alptraum unterworfen würde.



Ion Antonescu, rumänischer General, führte die Eiserne Garde.

Die Feinde heißen Marx und Mammon

Mit unschätzbarer Unterstützung von seiten Deutschlands und Italiens bereitete Franco dem internationalen Kommunismus eine der härtesten Niederlagen, die dieser jemals erlebt hat.

In Frankreich entstanden in den zwanziger und dreißiger Jahren zahlreiche nationalistische Vereinigungen. Eine davon war Colonel Casimir de la Rocques Croix de Feu, gegründet im Jahr 1927, die starke Unterstützung

bei der Mittelklasse und den Kriegsveteranen fand. Auf ihrem Höhepunkt hatte die Croix de Feu über 500 000 Mitglieder und war in dem Jahrzehnt vor Beginn des Zweiten Weltkrieges in Frankreich sicher eine der stärksten politischen Kräfte.

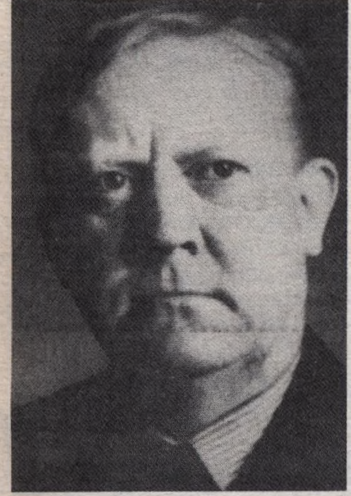
Eine andere war die Viertelmillion starke, anti-kommunistische Jeunesses Patriotes. Die Solidarité Française wurde im Jahr 1933 gegründet und wuchs rasch; ihre Anhänger verlangten nach der Befreiung von der durch die Banque de France gelenkten Finanzoligarchie, die die Nation regierte.

In Finnland wurde die Lapuan-Bewegung – benannt nach einer kleinen Stadt, die im Jahr 1929 das Zentrum für einen anti-kommunistischen Aufstand war – zur führenden politischen Kraft gegen die Roten. Die Lapuaner waren entschlossen, den Sozialismus auszurotten und die offene finnische Grenze gegen einen sowjetischen Angriff zu schützen. Sie waren es, die ein Verbot kommunistischer Aktivitäten in Finnland durchsetzten. Im Jahr 1932 formierte sich die Lapuan-Bewegung zur Patriotischen Volksbewegung (IKL) um. Sie gewann in den Wahlen über acht Prozent der Stimmen.

In Norwegen organisierte Vidkun Quisling – dessen Name aufgrund von verantwortungslosen Lexikographen heute als Synonym für Verräter herhalten muß – im Jahr 1933 die Nasjonal Samling, um gegen das doppelte Übel von Bolschewismus und plutokratischem Kapitalismus eine konstruktive Alternative zu bieten. Er bezeichnete die Feinde Norwegens richtig mit »Marx und Mammon«.

Im Zweiten Weltkrieg war Quisling Staatsoberhaupt. Er sah das Bündnis seines Volkes mit Deutschland als einziges Mittel an, um die gottlose rote Gefahr zu zerstören.

In Bulgarien wurde Dr. A. Tsankoffs soziale Nationalpartei zur führenden antikommunistischen politischen Bewegung. Tsankoff kam im Jahr 1923 mit einem Staatsstreich an die Macht, der das marxistenfreundliche Regime von Aleksandr Stambolinsky beseitigte, der versucht hatte, die christliche Religion und die Monarchie zu untergraben.



Vidkun Quisling war norwegisches Staatsoberhaupt im Zweiten Krieg.



Ante Pavelic führte die kroatischen Anti-Kommunisten auf dem Balkan an.



Antonio Salazar wurde 1932 portugiesischer Premierminister.

Während Tsankoffs Amtsdauer von 1923 bis 1926 wurde die bolschewistische Unterwanderung hartnäckig bekämpft.

In der Tschechoslowakei trat Konrad Heinlein als Führer der Sudetendeutschen Partei (SGP) hervor, einer Organisation mit 600 000 Mitgliedern, die eine Vertretung der beträchtlichen deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei erreichen wollte. In den Wahlen von Mai 1935 erzielte die SGP 1,2 Millionen Stimmen und erhielt 44 Sitze im Parlament, womit sie zur zweitgrößten Partei in der Tschechoslowakei wurde.

Heinleins Bewegung war sich der gefährlichen bolschewistischen Gefahr für Ost- und Mitteleuropa sehr bewußt und drängte zur Kooperation mit Deutschland, um dem Sturmangriff der raubgierigen roten Horden zuvorzukommen.

Eine weitere führende christlich-nationalistische Gruppe, die in den dreißiger Jahren in der Tschechoslowakei an Stärke gewann, war die slowakische Volkspartei, angeführt von Andreus Hlinka.

Nach der Teilung des Landes infolge des Münchner Vertrages vom Jahr 1938, war die neue Nation Slowakien geboren. Monsignore Josef Tiso wurde das Staatsoberhaupt. Als sich der Zweite Weltkrieg ankündigte, und die Kräfte der westlichen Zivilisation sich denen der Weltrevolution gegenübersahen, brauchte die Tiso-Regierung nicht lange zu überlegen; sie entschied sich für die westliche Seite.

In Kroatien und Serbien – jetzt nur noch Bestandteile des kommunistischen Jugoslawien – tauchten aktivistische anti-bolschewistische Bewegungen wie zunächst die Ustashi und später die Zbor auf. Die Ustashi wurden angeführt von Dr. Ante Pavelic und die Zbor von Dimitri Lyotic. Beide Gruppen betonten die nationale Autonomie und Unabhängigkeit, den Antikommunismus und das Christentum.

Pavelics Ustashi kamen im Jahr 1941 in Kroatien an die Macht und riefen einen unabhängigen Staat aus. Seine Regierung gab Mitgliedern des katholischen Klerus wichtige, entscheidungsträchtige Positionen.

In den Ländern des Baltikums – Lettland, Litauen und Estland – entwickelte sich begreiflicherweise eine starke Opposition gegenüber dem Bolschewismus. In Lettland trat die Thunder-Cross-Bewegung für die westliche Sache ein. In Litauen tauchten Gruppen wie der Eiserne Wolf und die Tautininkai auf. In Estland verliehen Organisationen wie die Vereinigung estländischer Freiheitskämpfer ihrer nationalistischen Leidenschaft Ausdruck.

Kurzum, fast jedes Volk in Europa konnte sich einer bedeutenden nationalistischen Bewegung rühmen, die die christlich-soziale Ordnung und das westliche Weltbild vor dem stärksten Angriff zu bewahren und zu schützen suchte, dem man sich je gegenübersah – der Verschwörung zu einer Weltrevolution, die sich hinter dem größten Land auf diesem Planeten verschanzt hatte.

Kann der europäische Nationalismus wieder erstehen?

Wie Antikörper, die im menschlichen Körper in einer Art Selbstverteidigung gegen den fremden Eindringling wachsen und sich vermehren, waren die patriotischen Bewegungen, die sich in der nach-bolschewistischen Ära europäischer Geschichte vermehrten und wuchsen, Manifestationen des gleichen Selbstverteidigungsmechanismus – einer Verteidigung gegen die Ideologie eines fremden Eindringlings.

Hätte man diesen Massen-Widerstandsbewegungen erlaubt, ihren natürlichen Kurs zu verfolgen, hätte der Zweite Weltkrieg in einem Sieg des Westens über die Weltrevolution gegipfelt.

Bis zum heutigen Tag geht dieser monumentale Kampf weiter. Kann der europäische Nationalismus wieder auferstehen? Wenn die wachsende populistische Bewegung in den Staaten des Westens ein Hinwis dafür ist, so mag unsere Zivilisation bei äußerstem Kräfteeinsatz noch eine Gewinnchance haben. □

Spanischer Bürgerkrieg

Geheime Intervention der Engländer

Alec de Montmorency

Die Mehrheit der Bevölkerung weiß nichts oder wenig über den Spanischen Bürgerkrieg als einem historischen »Test« zwischen den Faschisten und den Kommunisten. Wo sind die Geschichtsbücher, in Amerika oder in Europa, die von der britischen Intervention gegen die Faschisten in der einen Aktion und gegen die Sowjets in der anderen berichten? Es folgt hier ein Bericht aus erster Hand, der sich höchst eindrucksvoll von der »offiziellen« Establishment-Version der Ereignisse in Spanien unterscheidet.

In dem von 1936 bis 1939 andauernden Bürgerkrieg in Spanien wurden Amerikas Sympathien für die spanischen »Republikaner« – von Moskau unterstützt – in ihren von Niederlagen begleiteten Bemühungen gegen die Aufständischen beziehungsweise die »nationale Bewegung« – die von Berlin unterstützt wurde – geweckt. Es kam zur Aufstellung einer Freiwilligen-Brigade mit Amerikanern, die Lincoln-Brigade, darunter Ernest Hemingway (»Wem die Stunde schlägt«), der auszog, die »bösen Faschisten« zu bekämpfen und zum größeren Ruhm des Kommumismus.

Informationen an Ort und Stelle

Wie so viele historische Ereignisse, war auch dieser Krieg nur die Spitze eines der vielen Eisberge, die auf dem geo-politischen Meer treiben.

Während sich die Supermächte der Welt hinter verschlossenen Türen trafen, um zu entscheiden, wer was wann bekommen würde, verließ General Francisco Franco sein politisches Exil auf den Kanarischen Inseln und ging nach Marokko und übernahm das Kommando der Streitkräfte, die aus Armee, Fremdenlegion und maurischen Söldnern bestand. Er landete in Spanien und marschierte in Richtung Norden, um dem Alcazar von Toledo, der von den Republikanern belagert wurde, zu helfen.

Ich war dort, in Nordspanien (Pamplona, Burgos und Valladolid) als ein Mitarbeiter für die »New York Times« und als Korrespondent für die Pariser Zeitung »L'Excelsior«. Ich teilte ein Zimmer mit drei anderen jungen Männern, von denen einer bei der Luftwaffe der spanischen Aufständischen war. Er sagte mir, daß er Bombeneinsätze gegen Barcelona fliege, das sich damals in den Händen der prosowjetischen republikanischen Fraktion befand. Er hatte jedoch keine Erlaubnis, den Hafen von Barcelona zu bombardieren.

Die Verhandlungen zwischen Stalin und Hitler

Es wurde damit erklärt, daß Adolf Hitler und Joseph Stalin sich in gewissen Verhandlungen befänden und daß von den Deutschen gebaute Flugzeuge nicht dabei beobachtet werden sollten, wie sie sowjetische Frachtschiffe mit Lieferungen für die spanischen Republikaner bombardierten.

Ich hielt diese Erklärung für sehr merkwürdig. Es gab für mich jedoch keine Möglichkeit, die Geschichte im »Excelsior« und vor allem nicht in der »New York Times« zu veröffentlichen, ohne die Verhaftung meines Zimmergenossen und sehr wahrscheinlich seine Hinrichtung wegen Spionage zu riskieren.

Allerdings gab ich die Information an den neu angekommenen Korrespondenten für die »New York Times« in Burgos weiter. Er hieß George Axelsson.

Etwas später dann, im Jahr 1938, wurde die Sache offiziell: Adolf Hitler, Joseph Stalin und Benito Mussolini verhandelten miteinander, was mit Spanien zu tun sei, wobei sie gleichzeitig eine Neubewertung ihrer Beziehungen zu den von ihnen unterstützten spanischen Fraktionen vornahmen.

Anfang 1938 waren die Bedingungen des Handels das Tagesgespräch in Spanien. Hitler sollte Bilbao bekommen, Spaniens größte Industriestadt und strategischer Hafen im Atlantik. Sta-





Zwei der bekanntesten Persönlichkeiten des spanischen Bürgerkriegs waren der amerikanische Schriftsteller Ernest Hemingway (links) und General Francisco Franco, der Anführer der Nationalisten und Royalisten.

lin sollte Malaga und den Hafen an der Südküste Spaniens in der Nähe von Gibraltar bekommen. Für Mussolini war Minorca und sein großer, strategischer Hafen von Mahon vorgesehen.

Mussolini, große Rosinen im Kopf, entsandte eine Armada nach Mahon. Doch die Briten waren nicht bereit, dem Hitler-Stalin-Mussolini-Plan für Spanien zuzustimmen.

Noch bevor die italienische Flotte angekommen war, tauchte ein britischer Zerstörer auf, und der befehlshabende Commodore lud den für die strategische Insel zuständigen spanischen General zum Essen an Bord. Der republikanische Spanier war gerne bereit, einmal aus Neugier und zum anderen, weil man wenig zu Essen hatte und die Engländer dafür bekannt waren, den Tisch für besuchende Würdenträger reichhaltig zu decken.

Ein kaum abzulehnendes Angebot

Im Verlauf des Essens machte der englische Kommandant den Republikanern ein Angebot: Der befehlshabende General und seine Offiziere könnten ihre stark abgewerteten Pesetas zum offiziellen Wechselkurs vom Juni 1936 in Pfund Sterling umtauschen und zu seinem Ausflug nach Mexiko an Bord kommen.

Nun befand sich keineswegs rein zufällig an Bord des englischen Kriegsschiffes bereits ein spanischer Marineoffizier, der in gutem Ansehen bei der Militärjunta von Franco stand: der Marquis von Santa Cruz, seines Rangs Leutnant. Der republikanische Kommandant könnte mit den Briten auslaufen, zusammen mit seinen Offizieren, und dadurch seine Haut retten und seine Zukunft sichern, vorausgesetzt, er würde den Leutnant bei seinen Truppen als seinen legitimen Nachfolger vorstellen, dessen Befehl sie gehorchen müßten.

Gerade als man dieses Abkommen besiegeln wollte, tauchte Mussolinis Armada auf. Die Briten wußten natürlich von der herannahenden Zwergflotte, doch die Italiener waren völlig überrascht. Nachdem sie einige Runden auf den englischen Zerstörer abgegeben hatten, von denen keine traf, zogen sich die Italiener zurück. Sie hatten keine Befehle, was in dieser Situation zu tun sei. Sie waren für eine Invasion und eine Verteidigung gegen feindliche Truppen nicht ausgerüstet, da sie erwartet hatten, der Hafen würde ihnen von den Republikanern übergeben werden. Daher zogen sie sich zurück und warteten, was geschehen würde.

Inzwischen wurde das Kommando über den Schlüsselhafen an die Royalisten übergeben, und die Republikaner segelten mit den Briten nach Mexico – als reiche Männer.

Da sie keine Befehle zur Invasion hatten, kehrte die italienische Armada um und nach Hause zurück, wo sie als Helden gefeiert wurden. Die italienische Presse berichtete über einen Einsatz gegen feindliche Kräfte ohne eigene Verluste, wobei nicht erwähnt wurde, daß sich die Engländer nicht einmal die Mühe gemacht hatten, zurückzuschießen. Auch fehlte in dem Bericht in den italienischen Medien die Erwähnung der Tatsache, daß Mussolinis Truppen einen wichtigen Hafen in Spanien hätten sichern sollen – was nicht geschehen war. Es war für alle Betroffenen ein Happy-End.

Stalins Truppen segelten gen Malaga

Aber es fand sich auch eine sowjetische Armada auf dem Weg nach Spanien, einschließlich einer Landungstruppe. Stalins Truppen segelten gen Malaga, um eine sowjetische Basis in jenem wichtigen Hafen an der Mittelmeerküste Spaniens zu errichten, der sich damals im Besitz der republikanischen Regierung befand. Die Sowjets rechneten mit keinerlei Problemen, da die republikanische Regierung vollkommen von Stalins politischen Verbündeten beherrscht wurde.

Doch wieder einmal griffen die Briten dazwischen. Die Admiralität entsandte einige Einheiten ihrer Malta-Flotte, um die Armada Stalins abzufangen. »Tass«, die offizielle sowjetische Nachrichtenagentur, »Prawda«, »Izwestia« und »Radio Moskau« machten dunkle Andeutungen über »faschistische« Truppen, die die sowjetische Flotte auf ihrem Weg nach Spanien zu behindern versuchten – sonst nichts weiter.

Ich erfuhr den wahren Sachverhalt von einem meiner Freunde, der auch ein Freund von Franco war – dem Marquis von San Esteban de Canongo. Er befand sich in Paris, wo er als Vertreter der spanischen Junta in Frankreich agierte. De Canongo sagte, daß, wenngleich die sowjetische Besetzung von Malaga wohl von dem republikanischen Regime als auch der Junta genehmigt worden war, nicht alle spanischen Militärs mit der Situation zufrieden wären.

Ein spanischer Admiral, dessen Namen mein Freund nicht genannt hat, machte sich nach Gibraltar auf, nachdem er von dem bevorstehenden Schritt der Sowjets erfahren hatte, und warnte seinen englischen Kollegen vor der kommenden Aktion. Die Engländer waren von der Einnahme Malagas durch die Sowjets so wenig begeistert, wie sie es im Fall der italienischen Einnahme von Mahon gewesen waren.

Heimlich entsandten die Engländer ein Abfanggeschwader aus ihrer Malta-Flotte, und die sowjetischen Schiffe trafen niemals ein. Auch hörte man nie wieder etwas von ihnen.

Stalin war überzeugt, Hitler habe ihn ausgetrickst, und das deutsche Außenministerium hatte alle Mühe, Moskau zu versichern, daß es keine deutschen Marineeinheiten im Mittelmeer gegeben habe und auch nicht gäbe. Ob Stalin jemals erfahren hatte, was mit seiner Flotte wirklich geschah, ist unbekannt.

Sprachgebrauch im Spanischen Bürgerkrieg

Die Wahlen in Spanien von 1936 waren ein Lehrbuchbeispiel dafür, wie die Kommunisten eine Demokratie übernehmen können. Als es zu einer Mehrheit im spanischen Parlament, den Cortes, aufgrund des Bündnisses mit den Sozialisten und anderen linksgerichteten Splittergruppen gekommen war, haben die Roten sofort die »Solidarität« zwischen der spanischen Regierung und der UdSSR von Joseph Stalin verkündet.

Dies löste eine Revolte durch das Militär aus, das von der neuen, faschistischen Falange-Bewegung, den Karlisten und anderen Königstreuen sowie verschiedenen traditionsbewußten Interessen unterstützt wurde.

Die Gegner der linken Regierung wurden von der Regierung und den internationalen Establishment-Medien als »Aufständische« bezeichnet. Sie selbst nannten sich die »Nationalisten«.

Die für die Regierung Kämpfenden nannten sich selbst »Loyalisten«. Da sie die linksgerichtete, mit den Sowjets verbrüderte Regierung, die formaljuristisch eine republikanische Form hatte, unterstützten, wurden sie in der Auslandspresse die »Republikaner« genannt.

Die Aufständischen wurden von einer Junta regiert, die von General Virgilio Cabanellas angeführt wurde. Die Junta setzte eine provisorische Regierung ein. Ihre Kräfte waren im Norden Spaniens konzentriert. General Francisco Franco, ein Titularmitglied der Junta, kämpfte im Süden. Obwohl beide Generäle Nationalisten waren, operierten sie jedoch fast voneinander unabhängig, weil die Kommunisten die Mitte Spaniens kontrollierten.

In einer entscheidenden Schlacht löste Franco die nationalistische Garrison des Alcazar von Toledo ein und wurde zum »Führer« Spaniens ausgerufen. Danach marschierte er in nordöstlicher Richtung nach Madrid, wobei die kommunistischen Streitkräfte vor ihm zusammenbrachen.

Franco hatte effektiv die Revolte von der Junta übernommen. Etwa zu der Zeit, da Francos endgültiger Sieg in aller Welt offenkundig wurde, entschieden die spanischen Generäle, daß er nicht einfach ein Nationalist sei, sondern ein »Royalist«. Indem er sich als der Vertreter der Monarchie ausgab, hoffte Franco seiner Herrschaft die Legitimität zu verleihen.

Die Anerkennung seines Regimes durch England und Frankreich erfolgte prompt im Februar 1939, noch bevor Franco und seine Truppen am 27. März 1939 in Madrid einmarschiert waren. □

Nordirland

Ulster-Getreue für nationale Einheit

Robert J. Hoy

Am 24. Januar 1986 legten die getreuen Protestanten Nordirlands Zeugnis für ihren ehernen Nationalismus für England und »Ulster« (Nordirland) ab. In einer Sonderwahl zum Parlament errangen sie faste alle der 15 umstrittenen Sitze.

Die Wahl wurde notwendig, als die Loyalen, die die Sitze innehatten, aus Protest gegen das neue anglo-irische Abkommen zurücktraten, das von London und Dublin in der Hoffnung auf die Beendigung eines 18 Jahre währenden Blutvergießens unterzeichnet wurde. Für die Loyalen bedeutete die Unterschrift von Premierministerin Margaret Thatcher unter das Abkommen fast den Verrat.

Die Heimat vieler Amerikaner

Die Wiederwahl der Loyalen wird von einigen Beobachtern als ein Mandat gegen das Abkommen betrachtet – eine klare Botschaft, daß ohne protestantische Unterstützung und die Anerkennung der nordirischen nationalen Einheit der Friede nicht möglich ist.

Die Reagan-Administration unterstützt das anglo-irische Abkommen und deutet an, daß Amerika 250 Millionen Dollar für die Durchsetzung des Abkommens geben wird und ermutigt US-Konzerne zu höheren Privatinvestitionen; diese beschäftigen schon heute 15 Prozent der Arbeitskräfte in Nordirland.

Die Ulsteraner, die kurz vor und nach der amerikanischen Revolution nach Amerika ausgeschwärmt sind, werden als die »Scotch-Irish« bezeichnet. Einige 20 Millionen Amerikaner stammen von diesen mutigen Siedlern ab, deren Einwanderungswelle in Amerika um 1800 ihren Höhepunkt erreichte.

Wenigstens ein Dutzend amerikanische Präsidenten haben einen zumindest teilweisen Scotch-Irish-Stammbaum; der berühmteste davon war Andrew Jackson, der ausgezeichnete General, der viel zum amerikanischen Populismus beitrug. Viele andere amerikanische Volkshelden – Männer wie Davy Crokkett, Sam Houston, Ulysses Grant und Thomas »Stonewall« Jackson – waren ebenfalls Scotch-Irish, ebenso wie bekannte Künstler, Erfinder und Industrielle.

Keine andere amerikanische Gruppe hatte vielleicht eine so wichtige Rolle in Amerikas Unabhängigkeitskrieg gespielt wie die Ulsteraner. Wir haben dazu das Zeugnis von George Washington selbst: »Falls ich woanders besiegt werde«, sagte er, »dann werde ich meinen letzten Kampf um die Freiheit der Scotch-Irish in meinem Heimatland Virginia unternehmen.«

Die Mehrheit blieb eine britische Kolonie

Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen in Nordirland gehen auf die Teilung Irlands im Jahr 1922 zurück. Die Provinzen Leinster, Munster und Connaught sowie ein Teil von Ulster – drei Gemeinden – wurden zum überwiegend katholischen »Freistaat Irland«, ein britisches Do-



Junge Anhänger der Nationalen Front marschieren zu einer Anti-IRA-Kundgebung in Belfast.



Nordirische Soldaten tragen einen Kameraden zu Grab, der im Bürgerkrieg gefallen ist.



Beide Seiten im tragischen Bürgerkrieg in Nordirland haben eine Untergrundarmee mit hartem Kern.



Männer der paramilitärischen »Ulster Defence Association« demonstrieren bei dem Streik der Loyalen von 1973.

minion. Doch die Mehrheit von Ulster – sechs Gemeinden – blieben eine britische Kolonie: »Nordirland«.

In den folgenden 64 Jahren haben die nordirischen Protestanten stets für ihre besondere nationale Identität gestimmt und gekämpft. Dies ist im Verlauf der Zeit schwerer geworden, weil die höhere Geburtsrate der katholischen »Minderheit« in Nordirland dazu geführt hat, daß die Katholiken in einigen Distrikten die Mehrheit von 75 Prozent oder mehr haben.

Die Ursprünge der nordirischen Nationalität lassen sich bis in die Zeit um 1600 zurückverfolgen, als England Siedlern aus Schottland und England geholfen hat, massenweise nach Ulster auszuwandern. Es ging dabei darum, einen Stützpunkt auf der rebellischen »grünen Insel« zu errichten, der der englischen Krone ergeben sein würde. Im Verlauf der Jahrhunderte haben die Loyalen ein Volkstum entwikkelt, das sich von dem des katholischen Irlands in Sprache und Kultur unterscheidet.

Den Loyalen steht die Irische Republikanische Armee (IRA) gegenüber, die seit 1922 die Teilung zurückweist und einen einzigen, vereinten irischen Staat sowie die Vertreibung der englischen Truppen aus dem nordöstlichen Irland verlangt.

Bisher sind sämtliche Versuche zu einer Union von den loyalen Protestanten vereitelt worden. Schon 1912, als die englische Regierung einen Plan für die irische »home rule« unter einer Regierung ankündigte, haben die Protestanten – angeführt von Edward Carson – eine Armee aufgestellt, die die »Ulster Volunteer Force« (Freiwillige Streitkräfte von Ulster«) genannt wurde, und mit einem Bürgerkrieg gedroht.

Carson wurde später zu einem englischen Baron und »Lord of Appeal in ordinary« ernannt.

Bis 1974 hatte sich eigentlich nichts verändert, als es dazu kam, angesichts eines von London befürworteten »power-sharing«-Planes, daß die Loyalen, ihre Stärke unter Beweis stellend, ganz Nordirland mit einem massivem Arbeitsstreik lahmlegten und dadurch die Regierung stürzten.

Ein Ausdruck allgemeiner kalter Wut

Die Loyalen unterhalten eine »Untergrund«-Armee, die angeblich die größte paramilitärische Streitkraft in der westlichen Welt sein soll und die IRA an Männer und Waffen überflügelt. Militärische Beobachter glauben, daß die loyalen Paramilitaristen einen Bürgerkrieg gegen die IRA kämpfen und gewinnen könnten, falls englische Streitkräfte aus Nordirland abgezogen werden.

Anhänger des jüngsten anglo-irischen Abkommens hoffen, daß ein Bürgerkrieg vermieden wird, da das Abkommen anscheinend die Forderung der Loyalen bestärkt, Nordirland möge auf immer englisch bleiben, und tatsächlich alle unterzeichneten Parteien verpflichtet, auf jegliche Pläne zur Vereinigung von Irland unter einer Regierung in der unmittelbaren Zukunft zu verzichten.

Allerdings, so weisen die loyalen Protestanten sehr schnell hin, bestimmt das Abkommen, daß die Union mit England nur solange gültig ist, wie sie von der Mehrheit der Bevölkerung gebilligt wird. Schon jetzt sind mehr als 50 Prozent der schulpflichtigen Kinder in Nordirland Nationalisten, und die Loyalen befürchten, daß eine zukünftige nationalistische Mehrheit für die Vereinigung mit dem Süden abstimmen wird. Daher bleiben die Protestanten, trotz Zusicherungen von allen Seiten, dem Abkommen feindlich gesinnt.

Darüber hinaus, so warnt der Anführer der freien Presbyterianer, Pastor Ian Paisly, erlaubt das Abkommen der Regierung der irischen Republik in Dublin, eine kleine Beraterrolle in der Regierung von Nordirland zu übernehmen. Viele Loyale nehmen an, daß diese Rolle mit der Zeit größer werden wird.

Paisly bezeichnete den Wahlsieg der Loyalen als einen Ausdruck der »allgemeinen kalten Wut« unter den Protestanten – eine Warnung an London, daß seine Leute keinerlei Schwächung der nordirischen Bindungen an Großbritannien dulden werden. □

Comecon

Der Ostblock und die Devisen

Michael Hallett

Kommunistische Länder haben eine Sache mit den Vereinigten Staaten und anderen westlichen Ländern gemeinsam: sie drucken Geld. Aber finanzielle Transaktionen in Währungen des Ostblocks sind oft erheblich anderer Art als solche in frei konvertierbaren westlichen Währungen und dem japanischen Yen.

Die Sowjetunion und ihre Satelliten Bulgarien, Kuba, Tschechoslowakei, DDR, Ungarn, Mongolei, Polen, Rumänien und Vietnam sind alle Mitglieder des »Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe« (COMECON), der 1950 ins Leben gerufen wurde.

Die Jagd nach Devisen

Transaktionen der COMECON-Länder mit dem Westen sind normalerweise ganz direkt: Exporteinnahmen und Importbezahlungen erfolgen in US-Dollar oder einer anderen konvertierbaren Währung, und zwar unabhängig vom Rubel oder irgendeiner anderen Inlandswährung.

Jedes COMECON-Land setzt den »Wert« seiner Währung, gemessen an konvertierbaren Währungen, willkürlich fest. Dieser Kurs, der strikt durchgesetzt wird, wird dazu benutzt, um die lokale Währung an besuchende Geschäftsreisende und Touristen zu verkaufen sowie für den gelegentlichen Erwerb von Auslandsdevisen, so er erlaubt ist, für den Kauf von Büchern oder Zeitschriften im Ausland.

Es gibt in allen diesen Ländern einen Schwarzmarkt, auf dem westliche Währungen ein kräftiges Aufgeld erreichen können. Der aktivste Schwarzmarkt befindet sich in Polen, wo der Dollar fünf- bis sechsmal soviel Zlotys einbringt wie bei einer Bank, und in der UdSSR, wo er das vier- bis fünffache des offiziellen Rubelkurses beträgt.

In Ungarn, das einen relativ hohen Lebensstandard für Osteuropa aufweist und seinen Einwohnern Möglichkeiten des freien Unternehmertums einräumt – wenn auch nur begrenzt –, beträgt das Aufgeld zwischen 10 und 15 Prozent.





Wer aber nach Osteuropa als Tourist oder Besucher reist, ist sehr gut beraten, den Schwarzmarkt zu meiden, es sei denn, er handelt mit einem engen Verwandten oder jemandem, der als absolut vertrauenswürdig bekannt ist. Die Risiken, wenn man erwischt wird, sind zu groß.

Einige COMECON-Länder gestatten ihren Bürgern ein gewisses Maß an wirtschaftlicher Freiheit. Polen dürfen ein Auslandsdevisenkonto bei einer Inlandsbank unterhalten und die Erlöse in speziellen Ländern ausgeben, die Importwaren und hochwertige Inlandswaren verkaufen – solche, die normalerweise für den Export in den Westen bestimmt sind.

Knappheit und Verzicht

In Polen hergestellte Neuwagen können nur mit Auslandsdevisen gekauft werden. Diese Konten werden durch Überweisungen von Verwandten im Westen an die Polen gespeist, und aus Einnahmen aus »kreativen, innovativen und artistischen« Aktivitäten. Polnische Künstler, die beruflich ins Ausland reisen dürfen, können im Ausland harte Währungen verdienen, vorausgesetzt, sie bringen ihre Einnahmen nach Hause.

In Polen bilden sich Schlangen, wenn Konsumgüter zum Verkauf angeboten werden. Mehr als fünf Stunden pro Tag verbringt die Hausfrau mit Anstehen. – Einkäufer in Moskau mit westlichen Waren, die sie in einem der Beryezkas der Stadt erstanden haben, in denen mit harter Währung eingekauft werden kann.

In Ungarn dürfen die Bürger ähnliche Devisenkonten unterhalten wie in Polen. Ungarn dürfen häufig zu relativ liberalen Bedingungen in den Westen fahren – alle drei Jahre darf ein Erwachsener den Gegenwert von 300 Dollar in westlichen Währungen erhalten und für persönliche Zwecke die Guthaben auf den Devisenkonten benutzen. Das wesentliche hier ist, daß die Ungarn nicht eingezäunt sind wie beispielsweise die Ostdeutschen oder die Russen.

Vietnam, eines der ärmsten Länder der Welt, hat eine Vielzahl von Wechselkursen für seine Währung, den Dong. Exporteinnahmen werden zum Kurs von 12 Dongs für einen Dollar eingetauscht. Touristen – die wenigen, die kommen – erhalten 20 Dongs je Dollar. Aber Überweisungen an Vietnamesen, die ihnen ihre Familienangehörigen aus dem Westen schicken, werden mit 60 Dongs je Dollar eingewechselt. Dies ist ein Versuch der Landesbehörden, den blühenden Schwarzmarkt zu beseitigen.

Das tägliche Los der meisten Sowjetblockbürger sind Knappheit und Verzicht. Die Mängel der sowjetischen Wirtschaft sind bekannt. Die Situation ist besonders hart in den Satellitenländern.

Rumänien, einst autark in der Versorgung mit Petroleumerzeugnissen, hat einschneidende Beschränkungen für Heizung von Wohnungen und sogar für elektrisches Licht in den Wintermonaten eingeführt, weil Kohle und jetzt Erdöl knapp sind. Fernsehausstrahlungen werden gekürzt, manchmal nur zwei Stunden am Tag gibt es ein Programm. Auch wurden strenge Restriktionen für den Gebrauch von Privatfahrzeugen und sogar von heißem Wasser in den Wohnungen auferlegt.

Die Tschechoslowakei, die wegen der Qualität und Quantität ihrer Waffenexporte bekannt ist, kann mit anderen Waren nicht in die westlichen Märkte eindringen, und zwar nicht wegen Zöllen oder anderen Barrieren, sondern weil die Qualität seiner Waren so schlecht ist.

Tauschabkommen mit Transfer-Rubel

Der Wohnungsmarkt in Bulgarien ist dermaßen schlecht, daß er die Zukunft des Landes bedroht. Junge Ehepaare können einfach nichts finden, wo sie leben, geschweige eine Familie gründen könnten.

Kuba bleibt auch weiterhin wirtschaftlich ein »Sozialfall«, der allein durch 4 Milliarden Dollar Jahreshilfe von der Sowjetunion aufrechterhalten wird, das ist fast soviel, wie Amerika an Israel gibt.

Der Mangel an Gegenständen des täglichen Lebens ist in Polen so groß, daß die typische Hausfrau mehr als fünf Stunden am Tag mit Anstehen verbringt, um rationierte Lebensmittel zu kaufen, die sich dann auch noch häufig als nicht vorrätig erweisen.

Diese Unordnung in der Inlandswirtschaft spiegelt sich auch in dem Handel unter den Ostblockstaaten wider. Dieser Handel soll angeblich in dem sogenannten »Transfer-Rubel« abgewickelt werden, der tatsächlich weder transferierbar noch ein Rubel ist.

Alle kommunistischen Länder haben eine Planwirtschaft, in der der Staat – nicht der Markt – bestimmt, was erzeugt und verkauft wird. Polen liefert Kohle an die DDR im Austausch gegen Maschinenwerkzeuge. Rumänien exportiert Lebensmittel an die Sowjetunion im Austausch gegen Strom aus dem sowjetischen Elektrizitätsnetz.

Dieser Handel wird angeblich mit den Transfer-Rubel bezahlt, und am Ende eines Jahres sollten die Bilanzen der COMECON-Länder untereinander ausgeglichen sein.

Was geschieht, wenn ein Land einen Überschuß aufweist? Das sollte gut sein, so wie der japanische Handelsüberschuß im Interesse Japans ist, und das amerikanische Handelsdefizit sich nachteilig für Amerika auswirkt. Doch dem ist nicht so.

Nehmen wir an, die Tschechoslowakei hat einen Überschuß mit der DDR. Jetzt kann das Land nicht einfach seine überschüssigen Transfer-Rubel nehmen und etwas von der UdSSR oder Kuba kaufen. Es muß sie für ostdeutsche Waren ausgeben.

Tatsächlich bedeutet dieser »Überschuß«, daß die DDR mit der Lieferung ihrer Waren an die Tschechoslowakei im Rückstand ist. Der Transfer-Rubel dient in Wirklichkeit nur dazu, die verschiedenen bilateralen Tauschabkommen zwischen den COMECON-Ländern auszugleichen.

Ein Ergebnis davon ist, daß harte Währungen, hauptsächlich der US-Dollar und die D-Mark, in zunehmendem Maße für den Handel innerhalb des Ostblocks verwendet werden, vor allem in Verbindung mit dem Rohstoffhandel, jedoch nicht für Fertigwaren von oft zweifelhafter Qualität.

Interesse an harten Währungen

Da diese Rohstoffe weltweit gehandelt werden und ihr Preis in harten Währungen bestimmt ist, kann ihr Wert leicht bestimmt werden. Daher wenden sich die Ostblockstaaten zunehmend den harten Währungen zu, um den Handel untereinander damit zu finanzieren.

Trotzdem, alles kann zu einem gewissen Preis verkauft werden, und die Länder Osteuropas können ihre Fertigwaren absetzen – Möbel, Töpfe und Pfannen, Konserven, Bekleidung und andere Produkte, die wegen ihrer geringen Qualität auf den Weltmärkten nicht wettbewerbsfähig sind. Sie werden an noch ärmere dritte Weltländer gegen deren Randerzeugnisse ausgetauscht.

Als Ergebnis müssen die Bürger sowohl des Ostblocks als auch der dritten Welt häufig mit minderwertigen Waren vorliebnehmen, um ihre eigenen wurmstichigen Versionen des »freien Handels« abzustützen. □

Ferdinand Marcos

Exklusiv-Interview mit dem verbannten Präsidenten

Warren Hough

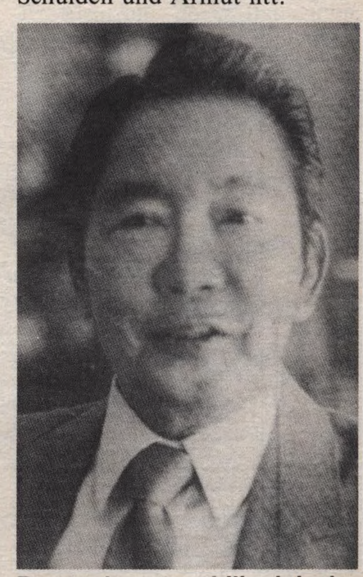
Unter den weltweit immer weniger werdenden und wankelmütigen Verbündeten Amerikas erwies sich der philippinische Präsident Ferdinand E. Marcos, der sein Volk mehr als zwei Jahrzehnte lang mit fester Hand regierte, als standhaftester, zielbewußter und kluger Verfechter der strategischen Interessen seiner Nation.

Von 1965 bis 1985 hielt Marcos in seinem Land eine produktive und demokratische Ordnung aufrecht und baute in seiner Region ein System auf, das den Vorrang amerikanischer Interessen mit dem Bedürfnis nach einer friedlichen Lösung lokaler Konflikte geschickt in Einklang brachte.

Der Verrat der USA

Kein Wunder, daß sich die Reagan-Regierung – bekannt für ihre sprunghafte Politik und außenpolitischen Verwicklungen, die oft zum Eigentor führen – Anfang des Jahres 1986 entschloß, sich gegen Marcos zu stellen. Die Amerikaner versagten der philippinischen Regierung ihre Unterstützung und gaben sie statt dessen einer volksaufwieglerischen, revolutionären Bewegung, die aus einem opportunistischen Bündnis zwischen linksradikalen und reaktionären Gegnern des alternden Präsidenten genährt wird.

Die amerikanischen Massenmedien stimmten in den Angriff gegen den bekämpften Präsidenten ein. In Zeitungsmeldungen, die einer einmütigen Verstoßung gleichkamen, wurde Marcos beschuldigt, ein diktatorischer und unehrlicher Herrscher gewesen zu sein, der sich selbst bereichert hat, während sein Volk unter Schulden und Armut litt.



Der verbannte philippinische Präsident Ferdinand Marcos erläuterte die strategische Bedeutung seiner Heimat.

Eben diese Einstimmigkeit des »Anti-Marcos-Chors« mußte den Verdacht eines jeden erregen, der mit den Propaganda-Praktiken der amerikanischen Establishment-Presse vertraut ist.

Was war die Wahrheit, die Realität, hinter dem langen und eindrucksvollen Aufstieg und überraschenden Fall von Marcos?

Ferdinand Marcos

Exklusiv-Interview mit dem verbannten Präsidenten

Um die Leser von DIAGNOSEN vertraut zu machen, entsandte die amerikanische Zeitung »The Spotlight« ihren diplomatischen Korrespondenten Warren Hough nach Honolulu, um den kürzlich ins Exil geschickten philippinischen Staatschef ausführlich zu interviewen.

Der sogenannte exportierte Krieg

Hough: Ihr erzwungener Rücktritt vom Amt des Präsidenten der Philippinen hat eine Krise ausgelöst, die jetzt weite Teile des Pazifiks und Südostasiens aus dem Gleichgewicht zu bringen droht. Können Sie uns Ihre Meinung zur Lage in diesen wichtigen Regionen sagen?

Marcos: Ich war immer der Meinung, daß Asien und insbesondere Südostasien strategisch gesehen zu den kritischsten Gegenden der Welt zählt. Der Vietnamkrieg und die seither eingetretenen Ereignisse haben diese Überzeugung nur noch verstärkt.

Mit diesem Konflikt ist erneut in stärkerem Maße das Problem des Gleichgewichts militärischer Macht zur Verhinderung weiterer kleinerer und großer Kriege aufgetreten. Dies würde bedeuten, daß jede Nation mit einem legitimen Interesse die Möglichkeit haben sollte, sich an der Aufrechterhaltung dieses Gleichgewichts politischer und militärischer Macht in der Region zu beteiligen.

Wenn wir den Begriff realistisch verwenden, muß »Kräftegleichgewicht« eine Art Gleichgewicht zwischen den beiden Supermächten USA und Sowjetunion bedeuten. Deshalb war ich vom ersten Augenblick an immer der Meinung, daß amerikanische Militärpräsenz und die Möglichkeit der Stationierung amerikanischer See- und Luftstreitkräfte in unserer Region unterstützt werden sollte.

Eine Erfahrung, die uns die letzten Jahrzehnte gelehrt hat, und die nun von allen größeren Mächten entdeckt wurde, aber scheinbar aus der Sowjetunion stammt, ist der sogenannte exportierte Krieg, der weitaus effektiver und billiger ist als die konventionellen Kriegserklärungen. Bei der Beobachtung dieser neuen Art der Kriegsführung haben wir gelernt auf die Zeichen aufkommender Revolten zu achten, denn – diese Indikatoren könnten den Beginn eines exportierten Krieges ankündigen – eines militärischen Angriffes einer Supermacht durch Mittelsmänner.

Hough: Ist es das, was auf den Philippinen jetzt geschieht?

Marcos: Alles deutet darauf hin. Die Philippinen sind in diesem Teil der Erde von strategisch wichtigster Bedeutung. Sie umfassen – im Wasser und in der Luft – was Admiral Alfred Mahan einmal als »chokepoints« (Erstickungspunkte) bezeichnet hat. Das sind die engen Durchgangswege, die den Pazifik, das Südchinesische Meer, den Indischen Ozean und die Straße von Formosa miteinander verbinden.

In Anbetracht der jünsten Konzessionen, die Vietnam der Sowjetunion in der Bucht von Camranh und bei Danang zugestanden hat – Basen, von denen aus die sowjetische Marine die Zufahrtswege vom Nordpazifik zum Südchinesischen Meer und zum Indischen Ozean blockieren kann – besteht nun die geo-strategische Notwendigkeit, daß die Philippinen frei bleiben, allein um den normalen Handelsfluß sicherzustellen, und daß die US-Basen oder »militärischen Einrichtungen«, wie sie jetzt genannt werden, dort für die Stationierung amerikanischer Streitkräfte gesichert und verfügbar bleiben.

Eine Partnerschaft mit den Kommunisten

Hough: Sind diese Schlüsselpositionen und die militärischen Einrichtungen, durch die sie geschützt werden, jetzt durch die Krise in Ihrem Land bedroht?

Marcos: Es besteht kein Zweifel, daß die Gefahr täglich steigt. Um diese Region zu schützen, müßte die kommunistisch geführte Revolte auf den Philippinen eingedämmt und gestoppt werden. Doch sie weitet sich statt dessen immer mehr aus, und die kommunistischen Freischärler nehmen rapide zu.

Die schätzungsweise 15 000 bis 16 000, die es im vergangenen Januar noch waren, sind selbst nach offiziellen Zahlen in den letzten Monaten, seit ich das Land verlassen habe, um 6 000 oder 7 000 – also um mehr als ein Drittel – gestiegen.

Die tatsächliche Situation ist wahrscheinlich noch schlimmer.

Hough: Wieso nehmen die Kommunisten so rasch zu?

Marcos: Diese Tatsache spiegelt die wohlbekannte Politik der Corazon Aquino-Regierung wi-



»Meine Regierung war bis zu dem Zeitpunkt, als sich eine Gruppe amerikanischer Regierungsbeamter, die behaupteten, für Präsident Reagan zu sprechen, der Opposition anschloß, niemals ernstlich bedroht.«

der, die mit den Kommunisten eine Partnerschaft aufbauen will, was auch offen zugegeben wird. Es handelt sich dabei um eine eigenartige Partnerschaft, denn diese Rebellen sind keine Marxisten; es sind opportunistische Terroristen, die sich der Guerilla-Kriegsführung eines Ho Chi Minh bedienen.

Lenins Taktik der urbanen Revolution und Maos Strategie ländlicher Kriegsführung hat Ho Chi Minh die Doktrin des Terrorismus gegen ausgewählte Führer der konstitutionellen Staatsform hinzugefügt. Ohne sich darum zu kümmern die revolutionären Ideale in den frühen Programmen von Lenin und Mao zu verstehen oder sie zu übernehmen, von denen einige wie zum Beispiel die Forderung nach einem Gesundheitswesen und politischer Mitbestimmung der Arbeiter nach und nach in demokratische Systeme aufgenommen wurden, haben sich die philippinischen Rebellen auf eine einzige Aussage konzentriert, die Mao zugeschrieben wird: »Politische Macht kommt aus dem Lauf eines Gewehres.«

Hough: Welche Auswirkungen hat die revolutionäre Strategie auf die philippinische Gesellschaft?

Verfassung ist außer Kraft

Marcos: Die philippinischen Aufrührer führen als New People's Army oder NPA eine Kampagne terroristischer Taktik und die Taktik der verbrannten Erde, die selbst nach kommunistischem Gusto hart ist. Sie haben überall, wo sie Fuß gefaßt haben, das Privateigentum, das Besitzrecht abgeschafft und auf den ganzen Philippinen daraufhingearbeitet, die regierungsfreundliche Atmosphäre zu verderben. Die demokratischen Abläufe, die in meiner Amtszeit – und selbst meine Kritiker geben dies zu – existieren und gesichert waren (mit einem System, in dem die Regierenden von den Regierten frei gewählt wurden und die Bevölkerung ihre legitimen Beschwerden frei zum Ausdruck bringen konnte), sind zerstört worden. Dies ist das Ergebnis der gemeinsamen Ziele und Taktiken, die die Aquino-Regierung und die Kommunisten verbindet.

Hough: Werden die konstitutionellen und demokratischen Sicherungen, die in Ihrer Amtszeit existierten, jetzt auf den Philippinen abgeschafft?

Marcos: Was der Öffentlichkeit in Amerika und den anderen westlichen Ländern nicht erzählt wird, ist die Tatsache, daß die Verfassung selbst von Mrs. Aquino außer Kraft gesetzt wurde, als sie und ihre Verbündeten die Macht ergriffen. Sämtliche Verfahrensregeln und Rechte, die sie verkörperte, sind für mein Volk nun verloren.

Darauf folgte die Beseitigung der Volksvertretung in gesetzgebenden Versammlungen; Sie können zwar in den Kongreß oder Senat gewählt werden, doch wenn der Aquino-Regie-

rung Ihre Politik nicht gefällt, werden Sie einfach hinausgeworfen und Ihr Wahlmandat wird für ungültig erklärt. So wurde das Grundrecht die eigenen Herrscher frei zu wählen abgeschafft.

Auch das Besitzrecht als Rechtsbegriff wurde beseitigt. Es hat eine Welle von Beschlagnahmen und Enteignungen gegeben, die oft durch nichts anderes motiviert waren als durch partisanenhafte Vergeltungssucht, politisch motivierte Blutrache oder den Drang Mrs. Aquino und ihrer Gefolgschaft mit den beschlagnahmten Vermögen politischer Gegner auf schnelle Weise reich zu werden.

Hough: Es scheint, daß diese Rebellion nicht allein die öffentliche Ordnung und seit langem verbürgte Rechte gefährdet, sondern das soziale Gefüge auf den Philippinen als Ganzes?

Marcos: Wir wissen nicht, was für die Gesellschaft oder für das Überleben des Volkes gefährlicher ist: die Gier und das Rauben und Plündern von Mrs. Aquinos Anhängern oder das heftige Streben nach diktatorischer Macht.

Die Zustände sind schlimmer als je

Da gibt es die systematischen Plünderungen des gesamten Vermögens früherer Regierungsmitglieder oder politischer Führer, die keine Anhänger von Mrs. Aquino sind. Gleichermaßen bedrohlich oder gar noch beängstigender ist die gewaltsame Unterdrückung dessen, was wir »das Parlament der Straße« nannten – das hochgeschätzte Recht der Leute sich friedlich zu versammeln, um ihren Beschwerden Ausdruck zu verleihen und sich den Herrschenden direkt mitzuteilen.

Für uns war dies immer ein elementarer Bestandteil der Demokratie und dieses neue Regime hat das total beseitigt. Zusammenkünfte werden von bewaffneten Rausschmeißertrupps der Regierung, die zu brutaler Vorgehensweise angehalten werden, gestört und auseinandergetrieben. Die Menschen werden zu Tausenden durch Schläge gedemütigt. Frauen, die an öffentlichen Demonstrationen teilnehmen, werden auf endwürdigende Weise mißbraucht und über 200 Protestanten sind bisher getötet worden.

Der Polizei bleibt keine andere Wahl als bei dieser gräßlichen Unterdrückung mitzumachen, indem sie die Leichen der Opfer vertuscht, die getötet wurden, weil sie zu protestieren wagten.

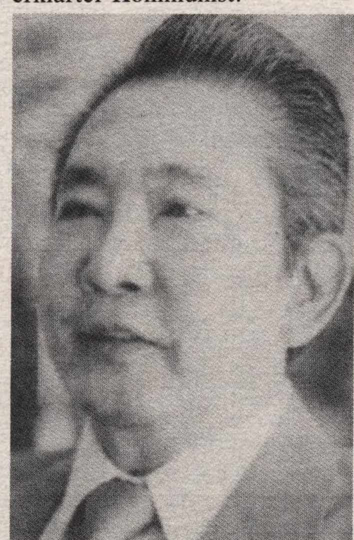
Hough: Einige von Mrs. Aquinos Vertrauensleuten äußerten jetzt auf privater Ebene, daß sich ihre »Revolution« stabilisieren wird, wenn die Kommunisten in die Regierung kommen und man mit ihnen eine Koalition bildet. Steht so etwas bevor?

Marcos: Die Zustände sind schlimmer als die meisten Leute erkennen. Was Sie als bevorstehend ansehen, ist tatsächlich schon vorhanden. Kommunisten befinden sich bereits in der philippinischen Regierung.

Sozialwissenschaftler schätzen, daß Kommunisten oder kommunistische Sympathisanten 40 Prozent der Positionen in der Aquina-Regierung innehaben, viele davon sind Schlüsselpositionen. Lassen Sie mich nur ein paar Beispiele nennen:

Die National Intelligence Coordinating Agency, die sämtliche Spionage- und Sicherheitsfunktionen überwacht, wird jetzt von einem »Mr. Yumul« geleitet, der für seine Zusammenarbeit mit den Kommunisten bekannt ist.

Augusto Sanchez, der von Mrs. Aquino zum Arbeitsminister ernannt wurde, ist seit Jahren ein erklärter Kommunist.



»Es besteht die tatsächliche Gefahr, daß die Philippinen zu einem neuen zweiten Vietnam werden.«

Mrs. Aquinos Sekretär, Joker Arroyo, hat aus seiner langjährigen Sympathie für die kommunistische Sache niemals einen großen Hehl gemacht.

Rene Saguisag, ihr offizieller Sprecher, war einmal der Anführer einer regionalen kommunistischen Revolte, der in der Provinz Laguna die kommunistische Flagge hißte und sie zu kommunistischem Territorium erklärte.

Der Minister der Landesregierung, Aquilino Pimentel, und der Leiter der Zollbehörde, Raul Tanada, sind ebenfalls als Anhänger der kommunistischen Partei bekannt.

Autonomie für die Anhänger Allahs

Diese neu ernannten Beamten und zahlreiche andere mit ihnen bezeichnen sich jetzt als fanatische Anhänger von Mrs. Aquino. Doch ihr langjähriger Ruf als Personen von radikalem marxistischem Kampfgeist deutet in keiner Weise daraufhin, daß sie ihre versteckten oder öffentlichen Verbindungen zur kommunistischen Partei jeweils aufgegeben oder eingeschränkt haben.

Hough: Welche anderen rebellischen Bewegungen gibt es auf den Philippinen abgesehen von der kommunistischen NPA?

Marcos: Anfang 1973 tauchte auf Mindanao und in einigen anderen, von islamischen Minderheiten bewohnten Gegenden eine Widerstandsorganisation mit dem Namen Moro National Liberation Front auf. Es handelte sich dabei um eine moslemische Bewegung.

Ihr Ziel war nicht eine marxistische Diktatur, sondern Autonomie für die Anhängerschaft Allahs, das heißt Autokratie und weitgehende Unabhängigkeit in kulturellen und religiösen Angelegenheiten von der vorwiegend katholischen Zentralregierung. Die Moros waren immer leidenschaftliche Kämpfer. Ihre Rebellion konfrontierte meine Regierung mit einer bedrohlichen Herausforderung.

Zum einen wurden unsere besten Truppen in Luzon festgehalten, um die HUK-Guerillas, einen kommunistisch gelenkten Aufstand, niederzuhalten. Zum anderen, wenn es zum Kampf zwischen unseren Streitkräften und den Moros kam, gab es immer schwere Verluste auf beiden Seiten.

Unser Geheimdienst fand heraus, daß die moslemischen Sezessionisten von Oberst Muamar el Gaddafis Regierung in Libyen starke Unterstützung (Waffen, Gelder und politische Hilfe) bekamen.

Unter einer solchen Regierung wäre Gaddafis Einmischung in die philippinische Politik vielleicht zu einem Bürgerkrieg mit den Moslems und einer internationalen Konfrontation eskaliert. Doch ich hatte eine diplomatischere Lösung für die Beilegung dieser Krise. Mein Plan bedeutete kein weiteres Blutvergießen mehr, sondern hatte geschickte Verhandlungen zum Ziel.

Anfang des Jahres 1977 – während die Moros noch immer hart gegen die philippinische Armee kämpften – wurde es einer Mission unter der Führung der First Lady gestattet, die Länder des Mittleren Ostens zu besuchen. Ihre Aufgabe war es, die guten Beziehungen zwischen uns und den arabischen Staaten wiederherzustellen.

Gespräche mit Oberst Gaddafi

Wir erklärten Gaddafi und anderen islamischen Führern, daß der Aufstand der Moros den moslemischen Regionen in unserem Land mehr Schaden, mehr Blutvergießen, Verwüstung und Menschenopfer zufügen würde, als anderen Gebieten. Wir argumentierten, daß er auch in anderer Hinsicht grausam, nutzlos und unnötig sei, da wir bereit seien, den Moros erhebliche Autonomie-Zugeständnisse zu machen, wenn sie einem Waffenstillstand zustimmen würden.

Auf Drängen meiner Frau berief Gaddafi eine Zusammenkunft ein, bei der Sprecher mehrerer islamischer Religionen und kultureller Organisationen sowie hohe Vertreter der wichtigsten moslemischen Nationen das Problem diskutierten. Über Telefon und Konferenzschaltung sprach ich mit Gaddafi und den islamischen Konferenzteilnehmern in Libyen.

Mit Hilfe des libyschen Führers, der schließlich einige unserer

Ferdinand Marcos

Exklusiv-Interview mit dem verbannten Präsidenten

Argumente akzeptierte, und einigen anderen einflußreichen islamischen Persönlichkeiten arbeiteten wir mit den Moros einen Waffenstillstand aus. Dem folgte ein Friedensvertrag, der den islamischen Gläubigen weitgehende kulturelle Autonomie einräumte. Mehr als zehn Jahre lang führten die Moros eine vorwiegend friedliche Koexistenz mit der katholischen Mehrheit auf den Philippinen.

Doch ich habe jetzt gehört, daß die Moro National Liberation Front wieder mobilisiert hat und überall gekämpft wird.

Hough: Um die Nationale Befreiungsfront der Moros und die kommunistischen Rebellen zum Aufgeben zu zwingen, hat die Aquino-Regierung israelische Militär- und Sicherheitsexperten unter Vertrag genommen. Sie sollen als Ausbilder und Berater bei den philippinischen Streitkräften, die sich mit der Gegenrevolution befassen, dienen. Wie sehen Sie diese Entwicklung?

Marcos: Dies ist eine Verunglimpfung unserer nationalen Unabhängigkeit und ein Angriff auf unsere Freiheit und souveräne Integrität. Es ist auch eine Beleidigung für die amerikanischen Berater, die in den Jahren meiner Präsidentschaft als einzige bei unseren bewaffneten Streitkräften dienten. Ihre Rolle war weitgehend auf logistische Programme und Trainingsprogramme beschränkt; die amerikanischen Berater besaßen keine taktische Vollmacht oder Befehlsvollmacht und es bestand keine Veranlassung, daß sie in Kämpfe mit Rebellen verwickelt würden.

Die jetzige Einmischung Israels in unsere Verteidigungsangelegenheiten wird auch erhöhte Kampfanstrengungen und eine arabische Intervention in unsere Politik mit sich bringen. Was allerdings noch unheilvoller ist: Die Präsenz Israels wird wahrscheinlich eine feindliche Reaktion Vietnams hervorrufen. Nur wenige sind sich der Tatsache bewußt, daß es zwischen meinem Land und Vietnam keine genau definierte Grenzlinie gibt.

Philippinen ein zweites Vietnam?

Es ist eine gefährliche Situation, die die Regierenden Vietnams in ihrer derzeitigen militärischen und expansiven Stimmungslage als eine Bedrohung ansehen könnten.

Ich habe den Konflikt entschärft, als ich im Jahre 1978 mit dem vietnamesischen Premierminister Pham Van Dong direkte Gespräche führte. Die Verhandlungen liefen ruhig ab, und wir beseitigten diese Spannungsquelle, indem wir uns darauf einigten eine unsichtbare, das heißt de facto Grenzlinien zwischen unseren beiden nationalen Territorien einzuhalten.

Ich vermute nun, daß die Ankunft der israelischen Mission dieses Friedensarrangement ebenfalls zunichte machen wird.

Hough: Was sagen Sie dazu, daß die ASEAN-Länder die Unruhen auf den Philippinen mit Bestürzung und großer Sorge betrachten?

Marcos: Sie fürchten die Möglichkeit, ja, die ständig steigende Wahrscheinlichkeit, eines neuen »Vietnamkrieges« auf den Philippinen und die Tatsache, daß sie hineingezogen werden könnten. Ein solcher Konflikt könnte durch Stellvertreter ausgefochten werden; die amerikanischen Behörden haben in letzter Zeit wiederholt verlauten lassen, daß sie bereit sind Truppen gegen die kommunistischen Kräfte in dieser Region einzusetzen.

Doch die Ereignisse auf den Philippinen schüren den Alptraum amerikanischer Soldaten einen weiteren Vietnamfeldzug führen zu müssen, um die Philippinen davor zu bewahren, in kommunistische Hände zu fallen – anders als im Falle des Verlusts Vietnams wäre dies eine untragbare strategische Schlappe für die eigene Verteidigung.

Hough: Wie ließe sich diese Katastrophe vermeiden?

Marcos: Im ernsten Interesse der Vereinigten Staaten und unser aller Interesse müssen wir die kommunistischen Rebellen in meinem Land beseitigen, solange noch Zeit dazu ist. Zu diesem Zweck muß dafür gesorgt werden, daß die offenen und geheimen Kanäle, die das jetzt an der Macht befindliche Regime auf den Philippinen, die Aquino-Regierung, mit solch prominenten kommunistischen Führern wie Jose Maria Sison und dem sogenannten Commander Dante (richtiger Name: Bernabe Buscayno) von den Rebellen verbindet, auf die eine oder andere Art unterbrochen werden.

Der Termin für den geplanten Coup d'Etat

Hough: Welche Strategien verfolgen die Kommunisten?

Marcos: Sison, der Gründer der kommunistischen Partei auf den Philippinen, ist zusammen mit Commander Dante und 400 anderen kommunistischen Organisatoren vor kurzem aus der Haft entlassen worden, zu der sie in meiner Regierungszeit nach ihrer Festnahme bei Kämpfen verurteilt worden waren – Kämpfe, die auf beiden Seiten schwere Opfer gefordert hatten.

Sison ist ganz offen, seit er seine Freiheit wiedererlangt und die Rolle des wichtigsten kommunistischen Führers in Südostasien erneut übernommen hat. Er verkündete, daß die Inbesitznahme der Philippinen gemäß ursprünglichem kommunistischem Zeitplan drei Jahre nach dem Sturz meiner Regierung erfolgen sollte.

Doch er sagt jetzt, daß der geplante Termin für den kommunistischen Coup d'Etat auf Januar kommenden Jahres verschoben werden könne, wenn die derzeitigen militärischen und politischen Unruhen unvermindert anhalten.

Hough: Sind sich die Kommunisten ihrer nicht zu sicher?

Marcos: Sison hat seine Anhänger darauf aufmerksam gemacht, daß der kommunistische Coup verschoben werden müßte, wenn es Marcos irgendwie gelingen sollte, die verschiedenen oppositionellen Kräfte zusammenzutrommeln und zu vereinen. Doch im übrigen sind seine Ansprüche mehr als nur rhetorischer Art.

Dies wurde vor kurzem von keinem geringeren als dem Generalstabschef der philippinischen Streitkräfte, General Fidel Ramos, bestätigt, der bei einem Treffen des Mutual Defense Board (Ausschuß für gegenseitige Verteidigungshilfe) vor einigen Wochen warnte, es bestünde »die tatsächliche Gefahr, daß die Philippinen zu einem zweiten Vietnam werden«.

Der Mutual Defense Board ist eine Gruppe ranghoher amerikanischer und philippinischer Offiziere, in der der »CINCPAC« (amerikanischer Oberbefehlshaber im Pazifik) den Vorsitz führt. Die Konferenz, in der Ramos vor einem Übergreifen der Vietnamkrise auf unser Land warnte, war geheim, doch auf meine Informanten – Offiziere, die an dem Treffen teilnahmen – ist Verlaß. Außerdem erfuhr ich, daß die Mehrheit der anwesenden ehemaligen Befehlshaber mit Ramos einer Meinung waren.

Hough: Wie ist es im Hinblick auf die Ernsthaftigkeit dieser Entwicklungen möglich, daß die Reagan-Regierung, für die bei jeder Krise im Pazifik eine Menge auf dem Spiel steht, mit den militanten Revolutionären gemeinsame Sache macht und Ihre Amtsenthebung guthieß – ja, sogar begünstigte.

Marcos: Das ist ein großes historisches Mysterium. Es ist gerade dabei gelöst zu werden. Washingtons Entschluß sich gegen meine Regierung zu stellen, entsprang offensichtlich falschen und gefärbten Geheimdienstberichten sowie irreführenden Empfehlungen durch US-Experten, die man zur Beobachtung und Beurteilung der Krise auf die Philippinen entsandt hatte – es handelte sich dabei teilweise um Vertreter des Präsidenten der Vereinigten Staaten.

Beleidigungen und Beschimpfungen

Hough: Warum unterstützen diese Bürokraten schließlich die Revolution, durch die Ihr langjähriges, stabiles Regime gestürzt wurde, ohne eine verläßliche Alternative parat zu haben?

Marcos: Ironischerweise nahmen viele dieser amerikanischen Abgesandten mir gegenüber sofort eine feindliche Haltung ein, einfach aus dem Grund, weil ich lange im Amt war. Das ist das amerikanische Syndrom: wenn Sie über mehrere Legislaturpe-

rioden hinweg im Amt sind – länger als normalerweise üblich – werden Sie instinktiv verdächtigt, man hält Sie für einen Manipulierer, ja, sogar für einen Übeltäter, Schurken und Tyrannen.

Es wird einfach davon ausgegangen, man habe seine Position als Staatsoberhaupt durch Betrug oder Gewalt gehalten. Diese Leute schauten niemals den Tatsachen ins Gesicht, daß meine Regierung immer wieder die Unterstützung der Mehrheit der philippinischen Wähler gewonnen hat, weil sie dem Volk Wohlstand, Stabilität und soziale Reformen brachte.

Hough: Es gibt amerikanische Politiker, die es sich zum Lebensinhalt gemacht hatten, Sie bis zum Schluß zu denunzieren und zu kritisieren. Der New Yorker Abgeordnete Stephen Solarz, als ein Beispiel, hat Sie in den letzten Monaten nahezu zwanghaft täglich immer wieder angegriffen und beschimpft. Was hat er für ein Interesse daran? Wieso sind Sie zu einer derartigen Zielscheibe geworden?

Marcos: Mir wurde gesagt, daß der Hauptgrund für die Kampagne, die Solarz und einige andere in Washington gegen mich geführt haben, einfach das Bedürfnis des modernen Politikers nach Publizität ist. Mich anzugreifen und zu diffamieren erwies sich als ein billiger und einfacher Weg, um in Zeitungen und Nachrichtensendungen des Fernsehens von sich Reden zu machen.

Solarz verweilte bei jedem Besuch in Manila bei der Familie von Mrs. Aquino oder Salvador Laurel (Corazon Aquinos Vizepräsident) und wurde praktisch ein Bestandteil ihrer Clique. Das heißt, daß einige dunklere Motive und Interessen als reines Streben nach Publizität in dem Anti-Marcos-Chor ins Spiel kamen.

Doch ich werde auf Solarz' Beleidigungen und Beschimpfungen nicht eingehen. Ich habe nicht die Absicht mein Amt dadurch zu entwürdigen, daß ich mich mit ihm in eine Verleumdungs- und Schmutzkampagne einlasse.

Hough: Neben Solarz und seinen Freunden schlossen sich auch eine Reihe von Großbanken – einige davon mit Sitz auf den Philippinen, andere aus dem Wall Street Konsortium, angeführt von der Chase Manhattan Gruppe – Ihren Feinden an und beteiligten sich an dem Putsch gegen Ihre Regierung. Warum?

Marcos: Um ehrlich zu sein, ich war etwas überrascht, als ich – es war, glaube ich, im vergangenen Dezember – erfuhr, daß die Radikalen und Putschisten um Mrs. Aquino insgeheim auch von einer Reihe von Banken unterstützt wurden. Jetzt, im Rückblick betrachtet, hätte ich vielleicht damit rechnen sollen.

Banker als Drahtzieher

Die Bewegung von Mrs. Aquino ist hinter den Kulissen immer eine versteckte Koalition von kommunistischen Taktikern und opportunistischen Finanziers gewesen.

Mrs. Aquino kommt aus wohlhabenden Finanzkreisen mit zahlreichen Verbindungen zu multinationalen Unternehmen und internationalem Finanzkapital. Dies bot den Schauplatz für die erste Konfrontation zwischen mir und ihrer Clique.

Vor fast 20 Jahren begann ich eine Reihe von Gesetzentwürfen zur Agrarreform in Angriff zu nehmen, um die Landarbeiter von ihrer elenden Armut zu befreien. Die Familie von Mrs. Aquino, die zu den größten Landbesitzern auf den Philippinen zählt, und ungeheueren Reichtum besitzt, der durch die Ausbeutung der leibeigenen Landarbeiter zustande kam, bekämpfte mein Landreformprogramm.

Mit Frondiensten, die ihnen auferlegt wurden, weil sie in der Schuld ihrer Dienstherren standen, ketteten die Aquinos und andere Mitglieder der Oligarchie diese Arbeiter an sich.

Ich leitete eine Gesetzgebung und Maßnahmen in die Wege, um es Millionen von Landarbeitern zu ermöglichen, ihr eigenes Stück Land zu erwerben, welches jeweils von den größten Grundstücken abgezweigt werden sollte.



Während seiner Amtszeit erreichte Marcos, die Streitigkeiten mit den islamischen Moros beizulegen. Jetzt greifen die Moros wieder zu den Waffen. Auf dem Foto nimmt Marcos (rechts) von Commander Hasimon Tingkalan, Vizepräsident der Moro National Liberation Front, im Jahre 1975 ein Gewehr an, um damit das Abkommen zu besiegeln.



Das Böse in der Welt lebt nicht durch die, die Böses tun, sondern durch jene, die Böses dulden! Müßten wir da nicht alle etwas tun, damit wir selbst von Schuld frei werden?
Diese oder ganz ähnlich lautende Fragen hat man mit Bezug auf die in DIAGNOSEN veröffentlichten Berichte, Kommentare und Analysen immer an die Redaktion herangetragen.
Gleichzeitig haben Leser immer wieder Hinweise gegeben, wie das zeitkritische Magazin DIAGNOSEN größere Verbreitung finden könnte.
Alles schön und gut – nur über die Deckung der Kosten hat bisher niemand gesprochen.
Der Verlag DIAGNOSEN ist nun einmal kein Goldesel. Und wenig tröstlich sind auch die Hinweise vieler Leser und Abonnenten, daß sie sich nicht gern in die Rolle von »Werbern« gedrängt sehen möchten. Schade, wo es doch um eine eminent wichtige Aufgabe geht. Aber wir sind gern bereit Ihren Freunden und Bekannten Probehefte zu schicken.
Wenn alle Leser von DIAGNOSEN bereit wären für dieses zeitkritische Magazin zu werben, könnten wir alle im Kampf gegen das Böse in der Welt unseren Beitrag leisten. Wir sollten doch versuchen, breiteste Bevölkerungskreise über die wahren Sachverhalte und Hintergründe der derzeitigen Politik aufzuklären.

Ferdinand Marcos

Exklusiv-Interview mit dem verbannten Präsidenten

Mrs. Aquino und ihre Verbündeten bekämpften meine Landreform auf Schritt und Tritt. Sie waren entschlossen, die Leibeigenschaft ihrer Arbeitskräfte aufrechtzuerhalten und dies ist ihnen bis zum heutigen Tag durch Ausnutzung von Gesetzeslücken weitestgehend gelungen.

Es stimmt, daß wir in den siebziger Jahren im Banken- und Kreditwesen im Hinblick auf soziale Verantwortung bestimmte Gesetze und Bestimmungen erlassen haben. Die Banken in meinem Land verlangten Zinssätze von 40 und 50 Prozent, wann immer sie konnten, und forderten in der »Stagflation« von 1974/75 Wucherbeträge.

Wir verabschiedeten entsprechende Gesetze, um diesem Wucher Einhalt zu gebieten. Auf der anderen Seite förderten wir ein Kreditprogramm für kleine Farmer, das durch staatliche Garantien gestützt wurde und verboten den Grundbesitzern ihren Arbeitern Kredite zu geben – ein Reformgesetz, mit dem die traditionelle Fronarbeit größtenteils ihr Ende nahm, was jedoch die Feindseligkeit des Aquino-Clans gegen meine Regierung noch verschärfte, denn sie waren es gewohnt, Kredite an ihre Arbeiter als Instrument dazu zu benutzen, die Leibeigenschaft aufrechtzuerhalten.

Alternativlösung für die Kreditkrise

Ich wußte um die Opposition unter den reichen Großgrundbesitzern – von denen einige, wie Mrs. Aquinos Clan, auch Großbanker waren –, doch ich vermutete nicht, daß sich auch einige der multinationalen Großbanken gegen mich gewendet hatten.

Wir haben die Forderungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank auf Finanz- und Wirtschaftsebene immer erfüllt, obwohl diese Einschränkungsmaßnahmen eine politische Belastung waren, für die ich niemals uneingeschränkte Unterstützung in der Bevölkerung erhielt. Doch als der Baker-Plan – ein Weltkreditreform-Vorschlag des amerikanischen Finanzministers James Baker – im vergangenen Herbst bekannt wurde, stellte ich mich dagegen. Mir erschien dies wie ein weiterer Schritt der Banken die Schuldenlast der dritten Welt zu vermehren.

Ich schlug eine Alternativlösung für die Kreditkrise vor, die ein Moratorium der Schuldenrückzahlung und eine von den USA unterstützte Währungsreform beinhaltete. Ich nehme an, daß einigen internationalen Banken mein Vorschlag nicht gefiel und sie deshalb beschlossen, eine weniger unabhängige und leichter beeinflußbare Figur zum Präsidenten der Philippinen zu machen.

Hough: Die amerikanische Öffentlichkeit wird in den letzten Monaten ständig mit negativen und kritisierenden Geschichten über Ihre Person gefüttert, und es wird kaum oder nichts über die langfristigen, demokratischen, reformistischen – und teilweise populistischen – Leistungen Ihrer Regierung erwähnt.

Marcos: Ja. Und doch waren die Erhaltung einer demokratischen Staatsform, sozialer Maßnahmen zugunsten der Armen und Besitzlosen sowie gleichmacherische Reformen wesentlicher Bestandteil meiner Regierung und einer der Gründe dafür, warum mir das Volk über all die Jahre hinweg seine Stimme gegeben hat.

In jeder Nachrichtensendung über die Regierungskrise auf den Philippinen wurden den amerikanischen Zuschauern immer wieder Aufnahmen von den schlimmsten Slums in unseren Städten gezeigt. Doch man berichtete nicht über unsere gewaltigen Bemühungen diese Slums durch Abreißen der schäbigen Hütten und Errichten von subventionierten Wohnungen zu beseitigen – obwohl die Vereinten Nationen die Verdienste meiner Regierung mit einer vor nicht allzu langer Zeit vergebenen Jahresprämie für Stadtsanierung anerkannten.

Das Motto hieß: Land für die Besitzlosen

Unter meinem Regime verwandelten sich die besitzlosen, verarmten Filipinos, die längst in Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung resigniert hatten, in eine dynamische, produktive, nach vorn schauende Nation. Das Analphabetentum wurde weitgehend beseitigt – heute sind nahezu 90 Prozent der Bevölkerung des Lesens und Schreibens kundig, in manchen Stadtzentren liegt der Prozentsatz sogar noch höher.

Wir führten beispiellose Maßnahmen durch, um den Provinzen etwas zu geben, was sie noch niemals besaßen: ein effizientes Straßennetz, das den Farmen ermöglicht, ihre Produkte abzusetzen.



»Mrs. Aquino kommt aus wohlhabenden Finanzkreisen mit zahlreichen Verbindungen zu multinationalen Unternehmen und internationalen Banker.«

Ich richtete persönlich meine Aufmerksamkeit auf ein Forschungsprogramm, das darauf abzielte, die Nahrungsqualität von Reis zu verbessern; zu diesem Zweck brachte ich private Gelder aus der Marcos-Stiftung auf. Reis ist das Hauptnahrungsmittel der meisten Filipinos und fast das einzige, was die Armen regelmäßig zu sich nehmen. Wir erhöhten den Eiweißgehalt des in meinem Land angebauten Reises aufgrund anhaltender Forschung von 3 auf 12 Prozent und mobilisierten dann noch größere Reserven für die Entwicklung des bewässerten Anbaus dieser lebenswichtigen Frucht.

In den vergangenen 10 Jahren stieg die Fläche bewässerter Reisfelder von 300 000 Morgen auf fast eineinhalb Millionen Morgen Land an.

Und wir riefen das Motto »Land für die Besitzlosen« ins Leben, ein Reformprogramm, das buchstäblich Millionen von Menschen zugute kam und das von uns auch nie aufgegeben wurde.

Hough: Wie konnte es der Opposition angesichts der breiten Unterstützung in der Bevölkerung, die sich teilweise aus solchen Reformprogrammen herleitete, gelingen, Sie zu stürzen?

Marcos: Um es klar auszudrükken, was ich seit meinem Weggang von den Philippinen immer vermieden habe, meine Regierung war bis zu dem Zeitpunkt, als sich eine Gruppe amerikanischer Regierungsbeamter, die behaupteten für Präsident Reagan zu sprechen, der Opposition anschloß, niemals ernstlich bedroht.

Durch diese niederschmetternde Wende der Ereignisse bin ich angreifbar geworden, denn ich hatte unseren amerikanischen Verbündeten immer vertraut und niemals einen Angriff von ihnen erwartet.

Hough: Es gibt Berichte, daß Ihnen von einer Person in Ihrer unmittelbaren Umgebung heimlich Medikamente oder Beruhigungsmittel verabreicht wurden, um Sie am 25. Februar 1986 dazu zu bringen den Palast zu verlassen und ins Exil zu fliegen. Stimmt das?

Marcos: Mir wurden keine Medikamente verabreicht. Wahr ist hingegen, daß die Reagan-Regierung mit einer militärischen Intervention durch die Marine und schließlich einfach mit körperlicher Gewalt drohte, um mich dazu zu bringen, das Land zu verlassen. Es steht außer Frage, daß das amerikanische Außenministerium, der CIA und einige andere bürokratische Stellen in Washington mit meinen Feinden zusammengearbeitet haben, um mich des Amtes zu entheben.

Marcos war entschlossen zu bleiben

Es war eine grobe Verletzung der philippinischen Verfassung, der vor kurzem abgehaltenen, landesweiten Wahlen, mit denen ich eindeutig in meinem Amt bestätigt worden war sowie des Vertrauens, der Freundschaft

und gegenseitigen Unterstützung, die mich mit den vier vorherigen US-Regierungen verbunden hatten.

Es ist wichtig, daß man versteht, daß ich nicht durch den Willen des Volkes abgesetzt wurde, sondern durch einen Militärcoup einer Handvoll unloyaler Offiziere. Diese Verräter wurden von einer kleinen Gruppe amerikanischer Bürokraten dazu ermutigt, von ihnen politisch unterstützt, erhielten von ihnen ihre finanziellen Mittel und ihre entscheidenden Waffen. Diese Gruppe hatte beschlossen, den Schützling des US-Außenministeriums, Mrs. Aquino, zur Präsidentin meines Landes zu machen.

Als Mrs. Aquinos Gefolgsleute Anfang dieses Jahres Tumulte in den Straßen verursachte, fing die amerikanische Botschaft unter Botschafter Stephen Bosworth an Gerüchte – und schließlich laute Anklagen – in Umlauf zu setzen, meine Truppen würden »Massaker« veranstalten und »Blutvergießen« in den Straßen verursachen. Nichts davon entsprach der Wahrheit; ich habe den Sicherheitskräften nie erlaubt auf Demonstranten zu schießen.

Doch Bosworth warnte wiederholt, Washington sei »besorgt« über das »Blutvergießen«. Schließlich erklärte der Botschafter, die US-Marine würde eingreifen, wenn ich die angeblichen Massaker nicht stoppen würde.

Die einzigen Militärs, die auf Zivilisten schossen, waren die Verschwörer, die sich gegen mich gewendet hatten. Über vom Pentagon und CIA gelieferte Helikopter nahmen diese Rebellen den Palast unter Feuer und verwundeten und töteten dabei ein Dutzend Zivilisten.

Ich war entschlossen dort zu bleiben und dort auch zu sterben, wenn es vom Schicksal so bestimmt sein sollte. Doch unter dem Raketen- und Kanonenfeuer wuchs die Sorge um meine Familie – meine Frau, meine Kinder und Enkelkinder, die teilweise in Angst und Schrecken versetzt waren. Schließlich entschloß ich mich auf Bosworths Drängen mit meiner Familie vom Malacanang-Palast in meinen Heimatort Laoag in der Provinz Ilocos Norte zu gehen, wo ich verwurzelt war und starke Unterstützung genoß.

Doch als wir an Bord des Helikopters waren, der von US-Offizieren geflogen wurde, änderte sich das Szenarium. Man sagte uns, daß »bedrohliche Umstände« es erforderlich machen würden, uns nach Guam und anschließend in unser derzeitiges Exil auf Hawaii zu fliegen.

Der Staatsstreich traf mich in einem Augenblick, als ich schreckliches Asthma und hohes Fieber hatte. Ich konnte kaum atmen. Doch unsere US-Eskorte machte uns klar, daß sie körperliche Gewalt anwenden würde, um mich außer Landes zu bringen, falls dies erforderlich werde.

Hough: Haben Sie die Absicht zurückzukehren, wenn es die Umstände zulassen?

Marcos: Es ist nicht nur eine Frage meiner Absichten. Die Krise auf den Philippinen hat sich in eine Tragödie verwandelt; es gibt Massendemonstrationen, die darauf hinweisen, daß mich die Menschen zurückhaben wollen.

Es ist nicht zu spät für Präsident Reagan – ein Freund seit 20 Jahren, der, wie ich vermute, von einigen seiner eigenen Ratgeber über die Ereignisse auf den Philippinen gefährlich irregeführt wurde –, die Fehler seiner Untergebenen zu korrigieren und der Katastrophe zuvorzukommen, die jetzt jede Nation bedroht, die ein Interesse am Pazifik hat: eine Machtübernahme durch die Kommunisten in meinem Land.

Warum sprach Ferdinand Marcos?

»Ich bin allein in einem Monat von 32 Presseorganen um Interviews gebeten worden«, erinnerte sich Präsident Ferdinand Marcos von den Philippinen, als er Warren Hough empfing. »Ihre Anfrage kam vor zwei Tagen als dreiunddreißigste. Aber ich habe beschlossen mit ›The Spotlight‹ als erster Zeitung zu sprechen. Ich werde Ihnen auch sagen, warum.

Amerikanische Zeitungen und Rundfunkprogramme haben auf den Philippinen ein breites Publikum«, erläuterte der Präsident. »Doch in dem Aufruhr und den Tumulten dieses Jahres erschreckte es uns festzustellen, wie wenig über die Realität unserer nationalen Krise ihren Weg in die Massenmedien gefunden hat. Selbst führende amerikanische Presse-Organisationen brachten Berichte, die einseitig waren, selten den Tatsachen entsprachen und sich auf eigenartige Weise wiederholten, als ob die Reporter nicht die tatsächlichen Geschehnisse verfolgten, sondern auf die Weisungen irgendeines unsichtbaren Wortführers hörten, der ihnen sagte, was sie denken sollen.«

In dieser Szenerie von Gruppen-Journalismus zeichnete sich »The Spotlight« als die eine Zeitung ab, die eine eigene Überprüfung der Tatsachen vornahm, keinen bürokratischen Aussagen vertraute und über beide Seiten berichtete, bekräftigte Marcos. Nur in dieser Zeitung fand er mehr als einmal freimütige und unparteiische Meldungen über die Agonie der Philippinen.

»Als wir sahen, daß die Berichterstattung Ihres Blattes oft weitaus besser war als die größerer Zeitungen, beschlossen wir diese populistische Zeitung den Menschen in meinem Land zugänglich zu machen.

Gebündelt und im Frachtraum von Flugzeugen der Philippines Airlines fliegen wir so viel wie möglich von dieser Zeitung ein. Als die Nachfrage das Angebot zu übersteigen begann, wurde die Zeitung in Manila nachgedruckt. Sie werden von Millionen bei öffentlichen Versammlungen und von betroffenen Filipinos zu Hause gelesen. Aufgrund ihrer Unabhängigkeit und ihres unparteiischen, knallharten Journalismus spielt ›The Spotlight‹ in der jüngsten Geschichte unseres Volkes inzwischen eine wichtige Rolle.

Diese Zeitung verdient es, das einzige exklusive Zeitungsinterview zu veröffentlichen, das ich seit einiger Zeit gegeben habe.«

Ferdinand Marcos' Biographie

Der ins Exil geschickte philippinische Präsident Ferdinand Edralin Marcos wurde am 11. September 1917 geboren, als die Insel noch im Besitz der Vereinigten Staaten war. Er absolvierte seine Ausbildung an der philippinischen Universität, an der er im Jahre 1939 sein Jurastudium abschloß und noch im selben Jahr erhielt er seine Zulassung zum Gericht.

Im Zweiten Weltkrieg diente er als Agent des Nachrichtendienstes im 21. Bataillon der amerikanischen Streitkräfte in Fernost.

Während der japanischen Besetzung der Philippinen wurde er im Jahre 1942 gefangengenommen. Es gelang ihm jedoch zu fliehen und er wurde zum Guerillaführer gegen die Japaner, in dessen Eigenschaft er eine eigene Einheit befehligte.

Nach dem Krieg wurde er Assistent des damaligen Präsidenten Manuel Roxas. Im Jahr 1949 wählte man ihn in das Repräsentantenhaus, in dem er bis zum Jahr 1959 einen Sitz innehatte. Anschließend erfolgte seine Wahl in den Senat, in dem er von 1959 bis 1966 saß und von 1963 bis 1965 als dessen Präsident fungierte.

Im Jahr 1965 wurde Marcos als Kandidat der Nationalist Party zum Präsidenten gewählt, dessen Amt er im Jahr 1966 antrat, und zu dem er in den Jahren 1969 und 1981 wiedergewählt worden war.

Als Präsident unterhielt Marcos enge Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Innerhalb der Regierung bekämpfte er die Korruption und drängte auf eine Landreform.

Die Philippinen sahen sich seit dem Zweiten Weltkrieg kommunistischen Guerilla-Aktivitäten gegenüber. Nach einer Reihe terroristischer Angriffe in den Städten, führte Marcos im Jahr 1969 umfangreiche Militäraktionen gegen die verschiedenen kommunistischen Gruppierungen durch. Nach seiner Wiederwahl im Jahr 1969 kam es zu größeren Auseinandersetzungen im Volk, die in einer Serie von Bombenangriffen in der Hauptstadt Manila ihren Höhepunkt fanden.

Marcos erklärte, daß eine Machtübernahme durch die Kommunisten bevorstünde, verkündete das Kriegsrecht und konzentrierte im Jahr 1973 die meisten Regierungsvollmachten auf das Präsidentenamt.

Marcos und seine Frau Imelda haben einen Sohn und zwei Töchter. □

Philippinen

Israel bildet Truppen aus

Warren Hough

Eine Militärmission mit israelischen Armeeoffizieren und Nachrichten-Spezialisten wurde bereitgestellt, um philippinische Truppen »auszubilden, zu indoktrinieren und zu beraten«, die gegen bewaffnete Rebellen im Busch kämpfen, wie aus gut informierten UN-Kreisen zu erfahren ist.

Islamische Rebellen, erzürnt über die Intervention der gefürchteten israelischen »Repressions-Experten« und über die internen Auseinandersetzungen in ihrer Nation, haben mit einer Reihe von Guerilla-Überfällen und der Entführung des amerikanischen Missionars, Brian Lawrence, reagiert, einem evangelischen Pfarrer aus Madison, Wisconsin.

Israel hat Marcos gestürzt

Lawrence wurde am 12. Juli 1986 von 200 bewaffneten Männern aus seinem Haus in Marawi, auf der Insel Mindanao, in der überwiegend islamischen Provinz Lanao del Sur im Süden der Philippinen entführt. Ebenfalls in Marawi wurden in der Nacht davor alle zehn Nonnen aus dem Karmeliter-Kloster entführt.

Der aufgeflammte Kampf und die Entführung von Personen des religiösen Lebens – neu auf den Philippinen – hat diplomatische Beobachter in aller Welt bestürzt und Befürchtungen geweckt, daß die israelische Militärpräsenz die Philippinen in die gleiche chaotische Gewalttätigkeit stürzen könnte, die im Libanon und in Sri Lanka durch die Intervention des Nahost-Zwergstaates ausgelöst wurde.

Das erste, 31 Mann starke Kontingent der taktischen Ausbilder und Spezialisten für »Gegenterrorismus« ist bereits in Manila eingetroffen, und zwar gemäß einem geheimen Sicherheitsbeistandsvertrag im Wert von 9,4 Millionen Dollar. Das Abkommen wurde von der Bank-Erbin Corazon Aquino genehmigt, der jüngst an die Macht gelangten Präsidentin der Philippinen, und dies knapp einen Monat, nachdem ihre Anhänger den langjährigen starken Mann, Ferdinand Marcos, gestürzt haben, wie diese Informanten bestätigen.

Die Gegenterrorismus-Spezialisten sind als Berufsagenten des israelischen Geheimdienstes Mossad identifiziert worden, die für ihre Sachkenntnisse in der Anwendung der Folter bekannt sind.

Die amerikanische Zeitschrift »The Spotlight« ist die erste Publikation gewesen, die dargestellt hat, daß der amerikafreudige Präsident Marcos im März 1986 von einer Allianz der internationalen Großbanker und »Doppelt-Loyalen« in der Reagan-Administration gestürzt worden ist.

Obgleich Amerikas nachrichteninteressierte Öffentlichkeit nie davon erfahren hat, haben hohe philippinische Offizielle jetzt bestätigt, daß einer der Hauptgründe für den Sturz von Marcos seine eiserne Weigerung gewesen ist, das Kommando über seinen Feldzug gegen die Rebellen an die israelischen Verteidigungsexperten »zu verkaufen«.



Versuche der Aquino-Regierung, mit den kommunistischen Rebellen zu verhandeln, sind gescheitert.

Stets das gleiche Vorgehen

Oberstleutnant Vicente Rosato, ein Nachrichtenoffizier der philippinischen Luftstreitkräfte, enthüllte: »In den letzten Jahren sah sich Marcos unter dem schweren Druck von seiten amerikanischer Berater, die ihn drängten, die Leitung seiner Anti-Rebellen-Operationen angeheuerten israelischen Beratern anzuvertrauen.«

Rosato, der mit dem Sturz von Marcos ins Exil ging, wurde im UNO-Hauptquartier in New York interviewt, wo er einen Bürojob ausübt. »Die größte Rebellenstreitkraft auf den Philippinen ist die kommunistische ›New People's Army‹«, erklärte der erfahrene Offizier. »Aber es gibt noch einen anderen bewaffneten Aufstand auf Mindanao und einigen anderen Inseln: die Moros, ein zäher, stolzer Stamm der Moslems, der um seine Autonomie von der Zentralregierung, das heißt, das Recht auf Selbstbestimmung kämpft.

Dieser Konflikt kann durch Verhandlungen und Kompromisse gelöst werden, aber nicht, wenn das verhaßte israelische Militär hineingebracht wird. Dann ist

Mitglieder des US-Haushaltsausschusses trafen sich in Manila insgeheim mit Präsidentin Corazon Aquino (unten).



der volle Bürgerkrieg praktisch gewiß.«

Rosatos Ansicht wurde von anderen erfahrenen internationalen Beobachtern bestätigt.

»Vor dem Sturz von Marcos hat die Regierung auf Sri Lanka eine ähnliche Erfahrung gemacht«, sagte Jean-François Curtelin, ein französischer Rundfunkreporter, der viele Jahre in Südostasien gewesen ist.

»Auf den Rat von General Vernon Walters, der seinerzeit als ein ›reisender Botschafter‹ für die Reagan-Regierung fungierte, wurde ein vertraglich angeheuertes Kontingent israelischer Berater hereingebracht, um bei der Unterdrückung der Proteste unter den Tamilen zu helfen, einer Minderheit, die, wie die Moros, die Autonomie verlangen.«

Nachdem sich die Gegenaufstands-Spezialisten, die überwiegend aus den Reihen der Mossad-Agenten rekrutiert waren, in Sri Lanka an die Arbeit machten, verschlimmerte sich die Lage sehr schnell. Zornentbrannt über das von dem Mossad unweigerlich verschriebene »Pazifizierungsprogramm« mit Massenverhaftungen, Folter, Attentaten und Repressionen, erhoben sich die Tamilen in einer bewaffneten Rebellion zu Beginn des Jahres 1985.

Im Hintergrund die Banker

Ein Jahr später spricht das »Newsweek«-Magazin von der »Libanonisierung« von Sri Lanka, um das Blutvergießen und das Chaos zu beschreiben, das diese Nation schüttelt.

»Es ist ein passender Ausdruck«, so Curtelin. »Im Libanon, wie auch in Sri Lanka, hat die israelische Intervention ein friedvolles, kleines Land in ein Schlachthaus der sektirerischen Gewalttaten verwandelt. Kein Wunder, daß Marcos, der, was immer seine Fehler gewesen sein mögen, ein Patriot war, sein eigenes Volk vor diesen Schrecken bewahren wollte.«

Corazon Aquino aber, deren Aufstieg zur Macht von einem Konsortium von Großbanken und Konzern-Giganten gestützt wurde, scheint um nationalistische Bedenken weniger besorgt zu sein, wie diese Informanten sagen. In ihrem Kabinett sitzen vier wichtige Offiziere, die als die »vier Reiter des Internationalen Währungsfonds (IWF)« bekannt sind, und zwar wegen ihrer bedingungslosen Treue zum IWF und seinen räuberischen, volksfeindlichen politischen Grundsätzen.

Diese »Reiter« sind: Finanzminister Jaime Ongpin, Zentralbankpräsident Jose B. Fernandez, Handels- und Industrieminister Joe Concepcion und Landwirtschaftsminister Ramon Mitra.

Um das Entsetzen unter den philippinischen Berufsoffizieren über die eingedrungenen israelischen Berater beizulegen, erschien Präsidentin Aquino persönlich in mehreren großen Militärlagern Ende Mai und Anfang Juni.

In ihren Ansprachen an die Truppe in Cebu und Davao, zwei Städten im Süden, versprach Frau Aquino, die Rolle »zu vergeben und zu vergessen«, die einige der Heereskommandanten beim Tod ihres Mannes gespielt haben sollen, der ein politischer Gegner von Marcos gewesen ist und vor sieben Jahren auf dem Flughafen von Manila niedergeschossen wurde.

Doch während sich Frau Aquino beim Militär am 25. Mai 1986 einschmeichelte, überfielen Moro-Rebellen die nahegelegene Stadt Mainit, wie Geheimdienstquellen behaupten.

Die Moslem-Rebellen machten die örtliche Garnison dem Erdboden gleich. Dabei kamen 19 Regierungssoldaten ums Leben. Sie hielten die Stadt mehrere Tage lang besetzt, bevor sie sich in das Hinterland von Mindanao zurückzogen.

Am 12. Juli 1986 wurde Lawrence entführt, wobei der philippinische Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile die Entführer als »aufständische Moslems« bezeichnete.

»Die Invasion mit israelischen Agenten wird zu einem brutalen Bürgerkrieg führen«, sagte warnend Rosato. »Die Philippinen werden ›libanonisiert‹ werden, so wie es in Sri Lanka geschehen ist, wenn nicht bald diese katastrophale Politik rückgängig gemacht wird.« □

CIA

Casey holt Mossad-Leute zurück

Warren Hough

Zur Verstärkung der israelischen Position in dem von der Reagan-Regierung geführten Kreuzzug gegen die Kommunisten in Mittelamerika hat CIA-Direktor William Casay in aller Stille eine Reihe von nationalen amerikanischen Sicherheitsoffiziellen in den aktiven Dienst zurückbeordert, die vor Jahren wegen ihrer Verbindungen zum israelischen Geheimdienst Mossad und sonstiger Verstöße unehrenhaft entlassen worden waren.

Aus gut informierten Geheimdienstkontakten in Washington, Miami und dem UN-Hauptquartier in New York ist die Identität von vier sogenannten Mossad-»Posten« zu erfahren gewesen, die kürzlich von Casey angeheuert wurden, um bei geheimen Geheimdienst-Operationen gegen das kommunistische Regime in Nicaragua mitzuwirken.

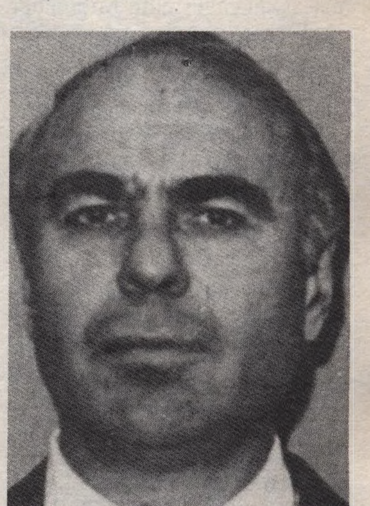
Enthüllungen über diese »Doppelt-Loyalen«

Diese informierten Kreise haben ebenfalls bisher unbekannte Einzelheiten über die vergangenen Aktivitäten dieser »Doppel-Loyalen« aufgedeckt. Diese Enthüllungen werfen ein neues Licht auf einige der strategischen Rückschläge, die die Vereinigten Staaten erlitten haben – sogar schon im Vietnamkrieg.

In Interviews, die über 10 Tage hinweg mit diesen Informanten geführt wurden, wurde klar, daß sie sich im wesentlichen bezüglich der Mossad-Verbindungen der folgenden Personen einig waren:

Theodore Shackley, 59, der ehemalige stellvertretende Direktor für geheime Dienstleistungen des CIA und damit einer der drei Top-Spionageleiter Amerikas.

Generalmajor Richard Secord, der bis zu seiner Pensionierung 1982 ein hoher Verwaltungsbeamter im amerikanischen Verteidigungsministerium war.



Die Verhaftung von Edwin Wilson deckte die Riesengeschäfte im Zusammenhang mit dem Camp-David-Abkommen auf.

I. R. »Manny« Pearlman, ein CIA-Fallbeauftragter mit langjährigen Erfahrungen in den geheimen Dienstleistungen.

Erich von Marbod, ein ziviler Nachschubspezialist, der bis zum Direktor des Pentagon-Amtes für die Unterstützung der Verteidigungssicherheit aufgestiegen war.

Die vier haben in den sechziger Jahren zusammen in Laos gedient, als der Vietnamkrieg voll in Gang war, wie Informanten berichteten. Shackley hatte das Kommando über eine CIA-Truppe aus über 30 000 Mann des Meo-Bergstammes. Secord, seinerzeit ein Major der Air Force, hatte für die irreguläre Armee Aufklärungsflüge gemacht;

CIA

Casey holt Mossad-Leute zurück

deren Mission war die Bekämpfung der kommunistischen Pathet-Lao-Truppen.

Marbod war für ihre Kampfausrüstung und sonstige Versorgung zuständig. Pearlman diente als Außendienstberater.

Eine Schöpfung skrupelloser CIA-Agenten

Shackley, Secord und Marbod stiegen rasant an die Spitze. Zehn Jahre nach Laos finden sie sich wiederum zusammen, diesmal als hochgestellte Mitglieder des Washingtoner nationalen Sicherheits-Establishments.

Shackley wurde für den »kommenden Mann« gehalten, das heißt, für den nächsten Mann im höchsten Amt der Geheimdienstbürokratie, Direktor des CIA.

Marbod kontrollierte die weltweite Verteilung von Militärgerät im Wert von Milliarden von Dollars, zusammen mit enormen Barmitteln. Secord war zum Direktor für internationale Programme der Air Force aufgestiegen sowie zum Berater für Rüstungsverkäufe in den Mittleren Osten von US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger – ein Posten, auf dem er eng mit Marbod zusammenarbeitete.

Nur Pearlmans Karriere hinkte hinterher; er war ein Fallbeauftragter und Shackley unterstellt.

Doch in der Zeit zwischen Ende 1980 und Anfang 1981 verließen plötzlich alle vier Beamte den amerikanischen Regierungsdienst mit dem Hinweis auf plötzlich eingetretene persönliche Schwierigkeiten beziehungsweise körperliche Leiden.

In Wirklichkeit wurden sie gefeuert, wie Informanten berichten, die behaupten, daß Admiral Stansfield Turner, seinerzeit amtierender CIA-Direktor, 1978 einen vertraulichen Bericht erhalten hatte, in dem die vier Beamten mit dem Mossad in Verbindung gebracht wurden sowie einem fragwürdigen Scheinunternehmen mit dem Namen Ägyptisch-Amerikanische Transport Service Corp. (EATSCO).

EATSCO war die Schöpfung von zwei skrupellosen CIA-Leuten, Thomas Clines und Edwin Wilson, die zusammen mit Marbod, Shackley, Secord und Pearlman eine Gesellschaft gründeten, um ein Riesengeschäft auszunutzen, die sogenannten Camp-David-Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten, Israel und Ägypten.

Das Abkommen berechtigte Ägypten, als Belohnung für den Friedensvertrag mit Israel, in den Genuß der amerikanischen Militärhilfe in Milliardenhöhe zu kommen. EATSCO wurde gegründet, um den Transport für diese Lieferungen bereitzustellen, ein Vertrag, der Riesengewinne erwarten ließ.



Stansfield Turner, ehemaliger CIA-Direktor, erhielt 1978 einen vertraulichen Bericht über die Kontakte zum Mossad.

Der Haken bei dem Schwindel

Doch es stellte sich bald heraus, daß Israel auf seinen Teil des amerikanischen Steuerreichtums bestand. Ein israelischer Investor, der sich angeblich von dem Mossad zurückgezogen hatte, und ein ägyptischer Geheimdienstagent mit engen Verbindungen zum israelischen Geheimdienst wurden schließlich zu Teilhabern des EATSCO gemacht.

Marbod, dessen Stellung im Pentagon ihm weitreichende Kompetenz für militärische Frachtverträge gab, unterzeichnete eine Reihe von Genehmigungen für die Vorauszahlung in bar an die EATSCO; es handelte sich um fast 90 Millionen Dollar, wie Informanten behaupten.

Gesetzlich war es Marbod verboten, derart hohe staatliche Mittel an eine Gesellschaft zu überweisen, an der er eine geheime Beteiligung hielt. Doch der Schwindel wäre wohl durchgegangen, hätte es nicht einen unvorhergesehenen Haken gegeben: Wilson wurde vom amerikanischen Justizministerium unter die Lupe genommen, und zwar wegen seiner Rolle bei dem illegalen Verkauf von militärischen Sprengstoffen und anderen strategischen Ausrüstungen nach Libyen.

Shackley, Secord, Marbod und Pearlman wurden von US-Bundesstaatsanwälten ins Verhör genommen und durften postwendend zurücktreten, um einen Riesenskandal zu vermeiden.

Zwei hochgestellte Offizielle der nationalen Sicherheit der USA, die für ihre besonders engen Beziehungen zum Mossad bekannt sind, griffen 1982 ein, um die EATSCO-Gesellschaft vor der Bundesstaatsanwaltschaft zu bewahren. Michael Ledeen, Experte für Terrorismus im Weißen Haus, und Stephen Bryen, ein sehr einflußreicher Pentagon-Offizieller, sollen versucht haben, Anwälte im US-Justizministerium unter Druck zu setzen, um den Fall der EATSCO fallenzulassen.

Tatsächlich, so sagten Informanten, wären ohne diese starke israelische Unterstützung einige oder alle vier Verschwörer im Gefängnis gelandet.

Diese Nachsicht von amerikanischen Bundesbehörden mit Marbod und seinen Mitgesellschaftern ist ungewöhnlich besonders angesichts der Tatsachen, die bezüglich der Aktivitäten dieser Verdächtigen in anderen Teilen der Welt aufgetaucht sind.

Wie Informanten sagen, waren die Berichte aus Laos, wo Shackley CIA-Stationschef war, verheerend. Es gab schlimme Rückschläge für amerikanische und südvietnamesische Einheiten, wenn sie ihre Operationen nach den von Shackley und seinem Stab gelieferten Informationen ausrichteten.

Aufgetaucht sind auch Fragen bezüglich Marbod und seiner Verwaltung von militärischen Lieferungen an antikommunistische Freischärler in Indochina. Ein Teil dieser Ausrüstungen – insbesondere modernste Horizont-Radargeräte und Flak-Batterien – wurden aus Vietnam und Laos offenbar mit ungewöhnlicher Schnelligkeit weggebracht, als sich die militärische Lage verschlechterte.

Eine zweifelhafte Entscheidung

Ein Teil dieses Materials, so sagen Informanten, hat anschließend den Weg nach Israel gefunden, wo es zu reduzierten »Überschuß«-Preisen gekauft und danach mit Riesengewinn re-exportiert wurde.

Trotz solch unschöner Vergangenheit hat Casey entschieden, die früheren EATSCO-Partner für den CIA-Feldzug in Nicaragua einzusetzen, wie von Informanten bestätigt wurde. Secord macht den Beschaffungsoffizier für den Kauf von Flugzeugen und anderen Geräten, die speziell für den Dschungelkrieg angepaßt werden, der von den Contras geführt wird, der CIA-Armee von antikommunistischen Guerillas.

Ein erheblicher Teil dieser Waffen wird aus Israel gekauft, wie Informanten behaupten. Die gefährliche Fracht wird nach Amerika über Italien verschifft, wo Marbod jetzt im Exil lebt und angeheuert wurde, um als Spediteur für diese geheimen Ladungen zu fungieren. Shackley und Pearlman werden als Berater im Feld für die Contras »reaktiviert«.

Die merkwürdigen Umstände, unter denen diese entehrten und entlassenen Bürokraten von Casey angeheuert wurden, scheinen zu bestätigen, daß der CIA die Absicht hat, im Exil lebende Meo-Leute und laotische Kampfpiloten gegen die nicaraguanischen Kommunisten einzusetzen. □

Nicaragua

Die USA werden aktiv

Victor Marchetti

Die Bemühungen der Regierung Reagan, die »Contra«-Bewegung zu unterstützen und damit das sandinistische Regime Nicaraguas aus dem Sattel zu heben, erhalten weiterhin Auftrieb. Quellen zufolge, die in engem Kontakt zur CMA (Civilian Materiel Assistance) stehen, geht diese geheime, paramilitärische Gruppierung, die von zahlreichen wohlhabenden Texanern gestützt wird, für den CIA an die Front, indem sie den Contras verborgene Hilfe zukommen läßt.

Wie aus diesen Quellen berichtet wird, sucht die CMA kampferfahrene Piloten aus Laos für den Einsatz für Mittelamerika. Die Berichte wurden von Mitgliedern aus der United Laotian National Liberation Front – ULNL – (Vereinigte laotische nationale Befreiungsfront) bestätigt, die ihren Sitz in Santa Ana, Kalifornien, hat und von General Vang Pau angeführt wird, dem legendären Kriegsherrn, der vom CIA für seinen Mut und seinen Einsatz in deren geheimen Krieg gegen Pathet Lao in den sechziger und Anfang der siebziger Jahre insgeheim ausgezeichnet worden war.

Auch Operationen in Angola

Vertraulichen Quellen zufolge rekrutiert die CMA laotische C-47, C-123 und Helikopter-Piloten, was auf Pläne einer größeren Offensive der Contras gegen die Sandinistas in nicht allzu ferner Zukunft schließen läßt. Aus denselben Quellen verlautet, daß die CMA militärische Streitkräfte in Honduras und Guatemala, die die Sache der Contras propagieren, aktiv unterstützt.

Zumindest eine der Quellen führte mit einer geheimen Nachschuboperation durch CMA-Mitglieder nach Nicaragua, um den Miskito-Indianern im Nordosten des Landes Hilfestellung zu geben. Die Miskitos haben sich der sandinistischen Kontrolle seit Beginn der Machtergreifung des kommunistischen Regimes widersetzt.

In einer interessanten Fußnote zu den jüngsten geheimen Aktivitäten der CMA – offensichtlich im Namen des CIA – wird berichtet, daß die finanzkräftige, paramilitärische Gruppe ihre Operationen in Angola ausgeweitet hat. Die CMA unterstützt jedoch nicht die gegen die Regierungen laufenden Bemühungen von Jonas Savimbi, dem Liebling des amerikanischen, konservativen Establishments, der Anfang dieses Jahres in der amerikanischen Hauptstadt auf der Suche nach Geld und politischer Hilfestellung die Runde machte.

Nach meinen Quellen versucht die CMA Holden Roberto wieder ans Ruder zu bringen, der weder ein Kommunist sowjetischen Stils, wie der derzeitige Diktator des Landes, Jose Eduardo dos Santos, ist, noch ein maoistischer Phantast wie Savimbi. Roberto ist der gemäßigte und nahezu vergessene Zentrist, der ursprünglich vom CIA gestürzt worden ist.

Im amerikanischen Senat in Washington ist inzwischen der Plan der Liberalen, Präsident Reagans Hilfeprogramm für die Contras zum Scheitern zu bringen, vergessen.

Ein Grund dafür ist gemäß diesen Quellen, daß einige Senatoren der Farmerstaaten, die die Hilfe schon immer unterstützt haben, über die Tatsache verärgert waren, daß durch eine Sabotierung des Programms des Präsidenten 300 Millionen Dollar an humanitärer Hilfe wie Getreide und andere Nahrungsmittel an die Länder um Nicaragua herum aufgehoben werden.

In einer Ironie des Schicksals finden sich die Liberalen, die dem Programm der Regierung für Nicaragua so kritisch gegenüberstanden, nun in der peinlichen Lage, daß sie den arroganten sandinistischen Präsidenten Daniel Ortega eigentlich nicht länger unterstützen wollen. Es fehlt ihnen jedoch an einer annehmbaren Alternative für ihn oder jene Contra-Führer mit Verbindungen zum alten Somoza-Regime.

»Ortega ist aufreibend«, sagte ein Mitglied des US-Senates. »Er und seine Anhänger haben sich von allen, selbst ihren früheren Sympathisanten, losgesagt. Doch wen gibt es da schon noch, außer den alten, konservativen CIA-Lakaien wie Adolfo Calero und Alfonso Rubelo? Ich glaube, wir werden ebenso wie die Regierung an Arturo Cruz hängenbleiben. Wenigstens besitzt er ein Mindestmaß an Anständigkeit.«

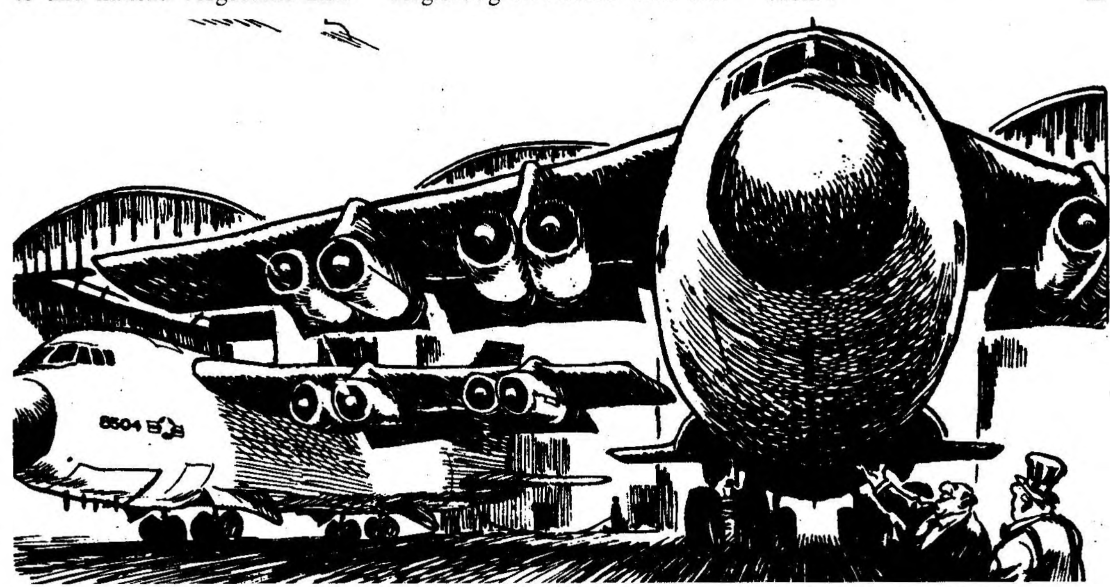
So scheint im amerikanischen Senat – wenn auch eine zurückhaltende – Übereinstimmung zu herrschen. Die Sandinisten müssen gehen. Die einzige Frage scheint nun zu sein, wie bald werden sie verdrängt, wie wird es geschehen und – was am wichtigsten ist – wer wird ihr Nachfolger sein?

Die Blockade findet Anklang

Eine der positiveren Entwicklungen im amerikanischen Senat in den vergangenen Wochen war es, daß sowohl Befürworter der Regierung als auch die »auf der Stelle tretenden« Liberalen zunehmend die Tatsache billigen, die beste Lösung des nicaraguanischen Problems wäre vielleicht eine Blockade des kommunistischen Regimes.

Dieser Kurs wurde von uns seit Monaten befürwortet, doch erst jetzt gewinnt diese Idee bei amerikanischen Politikern und selbst bei den Militärs der USA den Boden.

Ein ehemaliger amerikanischer republikanischer Senator – ein Gemäßigter – vertraute mir an: »Für Ortega und seine Anhänger ist es vorbei. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis er und seine Sandinisten ausgespielt haben. Mit einer Seeblockade in Verbindung mit verstärktem Druck durch die ›Contras‹ ließe sich das auf elegante Art machen.« □



»Schau, beide Flugzeuge stehen im Dienste der UdSSR, das eine befördert Cruise-Missiles und das andere subventionierten Weizen.«

Nicaragua

Die Totenglocke für die Marxisten

P. Samuel Foner

Mit einer Blockade gegen Nicaragua würde das Maß voll und dem marxistischen Sandinista-Regime das Genick gebrochen werden. Der Grund dafür ist einfach: Die Wirtschaft des Landes ist bereits zerrüttet. Jegliche Unterbrechung des stetigen Stroms an Importen aus dem Sowjetblock wird den dünnen Halt der sich flügge machenden Diktatur des Daniel Ortega unter den Füßen wegnehmen.

Bisher wurde der westlichen Öffentlichkeit weisgemacht, es gäbe nur drei Alternativen: Erstens, den »Sandinistas zu helfen«. Ortega und seine buntgemischte Mannschaft sind die neuen Lieblinge des liberalen Establishments. Davor waren die Begünstigten dieser Art von Stellenwert der verstorbene nordvietnamesische Diktator Ho Chi Minh und Fidel Castro auf Kuba.

Abwarten und zusehen, oder?

Zweitens, »in Nicaragua einzumarschieren«. Dies ist die Position derjenigen, die den Westen in einen aussichtslosen Krieg in Vietnam verwickelt haben. Sie bedeutet immense Profite für die Megabanker und den sinnlosen Verlust amerikanischer Soldaten.

Drittens, »abwarten und zusehen«. Sie wird als der »Mittelweg« dargestellt. Nach dieser Theorie werden die Dinge besser, wenn die Vereinigten Staaten nichts unternehmen.

Was aber die Establishment-Medien der westlichen Öffentlichkeit nicht erzählen, ist, daß es noch eine andere Wahlmöglichkeit gibt, eine, die das marxistische Regime erfolgreich zum Sturz bringen würde, ohne Todesopfer von Amerika zu verlangen, und das ist eine Blockade.



Mit solchen Fotos wird die Öffentlichkeit über die wahren Zustände im marxistisch regierten Nicaragua getäuscht.

Und der Schlüssel für den garantierten Erfolg einer Blockade liegt in der derzeitigen wirtschaftlichen Verfassung von Nicaragua, ebenfalls ein Punkt, den das Establishment herunterspielt.

Seit dem Sturz von Anastasio Somoza folgt Nicaragua dem Strickmuster, das seit langem in den Ländern eingeführt ist, die der Kontrolle der von den Sowjets gesponsorten Marxisten anheimfallen: Wohlstand wird Mangelware. Eine der jüngsten Beispiele dafür ist Zimbabwe (ehemals Rhodesien), das von einem Nahrungsmittel-Exportland in ein Nahrungsmittel-Importland verwandelt wurde; von einer gesunden Wirtschaft ging der Weg in eine Situation, in der nur massive Auslandshilfe und Kredite den totalen Kollaps verhindern.

Das Kuba-Modell der Wirtschaft

Das liberale Establishment starrte auf den Abstieg Zimbabwes in die Wirtschaftssklaverei und nannte ihn »gut«. So geschieht es auch mit der Situation in Nicaragua. Doch nach und nach dringt die Wahrheit über die Situationen in die westlichen Massenmedien.

Ein nicht namentlich genanntes Nicaragua – das sich nach Konsumgütern umschaut und keine findet – wurde in einem Artikel in einer wichtigen amerikanischen Großstadtzeitung mit den Worten zitiert: »Dies ist das Land des Nichts.«

Das einzige, was in diesen Tagen in Nicaragua nicht knapp ist, so der Artikel, sind Wirtschaftsplaner der Regierung. Die Nicaraguaner, längst an wirtschaftliches Chaos gewöhnt, sind dennoch wie betäubt von dem, was sie in den letzten sechs Monaten gesehen haben.

Dazu eine Nicaraguanerin: »Ich habe Leute gekannt, die mir erzählt haben, wie es in Kuba nichts gab. Ich habe da nur gelacht und gesagt, ›mit genug Geld kann man alles kaufen‹. Irgendwie hatte ich diese ›kapitalistische‹ Vorstellung der Dinge. Jetzt lachen meine Freunde über mich. Mit Geld kannst Du jetzt gar nichts kaufen. Es kommt allein darauf an, wen Du kennst.«

Als die Marxisten die Macht übernahmen, haben sie zusammen mit den Waffenlieferungen aus dem Ostblock die marxistische Wirtschaftsphilosophie importiert, die manchmal auch »Kuba-Modell« genannt wird. Die Wirtschaft geriet sofort in einen Abwärtsstrudel. Jetzt sind jedoch alle sowjetischen Wirtschaftsberater nach Hause gegangen, wie Beobachter in Washington sagen, und die Nicaraguaner »lenken das Land selbst«.

Wie es seit Jahren in kommunistischen Ländern der Fall ist, geht es den Nicaraguanern heute darum, wen sie kennen, der ihnen das Notwendigste zum Leben verschaffen kann – Dinge wie Fleisch und Eier. Die Verknappung ist so schlimm, daß man Kranke, die in Krankenhäuser in Nicaragua eingeliefert werden, auffordert, ihre Nahrungsmittel selbst mitzubringen. Für viele Menschen in der Hauptstadt des Landes, Managua, ist die Suche nach Lebensmittel zu einem Vollzeitjob geworden.

Genauso wie in vielen anderen kommunistischen Ländern stehen die Leute Schlange vor außerhalb gelegenen Zuteilungsstellen und verkaufen ihre Plätze in der Schlange an später Kommende. Und so wie in Kuba und Zimbabwe sind es nicht nur die Lebensmittel, die knapp sind – auch Ersatzteile für Maschinen sind verschwunden.

Dollar-Läden bieten Luxuswaren

In der Hauptstadt Managua gibt es an zwei Tagen in der Woche kein Wasser, weil die meisten Pumpen in den städtischen Wasserwerken nicht mehr funktionieren.

Praktisch gibt es im ganzen Land kein Privatfahrzeug, das auf Anhieb startet. Es ist nicht ungewöhnlich, daß man Gruppen von Soldaten sieht, die ihre Militärlastwagen anschieben.

Mit der Verknappung ist eine massive Inflation verbunden. Der amtliche Wechselkurs beträgt 70 nicaraguanische Cordobas für einen Dollar, doch bringt der Dollar auf dem Schwarzmarkt 2 000 Cordobas ein, und der Kurs steigt täglich.

Nur in Managuas »dollar-store« gibt es das Problem der Verknappung nicht, wo man Importwaren und einheimische Güter nur gegen Dollar kaufen kann. Er steht Diplomaten, Auslandsjournalisten und Parteifunktionären der Sandinistas offen. Die letzteren bilden die größte Käufergruppe an jedem beliebigen Tage.

Der Dollar-Laden bietet nicht nur Luxuswaren an wie zum Beispiel Stereo-Geräte, Air conditioners und Waschmaschinen – die alle seit langem aus den normalen Geschäften verschwunden sind –, sondern auch eine reichhaltige Vielfalt von Lebensmitteln, einschließlich einheimisches Fleisch und Bohnen, die der normale Bürger in Nicaragua fast kaum noch finden kann.

Die Verknappung ist eines der beiden schwerwiegendsten Probleme für die Sandinistas – das andere ist ihre Fehde mit der katholischen Kirche. Eine alte Frau, die auf dem Markt in Jinotega einen Stand hat, meinte: »Wir arbeiten den ganzen Tag wie Tiere. Dann wollen wir am Abend auch unser Brot. Der Campesino schert sich nicht um Politik, aber wenn er nicht seine drei Mahlzeiten am Tag erhält, wird er wütend.«

Die Sandinistas schieben selbstverständlich die Schuld für ihre Wirtschaftsleiden der amerikanischen Unterstützung für die Contras in die Schuhe, sowie den von Amerika verhängten Wirtschaftssanktionen. Aber die meisten Geschäftsleute, darunter auch mehrere Sandinista-Anhänger sagen, daß der Boykott Amerikas nur dazu geführt hat, daß einige Ersatzteile teurer geworden sind, aber ansonsten leicht zu bekommen sind, indem man amerikanische Waren über Drittländer einkauft, wie zum Beispiel in Panama.

Der Mangel an Lebensmittel, so sagen die Sandinistas, ist auf die Aktivitäten der Contras zurückzuführen. Aber die Mehrzahl der nicaraguanischen Farmen liegt außerhalb der Kampfzone und wird nicht von militärischen Aktionen betroffen.

Wie in allen marxistischen Staaten hat die Regierung die gesamte Kontrolle über die Produktionsmittel und den Vertrieb übernommen, was unweigerlich zur Verknappung von Konsumgütern führt.

»Die Sandinistas haben den Handel konfisziert«, erklärte ein Geschäftsmann. »Wir sind nur noch die Kommissionäre unserer Felder und Läden. Wir verwalten sie für die Regierung.«

Am Rande der Anarchie

Das Ergebnis sind erschreckende Mangelerscheinungen und Korruption – beides, wie erbitterte Einheimische sagen, infolge der Unfähigkeit der Sandinistas.

»Selbst wenn sie die demokratischsten Leute der Welt wären, könnten sie kein Land regieren«, sagte ein Geschäftsmann. »Wenn man ihnen die Leitung für ein Krankenhaus übergäbe, würde die Hälfte der Leute sterben. Ich weiß nicht, ob sie die kommunistische Doktrin richtig anwenden oder nicht, aber sicher ist, daß sie das Land ruiniert haben.«

Dies ist eigentlich genau die Situation, die die Vereinigten Staaten brauchen, um das Sandinista-Regime mit einer Blockade zum Stürzen zu bringen. Würde sie nicht bereits vorhanden sein, wäre die Lage genau richtig für eine von den USA unterstützten Rebellenstreitkraft. Sie würde eine Blockade besonders wirksam machen, da das Land sich bereits am Rande der Anarchie befindet.

Nicaragua hat niemals eigene Waffen und sonstiges Militärgerät hergestellt. Jetzt kann es sein eigenes Volk nicht mehr ernähren. Eine Blockade, die das Leben nicht eines amerikanischen Soldaten riskiert, wäre die Totenglocke für den Marxismus in Nicaragua.

Der Direktor für intern-amerikanische Angelegenheiten beim amerikanischen Sicherheitsrat, Oberst Samuel T. Dickens, sagte: »Ich bin froh, daß jemand darüber spricht und es veröffentlicht. Vielleicht ist die Zeit gekommen, daß man zum Zuhören bereit ist. Ich persönlich denke, daß die Blockade das richtige ist, aber zur richtigen Zeit. Wann ist die richtige Zeit für eine Blockade? Meiner Meinung nach jetzt nicht.«

Dickens meint, es müßten bestimmte Voraussetzungen in Nicaragua herrschen, ehe eine Blockade angebracht ist. Sonst würden die Kubaner und die Sowjets versuchen, die Blockade zu brechen, und die Sandinistas würden eher entschlossener als nachgiebiger.

Zu diesen Voraussetzungen sollten ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen der USA mit Nicaragua und eine Anerkennung entweder einer Exilregierung oder einer Alternativregierung innerhalb des Landes gehören.

Die Streitkräfte der Contras sollten, so sagte er, auch weiterhin Hilfe und Ausbildung von Amerika erhalten, aber sie sollten als eine nationalistische Bewegung behandelt werden, ohne daß ihren Aktivitäten von außen strenge Kontrollen auferlegt werden.

»Irgendwann im Verlauf dieses Vorgehens, wenn der Druck zunimmt, führt man eine Blockade ein«, meint Dickens.

Die Tage für das Regime sind gezählt

»Mir scheint wichtig zu sein, daß eine solche Schwungkraft vorhanden ist, ehe man zu einer Blockade greift. So etwas macht man nicht am Anfang. Es sollte zu einer Zeit geschehen, wenn die Leute in Nicaragua und die Sandinista-Regierung genau begriffen haben, daß sie unter großem Druck stehen, und daß sie bereits auf der Verliererseite sind«, erklärte Dickens.

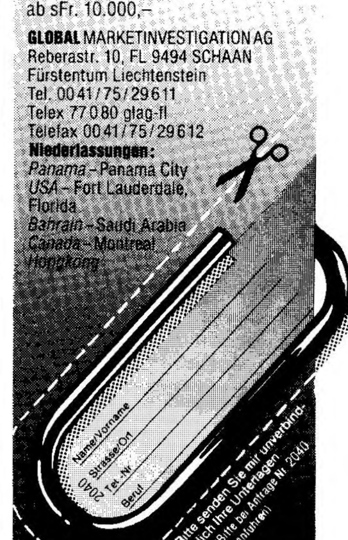
»Auch muß man unter unseren Verbündeten ein Konzept haben, daß der Sieg jetzt nicht nur möglich und wahrscheinlich ist, sondern auch, daß die Tage für das Regime in Nicaragua gezählt sind. Man muß die Kubaner und die Sowjets psychologisch dahinbringen, daß sie wissen, daß ein Versuch, die Blockade zu brechen, ein Fehler ist.« □





Absolut überdurchschnittliche Renditen

erzielten wir kontinuierlich für unsere internationale Klientel in den letzten Jahren. Wir beraten Sie mit gebotener Diskretion gegenüber jeglichen Drittpersonen.
Fordern Sie noch heute unsere adäquaten Unterlagen an.
Mindest-Investitionssumme ab sFr. 10.000,–



CIA

Flucht zum KGB

Victor Marchetti

Edward Lee Howard, 34 Jahre, der flüchtige ehemalige CIA-Beamte, der nach seinem Rauswurf aus dem amerikanischen Spionagedienst vor zwei Jahren Informationen an den kommunistischen KGB weitergegeben hat, ist jetzt in die Sowjetunion übergelaufen. Nachdem er vom Kreml politisches Asyl gewährt bekam, entgeht er damit der Verhaftung und der sicheren Anklage wegen Landesverrates.

Howards Überlaufen ist ein besonders schwerer Schlag für den CIA und den US-Nachrichtendienst im allgemeinen. Er war weitaus wichtiger und besaß mehr Wissen als der Geheimdienst dem Überwachungsausschuß des amerikanischen Kongresses oder der Öffentlichkeit in den USA gegenüber je zugegeben hat. Doch jetzt, wo er sich in den Händen des KGB befindet, wird er die Katze wohl bald aus dem Sack lassen. Deshalb haben CIA-Beamte begonnen, wichtigen Kongreßmitgliedern anzuvertrauen, daß Howard mehr war als nur ein »grüner« Agent, der für einen unbedeutenden Auftrag in Moskau geschult wurde.


Edward Lee Howard wird in Moskau viel zu erzählen haben über die geheimen Operationen des CIA.

Deckung seit mehreren Jahren aufgebaut

Bei der Berichterstattung über das Überlaufen und die anschließende Rückgängigmachung des KGB-Beamten Vitaly Yurchenko wurde bereits vermutet, daß Howard weitaus wertvoller war, als man bereit war zuzugeben. Die Behauptung des CIA, er sei erst vor kurzem angeworben worden und bei einem rasch durchgeführten Lügendetektortest habe er sich wegen Alkohol- und Drogenmißbrauch sowie Frauengeschichten als ungeeignet erwiesen, war offensichtlich eine Erfindung, um den Geheimdienst vor Schwierigkeiten zu schützen.

Die vom CIA begünstigte Täuschung, daß Howard ein Anfänger sei, ist vielleicht vom Kongreß und den Medien geschluckt worden, doch Geheimdienstprofis hatten dafür nur ein Lächeln und ein Kopfschütteln übrig. Anfänger werden selten für solch heikle Aufgaben, wie Moskau es ist, ausgewählt.

Vor einigen Jahren gab es da eine Ausnahme, als Martha Peterson in die kommunistische Hauptstadt entsandt wurde. Sie wurde jedoch rasch gefaßt und vom KGB enttarnt. Man schickte sie nach Hause; ihr sowjetischer Kontaktmann wurde hingerichtet.

Wegen der intensiven Überwachung und dem hohen Druck, den der KGB auf amerikanische Geheimdienstoperationen in der Sowjetunion ausübt, müssen mit solchen Fällen beauftragte CIA-Beamte aufs äußerste getarnt werden – selbst wenn sie unter Schutz stehen und gedeckt werden und von der relativ sicheren Botschaft aus operieren.

Der Werdegang Howards deutet darauf hin, daß er seine Deckung über mehrere Jahre hinweg aufgebaut hatte, während er sorgfältig durch Ausführen unbedeutenderer Aufträge in weniger gefährlicher Umgebung als Moskau geschult wurde.

Seine erste CIA-Operation führte er nach dem Grundtraining als untergeordneter Beamter bei der Agency for International Development (AID) (Büro für Internationale Entwicklung) in Bolivien aus. Der CIA benutzte AID als Schulungsfeld für junge Beamte und als Deckung für ranghöhere Agenten.

Ein paar Jahre danach schied er von AID aus und ging als Beamter des Auswärtigen Dienstes zum US-Außenministerium. In dieser Zeit schickte man ihn auf eine Washingtoner Universität, um seinen Magister zu machen. Howard schien bei oberflächlicher Betrachtung einfach einer der vielen aufgeschlossenen jungen Männer zu sein, der sich für internationale Angelegenheiten interessiert.

Doch dem war nicht so. Er war ein Spion, der gerade geschult wurde und dabei war, sich eine Deckung aufzubauen, die er für seine Arbeit, die er schließlich als Geheimdienstagent in Moskau tun sollte, benötigte – die Arbeit, die er niemals wirklich für den CIA machen würde.

Irgendwo unterwegs lief es mit Howard schief. Seine Persönlichkeit und sein Privatleben realisierten sich nicht den Vorstellungen entsprechend. Es war nur eine Frage der Zeit, bevor er vom KGB ausfindig und rekrutiert werden oder die Aufmerksamkeit der CIA-Gegenspionage auf sich lenken würde. Glücklicherweise entdeckte der CIA seinen Fehler, bevor er ihn in Moskau auf seinen Posten setzte, wo ihn der KGB sicherlich als schwaches Glied erkannt und »umgedreht« hätte.

Leider begingen jedoch sowohl der CIA und auch das FBI Fehler bei dem Versuch, Howard zu überwachen, nachdem er gefeuert worden war und später gedroht hatte, sich mit den Sowjets zusammenzutun. Nachdem er dann bereits Informationen an den KGB weitergegeben hatte, haben die zwei Spitzengeheimdienst-Organisationen Amerikas einen erneuten »Bock geschossen« und ließen ihn entkommen.

Heute befindet sich Edward Lee Howard in Moskau und erzählt dem KGB alles über die dortigen Geheimdienst-Operationen des CIA. Ein sowjetischer Staatsbürger, ein Luftfahrtingenieur, der für den CIA spionierte, wurde bereits enttarnt und hingerichtet.

Der KGB weiß um fast jede CIA-Operation

Fünf weitere CIA-Geheimdienstleute, die unter diplomatischem Deckmantel tätig waren, wurden enttarnt und aus der Sowjetunion ausgewiesen.

Abgesehen von dem Schaden, den er bereits angerichtet hat, könnte Howard jetzt, wo er vom KGB in allen Einzelheiten ausgefragt werden kann, den gesamten CIA-Apparat in Moskau zerstören. Auf jeden Fall kann er zunächst einmal alle CIA-Angehörigen, die dort in der amerikanischen Botschaft arbeiten, identifizieren.

Des weiteren ist er vielleicht auch in der Lage, sämtliche sowjetischen und nicht sowjetischen Geheimdienststützen des CIA und Agenten außerhalb der Botschaft zu denunzieren. Mit diesem Wissen wird der KGB in der Lage sein, fast jede CIA-Operation in der kommunistischen Hauptstadt aufzudecken.

Über diese Zerstörung hinaus kann Howard dem KGB die Art von Spezialinformationen liefern, wie es nur Überläufern des Geheimdienstes möglich ist. Er kann ihnen in allen Einzelheiten erklären, wie die Spionageaktivitäten des CIA organisiert sind, wie die Agenten geschult werden und welche Operationsphilosophie die Organisation im Hinblick auf die Sowjetunion verfolgt. Er kann die Stärken und Schwächen der russischen Abteilung innerhalb des CIA aufzeigen.

Außerdem kann er das Personal im Hauptquartier in Langley, Virginia, identifizieren, über ihre Operationsmethoden und -techniken berichten, und was am wichtigsten ist, welches ihre bevorzugten Ziele sind. Dabei ist er vielleicht auch in der Lage, Operationen verbündeter Geheimdienste preiszugeben. Doch vor allem kann Howard den Sowjets ein Gefühl dafür vermitteln, wie man die Dinge innerhalb des CIA angeht und warum es geschieht. Im Spionagekrieg zwischen CIA und KGB ist das wichtiger als alles andere. □

Mossad

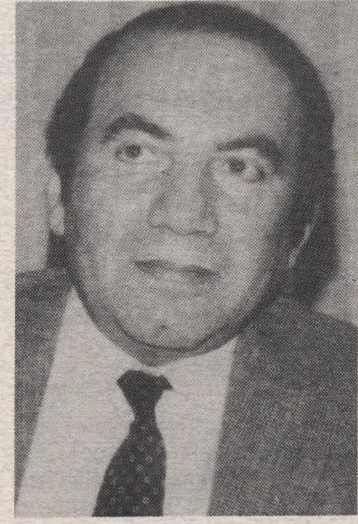
Kollaboration mit dem KGB

Zweiter Teil und Schluß

Victor Marchetti

Die Verhaftung und das anschließende Geständnis von Jonathan Jay Pollard, dem Experten des amerikanischen Marine-Nachrichtendienstes, der für den israelischen Mossad Spionage betrieben hat, sind für die Regierung Amerikas peinlicher als für den zionistischen Zwergstaat.

Während es sich zeigt, daß Israel alles andere als ein vertrauenswürdiger Verbündeter ist – was niemanden in der Welt außer der amerikanischen Öffentlichkeit überrascht –, steht die amerikanische Regierung vor der Welt als offenbar unfähig da, für Amerikas Interessen zu sorgen beziehungsweise seine nationale Sicherheit zu schützen.


Joseph Churba steht im Verdacht, Jimmy Carters politische Karriere in den Jahren 1978/79 zerstört zu haben.

Unfähig und gewissenlose Unterwürfigkeit

Infolgedessen ist die Reagan-Administration jetzt mehr bemüht als die Israelis, die Pollard-Affäre zu vertuschen. Tatsächlich ist das Weiße Haus aktiv bemüht, die Untersuchung des Falles durch das FBI einzuschränken.

Das amerikanische Justizministerium ist gezwungen worden zuzulassen, daß mit Pollard und seiner Ehefrau als Komplizin ein Handel geschlossen wird – das heißt Schuldbekenntnis –, um einen öffentlichen Prozeß zu vermeiden, der das Weiße Haus demütigen würde, indem seine Unfähigkeit und gewissenlose Unterwürfigkeit gegenüber Israel noch weiter bloßgestellt werden. Damit wird Pollard nicht die lange Gefängnisstrafe erhalten, die normalerweise für Verräter in den USA vorgesehen ist, sondern nur ein relativ leichtes Urteil.

Indessen hält das amerikanische Außenministerium, als Sprecher für die Reagan-Regierung, die Behauptung weiter aufrecht, daß die Israelis bei der Untersuchung des Pollard-Falles voll kooperieren und daß der Zwischenfall lediglich eine Abberation in der einzigartigen Beziehung sei, die zwischen den beiden Ländern bestehe – eine clevere und deftige Lüge seitens des US-Außenministeriums, aber eben eine Lüge.

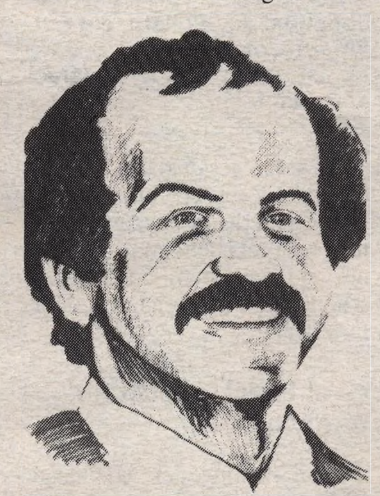
382 Pfund Uran verschwunden

»Was uns am meisten Sorge macht«, so ein Justiz-Offizieller, »ist, daß Pollard keine Ausnahme der Regel ist. Er ist die Regel. Die Israelis haben bei uns von Anfang an spioniert; sie stehlen alles, was sie in die Finger bekommen können. Die Unterlagen sind dazu eindeutig.«

Das stimmt in der Tat. Wie ein ehemaliger amerikanischer Geheimdienstbeamter sagte, der anonym bleiben möchte, hat es im Lauf der Jahre zahlreiche Spionagefälle gegeben, in die die Israelis und die amerikanische Regierung verwickelt sind. Viele von ihnen waren Versuche, fortschrittliche Technologie zu stehlen.

Fast alle Untersuchungen dieser Verbrechen sind von der jeweiligen amtierenden Regierung unterdrückt worden. Aber trotz der großen Bemühungen, diese Zwischenfälle mit der offiziellen Geheimhaltung zu vertuschen, sind einige davon an die Öffentlichkeit durchgesickert.

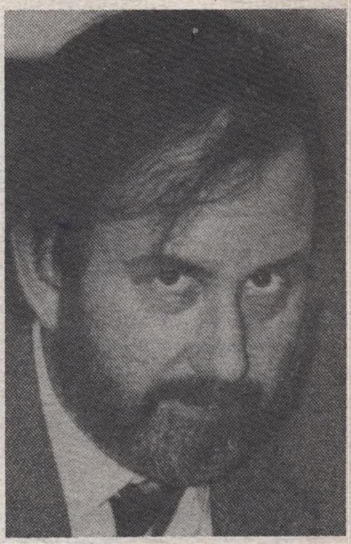
Bei einem dieser aufschreckenden Fälle – der einem hohen CIA-Beamten seine Stellung gekostet hat, weil er ihn in einem Untersuchungsausschuß des US-Senats bekanntgemacht hatte – ging es um das Verschwinden von 382 Pfund hochangereichertes Uran aus einem Werk in Apollo, Pennsylvanien, das von der Nuclear Materials and Equipment Corp. betrieben wurde.


Stephen Bryen aus dem US-Verteidigungsministerium erhielt regelmäßige Befehle aus der israelischen Botschaft.

Der Präsident der Corporation und Werksmanager, Zalman M. Shapiro, wurde jahrelang vom FBI beobachtet. Doch 1981 kamen plötzlich Befehle aus dem Weißen Haus, den Fall abzuschließen.

Gemäß den FBI-Unterlagen war Shapiro häufig von israelischen Diplomaten besucht worden, und zwar in der Zeit – so glaubt man –, als das Uran gestohlen wurde. Einer dieser Diplomaten war Rafael »Dirty Rafi« Eitan, derselbe Mann, der die Pollard-Operation für den Mossad geleitet hat.

Waffenexperten sagen, daß die aus dem Apollo-Werk entwendete Menge Uran ausreicht, um 15 bis 18 Atombomben herzustellen.


Michael Ledeen als Berater des US-Außenministeriums, ist der Hauptschrittmacher hinter dem Libanon-Debakel.

Wenngleich die Apollo-Affäre von der Reagan-Regierung vertuscht worden ist, so kam sie wie ein Alptraum im Frühjahr 1984 wieder ins Weiße Haus, als das amerikanische Justizministerium einen Mann aus Kalifornien, Richard K. Smythe, wegen des illegalen Exports von 800 Krytons nach Israel anklagte. Krytons sind kleine Schaltgeräte, die für die Auslösung von Atomwaffen benutzt werden.

Alptraum des Weißen Hauses

Am Vorabend seines Prozesses verschwanden jedoch Smythe und seine Ehefrau, wobei sie bei Verwandten den Eindruck hinterlassen hatten, daß sie nach Israel geflohen sind. Und wiederum wurde dem FBI vom Weißen Haus befohlen, die Sache fallenzulassen.

Vielleicht ist es gar nicht so merkwürdig, daß von Shapiro berichtet wird, er lebe jetzt in

Mossad

Kollaboration mit dem KGB

Israel. Denn der Mossad hatte auch Pollard eine falsche Identität und einen israelischen Paß auf den Namen Danny Cohen gegeben und ihm versprochen, daß er am Ende seiner Spionagetätigkeit gegen die Vereinigten Staaten in Sicherheit in Israel leben könne.

Ein anderes und sogar noch unverfrorenes Beispiel für Israels Spionage in Amerika ist das von Stephen D. Bryen, einem ehemaligen Assistenten im Senate Foreign Relations Committee. Bryen wurde vom FBI wegen seiner offensichtlichen verräterischen Geschäfte mit israelischen Geheimdienstoffiziellen untersucht.

Interne Memoranden des US-Justizministeriums über den Fall decken auf, daß der FBI eine »höchst ungewöhnliche Beziehung« zwischen Bryen und seinen israelischen Freunden festgestellt hat, von denen einer regelmäßig in sein Büro kam und »ihm Befehle zu geben schien«.

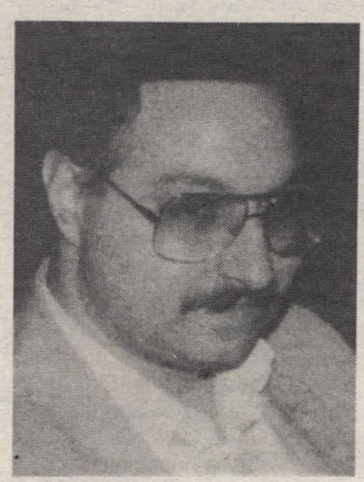
Unter dem massiven Druck aus Reagans Weißen Haus wurde das FBI gezwungen, auch diesen Fall zu schließen. Heute ist Bryen stellvertretender Assistant Secretary of Defense, zuständig für Amerikas internationale Wirtschafts-, Handels- und Sicherheitspolitik.

Worin besteht die »einzigartige Beziehung« zwischen den Vereinigten Staaten und Israel, von der das Weiße Haus und US-Außenminister George Shultz reden, wenn sie die Verstöße des Mossad entschuldigen? Sollen wir, die amerikanische Öffentlichkeit glauben, daß wir aus dieser Verbindung besonderen Nutzen ziehen?

Ein ehemaliger hoher CIA-Beamter sagte dazu: »Es gibt keinen Nutzen. Es ist ein von den Zionisten und ihren Sympathisanten verbreiteter Mythos. Unsere Händel mit dem Mossad sind stets frustrierend einseitig. Wir geben, sie nehmen. Sie haben uns niemals etwas Gleichwertiges zu dem gegeben, was sie von uns bekommen haben, trotz aller Stories, die Sie gehört haben mögen, daß sie ›uns mit wertvollen Informationen über die Sowjetunion beliefern‹.

Sie haben uns niemals etwas gegeben, es sei denn, wir haben dafür bezahlt. Als die Israelis die ägyptischen Stellungen im Sinai während der Kriege 1967 und 1973 überrannt haben, haben sie große Mengen intakter sowjetischer Waffen erbeutet.

Wir waren vor allem an den Boden-Luft-Raketensystemen und ihren Radars interessiert. Es waren die gleichen Waffen, die die



Jonathan Jay Pollard, ein ziviler Angestellter der US-Marine, ist der Spionage für Israel angeklagt.

Nordvietnamesen damals gegen uns in Südostasien eingesetzt haben. Doch die Israelis haben sie uns nie gegeben. Wir mußten um sie feilschen, und haben schließlich eine Menge Geld dafür bezahlt.«

»Auf Israel ist nicht zu rechnen«

Weiter meinte der ehemalige CIA-Beamte: »Falls jemand glaubt, wir könnten uns im Fall eines Konfliktes mit der Sowjetunion in Nahost auf die Israelis verlassen, den erwartet eine große Überraschung. Es könnte soweit kommen, daß wir für sie kämpfen, aber sie werden niemals für uns kämpfen.«

»Ihre nationalen Interessen kommen vor unseren«, meinte ein kürzlich aus dem Dienst geschiedener amerikanischer Army-General. »Sie kennen die Bedeutung des Wortes ›Verbündeter‹ nicht, außer sie befinden sich in Schwierigkeiten, und auch dann glaube ich nicht, daß sie es verstehen. Sehen Sie sich an, was sie in dem Krieg von 1966 der ›Liberty‹ angetan haben.«

Die »USS Liberty«, ein unbewaffnetes Informationsschiff, wurde in internationalen Gewäs-



Noel Koch diente schon für Präsident Nixon als Spendensammler unter den reichen Freunden Israels.

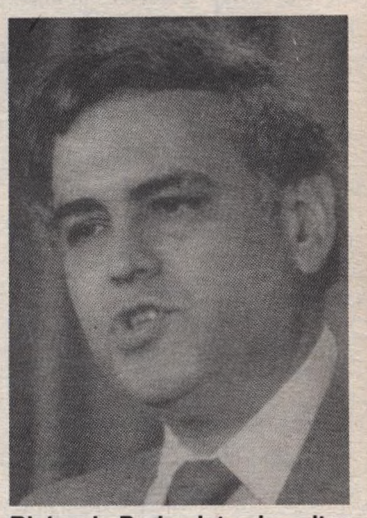
sern von israelischen Patrouilleschiffen und Bomberflugzeugen angegriffen; dabei wurden 34 amerikanische Seeleute getötet und 100 verletzt. Dies geschah während des israelisch-arabischen Krieges. Die Israelis behaupteten, der Angriff sei versehentlich erfolgt. Aber eine anschließend gemeinsam vom CIA und der Defense Intelligence Agency durchgeführte Studie des Vorfalls beweist schlüssig, daß der Angriff vorsätzlich war und die US-Regierung davon abgehalten werden sollte, herauszufinden, daß die Israelis Vorbereitungen trafen, um ihren Krieg mit Ägypten auszuweiten, und zwar den Einfall in Syrien.

Der Einfluß des Zionismus

Wir haben einen früheren hochgestellten CIA-Beamten und alten Experten für Nahostfragen, der jetzt mehrere arabische Regierungen berät, nach seinen Ansichten über den Zionismus und seinen Einfluß in Amerika und auf die amerikanische Außenpolitik befragt:

»Es gibt keinen Zweifel, daß die zionistische Lobby mit Hilfe ihrer verschiedenen Bestandteile und Aktivitäten die amerikanische Außenpolitik und öffentliche Meinung für die Bedürfnisse Israels geformt hat. Es ist eine brillant geplante und ausgeführte Geheimaktion gewesen, besser als irgend etwas, das wir jemals im CIA tun konnten.

Die Tragödie dabei ist, daß wir so bereitwillig mitgemacht haben. Wir haben zugelassen, daß man uns getäuscht hat. Amerikas Politik in Nahost, unsere Diplomatie, unsere Militärstrategie und sogar unsere Geheimdienstoperationen sind an Israels Ziele geknüpft. Daher haben wir uns selbst von der arabischen Welt isoliert und entfremdet. Man sieht uns nicht mehr als eine unabhängige internationale Macht, sondern vielmehr als einen ge-



Richard Perle ist ein alter »Pro-Israel« und geschickter Manipulator der US-Sicherheitsinteressen.

horsamen Verbündeten von Israel.

Die gemäßigten Araber zum Beispiel, sind verwirrt und verbittert von der Tatsache, daß wir ihnen nicht die Waffen verkaufen, die sie brauchen, um sich vor den radikalen Regimen in ihrer Zone und der Möglichkeit der israelischen Aggression zu schützen. Aber wir sind vollkommen bereit, Israel all die Waffen zu liefern, die es haben will, und ihm sogar zu helfen, noch mehr zu bauen.

Belegt ist dies durch unsere Weigerung, Luftabwehrraketen an Jordanien und Saudi-Arabien zu verkaufen. Dagegen haben wir in den letzten vier Jahren den Israelis 300 oder 400 Millionen Dollar im Jahr gegeben – das waren über eine Milliarde Dol-

lar –, um einen neuen Flugzeugbomber zu bauen, den Lavi.«

Der ehemalige CIA-Beamte meinte weiter: »Wir haben alles auf eine Karte gesetzt, auf die israelische Karte, und jetzt müssen wir mit dieser Entscheidung leben.

Der Fall Pollard – und die verspätete Erkenntnis, daß der Mossad uns in all diesen Jahren bespitzelt und mit dem KGB Geschäfte gemacht hat – ist für uns peinlicher als für die Israelis.

Und das ist der Hauptgrund, warum die Regierung die Affäre vertuscht. Die Israelis haben uns seit langem getäuscht. Die neue Rechte ist nur die jüngste Gruppe, die verschaukelt wird.

Alles auf eine einzige Karte gesetzt

Die Frage, ob diese Leute und die ›Doppelt-Loyalen‹ im amerikanischen Außen- und Verteidigungsministerium von dem Mossad bezahlt oder finanziert werden, ist eine komplexe Sache.

Bei großangelegten und raffiniert ausgeklügelten politischen Aktionsoperationen – und ich vergleiche die gegen uns gerichteten israelischen Bemühungen durch die Zionisten-Lobby und den Mossad mit einer Geheimdienstoperation – sind ›bezahlte Agenten‹ gewöhnlich nicht so effektiv oder so zuverlässig wie ›Verbündete‹, wie sie bei uns im CIA hießen. Pollard war ein bezahlter Agent, doch war er nur ein einfacher Spion, kein Agent von Einfluß.

Der Schlüssel für politische Aktionsoperationen liegt darin, ›Pluswerte‹ zu identifizieren – das heißt, Leute und Organisationen, die potentiellen Einfluß haben und deren Ziele sich mit den eigenen verbinden lassen – und sie dahinzubringen, die von den Zionisten gewollten Aktionen zu ergreifen. Um die Aktivitäten von organisationellen Pluswerten zu erleichtern, sucht man nach direkten Wegen zu ihrer Unterstützung, zum Beispiel indem man sie durch andere Organisationen finanzieren läßt.

Beispielsweise könnte man die ›National Review‹, den ›Conservative Digest‹ oder die ›Heritage Foundation‹ mit Zuschüssen von dem ›World Jewish Congress‹, B'nai B'rith oder anderen privaten Gruppen unterstützen.

Politiker lassen sich helfen mit Mitteln, die von politischen Aktionsausschüssen verabschiedet werden oder von individuellen Beitragsleistenden kommen.

Die einzelnen Doppelt-Loyalen müssen allerdings sehr viel sorgsamer behandelt werden. Sie müssen bereits empfänglich sein, für dieselben Ziele zu arbeiten wie man selbst, und zwar aus ihren eigenen Gründen. Man hofft, daß sie wirklich an diese Ziele glauben oder zumindest, daß sie durch ihre Mitarbeit ihrer Karriere dienen.

Diesen Leuten wird man am allerwenigsten Geld geben, nicht mal indirekt, weil sie meistens Regierungsbeamte sind. Es hätte die Gefahr, daß man bloßgestellt würde, wodurch die ganze Operation unterbunden würde. Daher können Leute wie Richard Perle und Stephen Bryen im amerikanischen Verteidigungsministerium, und Michael Ledeen im nationalen Sicherheitsrat der USA mit dem Mossad kooperieren, weil sie glauben, sie können es als Teil ihrer amtlichen Tätigkeit rechtfertigen.

Analysiert man die Aktivitäten der Zionisten-Lobby und des Mossad unter dem Aspekt des Geheimdienstes, dann ergeben sie sehr viel Sinn. Der Mossad spioniert in Amerika und verkauft viele dieser Geheimnisse an Moskau.

Das ist schlimm genug. Aber die wahre große Gefahr, die der Mossad darstellt, wie er durch die Kanäle der Zionisten-Lobby und ihres Anhangs von »Doppelt-Loyalen« arbeitet, ist der Einfluß, den er auf die Politik und Programme der amerikanischen Regierung ausüben kann, und zwar nicht nur in Nahost, sondern auch andernorts – nämlich bezüglich der Sowjetunion.

Es ist Ironie, daß es die »neue Rechte« in ihren vielen Formen ist – und die Reagan-Administration –, die jetzt als die Schneidkante dieses cleveren, langfristigen geheimen Aktionsprogramms des Mossad fungiert, mit dem die Vereinigten Staaten zum gehorsamen Werkzeug Israels gemacht werden sollen. □

Kanada

Keine Geschäfte mit dem KGB

James. P. Tucker jr.

Im Gegensatz zu Kanada setzt die Washingtoner Bürokratie die Kollaboration mit der Sowjetunion fort, um Amerikaner, die aus den von den Sowjets besetzten Nationen geflohen sind, zum Schweigen zu bringen.

Kanada hat sich geweigert, der Sowjetunion zu gestatten, einseitig jeden kanadischen Bürger als »Kriegsverbrecher« zu erklären, damit er seiner Staatsbürgerschaft beraubt und in die UdSSR deponiert werden kann, wo er wegen Widerstands gegen den Kommunismus hingerichtet wird.

Auch wenn mutige US-Bundesrichter einige unschuldige Opfer retten konnten, so nimmt die US-Regierung doch noch immer »Beweise von gut gedrillten sowjetischen Zeugen« entgegen, die keinem Kreuzverhör unterzogen werden können, um Amerikaner zu deportieren.

Seit mehr als vier Jahrzehnten hat die Sowjetunion versucht, die Rückkehr derjenigen zu erzwingen, die vor ihrer Tyrannei geflohen sind, als sich der Eiserne Vorhang über Osteuropa schloß. Die Flucht nach dem Westen bedeutete die Ablehnung des Kommunismus, so wird argumentiert, also müssen die Leute bestraft und diskreditiert werden.

Das US-Office of Spezial Investigations (US-Büro für Sonderuntersuchungen), kurz OSI genannt, wurde vom amerikanischen Kongreß zur Jagd auf »Nazis« in Amerika errichtet, und es nimmt bereitwillig Zeugenberichte auf Videoband aus der Sowjetunion entgegen, obwohl dies gegen die Regeln der Beweisaufnahme ist.

Aber als der gleiche Versuch in Kanada gemacht wurde, und zwar am 1. Juni 1986, hat sich Kanada nicht darauf eingelassen.

»Die Deschenes-Kommission hat eine Aufforderung der Sowjetunion zurückgewiesen, hinter dem Eisernen Vorhang Informationen über verdächtige Nazi-Kriegsverbrecher zu sammeln, die jetzt in Kanada leben«, so eine Erklärung der kanadischen Botschaft in Washington vom 6. Juni 1986.

Die Aufforderung wurde zurückgewiesen, weil die Sowjets nicht zugestimmt haben, daß kanadische Anwälte sowjetische Zeugen befragen dürfen, wie es den Regeln der Beweisaufnahme in Kanada entspricht, dies erklärte der Kommissions-Rechtsanwalt Yves Fortier in Ottawa.

Teil einer hysterischen Reaktion

»Was sie uns gesagt haben«, so Fortier, »ist, daß die Untersuchung im Rahmen der Gesetzgebung über Strafverfolgung in der UdSSR vorgenommen würde, und kanadische Rechtsanwälte die Gelegenheit erhalten würden, Fragen von relevantem Interesse mit Zeugen aufzuklären.

Mit anderen Worten, die Untersuchung würde durch das Büro des Staatsanwaltes der Sowjetunion geführt und das ist nicht akzeptierbar.«

Die Kommission wird geleitet von Richter Jules Deschenes, und wurde durch die kanadische Regierung eingesetzt, um festzustellen, ob sich tatsächlich irgendwelche Nazi-Kriegsverbrecher in Kanada aufhalten.

Kanadas ehernes Eintreten gegen die Sowjetunion bei der einseitigen Brandmarkung von kommunistischen Flüchtlingen als Kriegsverbrecher stellt ein Paradox dar: dasselbe Land hat Schullehrer vor Gericht gestellt, die die orthoxe Berichterstattung über den »Holocaust« im Zweiten Weltkrieg in Frage gestellt haben. Bisher haben Gesetze in den USA Tausende von Amerikaner geschützt, die ähnliche Fragen zum Ausdruck gebracht haben.

Die Bemühungen der Sowjetunion, diejenigen zu verhaften und zu diskreditieren, die vor ihrer Tyrannei zum Ende des Zweiten Weltkrieges geflohen sind, ist Teil ihrer hysterischen Reaktion auf die »Woche der gefangengehaltenen Nationen«, die der kanadische Präsident im Juli proklamierte. □

Zionismus

Das Geschäft mit Spenden

Dritter Teil

Charles M. Fischbein

Dies ist der dritte Teil der Serie über die alltäglichen Machenschaften der komplexen, machtvollen und aktuellen Welt zionistischer Geldbeschaffung. Niemand wäre besser als Autor dieser Serie als Charles M. Fischbein, der elf Jahre in der jüdischen Gemeindearbeit tätig war und vor drei Jahren als Leiter des Jewish National Fund (Jüdischer Nationalfonds) zurücktrat.

Ein großer Teil der finanziellen Mittel der zionistischen Organisationen kommt von älteren Juden, die den israelischen Staat unterstützen. Viele alte Menschen wurden damit geködert, »Bäume und Wälder für Israel zu kaufen«. Andere verleitete man dazu, sich an ausgeklügelten »Schenkungs-Programmen mit aufschiebender Wirkung« zu beteiligen, mit denen hohe Lebensversicherungs-Policen und anderer wertvoller Besitz einschließlich Aktien, Altersversorgungen und Grundbesitz als Gegenleistung für Steuervergünstigungen und Lob von anderen Juden in der Gemeinde an die Organisationen übertragen wurden.

Schenkung mit Aufschub

Zionistische Kapitalbeschaffer werden in ausgeklügelten Steuerumgehungssystemen unterwiesen, mittels derer sie wertvolle Geschenke für ihre Organisationen erhalten und den Spendern gleichzeitig umfangreiche Steuereinsparungen anbieten können.

Während meiner Karriere in der zionistischen Kapitalbeschaffung traf ich auf eine Person, die das lukrative Geschäft der »Schenkung mit Aufschub« ausgezeichnet beherrschte. Es handelte sich dabei um einen Regionalleiter eines mächtigen zionistischen Zentrums. Er war tatsächlich so mächtig, daß er praktisch nie an Mitarbeiterversammlungen teilnahm und auch nie in das Nationalbüro kam.

Dieser Regionalleiter hatte in seiner Heimatstadt mehrere Jahre als Richter gearbeitet. Als er vom Gericht wegging, machte er mit einer Anwaltspraxis weiter und arbeitete gleichzeitig als Regionalleiter für eine einflußreiche zionistische Organisation.

Richter D. kannte seine Gemeinde gut. Er war auch sehr geschickt auf dem Gebiet der »Schenkungen mit aufschiebender Wirkung« und er hatte seine Anwaltspraxis in einer Stadt, die eine große Zahl von Pensionären anzog. Aufgrund des Prestiges, das D. besaß, war es sehr leicht für ihn, in der großen Zahl von Gemeinden in seiner Region, in denen vorwiegend Pensionäre lebten, zu führenden Persönlichkeiten und Gemeindedirektoren Zugang zu finden.

Leichtes Geld von den Alten

Eine bevorzugte Technik der zionistischen Kapitalbeschaffer ist es, ihre Bemühungen auf Gemeinden zu konzentrieren, in denen vorwiegend Pensionäre leben. Ältere Juden scheinen sich Israel gegenüber weitaus mehr verpflichtet zu fühlen ,als die jüngeren Leute. In vielen Fällen ist es viel leichter, von den Älteren Geld zu bekommen, als von den Jüngeren, die noch Familieninteressen haben.

Der Richter ließ seine Mitarbeiter viele Pensionärs-Gemeinden besuchen und Seminare über die verschiedenen Investitionstechniken abhalten. Sie sprachen über Verträge, in denen Altersversorgungen als Mittel eingesetzt werden, um Israel Geschenke machen zu können sowie über die Vorteile, wenn man Aktien und Anleihepapiere den zionistischen Organisationen als Geschenk vermacht.

Der Richter und seine Mitarbeiter boten diesen Pensionären an, »finanzielle Überprüfungen« vorzunehmen und ihnen zu zeigen, wie sie Steuern einsparen und gleichzeitig über die Organi-

Israel ist und war vor allem für die Juden Osteuropas die große Verheißung der Bibel und die berauschende Hoffnung auf eine friedliche Zukunft.



sation hohe Geldsummen an Israel geben können.

Jedesmal, wenn jemand in D's Büro kam, wurden der Person Anwaltsgebühren für Dienstleistungen berechnet. Häufig riet der Richter der Person, ihr Testament zu ändern und seiner Organisation beträchtliche Geldsummen zu hinterlassen. Wenn eine solche Änderung »nötig« war, so machte der Richter dies selbstverständlich gegen entsprechende Gebühr.

Er stellte auch umfangreiche Finanzierungspläne auf, im Rahmen derer seiner Organisation wertvoller Besitz übertragen wurde und die hohe Steuervorteile mit sich brachten. Der Person wurde dann ein Teil des Geldes zurückgegeben oder es wurde ihr oder ihren Begünstigten ein Einkommen bereitgestellt. Mit Hilfe dieser Finanzierungspläne gewannen der Richter und seine Organisation eine vollständige finanzielle Kontrolle über die Person.

In vielen Fällen war die Kontrolle so perfekt, daß die Personen die Organisation um Geldmittel bitten mußten, um finanzielle Notsituationen zu bewältigen.

D. hatte einen ungeheuren finanziellen Erfolg. Neben dem hohen Gehalt, das er aus seiner Rolle als Regionalleiter der Organisation bezog, berechnete er ein Stundenhonorar für das Aufstellen von Finanzierungsprogrammen für diejenigen, die in sein Büro kamen. Er setzte sich auch als Vollstrecker vieler Testamente ein, die er mitverfaßte, woraus er ebenfalls ein hohes Honorar erhielt.

»Unterzeichnen Sie einfach hier«

Häufig setzte er Mitarbeiter, die auf der Gehaltsliste der Organisation standen, für Arbeiten in seiner Anwaltspraxis ein.

Der Richter war so geschickt bei dieser Art finanzieller Manipulation, daß er anfing Seminare für jüdische Anwälte und Wirtschaftsprüfer zu halten und sie darin zu unterweisen, wie man große Geschenke an seine Organisation leitet. Jedesmal, wenn ein Testament dahingehend geändert wurde, daß seine Organisation mitbedacht wurde und jedesmal, wenn ein Klient eines Anwaltskollegen an die Organisation verwiesen wurde, war dies eine persönliche Bereicherung für den Richter.

Das Programm wurde so erfolgreich, daß andere zionistische Organisationen anfingen, geschickte Finanzratgeber in Gemeinden mit Pensionären zu schicken und ihnen kostenlose Vermögensplanung anzubieten. Im Gegensatz zur direkten Kapitalbeschaffung findet man viel leichter Unterstützung für diese Programme, denn sie erfordern häufig keinen direkten finanziellen Beitrag von der Person.

Es bedarf lediglich der Fähigkeit, das Interesse der Person an Israel dafür einzusetzen, daß sie eine Versicherungspolice oder einen Teil ihres Besitzes der Organisation vermacht. In vielen Fällen bietet die Organisation an, den Besitz für die Person zu erhalten und für die Lebensdauer des Spenders die Verantwortung dafür zu übernehmen.

D. wurde so habgierig, daß er begann, vielen wohlhabenden Pensionären »kostenlose Reisen« nach Israel anzubieten. Er brachte seine Organisation dazu, diese Leute mit ihm 10 Tage nach Israel reisen zu lassen. Durch junge Leute ließ er ihnen Blumen überreichen, ihnen vortanzen und vorsingen. Und dann – wenn sie am verwundbarsten waren – ging er sie im Namen seiner Organisation um ihr Vermögen, ihre Versicherungspolicen und Schuldverschreibungen an.

In einigen Fällen veranlaßte D. die Vermögensübertragungen durch den Spender noch in Israel und bemühte die Notare der amerikanischen Botschaft in Tel Aviv für die Dokumentenabwicklung.

Heute blühen und gedeihen die zionistischen Organisationen durch die Geschenke der alten Leute. Viele Zentren überleben aufgrund ihrer »Schenkungsprogramme mit aufschiebender Wirkung«. Der größte Kapitalbeschaffer für die B'nai B'rith ist tatsächlich deren Versicherungsprogramm. Diese Organisation wäre schon vor Jahren bankrott gegangen, hätte es nicht durch seine Versicherungs- und Schenkungsprogramme Geld von alten Leuten erhalten.

Durch Programme, wie sie von D. und anderen raffinierten zionistischen Kapitalbeschaffern aufgestellt werden, kontrollieren die Zionisten Milliarden von Dollar – genug, um zu garantieren, daß ihre Macht und Kontrolle Jahrzehnte existieren wird, selbst wenn sie keinen weiteren Pfennig mehr aufbringen würden.

Die Organisationen sind so gewandt, daß sie sogar Programme für jene aufstellen, die sich nur kleine Gaben leisten können. Ein solches Programm ermöglicht es dem Spender, auch nur 1 000 Dollar in bar oder durch ein Testament an die Organisation zu spenden. Die Organisation verspricht als Gegenleistung dafür, dem Enkelkind der Person bis zu dessen 18. Lebensjahr eine Geburtstagskarte mit einem kleinen Geschenk zu schicken. Das Programm läuft unter dem Motto, daß man dem alten Menschen erzählt, damit würde gewährleistet, daß er seinen Enkelkindern in Erinnerung bleibt, wenn er einmal nicht mehr da sein wird.

Dieses grausame Programm hat sich D. selbst ausgedacht, der auch dafür sorgt, daß »Bäume« für die Person »gepflanzt« werden, wenn sie stirbt.

Durch Ausnutzung der Steuergesetze bereichern sich zionistische Kapitalbeschaffer wie D. persönlich, während sie alten Leuten ihr sauer verdientes Geld abknöpfen und es dazu verwenden, das zionistische Regime in Israel zu unterstützen.

Ein Abendessen mit Long

Die Politik des amerikanischen Bundesstaates Maryland wird in erster Linie von der zionistischen Hochburg Baltimore und den Außenbezirken Washingtons aus kontrolliert, wo einige der reichsten Juden Amerikas leben.

Als ich Leiter des Jewish National Fund (JNF) des Großbezirks Washington war, hatte ich direkten Kontakt mit einigen der einflußreichsten zionistischen Führern in Maryland. Heute sitzt einer jener Führer, Jeffrey Levitt, eine 30jährige Gefängnisstrafe ab, weil er bei der Old Court Savings & Loan Association (S&L) über 14 Millionen Dollar unterschlagen hat. Er war Präsident dieser Bank, bis deren Zusammenbruch im vergangenen Jahr eine regionale Krise auslöste.

Ein anderer mächtiger zionistischer Funktionär, der Präsident des National Leadership Council (NLC) des Jewish National Fund of America, Jerome Cardin, befindet sich gegenwärtig nach Hinterlegung einer Kaution von 50 000 Dollar auf freiem Fuß und wartet auf seine Verhandlung wegen Diebstahls von 385 000 Dollar von der gleichen Bank. Cardin war Levitts Partner und Anwalt der S&L.

Cardins Frau war Präsidentin des United Jewis Appeal von Baltimore und sein Cousin und Partner Ben Cardin ist derzeit Parlamentssprecher von Maryland.

Ich hatte zum ersten Mal mit Cardin zu tun, kurz nachdem ein israelischer Kapitalbeschaffer den zweithöchsten Posten beim JNF – den des zentralen Leiters für Führungsausbau – übernommen hatte. Den Israelis war gesagt worden, sie sollten neues Blut in den JNF, eine der unbarmherzigsten zionistischen Organisationen, bringen. Die Israelis nahmen mit den mächtigsten zionistischen Geschäftsleuten in Amerika Kontakt auf, darunter auch Cardin. Ihm wurde der Posten des Präsidenten des NLC angeboten. Dieser akzeptierte die Position und machte sich sogleich an die Arbeit.

Ich bekam einen Anruf von Cardin in meinem Büro und er sagte mir, er wolle ein Abendessen für den damaligen Republikaner Clarence Long geben, der sich in einem harten Wahlkampf um seine Wiederwahl befand. Long war einer der stärksten Unterstützer Israels und des JNF, und andere zionistische Organisationen taten alles, was sie konnten, um ihren Politiker zu unterstützen.

Cardin schlug vor, daß sein Freund und Bankpartner Jeffrey Levitt bei dem Abendessen den Vorsitz führen sollte. Er erzählte mir, daß Levitt der Präsident einer gut florierenden Spar- und Darlehensbank sei und interessiert daran, einige andere NLC-Mitglieder kennenzulernen und sie an einigen seiner Geschäfte

Zionismus

Das Geschäft mit Spenden

in Florida, Kalifornien, New York und Texas zu beteiligen.

Cardin war der Meinung, es sei in unser beider Interesse, seinen Partner Levitt in den internen Kreis der JNF einzuführen.

Nach Rücksprache mit dem Zentralbüro des JNF und nachdem ich »grünes Licht« erhalten hatte, arrangierte ich ein Abendessen mit Cardin, Levitt, einem Vertreter der israelischen Botschaft und Donald Wolpe, den früheren Präsidenten der zionistischen Organisation von Amerika und Präsidenten der Heritage International Bank in Bethesda, Maryland.

Ich traf Levitt zum ersten Mal in einem feinen Restaurant in einem Vorort von Baltimore. Cardin, Wolpe und ein General Agmon, Attaché der Luftwaffe von der israelischen Botschaft, saßen mit mir am Tisch.

Eine Bank für den persönlichen Profit

Levitt war ganz offen. Er wollte dem JNF helfen und ihn dazu benutzen, um mit Geldgebern für seine Immobiliengeschäfte zusammenzutreffen. Levitt war unglaublich reich; er besaß über ein Dutzend Rolls Royce und mehrere Luxusvillen. Cardin, der Miteigentümer von Levitts S&L-Bank war und dessen Anwaltskanzlei die Bank vertrat, ließ wissen, daß er den JNF übernehmen wolle.

Er erzählte mir, daß er zusammen mit Levitt und Wolpe, zwei der mächtigsten Banker in Maryland, jeden, der dem National Leadership Council (NLC) des Jewish National Fund beitreten würde, sofort zum Millionär machen könne. Levitt prahlte damit, daß er die Bank zu seinem eigenen persönlichen Profit führe und daß Cardin sein Bestes tue, damit er nicht ins Gefängnis käme. Beide lachten.

Das Hauptthema des Abends war der Empfang für Long. Agmon brachte eine Liste amerikanischer Firmen mit, mit denen Israel Geschäfte machte. Auf ihr waren solche Giganten aufgeführt wie TRN, General Electric und General Motors. Levitt sagte, er würde die führenden Leute jeder einzelnen dieser Firmen persönlich ansprechen und schauen, ob er sie dazu bewegen könne, für das bevorstehende Essen mit Long ihre Unterstützung zuzusagen.

Er würde ihnen sagen, daß dies in ihrem eigenen Interesse wäre, denn Long sei jedes Jahr der Führer der Abstimmung zugunsten verstärkter Militärhilfe für Israel – die Israel wiederum ausgab, indem es Geschäfte mit diesen Firmen machte.

Levitt hoffte, auch diese Leute für Geschäfte mit ihm und seiner Bank zu gewinnen.

Cardin meinte, inzwischen wolle er dafür sorgen, daß alle führenden Leute des JNF Gelegenheit bekämen, Levitt kennenzulernen und sich an einigen seiner Geschäfte zu beteiligen. Levitt machte dem JNF und einer Reihe anderer zionistischer Organisationen hohe Geldspenden und erwarb den Ruf, einer der philantropischsten Bürger von Baltimore zu sein. Mit Levitts Hilfe begann Cardin, den JNF neu zu formieren.

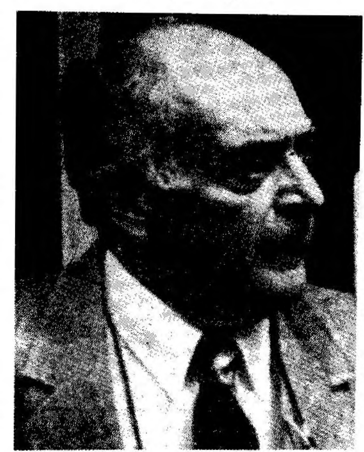
Der Schwindel fliegt auf

Das Zentralbüro bezeigte Cardin seine Hochachtung, indem es in seinem Namen »in Israel viele Bäume pflanzen ließ« und Cardin bestellte eine Menge Bäume und Wäldchen, die für seine Freunde und Familienmitglieder gepflanzt wurden.

Der JNF und das NLC begannen zu florieren. Levitt investierte das Geld aus seiner Bank in vielen riskanten Immobiliengeschäften und lud seine zionistischen Freunde ein, sich daran zu beteiligen. Andere Immobilienmakler traten dem NLC bei oder begannen, den JNF zu unterstützen.

Unter den berühmten Namen waren Leute wie Donald Trump, vielleicht einer der reichsten Bauunternehmer von New York. Die Führungskraft aus Israel und Cardin sowie Levitt waren erfolgreich in ihrer Zielsetzung, den JNF neu zu beleben.

Dann flog der Schwindel auf. Es waren Gerüchte im Umlauf, daß Levitts Bank sich ziemlich übernommen habe und daß Levitt seinen persönlichen Freunden und zionistischen Anhängern »Insider«-Darlehen gab.



Jerome Cardin, Rechtsanwalt der S&L-Bank, konnte den Betrug nicht verhindern und ist nur durch Hinterlegung einer Kaution auf freiem Fuß.

Kunden begannen, die Bank zu stürmen, um ihre Gelder abzuheben, was zu einer Anspannung der finanziellen Mittel der Bank führte. Das Geldinstitut brach zusammen und mit ihm gingen die Lebensersparnisse vieler Einleger dahin.

Der Gouverneur von Maryland, Harry Hughes, verkündete, der staatliche Versicherungsfonds habe nicht genug Vermögenswerte, um die hohen Verluste der Bank zu decken.

Auch Kunden anderer Filialen der S&L in Maryland stürmten die Bank, um ihre Gelder abzuheben und lösten somit eine beispiellose Reihe von Zusammenbrüchen aus. Der Gouverneur ließ viele S&L-Filialen mehrere Tage in dem verzweifelten Versuch schließen, die Abhebungen zu stoppen. Levitt, Cardin und deren zionistischen Freunde steckten mit Anwälten und Bankkontrollbehörden die Köpfe zusammen, um zu versuchen, die Tendenz der Geldabhebungen wieder umzukehren und ihr persönliches Vermögen zu retten.

Während es dem Staat und der US-Bundesregierung schließlich gelang, die übereilten Abhebungen zu stoppen, kamen viele Kunden durch den Zusammenbruch der Bank nicht an ihre Gelder heran.

Der israelische Kapitalbeschaffer konnte jedoch das Zentrum ohne Aufsehen verlassen. Das NLC löste sich auf, kurz nachdem Cardin zurückgetreten war. Übriggeblieben sind nun tausende von Leuten, die den Preis



Jeffrey Levitt führte die S&L-Bank zu seinem eigenen persönlichen Profit. Cardin sollte dafür sorgen, daß er nicht ins Gefängnis kam.

zahlen müssen für diesen, von Zionisten mit hochfliegenden Ideen verursachten Bankenskandal. Menschen, die immer noch keinen Zugang zu ihrem Geld haben und ihn vielleicht noch jahrelang nicht bekommen werden, wenn sie überhaupt jemals etwas davon wiedersehen.

Das amerikanische Finanzamt hat kürzlich alle Rolls Royce von Levitt versteigert. Der Käufer zwei der teuersten Wagen war ein reicher zionistischer Bauunternehmer aus Washington. Auch ein ehemaliger Kunde der S&L-Bank, der tausende von Dollar verloren hat, war bei der Auktion anwesend. Er sagte, er »sei gekommen, um zu sehen, wohin sein Geld gegangen ist«. Ich schlug ihm vor, den JNF anzurufen und zu fragen, ob in seinem Namen in Israel ein paar Bäume gepflanzt worden seien.

Dem Betrug der »gemeinnützigen« zionistischen Vereinigungen fallen nicht nur die amerikanischen Juden zum Opfer, die unbarmherzig gedrängt werden, den verschiedenen Organisationen hohe Geldsummen zu spenden, sondern er kostet auch jeden einzelnen eine Menge Geld.

Wenn ein zionistischer Kapitalbeschaffer aus einer Person einen hohen Betrag herauspreßt, so zieht der »Spender« diesen Betrag normalerweise von seiner

Einkommensteuer ab. Die meisten Leute, die Spenden an zionistische Zentren leisteten, zahlen zwischen 30 bis 50 Prozent an Steuern.

Das heißt, daß 30 bis 50 Prozent der Hunderte von Millionen Dollar, die als Beiträge für »wohltätige Zwecke« nach Israel gehen, jährlich von den Steuern abgezogen werden, mit denen der Staat geführt wird, was jedem Bürger eine zusätzliche Belastung aufbürdet.

Diese Abzüge stellen dabei jedoch nur einen Bruchteil der Kosten dar, mittels derer den zionistischen Zentren ein steuerfreier Status gewährt wird.

Jedesmal, wenn zu Ehren eines prominenten Mitglieds der zionistischen »Gemeinde« ein Abendessen gegeben wird, werden regionale Firmen gebeten, dafür zu spenden. Diese Spenden betragen in der Regel mehr als 5 000 Dollar. In einigen größeren Städten werden von Unternehmen jährlich mehr als zwei bis drei Millionen Dollar der zionistischen Sache gespendet.

Diese Millionen von Dollar an Beiträgen werden in Form von höheren Preisen an jeden Verbraucher weitergegeben.

Viele dieser Firmen haben hochbezahlte Führungskräfte und Finanzexperten eingestellt, deren einzige Aufgabe es ist, festzulegen, welche Art von Spenden an die einzelnen zionistischen »Wohltätigkeits-Organisationen« gehen sollen.

Doch die versteckten Kosten der zionistischen Machtstruktur gehen selbst noch weiter darüber hinaus; rechtmäßige regionale, gemeinnützige Vereinigungen leiden unter der Macht und Stärke der zionistischen Wohltätigkeits-Vereine.

Solche Organisationen, wie die YMCA (christliche Vereinigung junger Männer), United Way, Heart Association und die American Cancer Society (amerikanische Krebshilfe), die sich tatsächlich für wohltätige Zwecke einsetzen, beklagen, wie schwer es ist, Geld aufzutreiben, weil zionistische Kapitalbeschaffer jährlich Hunderte von Millionen Dollar abziehen, bevor diese legalen Vereinigungen zum Zug kommen.

Eine Führungskraft einer großen amerikanischen Firma verkündete, daß ihr Unternehmen einem Kinderkrankenhaus, das sich auf Krebsforschung spezialisiert hat, einige Millionen Dollar spenden wollte. Als ein jüdischer Kapitalbeschaffer am Ort davon erfuhr, ging er zu einigen großen zionistischen Aktionären und bat sie, die Unternehmensführung dazu zu bewegen, dieses Geld dem zionistischen Zentrum und nicht dem Krankenhaus zu vermachen.

Ungleichgewicht in der US-Außenpolitik

Die Firma war gezwungen, ihre Zusage an das Krankenhaus zurückzuziehen und das Geld, das die Leiden kranker Kinder mildern helfen sollte, ging statt dessen nach Israel.

Dies betrifft auch Universitäten, die lebenswichtige medizinische Forschung betreiben, und kostet vielleicht vielen Menschen das Leben, die durch verstärkte Unterstützung medizinischer und naturwissenschaftlicher Forschung gerettet werden könnten.

Die tatsächlichen Kosten zionistischer Kapitalbeschaffung belaufen sich hingegen auf die Milliarden von Dollar, die Amerika jährlich an Israel in Form von Auslandshilfe und Subventionen gibt. Israelische und zionistische Führer benutzen die jährlichen, hohen Spendenbeiträge aus ihren Wohltätigkeits-Feldzügen dazu, um politische Unterstützung für die ständig steigende wirtschaftliche und militärische Hilfe an Israel zu bekommen.

Für einen amerikanischeen Senator oder Vertreter des US-Repräsentantenhauses ist es unmöglich, die Tatsache, daß Hunderte von Millionen Dollar jährlich zur Unterstützung Israels aufgebracht werden, zu ignorieren. Politiker sehen diese ständig steigenden Zahlen als Beweis für die öffentliche Unterstützung Israels an und wissen nur zu gut, daß einige dieser Gelder gegen sie verwendet werden könnten, wenn sie nicht jeden Antrag der israelischen Lobby mit ihrer Stimme unterstützen.

Diese politische Unterstützung entfremdet Amerika auch von den arabischen Ländern und verursacht ein großes Ungleichgewicht in der amerikanischen Außenpolitik.

Viele, die sich mit Weltwirtschaftslehre befassen, geben der israelischen Regierung und dem arabisch-israelischen Krieg des Jahres 1972 die Schuld dafür, daß die Ölpreise in die Höhe schossen – was nicht nur die Autofahrer jährlich Hunderte von Dollar kostete, sondern auch die ganze Welt in ein wirtschaftliches Chaos stürzte, was wiederum zur Vernichtung vieler Arbeitsplätze und Firmen in der westlichen Welt geführt hat.

Es ist jedoch nicht unmöglich, etwas gegen die zionistische Machtstruktur zu unternehmen. Das beste wäre es, Maßnahmen zu ergreifen, um den zionistischen Zentren ihren steuerfreien Status zu entziehen. Die amerikanische Finanzbehörde erlaubt es Einzelpersonen und Firmen, Spenden an karitative Organisationen von der Einkommensteuer abzuziehen. Sie erlaubt hingegen nicht den Abzug von politischen oder an das Ausland geleisteten Beiträgen.

Wenn jeder Amerikaner, der gegen seinen Willen zur Unterstützung der zionistischen Sache gezwungen wird, auf Bundesvertreter, Senatoren und andere Beamte jeder Regierungsebene Druck ausüben würde, die finanzbehördlichen Bestimmungen durchzusetzen, können die zionistischen Zentren ihre Steuerbefreiung verlieren.

Die zionistischen Führer selbst schätzen, daß der Einzug der Steuerbefreiung die Einnahmen der zionistischen Zentren um mehr als 40 Prozent pro Jahr reduzieren würde.

Ausgeklügelte Gedankenkontrolle

Praktisch jede Stadt und jeder Staat in Amerika verlangt die Anmeldung gemeinnütziger Vereinigungen, bevor diese aktiv werden können. Diese Gesetze fordern von derartigen Organisationen auch Jahresabschlußprüfungen, die veröffentlicht werden müssen.

Bei den meisten zionistischen »gemeinnützigen« Organisationen gibt es jedoch keine Jahresabschlußprüfungen; ihre Bücher sind der Öffentlichkeit praktisch nie zugänglich und die Gesetzes-Durchsetzungsorgane schrecken davor zurück, diese »karitativen« Vereinigungen zu reglementieren.

Die einzige Art, wie dem Einhalt geboten werden kann, besteht darin, die regionalen und überregionalen Beamten zu drängen, gesetztes Recht, was bereits existiert, durchzusetzen und aufzuhören, den zionistischen Zentren einen »über dem Gesetz« stehenden Status zu geben.

Während diese Maßnahmen allerdings lange Zeit benötigen würden, um einige der Mißbräuche zionistischer Zentren in den Vereinigten Staaten zu stoppen, wäre es am besten, den Geldfluß zu diesen Organisationen zu mindern, um Kontrolle über sie zu bekommen.

Zentren wie der United Jewish Appeal und die B'nai B'rith-Loge beschäftigen Hunderte von Sozialarbeitern und Psychologen, deren Aufgabe es ist, Techniken mit der ausgeklügelten Gedankenkontrolle und Verhaltensänderung, die der Psychologie heute bekannt sind, zu entwickeln. Die Erforschung derartiger Methoden wird auf Universitäten durchgeführt und mit Beihilfen wohlhabender zionistischer Führer finanziert.

Führende Leute nicht-zionistischer Organisationen wie das Rote Kreuz und die Herz- und Krebshilfevereinigungen staunen über die unbarmherzigen Methoden, die von den Zionisten verwendet werden, um hohe Geldsummen von Juden und Nichtjuden zur Unterstützung ihrer Organisationen zu bekommen.

Viele dieser wirksamen psychologischen Methoden sind vergleichbar mit den Techniken, die von Israel zur Kontrolle des arabischen Freiheitskampfes in den verschiedenen besetzten Gebieten entwickelt wurden. Diese Methoden werden jetzt ungeachtet ihrer religiösen oder politischen Bindungen gegen die Amerikaner eingesetzt, um eine vereinte Front zur Unterstützung Israels zu schaffen. □

In der nächsten Ausgabe berichtet Charles M. Fischbein über einige dieser Methoden.

Israel

Der Lavi – teuer und umstritten

Victor Marchetti

Amerikas Steuerzahler haben bereits jetzt über eine Milliarde Dollar zu dem Projekt beigesteuert und werden wahrscheinlich noch einmal einen so hohen Betrag in den nächsten Jahren zahlen müssen, ehe der »Lavi«, der neue israelische Kampfjäger, ein einsatzfähiges Waffensystem geworden ist. Darüber hinaus wird das revolutionäre und umstrittene Flugzeug mit Hilfe modernster amerikanischer Technologie entwickelt, die, wie US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger glaubt, nicht exportiert werden sollte, nicht einmal nach Israel, und zwar aus Gründen der nationalen Sicherheit.

Der »Lavi« – von dem hebräischen Wort für Löwe – ist das Kampfflugzeug der Zukunft, jedenfalls für den Mittleren Osten. Es wurde speziell für die kurzen, intensiven Kriegsarten entworfen, die auf engem Raum ausgefochten werden und in die sich Israel und seine arabischen Nachbarn von Zeit zu Zeit einlassen. Nach den Überlegungen der isralischen Militärplaner hat sich die günstige Lösung dieser Konflikte in der Vergangenheit immer durch die israelische Überlegenheit in der Luft ergeben.

Zur Beherrschung der Nachbarn

Somit wird die erfolgreiche Entwicklung des Lavi und dann sein Einsatz den Israelis die eine Waffe in die Hand geben, die sie zur Beherrschung ihrer Nachbarn vor allem brauchen

Doch es gibt noch einen anderen Aspekt des Lavi-Projektes, einen, der viele amerikanische Militärexperten im Pentagon beunruhigt, nämlich: Die Israelis denken offenbar schon jetzt an den Verkauf des Flugzeuges an verschiedene Länder der dritten Welt – und damit die Weitergabe der darin eingebauten modernsten amerikanischen Technologie.

»Hier haben wir in Israel eine Chance, eine technologische Macht zu sein«, sagte Menachem Eini, der Projektdirektor und ein ehemaliger Pilot. »Es ist unsere einzige Chance für die Autarkie. Für uns ist es die Karte, um der Welt zu zeigen, daß wir uns schließlich selbst versorgen können.«

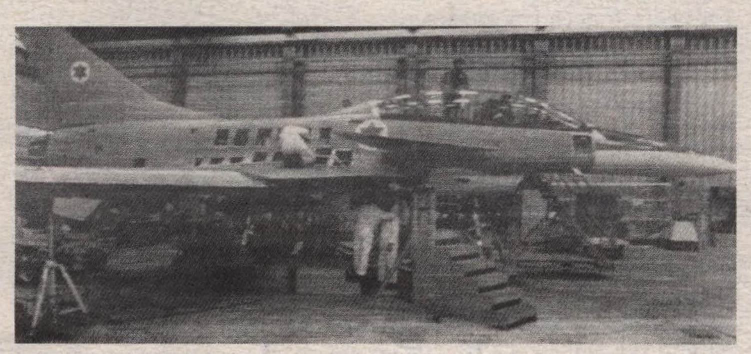
Eini unterließ es zu erklären, wieso der Lavi, der mit amerikanischen Geldern und modernster amerikanischer Technologie gebaut wird, zeigen wird, daß Israel eine Technologie-Macht und potentiell autark ist.

Warum sollte Israel denn dieses hochmoderne, einzigartige Flugzeug überhaupt verkaufen wollen, noch bevor es im Flug getestet oder seiner eigenen Luftwaffe zur Verfügung gestellt wurde? Die Antwort lautet: um Geld zu verdienen.

Die ursprünglichen Kostenvoranschläge von vor einigen Jahren für den Lavi beliefen sich auf eine Größenordnung von 15 Millionen Dollar. Allerdings sind seitdem die Entwicklungskosten auf das Doppelte gestiegen, und derzeitige Prognosen besagen, daß die 300 Stück Lavis, die die Israelis in ihre Luftwaffe übernehmen wollen, bis zu 35 Millionen Dollar je Stück kosten werden. Als Vergleich: Ein US-F-16, der beste Düsenjäger der Welt, kostet 25 Millionen Dollar.

Gewinn von Prestige in der dritten Welt

Das heißt also, daß die 300 für die israelische Luftwaffe bestimmten Lavis 10 Milliarden Dollar oder mehr kosten werden – eine Summe, die insgesamt von den amerikanischen Steuerzahlern über die Militärhilfe finanziert wird. Aber nicht nur viele Militärexperten des Pentagon sind darüber empört, sondern auch zahlreiche israelische Verteidigungs-Offizielle.



Der Lavi kostet bereits jetzt pro Stück 35 Millionen Dollar. Er soll Israel autark machen.

Ihrer Ansicht nach frißt das Lavi-Projekt einen zu großen Teil der amerikanischen Militärhilfe auf, Geld, das besser für Panzer und andere Waffen ausgegeben werden könnte, die ebenso lebenswichtig für Israels »harte« Militärlage sind.

Durch den Export der Lavis wäre Israel in der Lage, einiges an Kosten zurückzuholen. Amerika würde natürlich sein Geld nicht wiedersehen, aber zumindest würden einige zusätzliche Mittel unter den anderen Abteilungen der israelischen Verteidigung verteilt werden. Und Israel würde einiges an Prestige in der dritten Welt gewinnen sowie zusätzlich diplomatische Hebelkraft.

Der Lavi hat zwei Einsatzfunktionen. Seine Hauptaufgabe ist die eines taktischen Bombers. Trotz seines geringen Gewichtes, knapp neun Tonnen, wird er eine Bombenlast von sieben Tonnen tragen können. Sein Kampfradius ist zwar klein, aber mehr als ausreichend, um alle traditionellen »Feinde« Israels im Mittleren Osten anzugreifen.

Seine andere Mission ist die eines Abfangjägers, der es mit den besten importierten Jets aufnehmen kann, die den Arabern zur Verfügung stehen, ob aus dem Osten oder Westen.

Zur Durchführung seiner Doppelaufgabe wird der Lavi so gebaut, daß er mit Unterschall-Geschwindigkeit fliegen kann, sowie in niedrigen Höhen zur besseren Manövrierfähigkeit, wodurch die Wirksamkeit von Boden-Luft-Raketen (SAM) und gegnerischen Jägern begrenzt wird.



US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger versuchte den Transfer amerikanischer Technologie nach Israel zu blockieren.

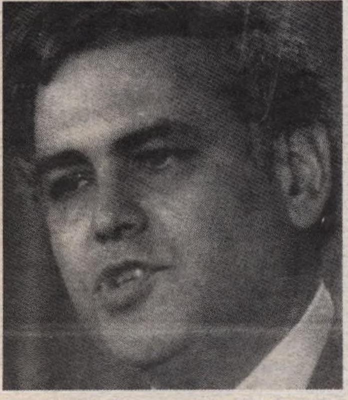
Kein moderner Düsenjäger, auch wenn sie alle mit Überschall-Geschwindigkeit fliegen, ist schneller als eine eingepeilte SAM, weil die Rakete mit noch höherer Geschwindigkeit fliegt. Die einzige Möglichkeit, einer SAM zu entgehen, die sich auf ihr Ziel eingepeilt hat, besteht darin, steiler umzulenken, als es die Rakete kann; dadurch gerät sie außer Kontrolle und zerstört sich selbst.

Ebenso besteht die einzige Möglichkeit, einem Feindflugzeug zu entgehen, das mit Raketen oder Kanonen bestückt ist, darin, schneller wenden zu können als das feindliche Flugzeug. Weiterhin bietet diese Fähigkeit im Luftkampf dem langsameren, aber manövrierfähigeren Flugzeug einen zusätzlichen Vorteil: Es kann innerhalb des Wenderadius des angreifenden Flugzeu-

ges wenden und damit am »Schwanz« des letzteren auftauchen.

Außerdem soll der Lavi ein Allwetter-Flugzeug sein, das heißt, es kann bei bewölktem oder überzogenem Himmel und bei Nacht eingesetzt werden. Dazu ist es mit höchst raffinierten Radar- und Elektronikanlagen ausgestattet beziehungsweise mit elektronischen Angriffs- und Abwehrgeräten. Und es sind eben diese Geräte, vorwiegend israelischen Ursprungs, die, nach Meinung der meisten Militärexperten, den Lavi von allen anderen Kampfflugzeugen im Mittleren Osten unterscheiden werden, wenn und sofern er jemals einsatzfähig wird.

Doch die Grundlage, die alle diese Technik trägt, stammt



Richard Perle, ein Doppelt-Loyaler, konnte das Weiße Haus davon überzeugen, sich über Weinbergers Einwände hinwegzusetzen.

nicht nur von amerikanischen Steuer-Dollars, sondern auch von amerkanischem Ideenreichtum. Beispielsweise werden die Flügel des Lavi von der Grumman Aircraft Corp. in den USA gebaut und stellen den neuesten Stand in der Kohlefaserverbund-Technolgie dar.

Das starke PW 1120-Turbo-Fan-Triebwerk des Lavi zählt zu den fortschrittlichsten Antriebswerken von Pratt & Whitney's. Das computergesteuerte Flugkontrollsystem wird von Lear Siegler Inc. gebaut.

Israels technischer Beitrag bezieht sich auf die anderen Bordelektronikgeräte beziehungsweise auf die Avionik. Dazu gehören Waffen-Abgabesystem und ein einmaliges Cockpit-Design. Die Avionik ist vielleicht nicht alles, aber sie ist für den Erfolg des Lavi von entscheidender Bedeutung. □

Israel

Die Rechnung zahlt die USA

Victor Marchetti

Die Entstehung und qualvolle Geburt des Lavi ist ein klassisches Beispiel für die Macht der israelischen Lobby in den Vereinigten Staaten und die Habsucht derjenigen Politiker und Konzerne, die nur allzu gerne dabei mitmischen. Der Republikaner Charles Wilson prahlt damit, wie er das Lavi-Projekt in die Wege geleitet hat. Er ist ein Freund von Moshe Arens, dem anerkannten Vater des Lavi-Düsenkampfjägers.

»Diese Leute haben das Denkvermögen, und das ist so etwa alles, was sie an natürlichen Ressourcen haben«, sagte Wilson. »Ich habe mir gedacht, daß die Beihilfe zur Entwicklung des Lavi ein guter Weg wäre, um ihnen zu helfen, in der Technologie besser zu werden, die sie schließlich exportieren können.«

Ein großzügiger Sponsor

Also ließ sich Wilson einen neuartigen Weg einfallen, um seinen ausländischen Freunden zu helfen: Er regte an, daß die Israelis einen Teil der amerikanischen Militär-Verkaufskredite (FMS), das heißt, amerikanische Militärhilfe, dazu verwenden, um den Lavi zu finanzieren, anstatt amerikanische Waffen direkt zu kaufen.

Den Israelis gefiel die Idee, und so legte Wilson 1982 eine Novelle zum Auslandshilfegesetz vor, mit dem Israel eben jene Erlaubnis erhielt, nämlich 300 Millionen Dollar an FMS-Subventionen für den Lavi auszugeben.

Wilson ist ein großzügiger Sponsor gewesen. Er wollte die Ehre für die Lavi-Ausbeutung nicht für sich allein beanspruchen. Er wollte sie gerne mit seinen Kollegen im amerikanischen Kongreß teilen. »Sobald ich diese Idee im Ausschuß vorgelegt hatte, wollten Jack Kemp und Russel Long das Verdienst dafür. Das war für mich in Ordnung«, meinte Wilson.

Die Mittelbereitstellung für den Lavi wurde mit breiter Unterstützung aus dem Capitol Hill in aller Stille 1982 im US-Kongreß verabschiedet.

Seitdem hat der Kongreß in jedem Jahr automatisch weitere 250 Millionen Dollar an FMS-Subventionen für den Lavi gebilligt. Im laufenden Jahr wurde zum ersten Mal die Mittelbewilligung für das Projekt in Frage gestellt, und zwar brachte die US Air Force ihre Besorgnis bezüglich der anhaltenden Kostenüberziehungen und Verzögerungen in der Entwicklung vor. Trotzdem wurde die Bereitstellung der jährlichen Viertelmilliarde Dollar für den Lavi mit überwältigender Mehrheit verabschiedet.

Weinberger wird überstimmt

Überraschenderweise beginnt sich aber auch in Israel eine Unzufriedenheit mit dem Projekt zu zeigen. Die konservativen Militärs in Israel meinen, daß ein zu großer Teil der aus amerikanischen Steuergeldern finanzierten Hilfe für das Flugzeug-Experiment verwendet wird und zuwenig für Panzer und andere Bodenwaffen, die, wie sie glauben, genauso lebenswichtig für die Verteidigung des Landes sind.

Zwar hat US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger versucht, die Lizenzen für den Technologie-Transfer abzublokken, die die beteiligten amerikanischen Unternehmen benötigen, doch haben, laut Pentagon-Informanten, der Assistant Secretary of Defense Richard Perle und der stellvertretende Assistant Secretary of Defense Stephen Bryen – beide im US-Verteidigungsministerium zuständig dafür, daß Amerikas Technolgie vor der Übergabe an die Sowjets und andere Feinde geschützt wird – das Weiße Haus davon überzeugt, sich über Weinbergers Einwände hinwegzusetzen.

Dies könnte Ronald Reagan zur wichtigsten Figur für die Geburt des Lavi und seines Potentials zur Destabilisierung der Lage im Mittleren Osten machen, ganz zu schweigen von der Wahrscheinlichkeit, daß die Technologie dieses Flugzeuges bereits insgeheim an die Sowjetunion übergeben wurde.

Jedenfalls sind die besten Militärs im Pentagon gegen den Lavi eingetreten und tun dies auch weiterhin. In jüngster Zeit konzentrieren sich ihre Einwände gegen das Flugzeug auf die anhaltenden Kostenüberziehungen. Ihre Bemühungen wurde jedoch von dem stellvertretenden Untersekretär der Verteidigung für Planung und Ressourcen, Dov Zakheim, vereitelt.

Zakheim, der Weinbergers Einwände gegen das Lavi-Projekt sehr gut kennt, besuchte vor einigen Monaten Israel, um das Projekt zu überprüfen. Seine Begleiter waren klug ausgewählt, darunter freundliche gesinnte Angehörige des Office of Management and Budget, des State Department und des nationalen Sicherheitsrates.

Zakheims Bericht – der auf Verlangen Israels geheim bleibt – gibt fahrlässige Kostenüberziehungen zu, aber empfiehlt das Lavi-Projekt noch immer als ein lohnendes Unterfangen. Die an dem Projekt beteiligten amerikanischen Konzerne stimmen damit natürlich überein, ebenso wie diejenigen Kongreßmitglieder, die den Lavi von Anfang an befürwortet haben. □

Australien

Frasers Südafrika-Hetze

Peter Blackwood

Malcolm Fraser, der frühere Premierminister von Australien, war im Sommer in den Vereinigten Staaten und rührte die Werbetrommel für amerikanische Sanktionen gegen Südafrika. Er ist der Co-Vorsitzende einer anti-südafrikanischen Koalition, die sich selbst die »Eminent Persons Group« bezeichnet und behauptet, ihre Anliegen seien allein »humanitär«.

Für einen Menschenbeglücker, dessen einziges Anliegen »Rassen-Gerechtigkeit« ist, stellt Fraser ein armseliges Beispiel dar. Und nur ein zuhöchst verdrehtes Denken könnte Aufrufe zu massivem Blutvergießen mit Frieden gleichsetzen. Jedoch ist Frasers ererbter Reichtum und soziale Stellung auf Rassenmord aufgebaut, und sein Aufstieg an die politische Macht mit dem CIA und seinen geheimen Operationen in Australien verbunden.

Aufruf zum Blutvergießen

Während eines Auftritts in dem amerikanischen Fernsehprogramm »Nightline«, das von Ted Koppel moderiert wurde, schrie Fraser einen Vertreter von Südafrika an: »Wenn Sie die Apartheid nicht in sechs Wochen aufheben, werden wir Ihr Land in Stücke reißen.« Dies war zweifellos ein Aufruf zum Blutvergießen, ein Ultimatum, jeder Kriegsandrohung vergleichbar.

Woher stammt Fraser? Eine genaue Untersuchung seines Hintergrundes wirft Schatten auf die Grundpfeiler des moralischen Anspruchs, auf das die Establishment-Medien diese »eminente Person« gestellt haben. Ebenfalls in »Nightline« äußerte Fraser über Südafrika: »Niemals hat es in der Geschichte ein Volk gegeben, das von einem anderen so schlecht behandelt wurde, wie die Schwarzen in Südafrika von den Weißen.«

Fraser hat ein kurzes Gedächtnis. Er ist der Enkel des rassistischen Massenmörders, der sich in der Geschichte seines Landes vor allen anderen hervorgetan hat. Sein Großvater hatte rund 100 000 Morgen des besten Landes im südlichen Australien, im südwestlichen Teil der Provinz Victoria, geschenkt bekommen. Dieses Lehen wurde dem älteren Fraser von Queen Victoria auf der Basis erteilt, daß der treue Untertan Ihrer Majestät darauf eine Schafzucht errichten würde.

Als der Großvater des Exministers eintraf, mußte er feststellen, wie die europäischen Kolonisatoren in Amerika: das Land war bereits besetzt. In Amerika von den amerikanischen Indianern, in Australien von den Aborigines – von kleinem Wuchs, mit schwarzer Haut und nomadischer Lebensweise.

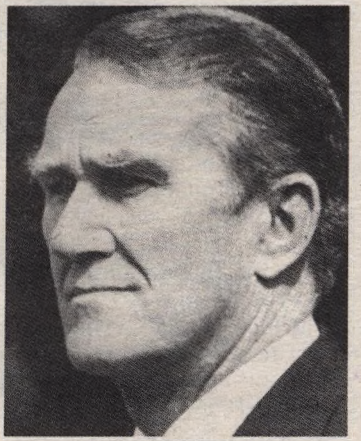
Und so, wie die nach Amerika einströmenden Europäer ihr Bestes taten, um die Indianer und die Büffelherden zu beseitigen, die die Indianer jagten und für ihr Überleben brauchten, haben die Europäer in Australien ihr Bestes getan, um die Aborigines und die Känguruhs zu beseitigen, die von den Nomaden gejagt wurden.

Die Eingeborenen wurden erschossen

Der ältere Fraser machte sich daran, seine Besitzungen von den Eindringlichen zu säubern, um so Platz für seine Schafe zu haben. Als erstes haben seine Angestellten die schwarzen Nomaden erschossen, die nur über primitive Waffen, wie zum Beispiel Boomerangs, verfügten; danach kamen die Känguruhs dran. Wie berichtet ist, haben er und seine Leute rund 500 Eingeborenen und eine gleiche Anzahl der Beuteltiere niedergemacht.

Doch das war nicht schnell genug gegangen. Also kam der Großvater des Ex-Premiers auf einen anderen Plan: Man vergiftete sie. Er befahl, daß Strychnin in die Wasserlöcher gekippt wurde, die von den schwarzen Eingeborenen und ihren hauptsächlichsten Jagdtieren, den Känguruhs, benutzt wurden. Es war ein überwältigender Erfolg: Sie starben zu Tausenden.

Nach ungefähr drei Tagen entdeckten ein paar der wenigen überlebenden primitiven Eingeborenen, daß es die Wasserlöcher waren, durch die sie vergiftet wurden, ohne jedoch zu erkennen, daß diese absichtlich verseucht worden waren. Eine Gruppe von etwa 20 Menschen – Männer, Frauen und Kinder – zogen nun zu dem Lager der weißen Männer, die ein großes Haus für den älteren Fraser bauten.



Malcolm Fraser, der frühere Premierminister von Australien, hat in Rassenfragen eine interessante, aber blutige Vergangenheit.

Sie näherten sich diesen Fremden und baten um Wasser. Der ältere Fraser befahl, auf sie zu schießen und die Körper von dem Baugelände wegzuschleifen und sie den wilden Hunden und Geiern zu überlassen.

In seinem in Amerika geführten Feldzug um Gerechtigkeit hat Malcom Fraser nicht erwähnt, wie er zu der Erbschaft einer großen Schafranch gekommen ist und warum die Ranch von den wenigen schwarzen Aborigines, die es dort noch gibt, gemieden wird.

Fraser ist jedoch wählerischer als sein Großvater. Der ältere Fraser hat kleine, schwarze Nomaden und jedes Tier vergiftet, die das Unglück hatten, aus den verseuchten Wasserlöchern zu trinken. Malcolm Fraser möchte nur Weiße töten; er hat nichts gegen Aborigines und Känguruhs.

In der politischen Arena ist Malcom Fraser in einem Coup englischer Art an die Macht gekommen. Er wurde zum Premierminister in Australien auf Befehl von Königin Elizabeth II. von Großbritannien ernannt.

Wer Australien wirklich regiert

Als ein Commonwealth-Land wird Australien von einem Generalgouverneur regiert, der von der Königin ernannt wird. Wenn der Monarch des Vereinigten Königreiches keinen Gefallen an dem findet, was die Wähler in einem seiner Commonwealth-Länder getan haben, dann wird der Generalgouverneur eine Änderung vornehmen.

1974 blieb Gough Whitlam, der Chef der australischen Labour Party, im Amt des Premierministers, als seine Partei einen überzeugenden Sieg über die Opposition gewonnen hatte, der Liberal Party unter Führung von Malcolm Fraser. Im November 1975 feuerte Australiens Generalgouverneur, John Keer, Whitlam und setzte Fraser ins Amt. Amerikaner und Europäer können sich eine solche politische Situation sehr schwer vorstellen, da sie annehmen, Australien sei ein freies Land.

Fraser blieb bis zum März 1983 im Amt, als seine Partei in den allgemeinen Wahlen gegen die Labour Party unter Bob Hawke verlor. Doch Fraser und Hawke sind zwei Eier in einem Korb, beide sind mit der internationalistischen Fraktion von Harry Oppenheimer und Rupert Murdoch im Bunde.

Als Whitlam geschaßt wurde, hieß es, der hätte gehen müssen, weil er sich über CIA-Aktivitä-

ten in seinem Land beschwert hätte, von denen er nichts gewußt habe. »Die Informationen waren bei ihm nicht sicher«, wie es in politischen Publikationen hieß, unter anderem in einem Artikel aus dem Jahr 1982 in der Quartalszeitschrift »Foreign Policy«.

Nach Meinung des Politologen James A. Nathan ist Whitlam eine Belastung für die traditionell herzlichen Beziehungen zwischen Australien und den Vereinigten Staaten gewesen und mußte entlassen werden. Und er ging, gestoßen von Königin Elizabeths Generalgouverneur.

Dies ist also der Ausbund an Tugend Malcom Fraser, der Kritik übt an »schmutziger Politik« und Genozid an einem eingeborenen Volk. Es dürfte nicht überraschen, daß Frasers Vergangenheit kein Gesprächsthema für die Establishment-Medien in den USA ist.

Wer unterstützt die Reformen?

Hinter Malcom Frasers Äußerungen stehen aber andere, mächtigere Interessenvertreter. Zum Beispiel einer der reichsten Männer der Welt, Harry Oppenheimer, der südafrikanische Diamantenkönig. Oppenheimer ist offenbar mit seinem Stück vom südafrikanischen Kuchen unzufrieden und sieht größere Profite bei einer marxistischen, schwarzen Regierung.

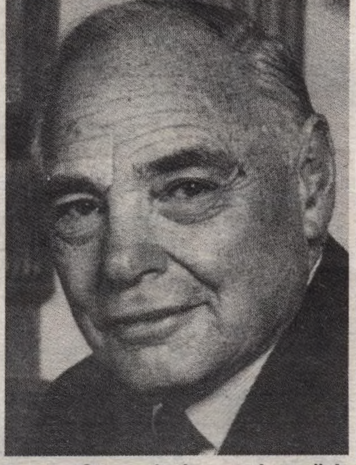
Leicht gelangt man zur intensiveren Deutung, wenn man berücksichtigt, daß einer der größten Anhänger einer Kapitulation vor den Marxisten in Südafrika der Medienmagnat Rupert Murdoch ist. Wer ist Rupert Murdoch? Die Antwort lautet: »Ein Geschäft des internationalistischen Geldes und der Macht, hauptsächlich von Oppenheimer.« Murdoch hatte mehrere australische Zeitungen von seinem Vater geerbt, aber ganz sicher kein Medienimperium.

Murdoch verfügte plötzlich über unbegrenzte Kreditlinien und fing an, Zeitungen und Fernsehstationen aufzukaufen. Dies geschah, nachdem er Oppenheimer vorgestellt worden war. Zu dieser Gruppe von Engländern – Südafrikanern und Australiern – gehörten auch Malcom Fraser und sein Nachfolger als Premierminister Australiens, Bob Hawke.

Und jetzt kommt Fraser nach Amerika, um US-Präsident Ronald Reagan bezüglich Südafrika Moral zu lehren. »Amerika-Loyale« fragen sich: Wer möchte eigentlich, daß Südafrika den Weg von Rhodesien – heutiges Zimbabwe – geht, und warum?



Rupert Murdoch, der internationale Medien-Kardinal, ist ein Geschöpf des internationalistischen Geldes und der Macht.



Harry Oppenheimer, der südafrikanische Diamantenkönig, sieht größere Profite für sich bei einer roten südafrikanischen Regierung.

Nachzutragen wäre noch: Das letzte Ereignis, das dazu geführt hat, daß Whitlam vom Generalgouverneur der britischen Königin, John Kerr, entlassen wurde, war ein Top-secret-Telegramm des CIA an den australischen Nachrichtendienst (AIS). Der CIA warnte in der Botschaft den AIS, daß er von den Amerikanern keinerlei Informationen mehr erhalten werde, wenn die australische Behörde nicht dafür sorgt, daß Whitlam seine öffentliche Kritik an den CIA-Aktivitäten in Australien einstellt.

Das Telegramm war von dem damaligen stellvertretenden Chef der geheimen Dienste des CIA, Theodore Shackley, unterzeichnet. Shackley, der inzwischen aus dem amerikanischen Spionagedienst ausgeschieden ist, wird mit einigen illegalen Aktivitäten des berüchtigten Edwin Wilson in Verbindung gebracht.

Vor kurzem wurde berichtet, daß Shackley vom CIA in den Dienst zurückbeordert wurde, um geheime Operationen in Honduras durchzuführen, die sich gegen das Sandinista-Regime in Nicaragua richten. □

Die INFORMATIONS-CLUBs

in Berlin, Kiel, Hamburg, Hannover, Braunschweig, Herford, Bielefeld, Wuppertal, Düsseldorf, Fulda, Frankfurt, Stuttgart, Nürnberg, München und anderswo führen monatlich Vortragsabende oder Wochenend-Seminare zu folgenden Themen durch:

1. Wird die Erde v. pol. Geheimbünden oder -clubs regiert?
3. Die Entw. b. z. Jahre 2000 aus der Sicht bewährter Zukunftsforscher
4. Atomkrieg – Konv. Krieg – Bürgerkrieg! Können wir uns schützen?
5. Unser Währungs- und Wirtschaftssystem als Ursache der Arbeitslosigkeit und Mittel zur Machtmanipulation
10. Die Sonder-Rechte der Alliierten. Wie souverän ist die BRD?
11. Benachteiligung u. Behinderung alternativ. Energien und energiesparender Techniken i. d. BRD

Prospekte m. Terminkalender durch
COUNTDOWN-Soc., Werbung, Kirchstr.19, 5569 Strotzbüsch

DIAGNOSEN braucht Ihre Hilfe!

Diagnosen ist ein zeitkritisches Magazin. In dieser Zeitschrift lesen Sie jeden Monat Nachrichten, Berichte, Analysen und Kommentare, die Sie sonst in der deutschen Presse vergeblich suchen.
Diagnosen hat sich verpflichtet, Ihnen jeden Monat Beiträge vorzulegen, aus denen Sie die wahren und tatsächlichen Zusammenhänge der Politik, der Wirtschafts- und Finanzverflechtungen entnehmen können.
Diagnosen hat es sich zur Pflicht gemacht, allein der Wahrheit zu dienen.
Diagnosen verfügt durch internationale Lizenzabsprachen über ein weltweites Mitarbeiternetz. Jeder Bericht ist vor Ort recherchiert.
Diagnosen ist keiner Partei, keiner politischen, ideologischen oder religiösen Richtung verpflichtet. Sie können hier also ungeschminkte Tatsachen erfahren.

Bitte helfen Sie dieser Zeitschrift in jeder Weise, weil sie auf dem deutschen Zeitschriftenmarkt einmalig ist.

Bitte fühlen Sie sich verpflichtet, daß die immer wieder beschworene Meinungs- und Pressefreiheit nicht nur auf dem Papier steht. Auch eine Zeitschrift wie **Diagnosen** sollte überall erhältlich sein und nicht unter dem Ladentisch versteckt werden.

Bitte weisen Sie ihre Freunde und Bekannten auf **Diagnosen** hin. Wir schicken jedem gern ein kostenloses Probeheft.

Bitte helfen Sie **Diagnosen** vielleicht auch mit einer einmaligen Spende. Sie tragen dann mit dazu bei, daß wir noch mehr Menschen Probehefte zum Kennenlernen schicken können. Wir erweitern dann auch gleichzeitig unser journalistisches Tätigkeitsfeld und können noch intensiver Themen recherchieren.

Diagnosen kann nur überleben, wenn Sie mit persönlichem Engagement, mit Empfehlungen an Freunde und Bekannte und vielleicht auch mit einer Spende helfen, daß dieses politische Magazin seinen Platz in der deutschsprachigen Medienlandschaft erhält.

Wir hoffen auf Ihre Hilfe und auf die Solidarität der DIAGNOSEN-Leser.

Banker

Wer macht unser Geld?

Zweiter Teil

Fred Josef Irsigler

Die Geschichtsbücher verheimlichen die Tatsache, daß der amerikanische Unabhängigkeitskrieg von der Bank of England verursacht wurde. Die ersten Siedler in Amerika druckten Banknoten, um Regierungsausgaben zu finanzieren. Als die Besitzer der Bank of England davon erfuhren, setzten sie die englische Regierung unter Druck, und im Jahr 1764 erklärte das englische Parlament die amerikanischen Banknoten für illegal und verbot jedes weitere Drucken und Inumlaufbringen von Banknoten in Amerika. Diese Verordnung verursachte große Verarmung, Not und Arbeitslosigkeit unter den Siedlern. Ihr früherer Wohlstand war verschwunden; sie fühlten, daß sie diese große Ungerechtigkeit nicht länger ertragen konnten und revoltierten. Die Engländer erklärten den Siedlern den Krieg, was beweist, daß sie schon damals nicht von ihrem König und Parlament regiert wurden, sondern von den Aktionären der Bank of England.

Schon damals war die englische Bevölkerung nicht wahrheitsgemäß von ihren Führern und Zeitungen unterrichtet worden, sonst hätten sie ihre eigenen finanziellen Ketten abgeschüttelt und die Herausgabe aller der Bank of England seit ihrer Gründung gegebenen Staatsschuldscheine und die Rückzahlung der Zinsen gefordert. Die Einheit der englischsprechenden Welt wäre erhalten geblieben, Großbritannien hätte eine Ära traumhaften Wohlstandes und kulturellen Aufschwunges angetreten, und die beiden Weltkriege hätten nie stattgefunden.

Die wirklichen Revolutionäre

Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Besitzer der Nationalbanken auch die Französische Revolution anstifteten, organisierten und finanzierten. Viele Aristokraten und katholische Priester verloren ihr Leben und ihre Besitztümer wurden beschlagnahmt, aber nicht einem einzigen Bankier wurde auch nur ein Haar gekrümmt. Die Revolution befreite Frankreich von den Ketten der Aristokratie und des Klerus, aber nicht von den Fesseln der Bankmagnaten.

Revolutionen beginnen nicht von selbst. Sie werden organisiert und gelenkt von gutbezahlten Agenten, die im Hintergrund bleiben, sie aber vorwärts treiben mit Hilfe gut belohnter Terroristen.

W. Cleon Skousen beschreibt in seinem Buch »The Naked Capitalist« genau, wie und in welchem Maße amerikanische und steuerfreie Stiftungen professionelle Revolutionäre und kommunistische Terrororganisationen mit Millionen von Dollar unterstützen. Bis zum Jahr 1956 hatte die Ford Foundation allein schon über Tausend Millionen Dollar für diese Zwecke und für die Umerziehung des amerikanischen Volkes im Sinne von Karl Marx ausgegeben.

Niemand kann bestreiten, daß bereits Millionen in Südafrika ausgegeben wurden, um Unruhen, Boykotte, Streiks, Morde, Gewalttaten und Revolutionen zu verursachen und in Gang zu halten. Falls es den Besitzern der südafrikanischen Nationalbanken gelingt, die Rohmateriallieferungen Südafrikas und die Öllieferungen Arabiens nach dem kapitalistischen Westen abzuschneiden, wären die Vorbedingungen geschaffen, um ohne Krieg eine marxistische Weltdiktatur zu errichten.

Abdankung der weißen Rasse

Noch vor siebzig Jahren war der weiße Mann der angesehene, unbestrittene Herr der Welt. Das britische Weltreich allein beherrschte mehr als die Hälfte der Erde und schien eine unangreifbare Festung der Stabilität zu sein. Heute ist es verschwunden, und der weiße Mann überall im Rückzug und seine Heimatländer von der nuklearen Vernichtung bedroht.

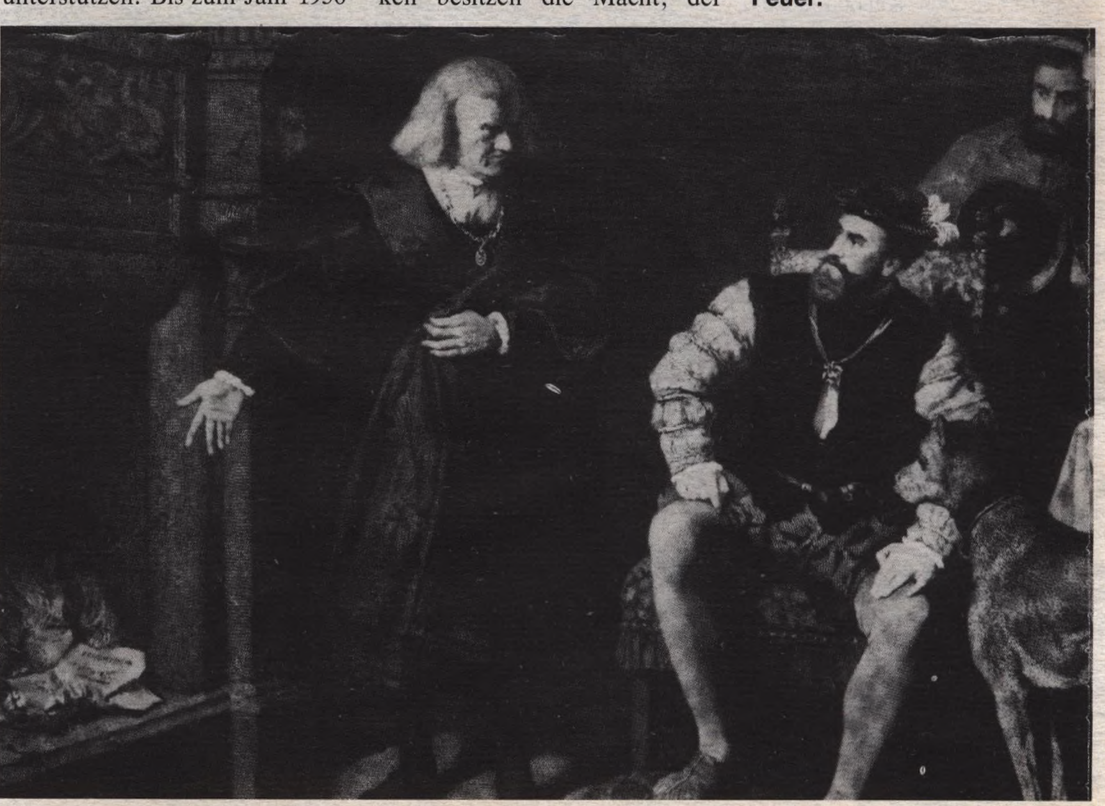
Die Besitzer der Nationalbanken besitzen die Macht, der amerikanischen oder der sowjetischen Regierung den Befehl zu geben, eine nukleare Vernichtung anzufangen, in welcher wieder hauptsächlich die Weißen die Opfer sein werden.

W. G. Simpson berichtet, daß James Warburg, ein prominentes Mitglied der internationalen Banken-Dynastie, schon im Jahr 1950 vor dem Unterausschuß des Senatskomitees für auswärtige Beziehungen sich folgendermaßen äußerte: »Wir werden eine Weltregierung bekommen, ob es uns gefällt oder nicht. Noch nicht entschieden ist, ob diese Weltregierung durch Zustimmung oder Unterwerfung eingesetzt werden wird.«

Die Briten und Amerikaner werden sich bald entscheiden müssen, ob sie sich einer marxistischen Weltdiktatur fügen oder einen Krieg führen wollen, der bereits verloren ist.

Einst war Europa in zwei Mächtegruppen geteilt: die Drei-Mächte-Allianz von Deutschland, Österreich, Ungarn und Italien und die Doppel-Allianz von Frankreich und Rußland.

Der größte aller Bankiers, der Augsburger Jakob Fugger, links vor dem Kamin stehend, übergibt fällige Wechsel seines Schuldners Karl V. dem Feuer.



Um die Italiener zu verlocken, ihre Verbündeten zu verraten, versprachen ihnen die Franzosen die österreichische Provinz Süd-Tirol als Belohnung. Um ihnen den Entschluß zu erleichtern, erzählten ihnen die Franzosen sicherlich von ihrer geheimen Abmachung mit den Engländern. Am 22. November 1912 gab der englische Außenminister Sir Edward Grey den Franzosen ein schriftliches Versprechen, im Kriegsfall sechs Armeedivisionen innerhalb von zwölf Tagen ab Beginn der Mobilmachung auf der linken Flanke der französischen Linien aufzustellen.

Die österreich-ungarische Monarchie, die sich aus sieben verschiedenen Nationen zusammensetzte, die ihre Unabhängigkeit forderten, war am Zerbröckeln. Deutschland würde allein gegen die drei mächtigsten Staaten der Welt zu kämpfen haben, und der Krieg würde nur von kurzer Dauer sein, vielleicht zwei oder drei Wochen. Warum sollen die Italiener bei diesem kurzen, siegreichen Krieg nicht mitmachen und auch dabei sein beim Verteilen der Beute? Die Italiener wurden jedoch gebeten, dieses Abkommen streng geheim zu halten und weiterhin so zu tun, als ob sie immer Verbündete von Deutschland und Österreich wären.

Warum planten die Alliierten den Krieg?

Warum haben die Engländer und Franzosen ihr militärisches Bündnis geheim gehalten? Warum haben die Franzosen ihr Abkommen mit den Italienern geheim gehalten? Warum haben die Italiener verheimlicht, daß sie Verbündete von Frankreich, England und Rußland wurden?

Warum hat die britische Regierung wiederholt erklärt, daß England an den Streitereien des Kontinents weder direkt noch indirekt interessiert noch verpflichtet sei?

Sie alle befürchteten, daß, wenn Deutschland von diesen Bündnissen Wind bekäme, es zu keinem Krieg kommen würde. Mit anderen Worten: Die Alliierten waren es, die den Krieg planten!

Hätten die Deutschen gewußt, daß sie nicht nur gegen Frankreich und Rußland werden kämpfen müssen, sondern auch gegen England und Italien, die Vereinigten Staaten von Amerika und Japan, dann hätte der deutsche Kaiser sicherlich seinen österreichischen Kollegen ersucht, den Russen und den Mördern von Serbien zu geben, was sie verlangten; es wäre zu keinem Krieg gekommen und England oder Rußland wäre vielleicht ein Bundesgenosse Deutschlands geworden.

Frankreich hatte Gelüste auf Elsaß-Lothringen und einige deutsche Kolonien, Italien auf das deutsch-österreichische Südtirol, Serbien auf das Land der Kroaten und Slowenen, die Tschechen auf die Slowakei und Sudetenland und Großbritannien auf den Löwenanteil des deutschen Kolonialreiches.

Im Jahr 1916 bot der deutsche Kaiser dem Zar Nikolaus II. sofortigen Frieden an mit denselben Grenzen wie bei Beginn des Krieges. Der Zar lehnte ab und besiegelte so seinen eigenen Untergang.

Der Kaiser machte dasselbe Friedensangebot den Engländern und Franzosen, die es ebenfalls ablehnten, was beweist, daß die Alliierten nicht nur den Krieg planten, sondern ihn auch um zwei Jahre verlängerten mit den tragischen Folgen für die ganze Welt. Die Weltpresse aber machte uns glauben, daß die Alliierten die friedliebenden Nationen seien und die Deutschen die Kriegshetzer.

In der Politik geschieht nichts zufällig

England, Frankreich und Rußland lehnten den deutschen Friedensantrag auf Anraten der Besitzer der Federal Reserve Bank ab. Sie gaben ihnen ein formelles Versprechen, Amerika nach der Präsidentenwahl in den Krieg zu stürzen. Sie hatten ebenfalls Kriegsziele, hielten sie aber streng geheim. Wir kennen sie jetzt, weil wir wissen, was nachher geschah. Präsident Roosevelt sagte: »In der Politik geschieht nichts zufällig; wenn etwas geschieht, kann man Gift nehmen, daß es so geplant wurde.«

In England, Frankreich und Italien, genauso wie in Deutschland und Österreich, hatten die Besitzer der Nationalbanken bereits Milliarden durch das Verleihen von Papiergeld und durch die erhaltenen Schuldscheine verdient, aber augenscheinlich wollten sie noch mehr verdienen. In Amerika gewannen sie das Recht der Geldausgabe. Wahrscheinlich wurde der Ausbruch des Krieges in Europa absichtlich verzögert, bis sie dieses Recht besaßen. Sie beabsichtigten jetzt ebenfalls einige Milliarden verdienen zu können, die die amerikanische Regierung benötigen würde und die sie nunmehr aus Papier hervorzaubern konnten.

Außer dieser genialen Geldmacherei hatten die Superbanker auch politische Ziele: Sie beabsichtigten, Zar Nikolaus II., den deutschen und den österreichischen Kaiser zu stürzen, weil diese Monarchen keine Scheinmonarchen werden wollten, die einfach unterschreiben, was man ihnen zur Unterschrift hinlegt.

Außerdem hatten sie vor, in allen kriegsverwüsteten, verarmten und hungernden Ländern Revolutionen anzustiften und zu finanzieren, um marxistische Regierungen zu errichten, wo immer dies möglich sein würde.

1916 war keines dieser Ziele erreicht worden, so mußte der Krieg um zwei Jahre verlängert werden. Selbst Churchill gab zu, daß dies so war, allerdings leider erst 1936, als er zum Herausgeber des »New Yorker Enquirer« sagte: »Amerikas Beteiligung im Krieg war eine Katastrophe nicht nur für Amerika, sondern auch für uns; wäret ihr zu Haus geblieben und hättet ihr euch um eure eigenen Sachen gekümmert, dann hätten wir mit den Zentralmächten im Frühling 1917 Frieden geschlossen und dann wäre es in Rußland zu keinem Zusammenbruch gekommen, der den Kommunismus zur Folge hatte, und in Italien zu keiner Zerrüttung, die dem Faschismus die Regierung brachte, und in Deutschland würde gegenwärtig der Nationalismus nicht auf dem Thron sitzen. Hättet ihr euch am Krieg nicht beteiligt und euch lieber um eure eigenen Sachen gekümmert, dann hätten wir heute in Europa nicht diese ›Ismusse‹, die parlamentarische Regierungen ablehnen.«

Im charakteristischen Churchill-Karl-Marx-Stil beschuldigt Churchill Unschuldige. Hätte er die Besitzer der Federal Reserve Bank beschuldigt anstatt die Amerikaner, dann hätte er ins Schwarze getroffen.

Begründer des Bolschewismus

Gary Allen erzählt in seinem Buch »American Opinion« unter der Überschrift »Deadly lies« (»Verhängnisvolle Lüge«), daß die Amerikaner sich am Krieg nicht beteiligen wollten, sie wurden gegen ihren Willen hineingestürzt. Er schreibt: »1916 stand während der Wahlkampagne Präsident Woodrow Wilson immer vor einem großen Banner mit der Aufschrift ›Er hat uns aus dem Krieg herausgehalten!‹. Und jedesmal, wenn Wilson vor diesem Banner stand, wußte er, daß er lügt. Er hatte sich den Briten gegenüber bereits verpflichtet, Amerika in den Krieg zu bringen. Während er in Amerika fortfuhr, den Amerikanern zu versprechen, ihnen den Krieg zu ersparen, beriet sich sein Vertreter in England, Oberst House, mit englischen Politikern über die Vorwände und Lügen, die man erfinden müsse, um Amerikas Beteiligung am Krieg zu erklären und zu rechtfertigen. Diese Unterredungen fanden statt, ohne daß der Senat davon wußte, und in völliger Mißachtung des Geistes und der Bestimmungen des amerikanischen Grundgesetzes.«

Martin A. Larson schreibt in seinem Buch »The Federal Reserve and our Manipulated Dollar« folgendes über Präsident Wilson: »Er war ein Redner von leidenschaftlicher Inbrunst, und da er ein Liebhaber von Frauen war, besonders von verheirateten und unglücklicherweise die Gewohnheit hatte, ihnen Liebesbriefe zu schreiben, wurde er leicht das Spielzeug von Erpressern. Außerdem war er ein Meister biblischer Botschaften, in welchen er genau das Gegenteil verkündete von dem, was er wirklich tun wollte. Während seiner ersten Amtszeit spielte er den Apostel des Friedens und der Neutralität, und bei der Wiederwahlkampagne 1916 präsentiert er sich als Ritter ohne Tadel, der den amerikanischen Frieden behütet hatte. Kaum hatte er jedoch den Amtseid abgelegt, wurde er ein glühender Kriegshetzer. Er gab der ver-

Banker

Wer macht unser Geld?

blendeten Nation die Versicherung, daß dieser Krieg der letzte sei und außerdem die Herrschaft der Demokratie auf der ganzen Welt für immer sichern würde. Er versäumte zu erwähnen, daß amerikanische Banker bereits französische und englische Schuldscheine von mehreren Milliarden Doller übernommen hatten, die bei einem deutschen Sieg wertlos werden mußten.«

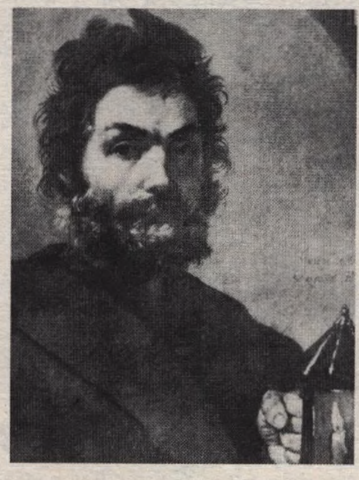
Präsident Wilson führte die Amerikaner hinters Licht. Sie wählten in zum zweitenmal zum Präsidenten, weil er versprach, Amerika aus dem Krieg herauszuhalten. Churchill führte die ganze Welt hinters Licht, als er die »Amerikaner« beschuldigte, das heißt, die betrogenen, unschuldigen Opfer einer Verschwörung, in welcher er selbst eine führende Rolle gespielt hatte.

Es ist dokumentarisch bewiesen, daß unsere Superbanker die bolschewistische Revolution organisierten und finanzierten. Sie selber haben es eingestanden, als sie Präsident Wilson aufforderten, die sechste Klausel in seinem Waffenstillstandangebot einzufügen, wo sich Sieger und Besiegte verpflichten, das bolschewistische Rußland in der Gesellschaft freier Nationen herzlichst willkommen zu heißen unter seiner eigenen, selbstgewählten Gesellschaftsordnung und darüber hinaus auch Unterstützung jeder Art zu geben, die es braucht oder sich selbst wünscht.

Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges

Mit dieser Klausel zeigten sich unsere Superbanker in ihrer wirklichen Rolle: Als die Gründer, Beschützer und Förderer des Kommunismus. Diese Klausel wurde von Siegern und Besiegten angenommen, aber von beiden mißachtet. Unsere Superbanker mußten einen zweiten Weltkrieg abrollen lassen, um uns zu zwingen, dieser Verpflichtung nachzukommen. Seit Ende des Zweiten Weltkrieges geben alle westlichen Regierungen, selbst neutrale wie Schweden, den kommunistischen Staaten reichliche Unterstützung jeder Art.

W. G. Simpson zitiert in seinem Buch, daß Professor Antony Sutton in dem Buch »National Suicidce« (Arlington House, 1973) unwiderlegbare Beweise bringt, daß wir die letzten fünfzig Jahre einerseits mit einer Hand Rußland und den Kommunismus mit dem Schwert drohten, andererseits aber gleichzeitig heimlich mit der anderen die Bolschewiken in einem so kolossalen Ausmaß unterstützten, daß ohne diese Hilfe der kommunistische Despotismus in Rußland wahrscheinlich zusammengebrochen wäre. 1944 gab Stalin zu, daß ungefähr zwei Drittel aller großen industriellen



Unternehmungen in der Sowjetunion mit amerikanischer Hilfe oder technischem Beistand errichtet wurden.

Professor Sutton beweist, daß das andere Drittel von anderen West-Staaten gebaut wurde; daß die Panzerfabriken, die Flugzeugfabriken, die Sprengstoff- und Munitionsanlagen aus den USA stammen; daß 90 bis 95 Prozent der sowjetischen Technologie seit 1918 von Amerika und seinen Verbündeten kam; daß wir für die Kommunisten bauten, ihnen verkauften oder schenkten, von Kupferdrahtanlagen und Motorfahrzeugen bis zu Panzerwagen, Wurfgeschoßausrüstung und Kalkulatoren; daß die Sowjets die größte Handelsflotte der Welt haben, ungefähr 6000 Schiffe, die zu zwei Dritteln im Ausland gebaut wurden.

Warum haben die Besitzer unserer Nationalbanken die größte Stahlfabrik der Welt in Rußland gebaut? Warum bauten sie die größte Panzerfabrik der Welt in Sowjetrußland? Warum hat Roosevelts Regierung den Sowjets nicht nur das Geheimnis der Atombombe verraten, sondern ihnen gleichzeitig auch alle Materialien gesandt zur Herstellung derselben? Sowjetrußland muß stark genug sein, um den Krieg zu gewinnen, der unvermeidlich wird, wenn die Einwohner des Westens fortfahren, eine marxistische Weltdiktatur abzulehnen.

In Versailles waren es die Superbanker, die den Friedensvertrag diktierten. W. G. Simpson schreibt: »Lloyd George in seinen ›War Memoirs‹ beschreibt die tatsächliche Sachlage lebendig auf folgende unvergeßliche Weise: ›Die Besitzer unserer Nationalbanken schoben Diplomaten, Politiker, Juristen und



Journalisten beiseite und erließen ihre Befehle mit einem herrisch anmaßenden Stolz absoluter Gebieter, die wußten, daß keine Berufung gegen ihre grausamen Dekrete eingelegt werden konnte.‹ Ihr Ziel war einfach: Auferlegung eines drakonischen, ungerechten Friedens, um einen neuen, ertragreichen Krieg unvermeidlich zu machen und auf diese Weise günstige Voraussetzungen zu schaffen zur weiteren Ausbreitung marxistischer Diktaturen.«

Ungerechtigkeit und Arroganz

Lloyd George schrieb in seinem Memorandum an die Friedenskonferenz am 25. März 1919: »Die Erhaltung des Friedens wird davon abhängen, daß wir keine Ungerechtigkeit begehen und Mißstände schaffen, die dauernd die Gefühle der Entrüstung und Erbitterung schüren und nach Abschaffung schreien. Ungerechtigkeit und Arroganz in der Stunde des Triumphes wird nie vergessen und vergeben werden.

Aus diesen Gründen bin ich daher sehr dagegen, mehr Deutsche in Nachbarstaaten einzugliedern, als absolut notwendig ist. Ich kann mir keinen wahrscheinlicheren Grund für einen zukünftigen Krieg vorstellen, als daß das deutsche Volk, das eine der lebenskräftigsten und mächtigsten Nationen der Welt ist, die Wiedervereinigung mit ihrem Vaterland fordern wird,



Selbst der anspruchslose Diogenes (links) war ein Bankier. Er hatte Münzen gefälscht. Seneca (Mitte) wurde auf 80 Millionen Goldfranken Vermögen geschätzt. Augustus kam aus einer Bankiers-Familie.

wenn es von einer Anzahl kleiner Staaten umringt wird, von denen viele nie eine dauerhafte Regierung errichten konnten und jetzt große Volksmassen von Deutschen einschließen sollen. Der Vorschlag der polnischen Kommission, 2 100 000 Deutsche unter die Kontrolle einer Nation mit einer anderen Sprache und Religion zu stellen, die nie in ihrer Geschichte die Fähigkeit zeigte, eine dauerhafte Regierung zu bilden, muß meiner Meinung nach früher oder später zu einem neuen Krieg in Ost-Europa führen.«

M. Follick schreibt 1935 in »Facing Facts«, eine politische Rundschau für den Durchschnittsmenschen: »Um den Polen einen Seehafen zu geben, wurde eine neue Gewalttat begangen: Danzig wurde von Deutschland abgetrennt und zur ›Freistadt‹ erklärt. Von allem, was deutsch ist in Deutschland,

nichts ist mehr deutsch als Danzig. Früher oder später wird dieser polnische Korridor die Ursache eines neuen Krieges werden. Wenn die Polen diesen Korridor nicht zurückgeben, dann müssen sie sich auf einen unheilvollen Krieg mit Deutschland gefaßt machen, der mit Anarchie und möglicherweise mit dem erneuten Verlust ihrer Selbständigkeit enden wird.«

Hätte jemand 1919 vorausgesagt, daß England, als schärfster Kritiker des polnischen Korridors, in zwanzig Jahren an Deutschland den Krieg erklären würde, weil es das Selbstbestimmungsrecht für die dortigen Einwohner forderte, wäre er in eine Irrenanstalt gesteckt worden. Eine so wahnsinnige, ungerechte und kriminelle Handlung war 1919 unvorstellbar. Heute wissen wir, daß mit unbegrenzter Geldmacht, gekaufter Presse und lügnerischen Politikern unsere Superbanker selbst das Unvorstellbare möglich machen können.

Erpreßte Kriegs-Schuld-Lüge

Am 3. März 1919 gab Churchill im englischen Unterhaus folgende Erklärung: »Wir halten alle Erzwingungsmittel in voller Bereitschaft und sofort einsetzbar. Wir setzen die Blockade energisch fort. Wir haben starke Heeresabteilungen zur Verfügung, die sofort eingreifen können. Deutschland ist dem Verhungern nahe. Die Meldungen der Beamten unseres Kriegsministeriums, die ganz Deutschland durchreisen, berichten erstens von der großen Not, die das deutsche Volk zu ertragen hat und zweitens von der großen Gefahr eines totalen Zusammenbruchs der ganzen Struktur des deutschen sozialen und nationalen Lebens unter dem Druck von Hunger und Unterernährung. Daher ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, um uns zu einigen.«

Worüber wollte man sich jetzt mit einem entwaffneten, hungernden Deutschland einigen? Was mußte jetzt erzwungen werden? Die Antwort auf die Frage, wer den Krieg plante und ihn verlängerte, mußte jetzt ein für allemal festgelegt werden. Wie wurde es bestimmt? Unter voller Mißachtung, was sich wirklich ereignet hatte, wurden die Deutschen vor die Wahl gestellt: Entweder die Behauptung der Kriegsschuld anerkennen oder den Hungertod von Millionen und den totalen Zusammenbruch der ganzen Struktur des deutschen sozialen und nationalen Lebens auf sich zu nehmen.

Den Besitzern unserer Nationalbanken war es gelungen, England, Frankreich, Rußland und Italien zu überzeugen, daß sie den Krieg in kürzester Zeit würden gewinnen können und die Beute kolossal sein würde. In Wirklichkeit dauerte der Krieg vier Jahre und 25 Millionen Menschen mußten sterben. Deutschland zu zwingen, die Kriegsschuld anzuerkennen, war von ungeheuerer Wichtigkeit für die Superbanker, um die Wahrheit verborgen zu halten. Sie wußten sehr gut, daß die offiziellen Vorwände, warum sie den Krieg führten, sich als erdichtet herausstellen und ihre wirklichen Kriegsziele mit der Zeit ans Licht kommen würden.

Die Deutschen vor der Wahl zwischen Leben und Tod gestellt, wählten das Leben, aber niemand, nicht einmal der Papst, der Führer von 500 Millionen Katholiken, hatte den Mut, zu erklären, daß ein erzwungenes Geständnis wertlos ist; nicht einmal der Papst wagte es, die englische, französische oder italienische Regierung aufzufordern, sie sollen öffentlich die Gründe bekanntgeben, warum sie ihre militärischen Abkommen geheimgehalten und warum die britische Regierung wiederholt erklärt habe, daß sie an den Streitereien des Kontinents weder direkt noch indirekt interessiert und an nichts gebunden sei, obwohl sie schon zwei Jahre lang mit Frankreich ein festes militärisches Bündnis gehabt hatte.

Hitlers Friedensbemühungen

Wieso ist es möglich, daß unsere christliche Zivilisation ihren Regierungen Gangstermethoden erlaubt? Gab es niemanden, der dagegen protestierte? Im Gegenteil, mit der vollen Unterstützung der Weltpresse präsentierten alle unsere Führer dieses erpreßte »Kriegsschuldgeständnis« Deutschlands als Beweis dafür, daß es den Krieg geplant und verlängert hatte.

Angesichts der Feigheit und Verlogenheit unserer Regierenden und Zeitungen wußten nunmehr die Superbanker, daß sie bald einen neuen, sehr einträglichen Krieg anzetteln und die Schuld dafür wieder auf Deutschland würden schieben können.

Am 5. Januar 1939, in einer Unterhaltung mit dem polnischen Außenminister Beck, erklärte sich Hitler bereit, polnische Grenzen so wie sie waren, anzuerkennen, das heißt, auf den polnischen Korridor zu verzichten, unter der Bedingung, daß die Polen ihm erlaubten, eine Straße durch den Korridor zu bauen, um eine Landverbindung mit Ostpreußen herzustellen, und daß sie der »Freien Stadt« Danzig erlaubten, ins Reich zurückzukehren.

Schon am 24. Oktober 1938 hatte Hitler den Polen ein ähnliches Friedensangebot gemacht, wo er polnische Grenzen, so wie sie waren, anerkannt, aber Transitrechte auf Straße und Eisenbahn verlangt hatte.

Da zweieinhalb Monate später, am 5. Januar 1939, die Polen dieses Friedensangebot noch immer nicht beantwortet hatten, verzichtete er auf die Eisenbahn und erklärte sich mit einer Straße zufrieden. Er verdeutlichte, daß diese Straße keinerlei Hindernis darstellen würde für gegenwärtige oder zukünftige Straßen oder Eisenbahnen. Sie würden den Transitweg überqueren mittels Viadukten oder Unterführungen.

Mit diesen zwei Friedensanträgen, in denen Hitler polnische Grenzen anerkannte, bewies er überzeugend, daß er den Frieden höher schätzte als die Befriedigung territorialer Ansprüche.

In London, Paris und New York bewirkten diese zwei Friedensanträge sicherlich die größte Bestürzung. Die letzte Chance, einen Weltkrieg in Gang zu bringen, schien den Superbankern für immer zu entrinnen. Nie und nimmer hätten sie geglaubt, daß Hitler freiwillig auf deutsches Land verzichten würde, um den Frieden zu erhalten und ihre Freundschaft zu gewinnen.

Zur Erhaltung des Friedens war Hitler bereit, auf deutsches, von Deutschen bewohntes Land zu verzichten, obwohl er das moralische Recht hatte, es zu verlangen, da es an Polen angeschlossen worden war in völliger Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes, für welches England und Frankreich im Ersten Weltkrieg angeblich gekämpft hatten.

Die Besitzer der Nationalbanken waren ratlos. Sie ersuchten die Polen, ihre Antwort zu verzögern, sie brauchten Zeit zum Überlegen.

Weltkrieg statt Frieden

Zwei Monate später, im März 1939, gaben sie den Polen eine »bedingungslose« Garantie für Grenzen und Unabhängigkeit, Danzig inbegriffen, aus zwei Gründen: Um sich der Nichtannahme der deutschen Friedensvorschläge zu vergewissern und um die Polen zu ermutigen, die zweieinhalb Millionen Deutschen in Polen auszurotten. Hitler würde gezwungen sein, zu intervenieren und so den Zweiten Weltkrieg in Gang zu bringen.

Gleichzeitig erklärten sie, daß das Problem Danzig und deutscher Minderheiten in Polen durch friedliche Verhandlungen gelöst werden müsse; sie wußten aber sehr wohl, daß ihre bedingungslose Garantie der polnischen Grenzen jede friedliche Verhandlung unmöglich machen würde.

Warum sollten sich die Polen hinsetzen und mit Hitler über Danzig und Transitrechte verhandeln, wenn England und Frankreich polnische Grenzen und Unabhängigkeit bereits für unantastbar erklärten? Hitler wartete vergebens auf einen polnischen Unterhändler. Im Besitz seiner »bedingungslosen« Garantie ignorierten sie Hitlers Friedensangebote.

Die »New York Times« vom 24. September 1939 berichtet, daß Hitler vor der Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes mit Stalin den Briten durch ihren Gesandten in Berlin Sir Neville Henderson zu verstehen gab, daß Rußland den Polen nicht helfen, sondern sich einen größeren Teil Polens aneignen würde als Deutschland. Er hoffte, die Briten würden ihre polni-

Wer macht unser Geld?

schen Schützlinge warnen und sie auf diese Weise zum Verhandlungstisch zurückbringen. Die Handlanger der Superbanker aber hüteten sich, die Polen zu warnen; sie waren entschlossen, den Krieg auszulösen, statt ihn zu vermeiden.

Nach der Unterzeichnung des deutsch-russischen Paktes verlangte Hitler die Eingliederung von Danzig und ein Plebiszit im polnischen Korridor unter der Aufsicht von russischen, italienischen, britischen und französischen Vertretern. Elf Monate nach Unterbreitung seiner Friedensanträge an Polen, die unbeantwortet blieben, begann Hitler einen lokalen Krieg. Er war kein Eroberer, er forderte nur deutsches Land, von Deutschen bewohnt, denen man das Selbstbestimmungsrecht seit einundzwanzig Jahren verweigert hatte.

Die Handlanger der Besitzer unserer Nationalbanken in London und Paris weiteten diesen lokalen Konflikt in einen Weltkrieg aus, angeblich um polnische Grenzen und polnische Unabhängigkeit aufrechtzuerhalten. Daß dies nur ein Vorwand war, um einen Weltkrieg zu beginnen, wurde offenbar, als Churchill schon ein Jahr vor Ende des Krieges die Unabhängigkeit Polens an Stalin verschachterte. Die »New York Times« vom 5. August 1973 schreibt: »Die eben veröffentlichten Kriegsbelege von Sir Winston Churchill bringen ans Licht, daß er 1944 in eine russische Beherrschung Polens einwilligte als Lohn für Stalins Unterstützung britischer Interessen im Fernen Osten und Mittelmeer.«

Hitlers »englische Krankheit«

Der Zweite Weltkrieg hatte nichts zu tun mit Polens Grenzen und seiner Unabhängigkeit. Er war ein Krieg zwischen zwei Geldsystemen, ein Kampf auf Leben und Tod zwischen einem ehrlichen und einem Gangster-System. Schon zu Beginn gab es keinen Zweifel, wie er enden wird. Generalmajor J. F. C. Fuller in dem Buch »The Second World War 1939 bis 1945« schreibt: »Was merkwürdig ist, Deutschland hatte nur eine einzige Äthylen-Dibromide-Fabrikanlage zur Herstellung eines unentbehrlichen Bestandteils hochgradigen Flugzeug-Gasolins, so unentbehrlich, daß kein modernes Flugzeug ohne ihn operationsfähig ist. Diese Fabrik wurde jedoch nie bombardiert, obwohl sie mit Luftangriffen hätte leicht zerstört werden können. Wenn dies richtig ist, dann hätte man der Luftwaffe mehr Schaden durch Bombardierung dieses einzigartigen Zieles zufügen können, als durch die verheerenden Bombenangriffe auf deutsche Flugzeugfabriken erreicht wurde.«

Hätten einige alliierte Flugzeuge diese Fabrik bombardiert, wäre Hitlers ganze Luftflotte operationsunfähig geworden. Warum wurde sie verschont? Der Krieg hätte nur einige Wochen gedauert. Deutschland hätte aufgeben müssen, aber die Kriegsziele der Nationalbanken wären nicht erreicht worden. Um sich mit steuerfreien Milliarden zu bereichern, weiße Völker zu schwächen und zu dezimieren, Kolonialreiche aufzulösen, den israelitischen Staat zu gründen, den Status quo der Briten und Franzosen zu untergraben, Rußland zur zweitmächtigsten Weltmacht zu machen und marxistische Diktaturen über zwei Drittel der Welt zu verhängen, mußte der Krieg um fast sechs Jahre verlängert werden.

Niemand kann bezweifeln, daß Hitler die Ketten der Superbanker abgeschüttelt hat. W. G. Simpson berichtet, daß Lloyd George, Englands Führer während des Ersten Weltkrieges, nach seinem persönlichen Besuch, um mit eigenen Augen Hitlers Deutschland zu sehen, erklärte: »Durch Errichtung eines neuen Geldsystems verwandelte Hitler eine abgrundtiefe Depression in einen herrlichen wirtschaftlichen Aufschwung. Hitler ist zweifellos, was Deutschland anbelangt, die Auferstehung und das Leben. Er ist der Retter Deutschlands, ein großer, wunderbarer Führer. Er ist der George Washington Deutschlands, der größte gegenwärtig lebende Staatsmann und das deutsche Volk das glücklichste auf Erden.«

Hitler und das Empire müssen zerstört werden

Hier sagte Englands ehemaliger Kriegsführer erneut der Welt, wie man die größte Depression in einen wirtschaftlichen Aufschwung verwandeln könnte: Durch das Ersetzen eines von Lügen und Betrügern errichteten Geldsystems mit dem ehrlichen der ersten amerikanischen Kolonisten.

Jetzt, wo alle Kolonialreiche aufgelöst und durch willkürliche, oft grausame marxistische Diktaturen ersetzt worden sind, die sich nur mittels Gedanken und Anleihen des Westens und Waffen aus Rußland behaupten können, verstehen wir erst, warum Hitler schon am 25. August 1939 den Briten sagte, daß er bereit wäre, mit Großbritannien nicht nur ein Bündnis zu schließen, sondern sich auch verpflichten wollte, dem britischen Weltreich mit deutschen Truppen, wo immer es auch angegriffen würde, zu Hilfe zu kommen.

Damals erschien es Vermessenheit, zu glauben, daß irgendjemand es jemals wagen würde, das britische Weltreich anzugreifen, aber Hitler wollte sich vergewissern, daß Deutschland und Großbritannien nie wieder gegeneinander kämpfen sollten. Schon damals sah er klar, daß als Folge der Eroberung des britischen Weltreiches durch den Marxismus moralischer Niedergang, Entartung, Verfall und Verderbtheit sich auf der ganzen Welt ausbreiten und schließlich auch Europa, einschließlich Deutschland infizieren würden.

Kapitän Liddell Hart berichtet in seinem Buch »The Other Side of the Hill«, daß Hitler ein großer Bewunderer des britischen Weltreiches, der Zivilisation, der Staatsverwaltung, des Friedens und der Ordnung war, die Großbritannien auf der ganzen Welt verbreitet hatte. Um den Briten eine Demütigung zu ersparen, stoppte er 1940 persönlich die deutschen Generäle vor Dünkirchen, die versuchten, das ganze britische Expeditionskorps gefangenzunehmen. Nach der Niederlage Frankreichs hoffte er zuversichtlich, daß England Frieden schließen würde, da er nichts als den Frieden wollte.

Kapitän Russell Grenfell R. N. macht sich in seinem Buch »Unconditional Hatred« Kopfzerbrechen, wieso es möglich war, daß Britanniens Hauptgegner Hitler das britische Weltreich erhalten wollte, während Britanniens Hauptverbündeter Roosevelt entschlossen war, es zu zerstören. Heute wissen wir warum: Die zwei größten Hindernisse gegen die Verbreitung des Marxismus, Hitler und das britische Weltreich, mußten zerstört werden.

Hitler hatte weder England noch Frankreich Schaden zugefügt und verlangte nichts, als in Frieden und Freundschaft mit ihnen zu leben. Hätten sie Frieden geschlossen, nichts wäre für sie verändert worden, selbst nach der Eroberung von Polen und Frankreich. Hätte England den angebotenen Frieden angenommen, wären Millionen am Leben geblieben, und nicht ein Quadratmeter britischer Erde wäre verloren gegangen. Großbritannien würde noch heute der stolze Besitzer des größten Weltreichs sein und zweitausend Millionen Menschen, die jetzt unter marxistischer Diktatur leben, besäßen noch unabhängige Staaten.

Das Kriegsziel der Banker

Polen hätte im Westen den von zweieinhalb Millionen Deutschen bewohnten Korridor verloren, und das im Osten von siebeneinhalb Millionen Ukrainern bewohnte Land wäre ein unabhängiger Staat geblieben. England hätte fordern können, daß alle deutschen Truppen aus den von Polen und Tschechen bewohnten Gebieten zurückgezogen werden. Hitler hätte sicherlich eingewilligt. Er selbst hatte ja ein Plebiszit unter internationaler Aufsicht schon vor Ausbruch des Krieges vorgeschlagen. Er verlangte nur deutsches, von Deutschen bewohntes Land.

Die Londoner »The Times« vom 7. Oktober 1939 berichtet, daß Hitler nach der Eroberung Polens erneut seine Sehnsucht nach Frieden und einer echten Freundschaft mit England zum Ausdruck brachte. Er verlangte nichts von England und Frank-

reich, nur Friede und Freundschaft.

Premierminister Chamberlein beantwortete das Friedensangebot und die Einladung zur Vermenschlichung der Kriegsführung mit der Erklärung, daß die englische Regierung Hitlers Vorschlag nicht annehmen könne ohne Verlust ihrer Ehre und Verzicht auf die Forderung, daß internationale Konflikte am Konferenztisch und nicht mit Gewalt gelöst werden müssen.

War die Ehre der englischen Regierung nicht bereits verlorengegangen, als sie ihren polnischen Schützlingen verheimlichten, daß die Garantie polnischer Grenzen den Bolschewiken erlauben werde, sich ein viel größeres Stück Polens anzueignen als die Deutschen gestattet hatten? England und Frankreich waren schuld daran, daß es zu keinen friedlichen Verhandlungen gekommen war. Von dem Augenblick an, wo sie polnische Grenzen, so wie sie waren, »bedingungslos« garantierten, verweigerten sich die Polen, über irgend etwas zu verhandeln. Hitler wartete vergebens elf Monate auf eine Antwort auf sein erstes Friedensangebot.

Die britische Regierung mißachtete auch Hitlers Aufforderung, den Krieg weniger grausam zu führen. Wenn wir ohne Kriege nicht leben können, ist da nicht die nächstbeste Sache, ihre Verheerungen einzuschränken? Wenn Achtung des Krieges unmöglich ist, warum nicht wenigstens die grausamsten, unmenschlichen Methoden der Kriegsführung verbannen?

Wer in der britischen Regierung widersetzte sich einer Verhandlung mit Hitler über die Ächtung von Luftbombardierungen, Giftgasen, Unterseebooten und anderen grausamen Formen der Kriegsführung? Die Wortführer der Aktionäre der Nationalbanken waren dagegen; ihre Kriegsziele verlangen die vollständige Vernichtung ihrer Gegner. □

In der nächsten Ausgabe wird der Bericht »Wer macht unser Geld?« mit der Veröffentlichung des letzten Teils fortgesetzt.

Die Broschüre »Schluß mit Inflation, Deflation, Hochzins und Krieg« kann über den Verlag »Eidgenoss«, CH-8401 Winterthur, zum Preis von 8,– DM oder 6,– sfr einschließlich Porto bezogen werden.

Banker

Der Kreis wird geschlossen

Richard Kelly Hoskins

Es ist eine dokumentierte Tatsache, daß die kommunistische Revolution in Rußland von den Banken New Yorks finanziert worden ist. Es ist ebenfalls eine Tatsache, daß die Sowjetunion, bis auf die in Osteuropa besetzten Staaten, die von den Amerikanern am Ende des Zweiten Weltkrieges an die Sowjets übergeben wurden, nur ein freies und unabhängiges Land mit Gewalt erobert und besetzt hat – Afghanistan. In zwei weiteren Fällen hat die UdSSR Gewalt eingesetzt, um Länder zurückzuerobern, die sich von ihr zu befreien suchten, die dem Kreml jedoch von den Amerikanern übergeben worden waren – Ungarn und die Tschechoslowakei.

Die Sowjetunion hat seit ihrem Bestehen eine erstaunliche Zurückhaltung an den Tag gelegt. Es ist ihr aber irgendwie gelungen, die Hälfte der Welt unter die Kontrolle des Kommunismus zu bringen. Im Vergleich dazu hatte England im letzten Jahrhundert in der gleichen Zeitspanne mehrere Kriege ausgefochten, um ein halbes Dutzend Nationen zu annektieren.

Dank Amerikas Komplizenschaft

Die Sowjetunion verdankt ihre erstaunlichen Erfolge nicht so sehr ihren eigenen ungeschickten und fehlerhaften Bemühungen, als vielmehr den Bemühungen der Vereinigten Staaten, die Nationen der halben Welt in das rote Netz zu treiben.

Es waren die Vereinigten Staaten, die Trotzky und seine Revolutionäre in die UdSSR geschickt und sie finanziert haben. Damit waren die USA bei der Schaffung der UdSSR technischer Assistent. Es waren weiter die Vereinigten Staaten, die darauf bestanden haben, daß Osteuropa an die Sowjets übergeben wird, als der Zweite Weltkrieg zu Ende war.

Es waren die Vereinigten Staaten, die die Hilfeleistungen an Tschiang Kai-chek eingestellt und zugesehen und zugelassen haben, daß die Kommunisten China eroberten. Es waren die USA, die Reformen in Kuba verlangt haben, die Castros Kommunisten an die Macht brachten. Es war Washington, das die Rückeroberungsbemühungen in der Schweinebucht sabotiert und zugelassen hat, daß die kubanischen Antikommunisten abgemetzelt wurden.

Es war die amerikanische Regierung, die General MacArthur entlassen hat, als er versuchte, den Korea-Krieg zu gewinnen. Es waren die amerikanischen Herrscher, die der US-Army befohlen haben, aus Nordkorea abzuziehen, damit es an die Kommunisten übergeben werden konnte. Es war die US-Regierung, die bei der Ermordung des regierenden Mannes in Vietnam mitgeholfen hat und dann jene unglückliche Nation an den Kommunismus und sein anschließendes Blutbad übergeben hat.

Bereits zwei Länder 1986 verloren

Die amerikanische Regierung hat sich stets geweigert, Widerstandselementen bei der Befreiung einer Nation von den Kommunisten zu helfen, die im Begriff waren, das Land zu übernehmen.

Es waren die USA, die darauf bestanden haben, daß die Europäer abziehen und ihre afrikanischen Kolonien eine nach der anderen an die kommunistische Herrschaft übergehen. Die Vereinigten Staaten beharren jetzt darauf, daß Südkorea und Südafrika »Reformen« durchführen, wohlwissend, daß in jenen Ländern die einzige Reformbewegung die kommunistische Partei ist.

Amerikas Medien sind voll der Freude, daß erst vor einigen Monaten zwei weitere Nationen den fatalen Schritt gemacht haben. Baby Docs antikommunistische Nation auf Jamaika wurde »reformiert«, und die antikommunistische Nation auf den Philippinen ist »reformiert«. Letzteres war gemeint, als Ronald Reagan in seinem Wahlkampf 1984 sagte, daß die »Alternative« zu Marcos in »einer breiten kommunistischen Bewegung zur Übernahme der Philippinen« liegt.

Die amerikanische Regierung wirft jetzt ihr wohlwollendes Auge auf die Roten, die Pakistan und Südkorea in das kommunistische Netz stürzen wollen. Es wird die amerikanische Regierung sein, die ihr Bestes tun wird, um diese befreundeten Nationen zu ermutigen, ebenfalls »Reformen« vorzunehmen – die Roten in ihre Regierungen aufzunehmen – oder ihre Regierungen an sie zu übergeben.

Während sich die Regierung der Vereinigten Staaten mit harten Worten gegen die »sowjetische Aggression« äußert, unternimmt sie alles in ihrer Macht stehende, um den Weltkommunismus zu fördern. Wie kann es sein, daß das eingeborene amerikanische Volk so heftig antikommunistisch ist, wie es tatsächlich der Fall ist, und seine Regierung dagegen Dinge tun kann, die nicht im besten Interesse der Bürger Amerikas sind.

Die Antwort ist einfach: Steuern!

In der Vergangenheit wurden in Amerika Steuern für ausländische Waren erhoben, die in die USA eingeführt wurden. Auch gab es Steuern an Zollstraßen und -brücken, damit die Leute für die von ihnen beanspruchten Dienstleistungen bezahlten. Es gab außerdem Verkaufssteuern.

Die Idee einer allumfänglichen Einkommensteuer oder Tributes

Banker

Der Kreis wird geschlossen

hielt man in den USA für unannehmbar, weil die christliche Religion derartige Steuern mißbilligt: »Von wem nehmen die Könige auf Erden Zoll oder Tribut? Von ihren eigenen Kindern, oder von Fremden? Und Petrus sagte zu ihm, von Fremden.« So heißt es im Mathäus-Evangelium.

Der Borger ist ein Diener

Bevor die gegenwärtige Einkommensteuer in den USA ins Leben gerufen wurde, hatte die amerikanische Regierung die Gewohnheit entwickelt, Geld von den internationalen Bankern zu borgen, anstatt es durch Münzen und Ausgaben von Noten in Umlauf zu setzen. Damit trat das Gesetz in Kraft: »Der Borger ist ein Diener (Sklave) des Leihers.«

Getreu den erwähnten Gesetzen wurden die amerikanischen Regierungsvertreter zu Sklaven der internationalen Banken, die darauf bestanden, daß ein Einkommensteuergesetz verabschiedet wurde. Auf diese Steuer folgte schon bald eine Erbschaftssteuer.

Aufgrund dieser Erbschaftssteuer waren Amerikaner, die sich irgendein beträchtliches Vermögen erworben hatten, gezwungen, einen »Trust«, eine Treuhänderschaft einzurichten, um dieser Steuer zu entgehen. Die Trust-Abteilungen der Banken machten damit für sich Reklame, daß sie am besten ausgerüstet seien, um diese »komplizierten« Trusts zu verwalten.

Der größte Teil der erheblichsten Vermögen besteht aus Unternehmensaktien. Die Begünstigten der Trusts erhalten das Einkommen aus diesen Aktien. Die Banken erhalten nur eine geringe Gebühr für die Verwaltung dieser Trusts. Doch was am allerwenigsten bekannt gemacht wird, ist, daß die Trust-Abteilungen der Banken das Recht haben, mit diesen Aktien abzustimmen.

Um zu verstehen, welche Macht dies den Banken gibt, muß man sich vor Augen halten, daß 45 Prozent sämtlicher Unternehmensaktien treuhänderisch von Banken gehalten werden. Volle fünfunddreißig Prozent der US-Aktien werden allein bei New Yorker Banken gehalten.

In den meisten Fällen sind nur 10 Prozent notwendig, um die Stimmkontrolle zu haben. Eine Stimmenmacht von 45 Prozent ist ein vierfacher »Overkill« und gibt den internationalen Bankern fast absolute Macht über fast alle Großunternehmen.

Es gibt aber auch absolute Macht über Stiftungen, die auf sonen sind, die von den Banken gutgeheißen werden, die über die Medien-Aktien abstimmen.

Es ist äußerst wichtig, daß man diese Zusammenhänge begreift und sich immer vor Augen hält. Die Medien haben die Macht zu ignorieren oder zu publizieren – aufzubauen oder niederzumachen.

Ein George Washington oder Thomas Jefferson würde heute in den USA unbekannt bleiben, wenn die Medien ihm keine Verbreitung einräumen. Niemand würde jemals etwas von ihnen hören.



Die russische Revolution wurde nur durch die finanzielle Komplizenschaft der US-Banker ein Erfolg.

Beiträge dieser Unternehmen angewiesen sind. Dies beantwortet die so häufig gestellte Frage, warum es keine »Konservativen« in den Unternehmensführungen gibt. »Wes' Brot ich eß', des' Lied ich sing'«, und das Lied heißt in den USA Sozialismus oder Kommunismus, wie es andere Nationen nennen.

Wie im Fall aller anderen Geschäftsunternehmungen sind auch Amerikas Medien – Radio, Fernsehen, Zeitungen und Zeitschriften – in Aktiengesellschaften umgewandelt worden, um Steuern zu vermeiden. Ein Großteil dieser Aktien wird in Treuhandschaft von Banken gehalten. Dies gibt den Banken Kontrolle über die Medien, ohne daß sie auch nur eine einzige Aktie besitzen müssen.

Der große Plan der Eroberung

Der Erfolg davon ist, daß die einzigen Dinge, über die die Medien berichten, Fakten und Personen sind, ...

Dagegen kann ein Mann, nennen wir ihn Benedict Arnold, stundenlang in den Medien diskutieren. Sein Name wird zu einem Markenartikel. Man macht, daß er großartig und edel erscheint.

Auf diese Weise kann ein ränkeschmiedender Verräter auf eine wichtige strategische Position gestellt worden sein, um die Zukunft jeder Nation zu bestimmen. Seien Sie versichert, er wird genau das tun, wozu man ihn ins Amt gebracht hat. Das Dossier der Kapitulationen, Rückzüge, Fehler und Ausverkäufe durch die Regierung der Vereinigten Staaten bestätigt dies. »Beim Regieren geschieht nichts durch Zufall. Es wird dafür gesorgt, daß die Dinge geschehen.«

Die Eroberung der Welt durch den Kommunismus verläuft genau nach Lenins Plan. Was war Lenins Plan? Er sah die schrittweise Eroberung aller Länder vor, die die Vereinigten Staaten umgeben. Danach würden die Vereinigten Staaten fallen wie eine überreife Frucht.

Die amerikanischen Staatsführer haben geborgt, sie sind »Sklaven« der Leiher. Dies gibt »Fremden« Kontrolle über das Geld und das Bankensystem der USA. Weiterhin gehorchen diese Sklaven ihren Meistern und verstoßen gegen das Gesetz dadurch, daß sie ihr eigenes Volk für diese Meister besteuern. Dies gibt ihren Meistern zusätzliche Beherrschung der Geschäfts- und Medienwelt.

Diese Meister sind jetzt in Positionen, wo sie das Management der Medien, der Unternehmen und der Regierungen überwachen. Sie lenken nicht nur die amerikanische Regierung. Sie weisen jede Regierung an, der kommunistischen Übernahme der »freien Welt« zu helfen, und vor allem die amerikanische Regierung gehorcht. Bald wird auch Amerika an der Reihe sein.

Allerdings machen diese Feinde die ganze Zeit kleine Fehler. Einmal werden sie einen großen Fehler machen.

Wissen ist Macht

Diejenigen, die keine Pläne haben, sollten Pläne machen. Die von vielen gemachten Überlebensvorbereitungen könnten ein guter Ausgangspunkt sein. Soweit wie nur möglich sei man auf Eventualitäten vorbereitet, die von Hungersnot bis zum Aufstand und offener Regierungs-Tyrannei reichen können. Meiden Sie die Städte. Sie fließen über mit angeheuerten Armeen unserer Feinde. Sie neigen zu Gewalt und wurden gelehrt, uns zu hassen.

Ein jeder muß seine Tagesarbeit leisten. Bringen Sie Ihre geschäftlichen Dinge in Ordnung. Investitionen müssen klug gewählt sein. Steigt der Aktienmarkt, folgen Sie ihm. Fällt der Markt, sorgen Sie für Bargeld. Geben Sie der Sklaverei keinen Zugriff auf sich dadurch, daß Sie schuldenfrei sind.

Studieren Sie. Wissen ist Macht. Die Macht des modernen Babylon, die die Welt regiert, ist erschreckend. Nur Gottes Gesetz ist größer. In der Bibel steht, daß Babylon fallen und verbrennen wird. Das wird es. □

Südafrika

Mythen zur Vernichtung

N. A. Hunt

»Eine Lüge reist um die Welt, während die Wahrheit ihre Stiefel zuschnürt«, schreibt C. H. Spurgeon in seinem Buch »Truth and Falsehood« (»Lüge und Wahrheit«). Südafrikas Wähler haben gezeigt, zuerst mit ihren Stimmen in einem Referendum, dann mit ihren »Reformen«, daß sie überzeugt davon waren, daß sie keine andere Wahl hatten als aufzugeben, als das politische Muster in Südafrika nach dem Wunsch seiner Feinde zu verändern.

In der Tat ist es ein triumphaler Sieg für diejenigen, die Südafrika übel wollen, ein perfektes Beispiel für einen erfolgreichen psychologischen Krieg. Man sollte bedenken: Südafrika verfügt über die besten und erfahrendsten Antiterroristen-Truppen der Welt. Sie sind im Kampf noch ungeschlagen, und vermutlich wird das auch so bleiben. Sie kämpfen von der starken Position aus, die ihnen die inneren Kommunikationslinien geben.

Durch Reformen der Weltmeinung nachgeben

Südafrika besitzt reichhaltig Lebensmittel, genug, um sich selbst zu versorgen und um dennoch einen großen Überschuß für den Export übrigzubehalten. Es besitzt eine breite und starke Industriebasis. Es besitzt unglaubliche Bodenschätze. In der weißen Bevölkerung lassen sich enorme Reserven an technischem Können, an Erfahrung und an Energie finden.

Und dennoch wurden die Südafrikaner dahin gebracht, zu glauben, daß sie keine andere Wahl hätten, als der »Weltmeinung« nachzugeben und »Reformen« einzuleiten, die von ihren Feinden diktiert und entworfen wurden.

Wie haben die Feinde Südafrikas diesen unfaßbaren Glauben zustande gebracht? Sie haben es dadurch erreicht, daß sie ständig, unermüdlich und unablässig eine Reihe von Mythen und Halbwahrheiten wiederholt haben. Vor jedem Forum, über jeden Mitteilungskanal, vor jeder wichtigtuenden Null, die zu dem Thema gesprochen hat, haben die Südafrikaner den einen oder anderen Mythos gehört, der zu ihrem Untergang führen wird.

Unbegrenztes Geld und daher erstklassige denkende Köpfe stehen Südafrikas Feinden zur Verfügung. Hinzu kommt die bereitwillige und sympathisierende Unterstützung von seiten aller Arten von Kommunikations-Medien und den eigenen südafrikanischen Liberalen. Die Mythen sind zahlreich.



Südafrika ist zwar knapp bei Kasse, aber die reichen Gold-, Platin- und Diamanten-Vorkommen sichern dem Land einen enormen Wohlstand.

Sie wurden geschickt ausgesucht, damit ein jeder diejenigen auswählen kann, die ihm am meisten zusagen. Wie bei einer Granate, die in einen mit Menschen dicht gedrängten Raum geworfen wird, ist für jeden etwas dabei.

Mythos des afrikanischen Riesen

Dieser Mythos erzählt uns, daß rund fünfzehn Millionen Schwarze, alle unversöhnlich feindselig, gegen uns sind. Wenn dem so ist, dann müssen wir selbstverständlich kapitulieren.

Sehen wir uns doch den afrikanischen Riesen einmal etwas genauer an. Doch nebenbei gesagt, auch wenn man fünfzehn Millionen Nullen zusammenaddiert, ergibt das nur null.

Als erstes erfahren wir, daß eineinhalb Millionen Schwarze Ausländer sind. Nur etwa 350 000 von ihnen sind legal im Land. Wenn der Mythos wahr wäre, hieße das, daß eineinhalb Millionen Schwarze, die alle angeblich feindselig sind und uns hassen, eine Wanderung von Tausenden von Meilen unternommen haben, um illegal auf der Suche nach Arbeit in unser Land zu kommen.

Obwohl sie uns angeblich so wenig mögen, bemühen sich diese illegalen Einwanderer nach besten Kräften, einer Ausweisung zu entgehen. Keiner dieser ausländischen Schwarzen möchte, daß der weiße Mann aufgibt. Im Gegenteil, sie haben Todesangst davor, daß wir kapitulieren könnten.

Der schwarze Ausländer weiß, daß die einheimischen Schwarzen ihn hassen und sich gegen ihn wenden werden, wenn der weiße Mann je die Kontrolle verliert. Er wird die Weißen in Südafrika nur zu gerne unterstützen, wenn wir es nur zulassen.

Von den restlichen Schwarzen dürften mindestens zwei Drittel Frauen und Kinder sein – kaum ein abschreckendes Hindernis. Von den verbleibenden Männern sind die Zehntausende abzuziehen, die bei der Armee, der Polizei und der Regierung, bei Bund, Ländern und Gemeinden dienen. Alle sie haben den einzigen Wunsch, daß der weiße Mann die Zügel fest in der Hand hält, und scheinen ihm nicht übel gesonnen.

Darüber hinaus gibt es die große Anzahl der im Handel, in der Industrie und den Haushalten Angestellten. Sie wollen, wie die anderen, nur ein ruhiges Leben führen und die Chance haben, ihr Leben fortzusetzen.



Und mit einem Mal sieht der afrikanische Riese ganz entschieden klein aus, ganz und gar nicht mehr der allmächtige Koloß, als den ihn die Mythos-Produzenten beschreiben. Tatsächlich ist es überhaupt kein Riese mehr, sondern nur ein laut schreiendes, ungezogenes und launisches Kleinkind, das sich noch nicht einmal selbst ernähren kann.

Mythos über den südafrikanischen Bankrott

Wirtschaftliche Argumente sind gewichtig und somit ist dies einer der populären Mythen. Zuerst einmal ist zu sagen, daß nur sehr wenige Leute die wirkliche Fi-

Mythen zur Vernichtung

nanzsituation Südafrikas kennen. Es ist ihre Pflicht, über das, was sie wissen, zu schweigen. Und trotzdem weiß irgendwie jedermann, daß Südafrika pleite ist. Woher wissen sie es? Das sagt man aber nicht.

Es stimmt, daß das Land knapp bei Kasse ist. Wenn Südafrika darauf besteht, einen Wohlfahrtsstaat für die Schwarzen zu führen, einen Großteil der farbigen Bevölkerung als Fürsorgeempfänger zu halten und völlig unnötige farbige und asiatische Staatsminister zu ernennen, behausen und zu bezahlen, während das Land einen Terroristenkrieg führen muß, dann muß der Staat knapp an Geld sein.



Der schwarze Ausländer weiß, daß die einheimischen Schwarzen ihn hassen und sich gegen ihn wenden, wenn der weiße Mann je die Kontrolle verliert.

Die Abhilfe liegt auf der Hand. Doch sind wir damit noch lange nicht insolvent, wissen wir doch, daß unser Land riesige Mengen an Nahrungsmitteln produziert, daß wir die größten Goldminen der Welt besitzen und daß wir große Mengen an Industriegütern produzieren.

Außerdem berichtet das amerikanische Handelsministerium, daß Südafrika 83,6 Prozent der weltweiten Chromvorkommen besitzt, 80,8 Prozent aller Platinvorkommen, 70,8 Prozent aller Manganvorkommen und 47,1 Prozent aller Kobaltvorkommen auf der Erde. Darüber hinaus verarbeitet und verschifft es Kobalt aus Zaire und Sambia, das 31,5 Prozent der weltweiten Vorkommen ausmacht.

Alle diese sehr wertvollen Produkte werden in die ganze Welt exportiert und bringen Südafrika enormen Wohlstand ein. Wie kann das Land also pleite sein? Knapp an Geld aufgrund von politischer Unvorsicht und regierungsamtlicher Verschwendung, ja, vielleicht. Aber bankrott? Der Gedanke allein ist lächerlich.

Daneben ist ein anderer Wirtschaftsmythos sehr populär und ungeheuer effektiv in der Auslegung. Bedenkt man, daß die Südafrika zur Verfügung stehende Menge an Auslandsdevisen nur dem Schatzamt bekannt ist und sonst niemandem, dann verwundert, daß dennoch irgendwie jeder weiß, daß Südafrika keine Auslandsdevisen hat. Woher wissen sie es? Sie wissen es eben nicht. Sie plappern nur den Mythos nach, weil er so vernünftig klingt.

Afrika ist gewiß knapp an Auslandsdevisen, aber das gilt auch für jedes andere Land der Welt. Trotzdem wird ein Blick auf die Werbeanzeigen und auf die in den Schaufenstern der Läden ausgestellten Waren jeden überzeugen, daß Südafrika schon eine konstante Währung besitzen muß, weil alle möglichen Waren im Handel erhältlich sind.

Dieser unliebsame Anfall von gesundem Menschenverstand wird immer mit der Erwiderung abgetan, daß man natürlich einen gewissen Teil der Währung bereitstellen muß, um die Moral aufrechtzuerhalten. Wessen Moral, außer der des Ladeninhabers, wird aufrechterhalten und wie geschieht das? Keine Antwort.

Der Mythos der Weltmeinung

Doch wissen wir, daß zwischen 1980 und 1983 Südafrika den Bedarf der Vereinigten Staaten von 61 Prozent Kobalt, 55 Prozent Chrom, 49 Prozent Platin, 44 Prozent Vanadium und 39 Prozent Mangan gedeckt hat. Dennoch erzählt man, Südafrika hätte keine Auslandsdevisen. Wollen die Mythen-Produzenten der Bevölkerung weismachen, daß man diese wertvollen Waren gegen Muschelschalen verkauft hat?

Man erzählt nie, warum Südafrika Auslandsdevisen besitzen müsse, sondern nur, daß das Land sie haben sollte. Doch braucht das Land nicht den Segen der internationalen Banker, um zu überleben.

Südafrika ist, wie wir erkennen, wenn wir in Ruhe darüber nachdenken und die Schwarzmaler ignorieren, groß genug und reich genug, um sein eigenes Kapital zu erzeugen. Wir kommen auch ohne fremde Investitionen aus. Wahrscheinlich wären wir sogar besser dran, wenn es weniger internationale Verflechtungen gäbe. Südafrika hat genug Auslandsdevisen. Das Märchen, daß das Land keine habe, ist ein Mythos mit dem Zweck, Südafrika zu vernichten.

Der Mythos der Weltmeinung erzählt, daß es so etwas wie eine »Weltgemeinschaft« gibt. Diese Gemeinschaft, so der Mythos, verbindet in inniger Kommunion den Gelehrten aus Oxford, den kürzlich bekehrten Kannibalen aus Gabun und den Kopfjäger aus Papua miteinander. Alle diese unterschiedlichen Menschen, so der Mythos, haben gemeinsame Meinungen. Diese summieren sich und bilden die »Weltmeinung«, die, so versichert uns der Mythos, unwiderstehlich ist.

Wenn man erst einmal die »Weltmeinung« gegen sich hat, so sagen die Mythen-Produzenten, dann kann man nichts anderes mehr tun, als zu kapitulieren. Anscheinend denken Südafrikaner, dies sei wahr, jedenfalls nach ihren politischen Aktionen zu urteilen.

Doch ist für den leidenschaftlichen Beobachter eindeutig klar, daß die Weltmeinung nur feindselig ist, wenn es um Weiße geht. Gegen Weiße, und sonst niemand anderen, ist die »Weltmeinung« unversöhnlich feindselig. Das Unversöhnliche kann nicht versöhnt werden, das leuchtet doch ein.

Aber die Versuche, genau das zu tun, haben die Südafrikaner in ihre gegenwärtige Misere gebracht. Der Versuch, das Unversöhnliche versöhnt zu stimmen, hat dazu geführt, daß Rhodesien jetzt Zimbabwe ist.

Das totale Unvermögen der Weltmeinung

Wenn zwei oder mehr Rassen in einem Land leben, so wie in Südafrika, dann gibt es nur eine begrenzte Anzahl von Lösungen für die auftauchenden Probleme. Die Lösungen sind drei an der Zahl: völlige Rassen-Integration wie in Großbritannien, Amerika und den ehemaligen portugiesischen Kolonien, die südafrikanische Lösung der Apartheid beziehungsweise getrennten Entwicklung der Rassen und schließlich der manschige Kompromiß, wie man ihn in Rhodesien vor seinem Zusammenbruch versucht hat.

Es gibt keine anderen Lösungen. Alle diese Lösungen sind ausprobiert worden. Alle sind sie von der »Weltmeinung« verdammt worden. Es scheint daher vernünftigerweise der Schluß zulässig, daß die Attacke nicht gegen die Institutionen des weißen Mannes gerichtet ist, sondern gegen den weißen Mann an sich.

Keine andere Erklärung paßt zu den Tatsachen. Wenn dem so ist und die Südafrikaner überleben wollen, dann haben sie keine andere Wahl, als die »Weltmeinung« zu ignorieren. Sie muß als das Hirngespinst liberaler Ein-

bildung behandelt werden, das sie in Wahrheit ist, und die Südafrikaner müssen allein nach dem Diktat ihrer eigenen Interessen handeln. Das totale Unvermögen der »Weltmeinung« wird dann weithin sichtbar sein.

Doch es stimmt auch gar nicht, daß die »Weltmeinung« gesamthaft gegen Südafrika oder den weißen Mann eingestellt ist. Am Tag nach der Unabhängigkeitserklärung von Rhodesien sind überall im Westen Gesellschaften der »Freunde Rhodesiens« gegründet worden. Ihnen ging es allein darum, herauszufinden, wie sie den Weißen in Rhodesien helfen können.

Diejenigen, die die Freunde von Rhodesien gebildet haben, gehörten auch zu der »Weltgemeinschaft«. Es gibt sie immer noch. Haben sie die Gelegenheit dazu, werden sie uns helfen. Wir brauchen sie nur davon zu überzeugen, daß wir gewillt sind, unser Land zu regieren.

Der Mythos der Rassendiskriminierung

Ein brennender Haß der Schwarzen gegen Rassendiskriminierung, so erzählen die Mythos-Produzenten, ist die Ursache für die politischen Unruhen in Südafrika. Die Fabrikanten, die diesen Mythos spinnen, erklären aber nie, wie es bloß dazu kommt, daß dieser angebliche Haß dazu geführt hat, daß der Terrorist seine eigenen Leute verstümmelt und martert.

Dies ist einer der gefährlichsten Mythen von all den vielen, die zu unserer Vernichtung ersonnen wurden. Er ist durch und durch eine Lüge. Terroristen sind Terroristen, nicht weil sie gegen Rassendiskriminierung sind, sondern weil es Spaß macht, ein Terrorist zu sein, solange jedenfalls, bis er von der Polizei oder der Armee erschossen wird. Als ein Terrorist hat ein Schwarzer die Erlaubnis, Verrat, Totschlag, Brandstiftung, Vergewaltigung, Diebstahl und Plünderei zu begehen und die unmenschlichsten Greueltaten zu verüben.

Alle diese Tätigkeiten üben eine starke Anziehungskraft auf den Schwarzen aus und auch auf viele andere. Dies ist die wahre Motivation der Terroristen, nicht Haß gegen Rassendiskriminierung, wie er vorgibt. Er praktiziert in seiner eigenen Gesellschaft Rassendiskriminierung Tag für Tag, ohne zu denken und sehr spürbar.

Terroristen handeln in der bestialischen Weise, die ihnen eigen ist, nicht weil sie gegen Diskriminierung sind, wie es ihre Apologeten und die Mythos-Produzenten uns erzählen, sondern weil sie Schwarze sind, die wie Schwarze handeln. Bezüglich Diskriminierung wäre anzumerken, daß die Unfähigkeit zu diskriminieren eine der charakteristischen Symptome für Schwachsinn ist. Man sollte dazu einmal einen Psychiater befragen.

Die Südafrikaner sollten inzwischen gelernt haben, daß in den Augen der »Weltmeinung« nur der weiße Mann jemals Rassendiskriminierung betrieben hat. Was bei anderen Rassen für uns nach Rassendiskriminierung aussieht, ist dann nichts dergleichen. Jeder beliebige Apologet, Mythos-Produzent oder Sozialwissenschaftler kann dazu Erklärungen abgeben. Da ist es nur eine, so erklären sie, vollkommen natürliche »legitime Bestrebung« oder »das unvermeidliche Resultat der jahrelangen Ausbeutung durch die Kolonisatoren«. Aber es ist selbstverständlich niemals rassisch bedingt. Rassenpolitik wird nur von den Weißen betrieben.

Und obwohl der Südafrikaner dies weiß, läßt er sich einen Schuldkomplex für die Gesetze und Einstellungen einreden, die für sein Überleben von entscheidender Bedeutung sind.

Die Mythos-Produzenten hassen die Südafrikaner wegen ihrer Aufrichtigkeit und ihres Eingeständnisses der Dinge, die es nicht geben darf: daß Rassen voneinander verschieden sind, daß die Unterschiede genetischer Natur sind und unauslöschlich, daß freie Menschen nicht gleich und daß gleiche Menschen nicht frei sind.

Der Mythos der »Reformen«

Es ist dieser Haß auf die Wahrheit, der dem Mythos der Rassendiskriminierung zugrunde liegt.

Dieser Mythos versichert, daß Schwarze, Farbige und Asiaten sich mit Weißen zusammentun und eine Regierung bilden können, die für den weißen Mann akzeptabel ist.

Weiterhin versichert der Mythos den Weißen, daß sie von einer solchen Regierung fair und gleich behandelt würden. Und zwar deswegen, so sagt man, weil es die »Weltmeinung« und eine neue, wunderbare Verfassung sicherstellen wird. Wie unsinnig dieser Mythos ist, wird klar, wenn man sich einmal fragt, welche Sanktionen dann verhängt würden, und von wem, gegen ein schwarz-regiertes Azania, das den Genozid der Weißen praktiziert.

Und welche Sanktionen, und von wem, würden in einem schwarz-regierten Azania verhängt, das Asiaten und Farbige niedermetzelt oder sich in Stammeskriege einläßt? Die einzige rationelle und wahrheitsgemäße Antwort ist: »Keine, von niemandem.«

Die Frage ist nicht nur von akademischem Interesse, weil dies genau das ist, was geschehen wird, wenn der weiße Mann die Kontrolle verliert oder die Macht abgibt.

Wenn Südafrika erst einmal Azania heißt und den Vereinten Nationen und der Organisation für Afrikanische Einheit beigetreten ist, nimmt denn dann irgend jemand ernsthaft an, daß es überhaupt Sanktionen gegen diese Regierung geben wird, während sie die überlebenden Weißen, Farbigen und Asiaten niedermetzelt?

Zweifellos wird es ein paar buhrufende Leitartikel und Reden geben, die mit tolerantem Verständnis für den »afrikanischen Gesichtspunkt« überlaufen. Sie alle werden die Erklärung schnell zur Hand haben, daß die Massaker an den Weißen eine natürliche Reaktion auf den Kolonialismus sind, doch das wird alles sein.

Dies wird dem weißen Südafrikaner, der wie ein Wild gejagt wird, nur wenig Trost anbieten.

Der Mythos, daß die »Weltgemeinschaft« die Einhaltung der Garantien für Minderheiten und für Verfassungen sicherstellen wird, übersieht geflissentlich die Tatsache, daß andere vor uns solche Garantien hatten. Sie haben ihnen nichts genützt.

In Kenia hielten die Garantien drei Monate lang. In Sambia hielten sie gerade vierundzwanzig Stunden lang. Südafrika hatte Amerikas Garantien, als es vor kurzem nach Angola ging. Was sie wert waren, daran werden Sie sich bestimmt noch erinnern.

Aber wenn wir unser Land abgeben, dann wird es anders sein, so der Sirenengesang der Mythos-Produzenten. Urteilt man nach ihren politischen Aktionen, so scheinen die Südafrikaner diesem Mythos Glauben zu schenken. Einige von ihnen glauben wohl auch, und zwar gleichermaßen vernünftig, an den Osterhasen oder an die Zauberfee.

In Afrika »den Kommunismus aufhalten«

Dieser Mythos ist bei den pseudo-intellektuellen »Globaldenkern« beliebt, den halbreifen Anhängern der Intelligentsia, die sich als Bertrand Russel des armen Mannes sehen. Ihnen gefällt dieser Mythos, weil er es ihnen erlaubt, autoritativ als jemand aufzutreten, der in Weltmaßstäben denkt und nicht bloß als engstirniger Südafrikaner.

Dieser Mythos erzählt, daß, wenn wir nur die schwarze Mehrheitsregierung akzeptieren, wir auf irgendeine geheimnisvolle Weise »den Vormarsch des Kommunismus in Afrika aufhalten« werden. Weil das so ist, auch wenn man uns niemals sagt, warum, sagt der Mythos, wir müssen kapitulieren.

Doch denkt man nur einen Augenblick lang nach, zeigt sich, daß der Ort, an dem der Kommunismus aufzuhalten ist, Moskau heißt, nicht Pretoria.

Ein weiterer Augenblick des Nachdenkens zeigt uns, daß nur Großbritannien und Amerika »den Kommunismus aufhalten« können. Südafrika kann dies nicht tun. Wir wissen, daß diese beiden Länder niemals etwas getan haben und auch niemals etwas tun werden, um das kommunistische Rußland von irgend etwas abzuhalten, viel weniger,

Südafrika

Mythen zur Vernichtung

ihm zu schaden. Es ist offensichtlich, daß hinter den Kulissen diejenigen, die die Regierenden von Großbritannien, Amerika und Rußland beherrschen, die besten Freunde sind.

Wir erfahren aus der Zeitung »Economist«, daß die Sowjetunion 1985 zusätzliche sechs Milliarden englische Pfund von westlichen Banken geliehen hat; das heißt, zusätzlich zu den normalen Anleihen im Westen. Dieses Geld wurde von einem angeblich feindseligen Westen geliehen.

Die Ziele von Großbritannien, Amerika und Rußland sind ein und dieselben: die Vernichtung des weißen Mannes in Afrika. Großbritannien und Amerika befinden sich nicht im Widerstreit mit Rußland. Tatsächlich stimmt das Zulu-Sprichwort, sie sind Berghasen von demselben Hügel.

Der Mythos von der »Machtteilung«

Dieser Mythos, der besonders bei Politikern und Geschäftsleuten populär ist, erzählt uns, daß der Weiße, die vielen schwarzen Rassen, die Farbigen, die Moslems und die Hindus gemeinsam Südafrika regieren können, und zwar so, daß es für alle annehmbar ist.

Das einzige, was dafür vonnöten sei, so der Mythos, ist eine »Demokratie«. Darunter versteht man, daß jeder eine Wahlstimme hat.

Den Mythos-Produzenten schreckt die Tatsache nicht, daß es in Südafrika mindestens ein Dutzend schwarze Stämme gibt, die sich gegenseitig nicht ausstehen können, und nur durch den weißen Mann daran gehindert werden, einander anzugreifen.

Auch stört es nicht, daß die Moslems die Hindus nicht leiden mögen, die ihrerseits den Haß erwidern. Beide verachten den Farbigen, der seinerseits die Schwarzen, Moslems und Hindus verachtet. In dem Wolkenkuckucksheim der Mythos-Produzenten werden fünfzehn Millionen Schwarze, drei Millionen Weiße und ein paar hunderttausende Farbige und Asiaten in der Lage sein, solange nur jeder eine Wahlstimme hat, sich auf eine gerechte Lösung für jedes Problem zu einigen, das ihnen vorgelegt wird.

Des weiteren erzählen uns die Mythos-Produzenten, daß dieser Utopiestaat verwirklicht werden kann, ohne daß eine der Rassen ihre Ansichten den anderen aufzwingt beziehungsweise sie beherrscht. Südafrikaner scheinen diesen Unsinn zu glauben. Zumindest hören sie ihm zu, ohne in Gelächter auszubrechen.

Auch macht es den auf Machtteilung versessenen Mythos-Produzenten keine Sorge, daß die relativ kleine weiße Bevölkerung fast das gesamte Einkommen des Staates hervorbringt. Ein wenig tragen die Inder bei, die Farbigen kosten mehr als sie an Steuern zahlen, während der schwarze Mann, wie üblich, unfähig ist, sich selbst zu ernähren.

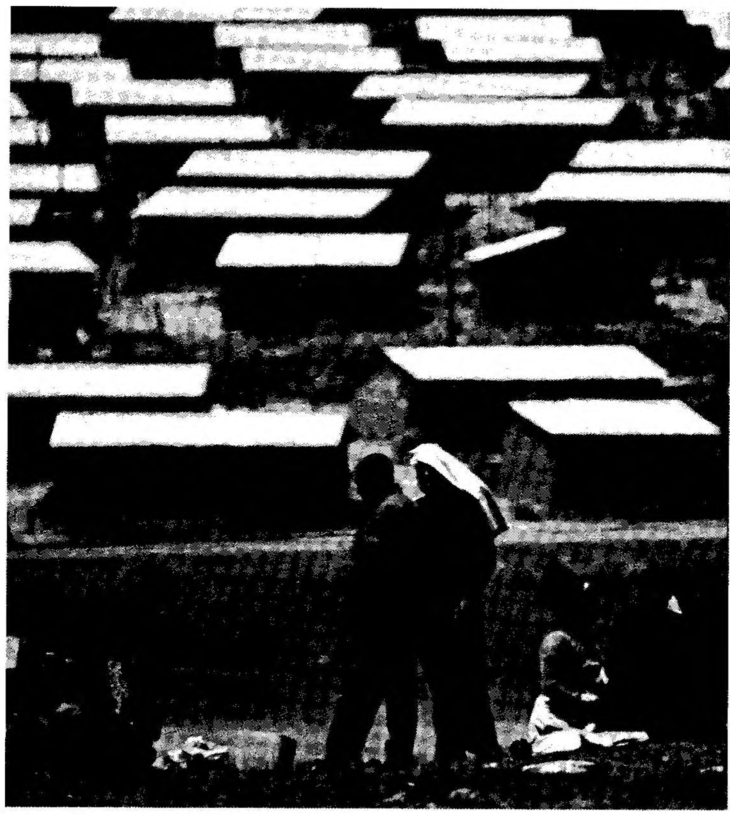
Als wären die aufgeführten Schwierigkeiten nicht schon genug, kommt noch hinzu, daß der Weiße gewöhnlich in Zeiträumen denkt und plant, die rund 25 Jahre betragen. Der Schwarze, soweit er überhaupt planen kann, macht das für einen Zeitraum von rund drei Monaten. Der Farbige ist generell völlig leichtsinnig. Die Denkvorgänge der Asiaten sind, um mit Churchill zu sprechen, ein in ein Geheimnis eingewickeltes Rätsel.

Keine dieser gewichtigen Schwierigkeiten bringt die Mythos-Produzenten auch nur einen Augenblick lang von ihrem Vorhaben der Machtteilung ab. Laßt sie sich die Macht teilen, so versichern sie, und alles wird gut werden.

Die weißen Südafrikaner, urteilt man nach ihren jüngsten politischen Aktionen und der Tatsache, daß sie ihre derzeitige, die Machtteilung wünschende Regierung nicht hinausgeworfen haben, stimmen mit den Mythos-Produzenten überein. Wahnsinn ist nicht viel anders.

Mythos über die anderen Rassen

Die Mythos-Produzenten sagen uns, einer der Hauptgründe für unsere Probleme ist der, daß der weiße Mann die Hand der Freundschaft nicht nimmt, die angeblich von den Farbigen, Asiaten und Schwarzen ausgestreckt wird.



Die Häuser von Soweto bilden einen Komplex afrikanischer Townships. Diese Siedlungen erstrecken sich über 65 Quadratkilometer.

Gemäß dem Sirenengesang der Mythos-Produzenten werden wir von allen diesen Volksgruppen geliebt. Wir sind es, die stur und uneinsichtig sich weigern, sie ebenfalls zu lieben. So sagt man uns jedenfalls. Doch schon jetzt haben die neu geschaffenen farbigen und asiatischen Minister, gemeinsam mit ihren Volksgruppen, gezeigt, daß sie wenig für uns übrig haben. Bestimmt empfinden sie keinen Dank gegenüber dem weißen Mann für die Konzessionen, die er an sie machen mußte.

Daneben ist klar, daß zwischen den drei genannten Rassengruppen keine Liebe verloren wird. Die Schwarzen verachten alle, einschließlich der Weißen. Sowohl der ANC als auch die SWAPO haben die feste Unterstützung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU). Diese Tatsache ist selbstverständlich unseren Regierenden und unseren Mythos-Produzenten sehr gut bekannt.

In ihrem veröffentlichten Aktionsprogramm sagt die OAU unter anderem:« »Wir können mit keiner weißen Regierung Kompromisse schließen, sei sie extrem oder liberal, oder dem Vielrassen-Unsinn zustimmen. Wir sind entschlossen, alle Spuren der weißen Zivilisation zu vernichten. Die Flüsse des Südens sollen mit dem Blut der weißen Tyrannen und ihrer Kinder rot anschwellen.«

Man kann nicht sagen, dies sei nicht offen. Südafrikas Regierung, die Regierung von Großbritannien und Amerika und natürlich der UdSSR, von den Mythos-Produzenten ganz zu schweigen, kennen dieses Aktionsprogramm sehr genau. Sie sagen uns nur nichts davon.

Sam Nujoma von der SWAPO, von den Medien und den Liberalen in Südafrika heiß geliebt, hat diese Passage wiederholt in aller Öffentlichkeit und mit Beifall zitiert. Entgegen den Aussagen der Mythos-Produzenten hat er keineswegs die Absicht, einen Vielrassenstaat zu schaffen. Er hat die Absicht, einen Schwarzenstaat zu schaffen.

Ein anderer Liebling der Linken, der Medien, der »Weltgemeinschaft« und des südafrikanischen Geschäftsmannes ist Nelson Mandela. Seine Beliebtheit bei den Medien wird nur noch von seiner Ehefrau Winnie übertroffen, eine starke Kandidatin für den Titel der »Miß Weltliebling«.

Unaufhörlich sagt man den Südafrikanern, daß sie Mandela freilassen müssen, ihn konsultieren sollten, ihn in die Regierung »auf höchster Stufe« aufnehmen könnten. Unsere Großunternehmer fordern seine Freilassung und fordern, daß wir ihn als einen Schwarzenführer akzeptieren.

Die neuen schwarzen Supermänner

Nelson Mandela ist nicht die weise, tolerante und allwissende Vaterfigur, wie er von den Medien und Mythos-Produzenten hingestellt wird. Tatsächlich ist er ein Kommunist, der wegen Hochverrats zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe verurteilt worden ist. Er hat zur Erreichung seiner politischen Ziele Gewaltakte verübt, wie sie einem Marxisten-Leninisten wohl anstehen, und hat sich stets geweigert, auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten.

Während seines Prozesses hat Mandela gesagt: »Ich habe mein Leben der Beendigung der weißen Vorherrschaft geweiht. Es ist eine Idee, deren Verwirklichung ich zu erleben hoffe. Es ist auch eine Idee, für die ich bereit bin zu sterben.«

Für die Weißen wäre der Versuch, mit einem solchen Mann die Macht zu teilen, der reine Wahnsinn. Wie Mandela selbst eingesteht, hat er nicht die Absicht, die Macht mit irgendeiner anderen als seiner eigenen Rasse zu teilen. Trotzdem bestehen die Mythos-Produzenten darauf, daß wir ihn an unseren »Reformen« beteiligen, daß er uns bei der Schaffung einer Vielrassengemeinschaft helfen wird.

Ein weiterer, selbsterwählter Schwarzenführer, der über die fast schon hysterische Beweihräucherung der Liberalen, der weißen Geschäftsmänner und der Politiker verfügt, ist Bischof Desmond Tutu. Es ist fast eine Pflicht, hinter seinen Namen zu schreiben: »Träger des Nobelpreises.«

Tutu hat niemals einen Hehl aus seiner Unterstützung von Gewalt für die Zerschlagung der weißen Herrschaft gemacht. Der Bischof gibt nicht vor, die Absicht zu haben, Südafrika zu einer Vielrassengesellschaft zu machen, wie die Mythos-Produzenten vortäuschen, daß er sie habe. Bischof Tutu will eine Schwarzengesellschaft schaffen.

Die vorstehend genannten Männer hassen alle die Weißen. Sie haben dies gesagt. Sie haben nicht die Absicht, einen Vielrassenstaat in Südafrika aufzubauen. Sie wollen einen Schwarzenstaat in Azania errichten.

Die Mythos-Produzenten wissen dies. Dennoch präsentieren sie sie als Supermänner. Trotz der bekannten Ansichten und Vergangenheiten dieser Männer nehmen die Weißen offenbar die Mythen hin. Nicht umsonst werden wir gewarnt, daß diejenigen, die die Götter zu vernichten wünschen, zuerst in den Wahnsinn getrieben werden.

Mythos der rassischen Gleichheit

Die Mythos-Produzenten erzählen uns, und wir glauben ihnen offenbar, daß es in unserem Land »Demokratie« auf der Basis von »ein Mann, eine Stimme« geben kann. Ein Blick auf die Tatsachen deckt diesen Mythos als Lüge auf.

Die weiße Bevölkerung ist rund 4,8 Millionen stark, davon sprechen 1,9 Millionen englisch. Die indische Bevölkerung, Moslems wie Hindus, beträgt insgesamt 890 000. Es gibt 2,8 Millionen Farbige. Die schwarze Bevölkerung macht 24,1 Millionen aus, von denen 13 Millionen auf weißem Gebiet leben.

Weil er an die Möglichkeit einer Vielrassengesellschaft und die mystische Macht der Wahlurne glaubt, meint der Mythos-Produzent, daß dieser Rassenmischmasch, mittels Wahlstimme alle unsere Probleme lösen kann, ohne daß es Unterdrückung oder Beherrschung seitens einer der Rassengruppen gegen oder über die anderen gibt. Doch es ist axiomatisch, daß ein Mann, hat er eine Wahlstimme, sie so benutzen wird, wie es ihm seine eigenen Interessen vorschreiben.

Kann sich denn irgendein Weißer, der bei Verstand ist, vorstellen, daß ein Zulu, ein Xhosa, ein Farbiger oder ein Asiate sich auch nur das Geringste um die Interessen des Weißen schert? Der Mythos-Erzähler kann das. Er drängt uns, uns selbst, und was noch wichtiger ist, unsere Frauen und Kinder der gütigen Barmherzigkeit der Leute auszuliefern, die kein Geheimnis aus der Tatsache machen, daß sie uns hassen.

Herkömmliche Methoden der Regierung, die alle auf Rasseneigenschaften basieren, sind höchst unterschiedlich. Die Moslems haben immer ein autoritätes Herrschaftssystem verfolgt. Die Hindus überlassen üblicherweise die Entscheidungen einer Gruppe von fünf Ältesten. Der Afrikaner ist stets von seinen Häuptlingen und Stammesältesten beherrscht worden. Keine dieser Rassen hat in der Geschichte das allgemeine Wahlrecht als ein Werkzeug der Regierung gewählt oder angewandt.

Dennoch wollen die Mythos-Produzenten uns glauben machen, daß, wenn wir nur jedermann eine Wahlstimme geben, er irgendwie dazu inspiriert wird, sie selbstlos zum Besten aller zu verwenden. Es ist eine Ansicht, die nicht von den bekannten Tatsachen untermauert wird.

Dennoch scheinen die weißen Wähler zu glauben, daß es getan werden kann und getan werden wird. Andernfalls hätten sie wohl Abstand genommen von der »Reform«, die Reformatoren weggejagt und wären zu dem Kurs zurückgekehrt, wie er für sie von so großartigen Männern wie Dr. Verwoerd vorgezeichnet wurde. Diese großen Männer haben klar erkannt, daß die Sicherheit für die Weißen allein in der Rassentrennung lag: »Die ist der Weg, gehe auf ihm!«

Der Mythos von der Unausweichbarkeit

Dieser Mythos von der Unausweichbarkeit ist einer der größten Erfolge der Mythos-Produzenten. Überall hört man es: »Es ist unvermeidbar«, »Es ist zu spät«, »Die Dinge sind zu weit fortgeschritten, um aufgehalten zu werden«, und so weiter. Dieser Mythos hat wahrscheinlich mehr als irgendein anderer gewirkt, um die Entschlossenheit des weißen Mannes zu verwässern.

Dennoch ist es nur ein Mythos, sonst nichts weiter. Die Schwarzenherrschaft ist nicht unausweichlich. Nur der Tod kommt unweigerlich. Alles andere hängt von uns ab.

Wenn die derzeitige Bande von Speichelleckern, Zeitabsitzern und in vielen Fällen einfach Verrätern an der Macht bleiben darf, dann kommt unsere Niederlage unweigerlich. Entledigen wir uns ihrer, und was dann fast unweigerlich kommt, wird nicht die Schwarzenherrschaft, sondern Überleben und Wohlstand für Weiße sein.

Um den weißen Mann zu retten, sind zwei Dinge notwendig: eine Mehrheit im Parlament von einem Mann plus eine Menge Entschlossenheit. Fünfzig Prozent unserer Parlamentsmitglieder plus ein Mann werden genügen, um jede »Reform« rückgängig zu machen, um uns Südafrika zurückzugeben und um unseren Kindern eine Zukunft zu garantieren.

Es wäre ein guter Anfang, wenn jeder Politiker, Akademiker und Geschäftsmann, der jemals von »dem südafrikanischen Problem« gesprochen hat, aus dem öffentlichen Leben verbannt würde. Wir müssen keine Probleme lösen; was wir zu tun haben, ist, einen Krieg zu gewinnen.

Er wird nicht von kleinen Leuten gewonnen werden, die über »Probleme« schwätzen, wenn sie an das Überleben ihrer Rassen denken sollten. Wenn der Krieg gewonnen ist und eine weiße Regierung in Pretoria sitzt, die an die weißen Interessen denkt, dann werden wir feststellen, daß die Mehrzahl unserer »Probleme« verschwunden sind.

Wenn die Weißen sich nur erheben wollten, dann ist es noch nicht »zu spät«. Dann ist es noch nicht »zu weit fortgeschritten», nicht »unvermeidlich«. Ich wiederhole: Nur der Tod kommt unausweichlich. Alles andere hängt von uns ab! □



Vom Karibadamm über den Sambesi, der Zimbabwe mit Sambia verbindet, bezieht Sambia den größten Teil der Elektrizität.

Zimbabwe

Marxismus, Korruption und Armut

Martin Burns

Am 6. Mai 1957 erhielt Ghana – ehemals Goldküste – seine Unabhängigkeit von Großbritannien. Es wurde damit zum Pionier der Unabhängigkeit in Schwarzafrika. Anfang und in der Mitte der sechziger Jahre erhielt dann die Mehrheit der übrigen afrikanischen Länder die Unabhängigkeit vom europäischen Kolonialismus, während die »winds of change« über den Kontinent wehten.

Die letzten schwarzafrikanischen Länder – außer Rhodesien, heute Zimbabwe, und Südafrika –, die »unabhängig« wurden, waren Mozambique (1974) und Angola (1975), und zwar in den Nachwehen zu einem sozialistischen Staatsstreich in Portugal am 25. April 1974.

Die Gefahr des Untergehens

Bis auf die einzige Ausnahme von Botswana (Bechuanaland), das mit einer großen Landmasse, einer kleinen Bevölkerung (knapp über eine Million) und reichhaltigen Bodenschätzen gesegnet ist: Kupfer, Nickel und Diamanten – hat jedes schwarzregierte afrikanische Land seit seiner »Unabhängigkeit« den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Absturz erlebt. Für viele besteht die Gefahr, daß sie ganz untergehen werden.

Gambia wurde vom Senegal praktisch geschluckt. Man bildete eine Konföderation »Senegambia« nach einem erfolglosen Coup am 30. Juli 1981.

Die territoriale Integrität von Nigeria, Zaire (dem einstigen Belgisch Kongo) und Äthiopien ist durch separatistische Bewegungen bedroht, und alle drei können schlußendlich zerfallen.

Dem Land, das heute Zimbabwe heißt, blieb all dies erspart. Unter weißer Regierung war dieses Land im Süden Afrikas eine Oase des Wohlstandes für alle seine Bürger, gleich welcher Rasse.

Seine Menschen genießen noch immer einen sehr viel höheren Lebensstandard als irgendein anderes afrikanisches Land bis auf Südafrika, doch Zimbabwe »holte schnell auf« mit dem Rest des schwarzen Kontinents, in allem, was verkehrt ist.

Ich habe mehr als zehn Monate in den Jahren 1972–73 in Rhodesien gelebt. Ich habe drei Monate eine Verwaltungstätigkeit bei der Rhodesia Railways ausgeübt, und in der übrigen Zeit war Rhodesien mein Ausgangspunkt für Reisen in das südliche Afrika.

Während dieser Periode erreichten die UN-Sanktionen gegen Rhodesien ihren Höhepunkt. Zu dem Zeitpunkt war die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit seit sechs Jahren eine Realität in Rhodesien gewesen. Wie Amerika hatte Rhodesien seine Unabhängigkeit erklärt, weniger von Großbritannien erhalten.

Eine weiße Bevölkerung von 250 000 – nur 30 000 weniger als zu seinen Glanzeiten von 280 000 im Jahr 1965 – regierte das Land, bei einer damaligen Gesamtbevölkerung von etwas über sechs Millionen, und zwar ehrlich und effizient. Lebensmittel, Bekleidung und Wohnung waren zu vernünftigen Preisen leicht erhältlich. Benzin war frei verkäuflich und nicht rationiert, wenngleich zu hohen Preisen.

Sanktionen – ein Mißerfolg

Die einzigen knappen Güter waren neue Autos und langlebige Konsumgüter wie zum Beispiel Herde, Eisschränke und Fernsehgeräte, die importiert oder aus importierten Teilen zusammengebaut werden mußten. Aber sogar diese Artikel gab es nach kurzer Wartezeit, gewöhnlich nicht länger als einen Monat.

Rhodesiens Hauptexportware, Tabak, war auf den Weltmärkten effektiv verbannt, und andere Exportwaren konnten nur durch die Hintertür ausgeführt werden, was eine schwere Wirtschaftsstrafe zur Folge hatte. Um ihren Lebensstandard zu halten, mußten sich Schwarze und Asiaten ebenso wie die Weißen an Importersatz halten – die Landesfabrikation einer ganzen Palette von Industrie- und Konsumgütern, die sie bisher importiert hatten.

Alle Arten von Gütern waren davon betroffen: Büromaterial, Lebensmittel, Lederwaren, Baumaterial, alkoholische Getränke, Möbel, Waschmittel und unzählige Artikel wurden jetzt lokal hergestellt. Ein Markt war diesen Produkten sicher, da die rhodesische Regierung ihren Import verboten hatte.

In den ersten Jahren der Unabhängigkeit, in den späten sechziger Jahren, waren diese Güter oft von geringer Qualität. Doch Not macht erfinderisch, und zu der Zeit, als ich nach Rhodesien kam, waren die meisen örtlich gefertigten Konsumgüter genauso gut und so preiswert wie ihre amerikanischen Gegenstücke. Nur der rhodesische Scotch ließ etwas zu wünschen übrig: Zukkerrohralkohol mit Karamell-Färbung sind eben nicht ausreichend. Dennoch war er immer noch besser als Malawi-Gin.

Ich denke immer noch an die beste Zahnbürste, die ich je gekauft habe – ich erwarb sie in einem Geschäft neben dem Bahnhof in Salisbury, für 10 rhodesische Cents beziehungsweise 15 US-Cents.

Das Land braucht jetzt Auslandshilfe

Zwei Dinge müssen hier vor allem hervorgehoben werden: Erstens, wenn Rhodesien unter Sanktionen seinen Bedarf vor Ort herstellen konnte, dann können ganz sicher die sehr viel größeren, stärkeren und reicheren Vereinigten Staaten dasselbe tun.

Zweitens, die Nachfolgeregierung (Zimbabwe) hat das Vermächtnis der wirtschaftlichen Autarkie übernommen, das ihr buchstäblich am 18. April 1980 in die Hand gelegt wurde, und hat es weggeworfen.

Der Zimbabwe-Dollar ist offiziell rund 61 US-Cents wert. Der alte rhodesische Dollar war 1,50 US-Dollar wert. Zimbabwe erhält großzügige Auslandshilfe, während Rhodesien ein internationaler Paria war; dennoch sind Zimbabwes Exportkontrollen sehr viel strenger als die von Rhodesien.

Ein Einwohner von Zimbabwe darf zum Beispiel 360 Zimbabwe-Dollar für Ferienreisen ausgeben. Damit kommt er nicht weit, doch die derzeitigen Vorschriften gestatten einem Bewohner, diesen Betrag bis zu drei Jahren anzusammeln, das heißt auf insgesamt 1 080 Zimbabwe-Dollar oder umgerechnet 660 US-Dollar. Das bedeutet in Wirklichkeit, daß ein Ehepaar alle drei Jahre einen billigen Urlaub außerhalb von Zimbabwe verbringen darf.

Seit Rhodesien zu Zimbabwe wurde, haben mehr als 150 000 Weiße das Land verlassen, wonach etwa 100 000 Weiße in Zimbabwe verblieben sind. Die Ergebnisse lassen sich voraussagen: Zwischen 1981 und 1984 ist das Bruttosozialprodukt um rund 13 Prozent zurückgegangen. Von 1982 bis 1984 gingen in Zimbabwe mehr als 30 000 Arbeitsplätze verloren, trotz massiver Aufblähung der Regierungsbehörden und Ämter wie die Eisenbahn und die nationale Fluggesellschaft »Air Zimbabwe«.

In den Jahren 1980 bis 1984 nahmen die Deviseneinnahmen für wesentliche Importgüter für den Einsatz in der Industrie und im Handel um 60 Prozent ab. Infolgedessen können viele der effizienten Importersatz-Industrien kaum funktionieren. Die so umgelenkten Auslandsdevisen wurden benutzt, um die explodierende Bevölkerung Zimbabwes zu ernähren – heute 8 Millionen –, und zwar mit importierten Lebensmitteln, Nahrungsmittel, die Rhodesien einst exportiert hat.

Ich weiß, daß Rhodesien sogar während der Sanktionen Nahrungsmittel exportierte. Als ein Verwaltungsangestellter der Rhodesia Railways in dem Landstädtchen Banket sah ich Berge von Mais, die in der Nähe der Eisenbahnstation gespeichert wurden, und ich habe selbst Papiere für Getreideexporte nach Zaire bearbeitet, das offiziell rhodesische Produkte »boykottiert hat«.

Zurücksinken in die Barbarei

Zimbabwe bewegt sich rasant auf die Errichtung eines Einparteienstaats nach sowjetischem Vorbild hin. Premierminister Robert Mugabe hat Moskau im Dezember 1985 besucht und wurde mit all den bekannten Ehren empfangen, die die sowjetische Führung traditionsgemäß einem befreundeten Staatsoberhaupt bei einem Besuch zukommen läßt, einschließlich ausgedehnter Gespräche mit Michail Gorbatschow und anderen hohen Sowjetführern.

In Moskau hat Mugabe ein bilaterales Abkommen unterzeichnet, bei dem es um die vermehrte Kooperation zwischen der sowjetischen Kommunistischen Partei und seiner eigenen ZAPU-PF-Organisation ging, die dazu »bestimmt« ist, die einzige legale politische Partei im Land zu werden.

Politische Oppositionsführer werden verunsichert. Joshua Nkomo, Mugabes Kollege und Mitbewerber in den Tagen ihres Aufstandes gegen die rhodesische Regierung, steht de facto unter Hausarrest. Dem früheren Premierminister von Rhodesien, Ian Smith, und dem früheren Premierminister von »Zimbabwe-Rhodesien«, Bischof Abel Muzorewa, wurden die Pässe weggenommen, und sie wurden von der Regierung unter einem anhaltenden »Ausnahmezustand« anderen Belästigungen ausgesetzt.

Es braucht eine Weile, bis man ein Land in den Boden gefahren hat, doch Zimbabwe hat schnell damit begonnen. Straßen, Eisenbahnen, ein Stromnetz und gutgebaute Gebäude können eine Menge Vernachlässigung ertragen, doch sie können nicht für immer halten, wenn sie nicht gepflegt oder gewartet werden. Da die Regierung sich um nichts anderes kümmert als einen Einparteienstaat zu errichten, dürfte Zimbabwe bis zum Jahr 2000 wieder in die Barbarei zurückgesunken sein.

Grundlegende Fakten

Zimbabwe ist mit 150 800 Quadratmeilen fast so groß wie der amerikanische Bundesstaat Kalifornien und hatte im Jahr 1984 eine geschätzte Bevölkerung von 8 325 000.

Ethnische Gruppen: Shona, 77 Prozent; Matabele oder Ndebele, 19 Prozent; Weiße, 3 Prozent.

Im Jahr 1982 gab es 82 000 Fernsehgeräte, 170 000 Radios und 242 252 Telefonapparate sowie eine Tageszeitung auf je 50 Zimbabweser. Die Lebenserwartung für Männer lag bei 53 Jahren und für für Frauen bei 57 Jahren.

Die Shona und Matabele sind seit Generationen gegenseitige Feinde gewesen, und die Shona, die zahlenmäßig ihren Feinden überlegen sind und derzeit die Regierung stellen, sind des Genozids an dem Volk der Matabele angeklagt.

Rhodesien wurde 1890 gegründet und wurde am 12. September 1923 zu einer »sich selbst regierenden Kolonie unter der britischen Krone«. Allerdings mischte sich England weiterhin in die inneren Angelegenheiten Rhodesiens ein, bis schließlich am 21. April 1979 Rhodesien gezwungen war, die »einseitige« Unabhängigkeit zu erklären. Schwarze übernahmen 1980 die Regierungsgeschäfte. □

Maritime Solarenergienutzung

Wolfgang Volkrodt

Tschernobyl hat der Menschheit die Risiken der Kernenergie vor Augen gehalten. Viele fordern den Ausstieg. Wenn nicht Atomkraft, was dann? Theo Weigel, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Bundestag, verkündete: »Wenn Wissenschaft und Technik andere Energiequellen anbieten können, dann kenne ich keinen verantwortlichen Politiker in der Bundesrepublik, der nicht bereit wäre, den Anteil der Kernenergie zugunsten dieser anderen, mit weniger Risiko behafteten Energie zu verringern.«

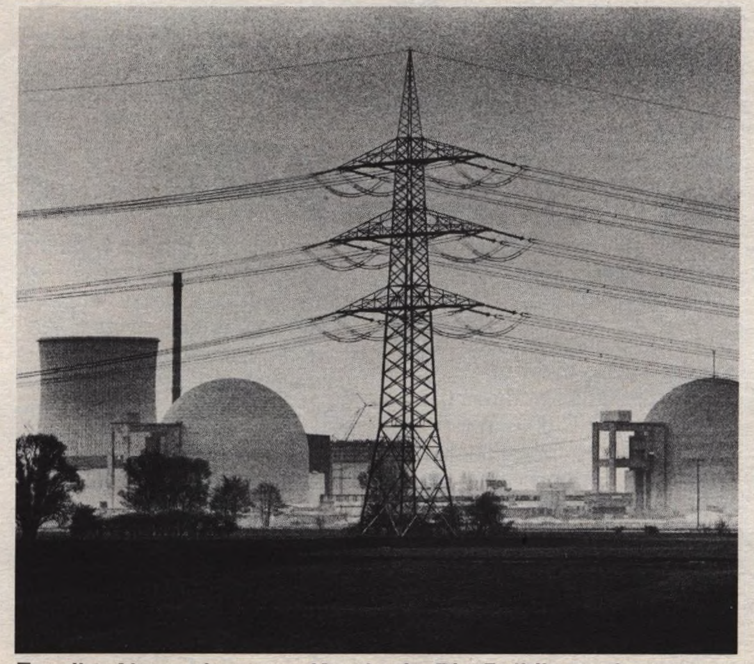
Das bereits vor Jahrzehnten zur Diskussion gestellte Thema Solarenergie und Wasserstofftechnologie wird inzwischen aus den Schubladen gezogen. Die Technik ist heute schon einsetzbar, doch sie ist noch recht teuer. In jüngster Zeit überschlagen sich die Forschungsergebnisse. Ingenieure der kalifornischen Universität Stanford stellten im April 1986 neuartige Solarzellen vor, die bereits 27,5 Prozent des eingestrahlten Sonnenlichts in Elektrizität verwandeln. Amerikanische Planer erwägen den Bau großer Kraftwerke in den sonnenreichen Regionen der USA.

Neue Hoffnung heißt solarer Wasserstoff

Unschlagbar soll die Solartechnik in Kombination mit einem billigen und unerschöpflichen Energieträger werden – dem Wasserstoff. Ein erster großer Versuch der kombinierten Solar-Wasserstoff-Technik soll im nächsten Jahr in Saudi-Arabien anlaufen.

Das neue Stichwort heißt solarer Wasserstoff. Er hat pro Gewichtseinheit einen dreimal höheren Energieinhalt als Benzin. Wasserstoff läßt sich in verschiedenen Formen – gasförmig, flüssig oder an fremde Moleküle gebunden – transportieren, speichern und verwenden. So könnte Wasserstoff aus Wüstenländern »vielleicht schon in diesem Jahrhundert« billig nach Europa transportiert werden, um hier sauber in Kraftwerken, Haushalten und Automobilen verbrannt zu werden.

Was mich persönlich an diesen Berichten stört, ist das starre Festhalten an der Installation großer Solar-Wasserstoffanlagen in Wüstengegenden. Wo ist dort das Wasser, das man zur Zerlegung mit Hilfe von Solarenergie und Elektrolyse in seine Bestandteile Wasser- und Sauerstoff unbedingt benötigt? Muß Wasser erst aus Tiefbrunnen oder weit entfernten Meerwasserentsalzanlagen herangepumpt werden? Das wird teuer und schmälert wegen erhöhten Eigenenergieverbrauchs den Anlagenwirkungsgrad erheblich.



Es gibt Alternativen zur Kernkraft. Die Politiker scheuen nur eine durchgreifende Wende in der Energiepolitik.

Schwimmende Solarpontons

Wie glaubt man in Wüstengegenden mit Sandstürmen fertigzuwerden? Im Laufe der Jahre können sie zum Beispiel durch Schmirgelwirkung die gegen Eintrübung empfindlichen Solaranlagen »blind« machen. Ist der Pipeline-Transport von Wasserstoff aus der Sahara nach Europa wirklich das kostengünstigste Verfahren?

Sind Flüssiggasgroßtanker, die über die Weltmeere fahren, nicht eventuell wirtschaftlicher und schneller in Dienst zu stellen als Pipelines am Grund des Mittelmeeres und über die Alpen?

Vorstehende Überlegungen führten bereits vor mehreren Jahren zu der eindeutigen Erkenntnis, daß auf hoher See installierte, also maritime Solar-Wasserstoffanlagen weit wirtschaftlicher als die in Wüstengegenden installierten sind. Der zwischen 1980 und 1983 unternommene Versuch, entsprechende Forschungsprogramme zum Laufen zu bringen und unserer notleidenden Werftindustrie durch den Bau großer Solarpontons und Flüssiggastankschiffe zur besseren Auslastung ihrer Kapazitäten zu helfen, scheiterte am Unverständnis und Widerspruch der Kernkraftwerks-Lobby. Nach Tschernobyl ist zu hoffen, daß das Projekt »Maritime Solarenergienutzung« endlich das ihm zukommende Interesse findet.

Die Sonneneinstrahlung ist in Äquatornähe am größten und auf dem offenen Meer intensiver als an Land, in Steppen oder Wüsten. Die maritime Nutzung von Sonnenenergie steht jedem Land unserer Erde, die zu 70 Prozent mit Wasser bedeckt ist, offen. Dort installierte schwimmende Solarpontons vermögen mit bekannten Solarenergiewandlern unter Nutzung der Wasserstofftechnologie die Energieproduktion heutiger Kernkraftwerke zu übernehmen.

Da weder Brennstoff- noch Entsorgungskosten auftreten, dürfen bei einer angenommenen mittleren Lebensdauer von zwanzig Jahren die Kosten für die Erstinvestitionen etwa das Fünffache bisheriger Kernkraftwerke betragen. In der Praxis wird bei angelaufener Serienfabrikation von Solarbauelementen der Investitionsaufwand von Solarbauelementen der Investitionsaufwand pro installiertes Kilowatt bei maritimen Solaranlagen kleiner als für nach künftigen Sicherheitsauflagen zu bauende neue Kernkraftwerke sein.

Werkstoff für Solarpontons

Das im Ersten Weltkrieg für U-Boot-Sperrnetze anstelle von Kork für Schwimmkörper entwickelte und seit nunmehr 70 Jahren bestens bewährte Schaumglas scheint bei Solartechnikern leider unbekannt zu sein. Anders ist das starre Festhalten an landgestützten Solaranlagen nicht zu erklären.

Bei der Installation großflächiger Pontonanlagen kann auf die Erfahrungen mit weit komplizierteren Erdölbohrinseln zurückgegriffen werden. Vorteilhafterweise setzt sich ein großes Solarponton aus vielen kleineren Einzelpontons zusammen, die im Stapelschlepp zum Beispiel von deutschen Werften zum Aufstellungsort gebracht und dort in richtiger Anordnung zusammengesetzt werden.

Nebst hoher Sonneneinstrahlung wie im Bereich des thermischen Äquators ist ein Meeresgebiet

mit kühler Oberflächenströmung von Vorteil. Sie ermöglicht das Kühlen und einen Doppelsystembetrieb bei Solaranlagen. Beides führt zur Wirkungsgradanhebung.

Der Transport verflüssigten Wasserstoffs zum Beispiel aus dem Golf von Guinea zur Übergabe an Euro-Pipelines bei Lissabon erfolgt mit Flüssiggasgroßtankschiffen. Ihre Antriebe arbeiten mit Wasserstoff. Vier bis fünf Tankschiffe mit je 200 000 Tonnen Kapazität reichen, um die gesamte gegenwärtige Elektroenergieproduktion in der Bundesrepublik Deutschland durch von Solarpontons geholte Wasserstoffenergie abzulösen.

Gekühlte Silizium-Solarzellen arbeiten mit besserem Wirkungsgrad. Vorteilhafterweise arbeitet man mit Frigenverdampfung an der heißen Pontonoberseite und Kondensation an der ins kühle Meerwasser tauchenden Unterseite. Den Frigenkreislauf kann man mit Hilfe hochtouriger Turbinen und Generatoren zur Stromerzeugung verwenden.

Allerdings liegt der Gesamtwirkungsgrad bei diesem Kreisprozeß wegen des relativ kleinen Temperaturgradienten lediglich in der Größenordnung von 2 bis 5 Prozent. Wird von heutigen herkömmlichen Si-Solarzellen mit etwa 10 Prozent Anlagenwirkungsgrad ausgegangen, so bedeutet aber der nur bei maritimen Solaranlagen ermöglichte zweite Arbeitskreis eine Steigerung der Ausbeute pro Fläche um etwa 20 bis 50 Prozent.

Von Nachteil ist der Wartungsbedarf für rotierende Stromerzeuger. Er läßt sich durch den Einsatz thermoelektrischer und somit ruhender Energiewandler vermeiden. Diese nützen nicht das von den Solarzellen verwertete Sonnenlicht, sondern die Temperaturdifferenz an Ober- und Unterseite des hochwertig wärmedämmenden Schaumglas-Schwimmkörpers.

Mit Hilfe des Peltiereffektes wird ein Teil der an der Oberfläche absorbierten Wärme unter Einsatz von Thermoelementenschenkeln, deren unteres Ende ins kalte Seewasser ragen, in elektrischen Gleichstrom gewandelt. Werden hierbei etwa 350 in Serie geschaltete Nickel-Konstanten-Thermoelemente eingesetzt, so liefert die Kaskade ohne zusätzlichen Aufwand den zur Wasserelektrolyse benötigten Gleichstrom von 1,9 bis 2,3 Volt.

Die Industrie kennt mittlerweile weit hochwertigere Halbleiter-Thermoelemente, die mit bestem Erfolg bei Radionuklid-Generatoren im Meer und Weltraum eingesetzt wurden. Mit Wismut-Tellurid für die Thermoschenkel werden mit etwa 11 Prozent ähnliche Wirkungsgrade wie bei zur Zeit handelsüblichen Si-Solarzellen erreicht. Damit ermöglichen maritime Solaranlagen eine Verdoppelung der Leistungsausbeute pro Fläche gegenüber landgestützten Anlagen.

Flächenbedarf für Ausstieg aus dem Atom

Begnügt man sich zunächst mit der Ablösung von Kernkraftwerken durch maritime Solartechnik und deckt den erhöhten Winterenergiebedarf statt mit Elektroheizung durch Wasserstoff, der in bestehenden Erdgasleitungen zugefügt wird, so reicht zwecks Abschalten heutiger Kernkraftwerke in der Bundesrepublik eine Solarpontonfläche von etwa 200 Quadratkilometer aus.

Zweckmäßigerweise wird man sie zum Beispiel in zehn Einzelfelder zu je 20 Quadratkilometer und 4,5 Kilometer Kantenlänge bei quadratischer Bauweise installieren. Bei einer Zusammensetzung der zehn Einzelfelder aus 50 mal 50 Meter Pontonsegmenten ist eine Tagesproduktion bei durchlaufendem Schichtbetrieb von 45 Pontonsegmenten erforderlich, um binnen fünf Jahren die Kernkraftwerke in der Bundesrepublik durch maritime Solartechnik ablösen zu können.

Vorrangig ist der Ausbau der Fertigungskapazitäten für Großserien an Schaumglas, Solarzellen und Halbleiterthermoelementen. Know-how ist weitgehend vorhanden.

Zusätzlich ist der Bau von Euro-Wasserstoff-Pipelines notwendig – ein sehr willkommenes Geschäft für die Röhrenhersteller nach Auslaufen der UdSSR-Aufträge. Des weiteren sind zum Transport von Wasserstoff-Flüssiggas Neubauten von Spezialtankern erforderlich.

Die lautstarken Thesen unserer Politiker, es gäbe keine brauchbaren Alternativen zur Kernkraft, sind allesamt falsch. Wer so etwas weiterhin verbreitet, beweist lediglich seine Abhängigkeit von der Kernkraftlobby und das Fehlen jeglicher Sachkenntnisse. Für die maritime Solartechnik sind im Gegensatz zu risikobehafteten Kernkraftanlagen wie Kalkar und Wackersdorf keine langjährigen Forschungsarbeiten und meist dubiose Risikoberechnungen anzustellen.

Die bisherigen Sachverständigengutachten für Kernkraftanlagen sind mehr oder weniger ohne Aussagekraft. Solche Gutachten werden auf dem freien Markt gekauft wie jede andere Ware oder Dienstleistung. Wer das der Kernkraftlobby am besten gefallende Gutachten macht, erhält den Zuschlag und den höchsten Preis. Von Objektivität kann bei solchen, später an die Politiker weitergereichten Gutachten keine Rede sein.

Als nächste Reaktion der Kernkraftlobby ist zu erwarten, daß sie die Risiken der Wasserstofftechnologie in schwärzesten Farben malt. Doch damit kommt sie nicht weit. Weltweit existieren mehrere 100 Kilometer lange reine Wasserstoff-Pipelines bereits seit langem, genauso wie der Flüssiggastransport in Tankschiffen zum Alltag der Seeschiffahrt gehört.

Wann kommt die Wende in der Energiepolitik?

»Beim Abschalten der Kernkraftwerke gehen in Deutschland die Lichter aus, fällt das deutsche Volk als Industrienation im Wettbewerb weit zurück, gehen Millionen weiterer Arbeitsplätze verloren«, behaupten unsere Politiker, statt sich mit aller Kraft für einen schnellen Übergang von der risikobehafteten Kernkraft auf die maritime Solarenergienutzung einzusetzen. Dann gibt es nicht mehr, sondern erheblich weniger Arbeitslose.

Die frei werdenden Gelder für die Arbeitslosenunterstützung werden unmittelbar zur Mitfinanzierung des Solarenergieprojekts verwendet. Die volle Kapazitätsauslastung unserer Industrie führt zu erhöhten Steuereinnahmen. Sie werden sofort ins Solarenergieprogramm reinvestiert.

Alles Gerede, solche Projekte wie maritime Solarenergienutzung seien nicht kurzfristig finanzierbar, beweisen lediglich ungenügende Kenntnisse über den Kapitalmarkt und die Menschen, die letztendlich des Profits wegen sich die lukrativsten Anlagearten für ihr Geld aussuchen. Eine Kapitalflucht aus der Kernkraft in zukunftsträchtigere Technologien wie die maritime Solarenergienutzung läßt sich weder durch Regierungserlaß noch durch Falschinformation der Kernkraftlobby verhindern.

Natürlich ist das Gerede vom Rückfall der deutschen Industrie ins Mittelalter, wenn die Kernkraftwerke ausgeschaltet werden, auch nur üble Meinungsmache. Das Gegenteil ist der Fall, wenn die Industrie mit voller Dynamik die gebotenen Chancen der maritimen Solarenergienutzung und einer fortschrittlichen Wasserstoffenergietechnik wahrnimmt. Sie kann sich damit einen erheblichen technischen Vorsprung vor anderen Industrienationen erarbeiten, zum weltweiten Marktführer werden und den Rahm auf einem neuen Markt absahnen.

Vermutlich diskutiert man nach Tschernobyl auch in der UdSSR hinter verschlossenen Türen bereits die Möglichkeiten zum Ausstieg aus der Kernkraft. Vielleicht ist man dort in einigen Jahren dankbar, wenn ein deutsches Firmenkonsortium komplette Angebotsunterlagen für eine für die UdSSR zu bauende maritime Solaranlage vorlegt.

Wo sind die deutschen Politiker, die sich für eine durchgreifende Wende in der Energiepolitik dynamisch und kompromißlos einsetzen? Die Zeit drängt zu Entscheidungen, die von der gesamten Bevölkerung akzeptiert und dankbar aufgegriffen werden. Eine solche liegt in Richtung maritimer Sonnenenergienutzung. □

Weitere Informationen erhalten Sie von Dr. Wolfgang Volkrodt, Waldsiedlung 8, D-8740 Bad Neustadt.

Medizin-Journal

Sonnenbrille bietet Schutz vor Augenkrebs

Übermäßige UV-Bestrahlung aus natürlichen oder künstlichen Quellen, Sonne oder Höhensonne, bildet einen gewissen Risikofaktor für bestimmte Formen des Hautkrebses. Dies ist seit langem bekannt, wenn auch von den Sonnenhungrigen erfolgreich verdrängt.

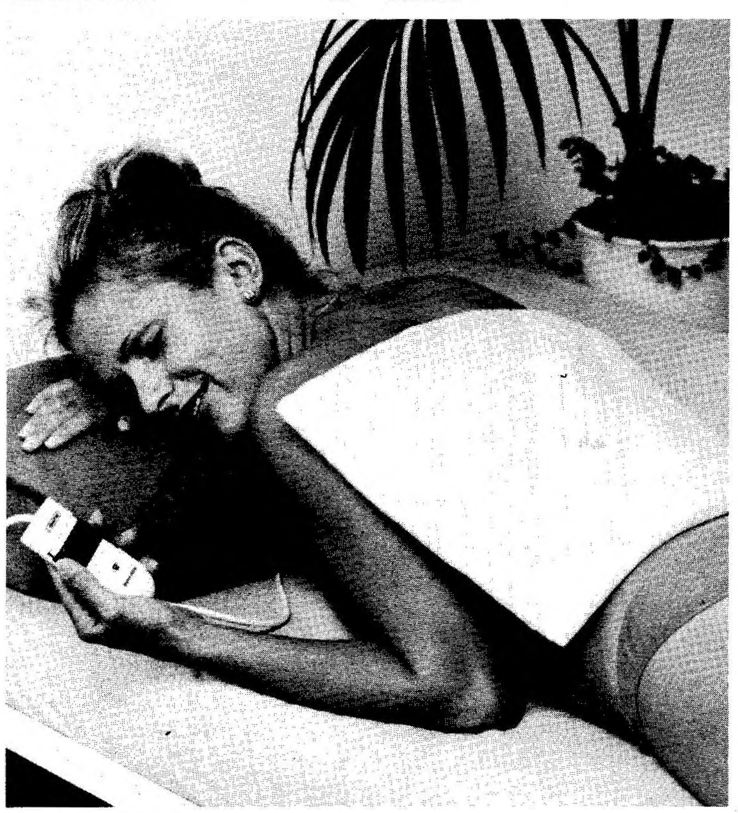
Dr. Margret A. Tucker und ihre Mitarbeiter aus Boston, USA, meinen, daß intensive UV-Bestrahlung ebenfalls schuld sein kann an der Entstehung des häufigsten Augenkrebses, des sogenannten intraokulären malignen Melanoms. Wie die Wissenschaftlerin herausfand, erkranken am häufigsten Blauäugige, gefolgt von Grau- oder Grünäugigen. Für Menschen mit braunen Augen ist das Risiko am geringsten. Haut- oder Haarfarbe scheinen dabei keine Rolle zu spielen. Einen relativen Schutz vor diesem Augenkrebs bieten Sonnenbrille sowie Sonnenschirme oder Hüte. □

Bei chronischen Darmentzündungen Pille absetzen

Wie Dr. L. Filippini und seine Mitarbeiter vom Kantonsspital in Luzern aufgrund eigener und fremder Untersuchungen glauben feststellen zu können, gibt es möglicherweise einen Zusammenhang zwischen entzündlichen Darmerkrankungen bei jungen Frauen und der Einnahme der »Pille«. Diese Annahme wird unterstützt durch die Tatsache, daß sich bei den von ihnen untersuchten Frauen die chronisch entzündlichen Darmerkrankungen nach Absetzen der Pille sehr rasch zurückbildeten und auch später nicht mehr aufgetreten waren.

Zwar gibt es auch andere, von der Einnahme der Pille unabhängige Formen der chronisch entzündlichen Darmerkrankung bei jungen Frauen, etwa den sogenannten Morbus Crohn oder Collitis ulcerosa, doch kann auch in diesen Fällen das Absetzen der Pille eine Besserung der Krankheit nach sich ziehen.

In jedem Fall, so die Schweizer Wissenschaftler, sollten junge Frauen, die an einer chronisch entzündlichen Darmerkrankung leiden, auf die Pille als Verhütungsmittel verzichten. □



Wärme kann heilen und hilft bei vielen Beschwerden. Das neue Heizkissen Thermostop von Beurer bietet in zwei Heizstufen wohldosierte Wärme. Weitere Informationen im Elektro- und Sanitätsfachgeschäft.



Mit der Mutter auf Tuchfühlung. Das Baby-Tragetuch »Didymos« hat für das Baby psychologische und medizinische Vorteile: Geborgenheit und mütterliche Wärme. Weitere Informationen: Erika Hoffmann, Uferstraße 30, D-7140 Ludwigsburg.

Jogging ja – aber nicht übertreiben

Dr. B. Marti von der Universität Bern stellte anhand einer Untersuchung an mehr als 4000 Läufern fest, daß eine ganze Reihe von Läufern während eines Jahres wegen laufbedingter Beschwerden und Verletzungen den Arzt aufsuchen oder sogar dem Arbeitsplatz fernbleiben mußten.

Zwar ist unbestritten, daß ein regelmäßiges Ausdauertraining in Form von Joggen oder Langlaufen nicht nur einen gewissen Schutz vor Herzinfarkt bietet, den Bewegungsapparat festigt und vor zu früher Abnützung schützt und allgemein Körper und Geist im wahrsten Sinne des Wortes beweglich hält, doch ist auch beim Joggen und Langlaufen das richtige Augenmaß von entscheidender Bedeutung.

Ein »Je mehr, desto besser« kann manchmal genau das Gegenteil des gewünschten Trainingseffektes zur Folge haben, da ab einer gewissen Obergrenze der wöchentlich gelaufenen Kilometer die Gefahr der Überlastung und Verletzung den Nutzen des Lauftrainings überwiegt.

Dr. Martini kam zu der Überzeugung, ebenso wie viele Herzspezialisten, daß ein wöchentliches Laufpensum von etwa zehn bis 15 Kilometern am vernünftigsten und sinnvollsten ist. □

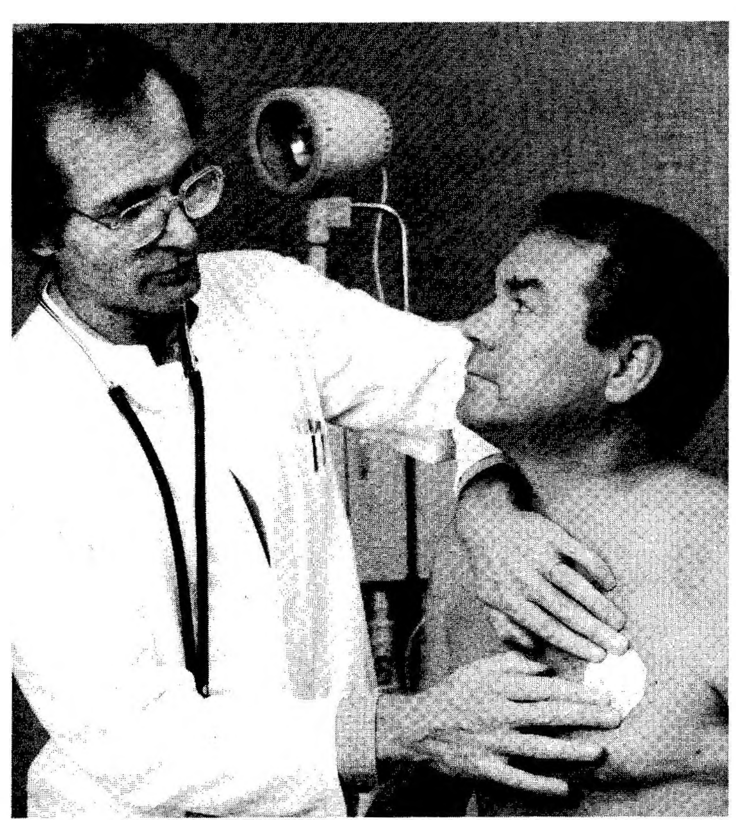
Alkohol schädigt nicht nur die Leber

Daß Alkohol in erster Linie die Leber schädigt, ist eine weitverbreitete Mär. Ebenso häufig wie die Leber greift der Alkohol nämlich auch das Gehirn und die Bauchspeicheldrüse an.

Wie die Hamburg-Mannheimer-Stiftung für Informationsmedizin mitteilt, berichtet der Wissenschaftler E. Wildhirt aus Kassel, daß bei der überwiegenden Mehrheit von Alkoholikern, die bereits an schweren Gehirnschädigungen oder chronischen Bauchspeicheldrüsen-Entzündungen leiden, normale Leberwerte festgestellt werden. □

Biofeedback senkt Bluthochdruck

Bei der Biofeedback-Therapie versucht der Kranke, sogenannte vegetative Vorgänge willentlich zu beeinflussen, etwa Muskeln zu entspannen oder Arme und Beine zu erwärmen. Anders als beim autogenen Training wird ihm der Erfolg oder Mißerfolg seiner Versuche durch optische oder akustische Signale vermittelt.



Pflaster gegen Herzkrankheit. Durch das Pflaster, das mit bestimmten Medikamenten versehen ist, werden Wirkstoffe gleichmäßig und langsam abgegeben, in optimaler Dosierung sowie an der richtigen Stelle.

Der amerikanische Wissenschaftler Dr. Ewald B. Blanchard berichtet in diesem Zusammenhang über eine Untersuchung an Bluthochdruckkranken. Von diesen Kranken konnten durch ein Biofeedback-Training 65 Prozent ihren Blutdruck in normale Bereiche senken. Nur mit Entspannungsübungen gelang dies erheblich weniger Patienten. Auch noch nach einem Jahr hatten rund 30 Prozent der vormals Kranken normalen Blutdruck.

Allerdings, so der Wissenschaftler, eignet sich die Biofeedback-Methode nur für bestimmte Patienten, deren Bluthochdruck hauptsächlich streßbedingt ist und noch nicht eine bestimmte obere Schwelle überschritten hat. □

Alkohol ist an vielem schuld

In einer großen amerikanischen Studie von A. B. Lowenfels und T. T. Miller zeigte sich eindeutig, daß Alkohol nicht nur bei Autounfällen federführend im Spiel war, sondern auch bei allen möglichen anderen Unfallarten, so bei Verbrennungen, Erfrierungen, Tod durch Ertrinken, bei Stürzen, bei Flugzeugunglücken und auch bei Mord und Selbstmord.

Aufgrund der erschreckenden Unfallstatistiken wird in den USA bereits erwogen, im Straßenverkehr die Null-Promille-Grenze einzuführen. □

Frühstück eine ideale Starthilfe

Gesunde Ernährung fängt bereits beim Frühstück an. Die während der Nacht verbrauchten Körperreserven müssen morgens wieder aufgefüllt werden, um den Stoffwechsel richtig in Gang zu bringen. Das Frühstück soll nicht nur ein Drittel des täglichen Energiebedarfs decken, es ist darüber hinaus eine gute Grundlage für die Anstrengungen und Leistungen des ganzen Tages. Dabei sollte man auf Ausgewogenheit achten.

Vitamine und Mineralstoffe sowie hochwertiges Eiweiß und schnell verfügbare Kohlenhydrate sind am Morgen besonders wichtig. Deshalb sollten Joghurt, Quark, Obst und Fruchtsäfte nicht fehlen. Damit der Körper optimal versorgt ist, kann man mit natürlichen Produkten wie zum Beispiel Leinsamen, Blütenpollen, Blütenpollen in Waldhonig und Keimfrisch-Keimlingen nachhelfen, die man ideal den Gerichten beimischen kann. Sie verfeinern nicht nur Getränke und Speisen, sondern ergänzen in optimaler Weise den Energie- und Nährstoffbedarf. □

Eisenmangel – Mangelkrankheit Nr. 1

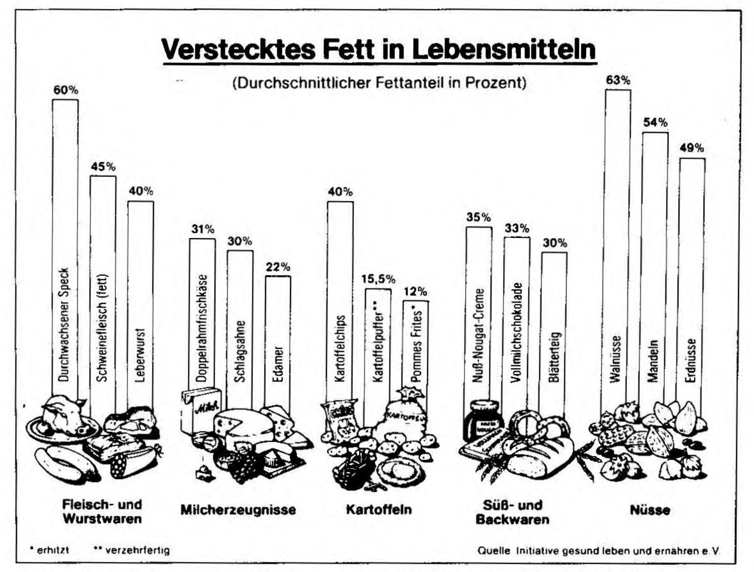
Eisen ist zwar das zweithäufigste Metall, das auf der Erde, in der Erdkruste und im flüssigen Anteil unseres Planeten vorkommt. Und trotzdem ist Eisenmangel die häufigste Mangelerscheinung, die es beim Menschen zu beobachten gibt. Selbst der junge und gesunde Mensch kann Eisenverlust, wie er zum Beispiel durch Blutspenden oder bei der Frau durch die monatliche Menstruation auftritt, allein durch ausgewogene Kost nicht ausgleichen.

Bei alten Menschen hingegen ist häufig einseitige Ernährung der Auslöser für Eisenmangel. Häufig ist der Zustand der Zähne zu schlecht, so daß nicht richtig gekaut wird. Oder das Gebiß paßt nicht mehr, und deshalb wird es einfach nicht mehr getragen. Als Folge dessen werden dann nur noch Milchprodukte, Brot und Mehlspeisen bevorzugt.

In einem Berliner Altenkrankenhaus mit 355 Patienten gaben 20 Prozent an, überhaupt kein Fleisch zu essen. Auch frisches oder sogar gekochtes Obst wurde abgelehnt. Um den täglichen Eisenverlust des alten Menschen von einem Milligramm pro Tag aber ausgleichen zu können, müßten täglich wenigstens zehn Milligramm Eisen zugeführt werden. Geschieht dies nicht, reagiert der alte Körper mit Schwäche, Herzjagen und Atemnot.

Bis heute existieren nur wenige Wege, um ein Eisendefizit im Körper auszugleichen. Injektionen bergen darüber hinaus das Risiko einer Eisenüberladung oder gar vermehrter Eisenablagerungen in Leber, Bauchspeicheldrüse, Hoden und Herzmuskeln.

Mit der Präparat Tardyform R wurden jetzt Dragees entwikkelt, die ihre Wirkstoffe besonders langsam innerhalb von sechs Stunden freisetzen. Als einziges Eisenpräparat enthalten sie einen Schleimhautschutzstoff und sind damit auch über längere Zeit besonders verträglich. □



Mit durchschnittlich 130 Gramm Fett ißt der Bundesbürger täglich doppelt soviel wie empfohlen. Besonders erschwert wird die Kontrolle, da etwa 60 Prozent davon aus »verborgenem« Fett bestehen.

Ernährung

Krankenkost nicht immer gesund

Ernährungsbedingte Krankheiten kosten die bundesdeutsche Volkswirtschaft jährlich 42 Milliarden Mark und das trotz verstärkter Aufklärungsarbeit und gestiegenem Gesundheitsbewußtsein in der Bevölkerung.

Eine kürzlich veröffentlichte Studie zeigte jetzt allerdings, daß daran nicht nur der Bürger allein schuld sein kann. Was ständig von Medizinern über gesunde Ernährung gepredigt wird, scheint nämlich selbst in den eigenen Häusern keine Anwendung zu finden. Die Untersuchung der Sektion »Ernährungsmedizin und Diätetik« der Medizinischen Uniklinik Freiburg über Ernährung in Krankenhäusern ließ erkennen, daß viele Patienten in Kliniken keine auf ihre Krankheit abgestimmte Diät bekommen, obwohl dies aus medizinischen Gründen dringend erforderlich gewesen wäre.

Zuviel Zucker und tierische Fette

Der Anteil der ernährungsbedingten Krankheiten an den Kosten aller Krankheiten beträgt mittlerweile rund 27 Prozent. Davon stehen an der Spitze Karies (zuviel Zucker) mit 16,4 Milliarden DM, gefolgt von Herzkrankheiten (Übergewicht, zuviel gesättigtes, tierisches Fett) mit 10,6 Milliarden Mark, Bluthochdruck (Salz) mit 3 Milliarden Mark und Leberzirrhose (Alkohol) schlägt nochmals mit 2,2 Milliarden Mark zu Buch.

Eine richtige Ernährung ist also schon für den gesunden Menschen wichtig, um nicht krank zu werden. Die Ernährung von Patienten während ihres Krankenhausaufenthaltes sollte demnach erst recht einen wesentlichen Bestandteil der Behandlung darstellen. Das scheint allerdings in den meisten Kliniken immer noch graue Theorie zu sein. So jedenfalls in der genannten Studie – untersucht und festgestellt an den Medizinischen Universitätskliniken Freiburg, Mannheim, Tübingen, Heidelberg und Würzburg sowie an drei Krankenhäusern in Südbaden.

Am besten, wenn auch nicht den Forderungen entsprechend, steht es mit der diätetischen Behandlung bei Diabetes. 90 Prozent der Patienten, bei denen eine Zuckerkrankheit festgestellt wurde, erhielten auch eine entsprechende Diät.

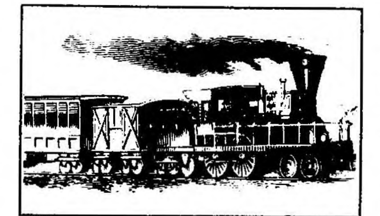
Generell schlecht bestellt ist es allerdings um die diätetische Behandlung der Risikofaktoren für Herz- und Gefäßerkrankungen: Bluthochdruck, erhöhten Cholesterinwerten und Übergewicht wurde durchweg zu wenig Beachtung geschenkt.

Eine traurige Bilanz

Nur zwischen 59 und 99 Prozent der Patienten, die zuviele Pfunde auf die Waage brachten, wurden auch auf Schmalkost gesetzt. Salzarme Ernährung bei Bluthochdruck wurde nur in 2 bis 35 Prozent der Fälle verabreicht. Und die Verordnungen sind in den letzten Jahren sogar rückläufig.

Ganz betrüblich ist die Situation bei der Behandlung von Fettstoffwechselstörungen. Hier wurden diätetische Maßnahmen zur Senkung des erhöhten Cholesterinspiegels in einzelnen Krankenhäusern vielfach überhaupt nicht, im günstigsten Fall bei 40 Prozent der Betroffenen vorgenommen. Und das, obwohl seit langer Zeit bekannt ist, daß hohe Blutfettwerte Hauptursache für den Herzinfarkt sind.

Alles in allem eine traurige Bilanz. Erst recht, wenn man bedenkt, daß jeder zweite Bundesbürger an einer Herzerkrankung stirbt. Und diese, auch das weiß man seit geraumer Zeit, sind vorwiegend auf eine falsche Ernährung zurückzuführen. Die Risikofaktoren, die jedoch diese Erkrankungen hervorrufen, werden aber selbst dort nicht entsprechend gewürdigt, wo man sich in erfahrener und sicherer medizinischer Versorgung wähnt. □



Ernährung

Karies durch süße Sachen

Fehl- und Überernährung machen unsere Kinder krank. Damit sie groß und stark werden, wird meist zuviel des Guten getan. Was und in welchem Maße ein Kind essen muß, um sich körperlich und geistig optimal zu entwickeln, wissen die wenigsten Eltern. Karies, Übergewicht und mangelnde Infektabwehr sind darum die häufigsten Krankheitssymptome, wenn es mit der Ernährung nicht stimmt.

Professor Droese, ehemaliger Leiter des Forschungsinstitutes für Kinderernährung in Dortmund, wies während einer Ärztetagung auf die häufigsten Ernährungsfehler bei Kindern hin und gab Ratschläge, worauf besonders zu achten ist.

Eltern, die meinen, ihre Kinder durch ausschließlich vegetarische Kost gesund zu ernähren, müssen sich eines Besseren belehren lassen. Tatsächlich gefährden sie ihre Zöglinge damit. Kinderärztliche Erfahrungen haben gezeigt, daß bei vegetarisch ernährten Kindern die Infektabwehr durch die geringe Proteinzufuhr deutlich herabgesetzt ist. Bei Scharlach- und Diphtherie-Epidemien hat es sie oft als erste »erwischt«.

Eine von Professor Droese in Dortmund durchgeführte Untersuchung an 310 Kindern im Altern von ein bis 14 Jahren gibt erstmals Aufschluß über die richtige Kost im Kindesalter.

Es wird immer wieder behauptet, daß der Proteinverzehr von Kindern in hochindustrialisierten Ländern viel zu hoch ist. Das stimmt jedoch nicht. Denn hochwertiges Eiweiß in ausreichenden Mengen ist unbedingt erforderlich für die körperliche Entwicklung.

Beim Neugeborenen beträgt der Anteil der Muskulatur am Körpergewicht etwa 25 Prozent, beim Erwachsenen dagegen 45 Prozent. Um letzteren Wert bis zum 14. Lebensjahr zu erreichen, ist eine hohe Proteinzufuhr vorzugsweise aus Milch und Fleischprodukten zu empfehlen.

Die Überernährung beim Kind wird nicht, wie immer behauptet, durch einen hohen Fettverzehr verschuldet, sondern durch ein Zuviel an wertlosen Kohlenhydraten wie Süßigkeiten, Zukker, Eiscreme. Wichtig sind hochwertige Fette, die unentbehrliche Wirkstoffe liefern, zum Beispiel die lebensnotwendige Linolsäure, die der Körper nicht selbst aufbauen kann. Linolsäure ist eine mehrfach ungesättigte Fettsäure, die vor allem in pflanzlichen Fetten vorkommt.

Ohne einen ausreichenden Fettverzehr ist es dem Körper auch nicht möglich, fettlösliche Vitamine aufzunehmen. Sie können nur durch das Nahrungsfett aufgenommen und so vom Körper verwertet werden.

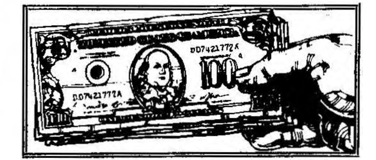
Immer mehr wertlose Kohlenhydrate

Die Hälfte der Energieaufnahme sollte durch Kohlenhydrate gedeckt werden. Es ist jedoch darauf zu achten, daß diese aus ballaststoffhaltigen Lebensmitteln stammen – zum Beispiel Obst, Obstsäften, Graubrot, Kartoffeln und Hülsenfrüchte.

Die Häufigkeit von Karies bei Kindern ist auf den steigenden Verzehr von wertlosen Kohlenhydraten wie Süßigkeiten, Limonaden und mit Zucker gesüßten Speisen zurückzuführen.

Exakte Bestimmungen für den optimalen Energie-, Nähr- und Wirkstoffbedarf lassen sich, so Professor Droese, zwar auch nicht nach dieser Untersuchung ermitteln. Aber immerhin zeigen sich zumindest die Grundprinzipien für die kindliche Ernährung.

Das ewige Hin und Her der Diskussion, unsere Kinderernährung sei zu fett oder zu eiweißreich, kommt vor allem daher, daß viele Leute darüber reden, aber nichts wissen. Um Fehl- und Überernährung zu verhüten, sind daher nach Meinung des Dortmunder Professors noch geduldige Aufklärung sowie Erziehung der Bevölkerung vonnöten. □



Naturheilmittel

Der Zufall bringt es an den Tag

Im heutigen Medikamenten-Dschungel ist es nicht mehr einfach, gezielt das richtige Präparat für sich auszuwählen. Ebenso geht es den Forschern, die häufig ein Medikament nicht gezielt entwickeln, sondern durch einen Zufall oder eine Beobachtung darauf stoßen.

Der Zufall ist nicht nur der Vater der Entdeckung des Penicillins, sondern auch der tropische Wildstamm einer sogenannten Kulturhilfe, die heute unter der Bezeichnung Saccharomyces Cerevisiae Hansen CBS 5926 geführt wird, wurde von einem französischen Forscher auf diese Weise entdeckt und in die Therapie eingeführt. Der Forscher Boulard hatte beobachtet, daß Eingeborene in Südostasien die Rinde von Lichibäumen kauten, wenn sie Durchfall hatten.

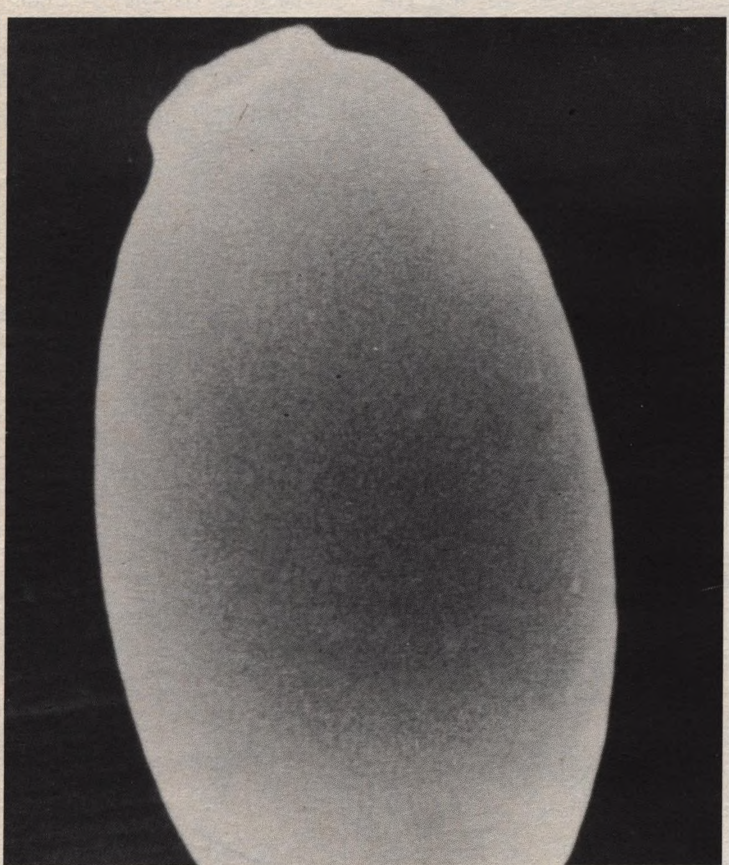
Aus dieser Rinde konnte Boulard den genannten Hefestamm isolieren, der einen ebenso unaussprechlichen Namen hat wie das Krankheitsbild, für dessen Therapie er sich als segensreich herausstellte.

Die Zufuhr dieses Hefepräparates vermag mit der krankmachenden und durchfallerregenden Bakterienbesiedlung im Darm innerhalb kürzester Zeit aufzuräumen und die Situation des Waffenstillstandes unter den zahllosen winzigen Organismen, die natürlicherweise den Darm besiedeln, wieder herzustellen.

Im Falle des Falles

Diese Hefe ist ein biologisches Präparat, weist keine Nebenwirkungen auf und kann von jung und alt »im Falle des Falles« bedenkenlos angewendet und auch zur Vorbeugung eingenommen werden.

Das Medikament ist unter dem Namen Perenterol in der Apotheke erhältlich und wird von einer Arzneimittelfirma in Waltrop hergestellt, womit wir von der tropischen Frucht über den Wildstamm den Weg ins Ruhrgebiet gefunden haben. □



Perenterol-Hefezelle: Jede Kapsel enthält eine Milliarde lebensfähiger Hefezellen.

Hintergrundinformationen
Die Geschichtstrilogie von Rolf Carsjens

Die erste handfeste Arbeit über die Konstruktion der Macht und der Ausbeutung der Menschen.

MACHT UND WAHN
Panorama der Weltgeschichte
232 Seiten, mit Register, farbiger Kartoneinband, DM 29,80

MENSCHEN UND UNMENSCHEN
Geschichte ohne Maske
208 Seiten, mit Register, farbiger Kartoneinband, DM 29,80

ELITE IM SCHATTEN DES BÖSEN
Die Vernichtung des Germanentums
176 Seiten, mit Register, farbiger Kartoneinband, DM 28,–

Jeder Band mit einem ausführlichen Quellenverzeichnis und in sich abgeschlossen.

Drei Werke voller Dynamik, Aussagekraft, Wahrhaftigkeit und Klarheit. Sie vermitteln dem Leser, meisterhaft formuliert, nicht nur Erkenntnisse über das gewöhnliche Alltagswissen hinaus, sondern eine fast universelle Wissensübersicht und Geschichtskenntnis.
Die oft erschreckenden historischen Fakten lesen sich wie ein spannender Kriminalroman. Klar wird hier gesagt, wer Staaten in Kriege, Revolutionen und Krisen verwickelt.
Hier wird Geschichte gründlich entschleiert, entwirrt, mit einer Fülle von exakt belegten Einzelheiten spannend und gegenwartsbezogen dargestellt. Wer sich über Hintergründe des Weltgeschehens, besonders aber über unbekannte Tatsachen unserer eigenen Geschichte informieren möchte, der sollte diese aufklärenden Werke unbedingt lesen.

Verlag MEHR WISSEN
Jägerstraße 4 - 4000 Düsseldorf 1 - Ruf (02 11) 21 73 69

Geht ganz schön unter die Kopfhaut.

Scharach®
Biologisch aktives Haartonikum.
In allen Apotheken. Auch in der Schweiz und Benelux erhältlich.

3 Speisen getrennt im Keramikeinsatz
FISCH NATUR ohne Salz
Zartes braunes Fleisch
Getreidequellen ohne Kochen
Gemüsetrank ohne Kochen
Gemüseschale ohne Kochen
Marmelade ungekocht und ohne Zucker!
Eine wundervolle Garidee von
RAI STUPLICH, Görgenstr. 7A, 5400 Koblenz, Tel. 0261/32277

DM 198,– per Nachn.
bei Vorkasse DM 192,–



Pilz gegen Pilz

Rosina Fasching

Die Veröffentlichungen über das Naturheilmittel Teepilz Kombucha haben eine ungewöhnliche Resonanz in der Öffentlichkeit gefunden. Der Teepilz Kombucha stammt aus dem ostasiatischen Raum und ist schon seit Jahrhunderten ein beliebtes Volks- und Hausmittel. Über China, Korea, Japan, Indien und Rußland verbreitete sich die Kombucha schließlich auch in den osteuropäischen Ländern und ist wegen ihrer günstigen Wirkung bei Stoffwechselkrankheiten sehr beliebt. Bis zum Zweiten Weltkrieg war sie nahezu in jedem Haushalt anzutreffen. Durch den Krieg allerdings, als es den Menschen an den nötigen Mitteln – schwarzer Tee und Zucker – zur Erhaltung des Pilzes fehlte, büßte sie ihre Popularität ein.

Dem Arzt Dr. med. Rudolf Sklenar gelang es, im gefärbten Blutausstrich Erreger nachzuweisen, die für das Krebsgeschehen verantwortlich sind. Mit seiner relativ einfachen und schnellen Blutfärbemethode lassen sich Tumorvorstadien und Krebs eindeutig und frühzeitig diagnostizieren. Nach jahrelangen Untersuchungen konnte er die vier visiblen Stadien des Erregers in seinem Pilzstadium ausfindig machen.

Kombucha normalisiert das Blutbild

Der Blutparasit befällt die roten Blutkörperchen, entwickelt sich in ihnen und zerstört diese. Anfangs sieht man nur vereinzelte Sporen und nur eine leichte Schädigung der roten Blutkörperchen. Bei Tumorvorstadien sind schon Jahre vor Auftreten eines Tumors Granula (Stadium I) und Stechapfelformen (Stadium II) zu sehen. Im Laufe der Erkrankung kommt es zu einer deutlichen Zunahme der Stechapfelformen und schließlich zur Bläschenbildung (Stadium III).

Bei fortschreitenden Tumoren sind die roten Blutkörperchen innen wie ausgefressen, und letztlich zeigen sich nur noch Ringformen (Stadium IV). Auch das Vorhandensein von entarteten, übergroß gewucherten roten Blutkörperchen bedeutet ein malignes Stadium.

Weiter fühlen sich Patienten in den Tumorvorstadien krank und konsultieren Fachärzte und Kliniken, die keine krankhaften Befunde erheben. Es hat sich gezeigt, daß schon in diesen Tumorvorstadien Iris und Blutbild stark positiv sind und dieselben Veränderungen aufweisen wie bei diagnostizierten Krebsfällen.

Alle Stadien des Sklenar'schen Blutbildes müssen intensiv mit Kombuchagetränken, Kombucha-D1-Tropfen, Colipräparaten und einem Mittel zur Sauerstoffanreicherung im Gewebe behandelt werden. Dies auch deshalb, weil wie Dr. von Brehmer feststellen konnte, seelische Erschütterungen wie Depressionen, Schock, Kummer, Sorgen und Angst den pH-Wert des Blutes basisch beeinflussen und somit dem Erreger in seiner Entwicklung förderlich sind.

Nach ungefähr vier bis sechs Monaten kommt es durch diese angeführte Therapie zur Normalisierung des Blutbildes, zum Schwinden der Ablagerungen in den Iriden und zum Wohlbefinden des Patienten.

In der Iris Anhaltspunkte für die Krankheit

Schon 1000 Jahre vor unserer Zeitrechnung war den Menschen aufgefallen, daß alles, was auf den menschlichen Organismus einwirkt, auf das Auge nicht ohne Einwirkung bleibt. Und zwar sieht der geschulte Irisdiagnostiker in den Iriden mittels einer Lupe verschiedene Zeichen und Erscheinungsbilder, die mit Organerkrankungen parallel einhergehen.

Die Irisdiagnostik beherrschen heißt Mosaiksteine sammeln, wobei es nicht allein darauf ankommt, zu sehen, sondern zu ersehen. Die Schwierigkeit liegt insbesondere darin, Zusammenhänge zu erkennen, um sich die natürlichen Abläufe im Körper erklären zu können.

Wenn die Iridologie auch ein Thema ist, dessen theoretische Grundlagen unklar und mystisch sind, so haben umfassende Untersuchungen in der Art von Gegenüberstellungen diagnostischer Ergebnisse von Kliniken mit denen von Augendiagnostikern dennoch eindeutig und zweifelsfrei ergeben, daß zwischen Iriszeichen und erkrankten Organen Zusammenhänge bestehen.

Der Augendiagnostiker kann jedoch nur die Erkrankung eines Organes lokalisieren, nicht aber die Art dieser Erkrankung bestimmen. Auch bei akuten Organerkrankungen wird die Irisdiagnose versagen müssen, jedoch fehlen Iriszeichen äußerst selten bei chronischen Leiden. Das heißt also, durch die Irisdiagnostik läßt sich früh ein schleichender Krankheitsverlauf diagnostizieren oder besser: prognostizieren, der Jahre, ja erst Jahrzehnte später, als Stoffwechselkrankheit zum Ausbruch kommt.

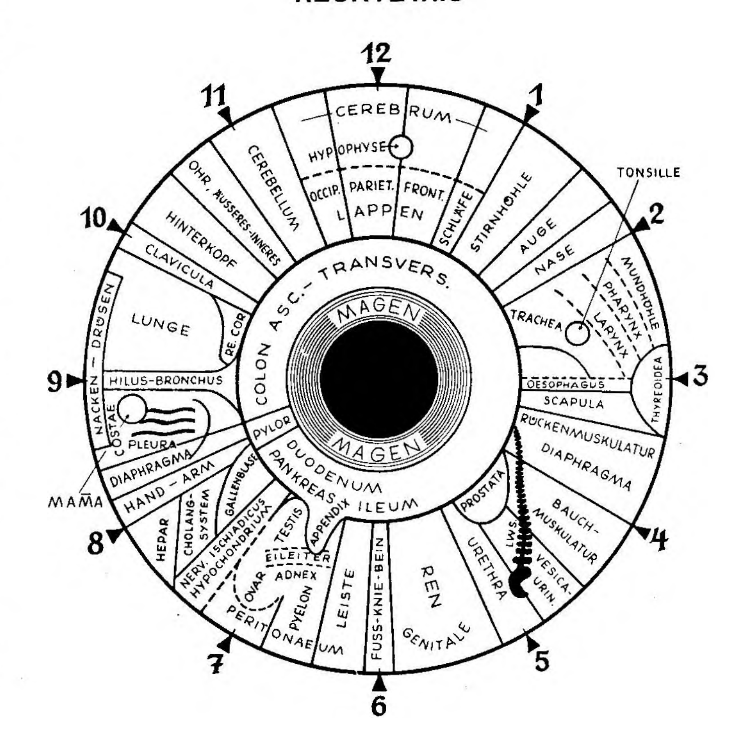
Dem hippokratischen Arzt der europäischen Antike, wie auch später Paracelsus, wurde vorgeworfen, nicht diagnostisch sondern prognostisch vorgegangen zu sein, weil sie sich mit ihren Methoden vom Unheilbaren strikt fernhielten. Das heißt, sie ließen eine Krankheit nicht erst ein unheilvolles Entwicklungsstadium erreichen, sondern waren bemüht, rechtzeitig zu erkennen, was schlecht ausgehen würde.

Auch mit der Irisdiagnostik ist eine prognostische Früherkennung möglich. Man erkennt eine Krankheit bereits vor ihrem Beschwerdestadium – in ihrer Initialphase – und kann sie deshalb wesentliche einfacher, leichter und milder behandeln, als später im ausgereiften Beschwerdestadium.

Signale im Augenhintergrund

Dr. Sklenar fand in der Irisdiagnostik wertvolle Anhaltspunkte um schleichende Krankheitsprozesse frühest zu erkennen. Er beobachtete, daß die Veränderungen im Bereich der Iris in erster Linie die Iriskrause betreffen, die auf den Zustand des Darmes (Dickdarm) hinweist.

RECHTE IRIS



Bei Patienten mit Herderkrankungen, Stoffwechselstörungen und bei Krebsbelasteten, zeigt die Iris eine Pigmentation in Form brauner bis schwarzer Ablagerungen. Oft sieht man breite Pigmentkränze rings um die Krause oder auch zigarrenartige Gebilde (Torpedos), die von winzigen, mikroskopischen Körnerpigmenten umgeben sind.

Jahrelange Untersuchungen machten Dr. Sklenar klar, daß diese Pigmentationen den Schluß auf eine generelle Erkrankung des Körpers zulassen. Die Ursache hierfür liegt im Vorhandensein von Krankheitsherden. Die Parallelität zwischen den krankhaften Veränderungen in der Iris und in Dr. Sklenars Blutbild war bei seinen Untersuchungen immer gegeben.

Dennoch, so ganz ohne Beachtung bleibt die Irisdiagnostik auch bei anderen Ärzten nicht. Dr. med. V. Miszalok von der Augenklinik der Freien Universität Berlin erarbeitete unter Mitwirkung von Dr. Th. Seiler und Professor Dr. J. Wollensak und mit Hilfe einer präzisen Spezialkamera eine Diagnosemethode zur Früherkennung von verborgenen Krankheiten.

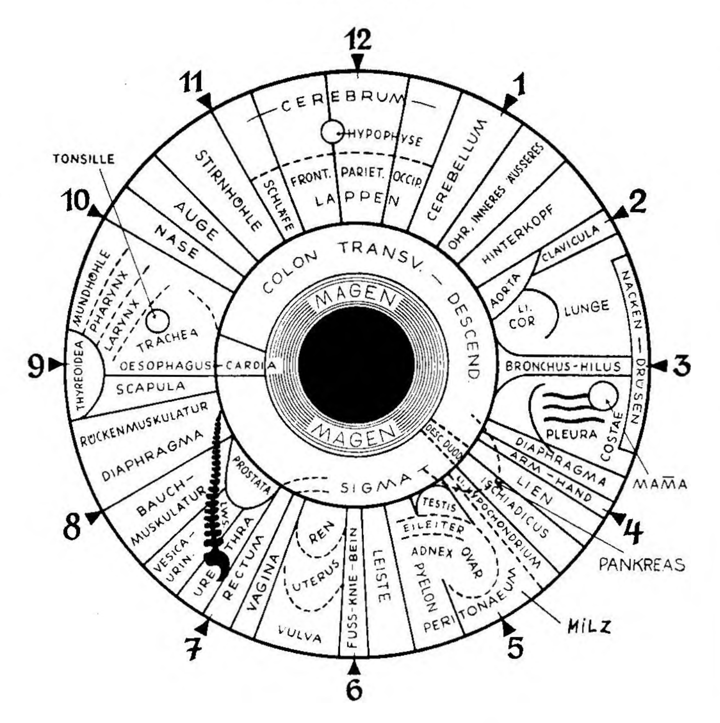
Die Fotos des Augenhintergrundes verraten sofort bis dahin nicht erkannte, schwere Krankheiten wie zum Beispiel Gehirntumor, zu hohen Blutdruck, Arteriosklerose und die Zuckerkrankheit. Vor allem die Arterienverkalkung läßt sich auf diese Weise so früh erkennen, daß Risiken wie Herzinfarkt, Schlaganfall und Raucherbein frühzeitig erkannt und behandelt werden können.

Keine optisch zugängliche Stelle des menschlichen Organismus ist so aussagekräftig wie der Augenhintergrund (Fundus). Er weist bei einem »gesunden« Menschen eine immer gleichbleibende Struktur auf. Aber jede kleine Veränderung bedeutet ein Signal oder Alarmzeichen. Andere Tests und Diganoseverfahren sind zu diesem Zeitpunkt oft noch negativ.

Es müßte zum Beispiel nur routinemäßig jährlich ein solches »Augen-Foto« angefertigt, mit dem des Vorjahres verglichen werden und so die körperliche Verfassung des Menschen indiziert werden. Dr. Miszalok ist optimistisch: »In zehn Jahren wird jede Vorsorgeuntersuchung erst einmal mit der Untersuchung des Augenhintergrundes beginnen.«

Was aber schon heute ohne Spezialkamera jemand in seinem Auge irrtümlich vielleicht als »persönliche Note« – ähnlich seinem einzigartigen Fingerab-

LINKE IRIS



Vitale Gesundheit durch natürlichen Sauerstoff

Die robuste Gesundheit und extreme Langlebigkeit der Einwohner eines kleinen Dorfes in den kaukasischen Bergen erregte schon vor 60 Jahren die Aufmerksamkeit russischer Wissenschaftler.

Das Ergebnis ihrer Untersuchungen: **Wer an einem Wasserfall lebt, genießt den Vorzug, den natürlichen Sauerstoff, den uns die Umwelt bietet, aufzunehmen.** Die Wissenschaftler haben Geräte konstruiert, die den Wasserfall-Effekt nachvollziehen. Dabei entsteht jener gesunder Sauerstoff (Hydro-Ionen genannt) der für Körper und Organismus lebensnotwendig ist. Der dtsch. Arzt und Biologe **Dr. Dr. Konstantin von Brunowsky** hat für alle, die gesund leben wollen, ein praktisches Gerät entwickelt. **TROMA-ION** heißt dieser Gesundbrunnen. Es kann bequem und ohne Extra-Installationen an der Badewannenarmatur oder auch an der Dusche angeschlossen werden.



Biologisch lebendiger Sauerstoff

Wasserfälle haben die Menschen seit je wie ein Magnet angezogen. Nicht nur der visuelle Eindruck vermittelt diesen Einfluß, es ist die frische, erholsame Luft. Die Luft, die durch den Wasserfall-Effekt entsteht, enthält hochwertigen **»lebendigen« Sauerstoff** (sogenannte feuchte Sauerstoff-Ionen). Dies wurde durch **Nobelpreisträger Prof. Ph. Lenard** nachgewiesen.

Bereits ein zweimal täglicher Gebrauch des **TROMA-ION kann die Lunge regenerieren** und **die Zellen »trainieren«, vermehrt Sauerstoff aufzunehmen.**

Sauerstoffmangel in den Körperzellen ist bekanntlich ein auslösender Faktor vieler Krankheiten.

Die körpereigene Abwehrkraft (Immunsystem) kann gestärkt werden. Vorgebeugt wird den **Infektions- und Erkältungskrankheiten, Wetterfühligkeit** wie z. B. **Kopf- und Gliederschmerzen, Kreislauf- und Atembeschwerden.** Das **TROMA-ION** gehört zu den größten Erfindungen der letzten Jahre auf dem Gebiet der **natürlichen Gesundheitsvorsorge und -pflege** und wurde vom Hygiene-Institut am Klinikum der Universität Heidelberg (Dr. Varga) geprüft und begutachtet. Dort wurde festgestellt, daß die Hydro-Ionen merklich zur Gesundheit des Menschen beitragen können.

Ausführliche Gratisinfos bei **PRO-VITAL Versand Tien, Postfach 2468/1 4460 Nordhorn, Eilanforderungen Tel. (05921) 13166**

DIES IST EINES DER WICHTIGSTEN UND WERTVOLLSTEN BÜCHER ÜBERHAUPT . . .



denn es zeigt uns, daß die Leber wie eine zuverlässige Zollschranke möglichst alles zurückhält, was dem Zellstaat unseres Körpers irgendeinen Schaden zufügen könnte. Tatsache ist, daß eine stabile Gesundheit immer eine gut funktionierende Leber voraussetzt. Was wir selbst dazu beitragen können, um unser lebenswichtiges Organ gesund und funktionstüchtig zu erhalten, dies zeigt uns das völlig neu überarbeitete Buch des bekannten Schweizer Naturarztes Dr. h. c. A. Vogel

Die Leber **als Regulator der Gesundheit**

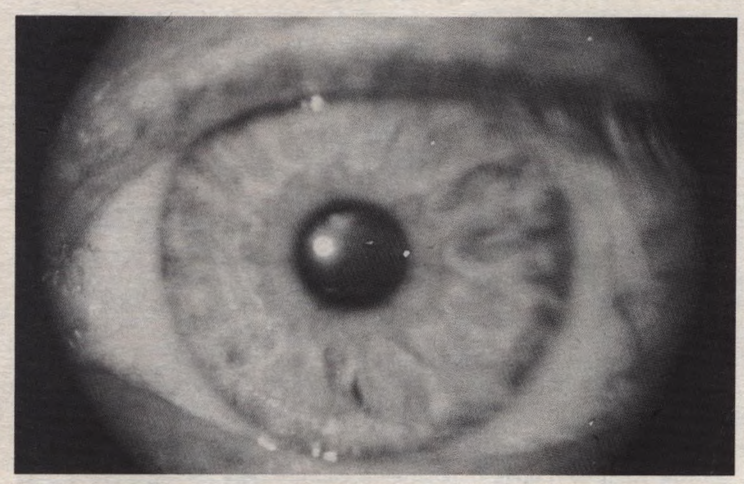
496 Seiten Inhalt, 16 Seiten Farbbilder, Ganzleinen

Auslieferung in der Schweiz: Verlag A. Vogel GmbH., CH-9053 Teufen AR. Preis Fr. 32,– zuzügl. Versandkosten

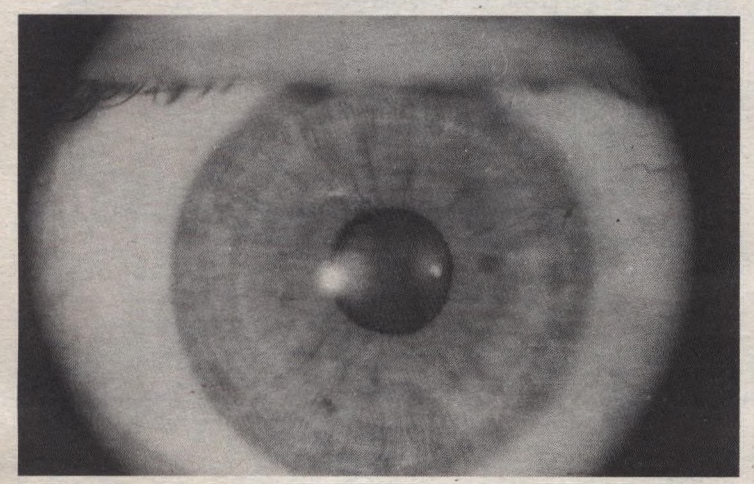
Auslieferung in Deutschland: Verlagsauslieferung A. Vogel/ Buchversand M. Förster, Postfach 5003, 7750 Konstanz, zum Preis von DM 38,50 zuzüglich DM 2,– Versandkosten

Krebs

Pilz gegen Pilz



Linke Iris: Die grauweißen Streifen und Knoten stellen eine erhebliche Harnsäurebelastung dar.



Rechte Iris: Hier sticht sofort das breite und zerklüftete Darmrelief ins Auge.

druck – interpretiert, ist nichts anderes als ein Zeichen einer Herderkrankung, Stoffwechselstörung oder auch Verletzung.

Die Mikrobe ist nichts, das Terrain ist alles

In den Forschungsergebnissen von Enderlein vor über 60 Jahren liegt bereits die Antwort, daß nur biologische Mittel – wie auch der Kombuchapilz – als wirksames Therapeutikum bei Krebs zur Anwendung kommen muß. Dem Krebsvirus »Endobiont«, »Siphonospora polymorpha“ oder wie es sonst noch benannt wurde, ist nur beizukommen, wenn ihm der Nährboden – das Milieu – entzogen wird.

Schon Pasteur wußte: »Die Mikrobe ist nichts, das Terrain ist alles!«

Und hervorragende Naturheiler wie ein Louis Kühne sagten: »Eine akute Krankheit ist nicht denkbar, wenn ihr nicht eine Belastung des Körpers mit Fremdstoffen vorausgegangen ist.«

So ist der wichtigste Grundsatz jeder naturgemäßen Behandlung die Entgiftung und Entschlackung des Organismus zur Wiederherstellung eines gesunden Milieus mit großer Abwehrkraft.

Der Kombuchapilz ist ein Sprossenpilz mit Säurebedürfnissen und schließt auch, beziehungsweise behindert die niedere Mikrobe »Endobiont« mit Alkalitätsbedürfnissen in ihrer Entwicklung, so daß sie für den Menschen ungefährlich wird beziehungsweise bleibt. Die Behandlung von Krebs, also seiner Vorstadien wie auch des Tumorstadiums, liegt in einer einfachen Formel: Pilz gegen Pilz!

Selbstverständlich sind diesbezüglich noch umfangreiche Forschungen anzustellen, aber die Behandlungsmethoden nach Sklenar bei Stoffwechselkrankheiten und Krebs mit dem altbewährten Naturheilmittel Kombucha und mit Colipräparaten zeigt uns einen hilfreichen Weg. Bislang gibt ihm der Erfolg recht. Vielleicht gelingt es Mikrobiologen und Pharmakologen, die Inhaltsstoffe der Kombucha mit ihren bakteriellen Stoffwechselprodukten zur Gewinnung eines Serums zu isolieren, um die Menschheit mittels Impfung von ihrer schrecklichen Geißel zu befreien.

Solange das Wissen um die Existenz eines Krebsvirus aber nur von wenigen Medizinern geteilt wird und sich demzufolge die Krebserregertheorie nicht in der Behandlung manifestiert, entzieht sich uns die endgültige Lösung der Krebsfrage.

So bedeutet der kleinste Knoten in der Brust bereits eine Geschwulst und ist schon kein Krebsvorstadium mehr. Von Früherkennung kann hier nicht mehr die Rede sein. Also erst wenn das »Malheur in Zentimetern« da ist, wird die richtige Diagnose gestellt und die Behandlung mit Chemotherapie und Strahlen oder mittels chirurgischen Eingriffes vorgenommen. Eine Krebsbekämpfung in diesem Stadium ist aber, wie die Erfahrung uns lehrt, aus mehreren Gründen unbefriedigend.

Bei Aids Symptome wie bei Krebs

Beim chirurgischen Eingriff werden zwar streuende Herde und wuchernde Gewächse entfernt, die Metastasen hingegen bleiben unbeschadet. Bei Operationen werden noch dazu Unmengen von giftigen Substanzen aus dem Tumorgewebe freigesetzt, die der Körper unmöglich neutralisieren kann und daran er eventuell zugrundegeht.

Auch die Strahlentherapie konnte nicht die in sie gesetzten Hoffnungen erfüllen. Wie schon beim chirurgischen Eingriff hinterläßt auch die Strahlentherapie Verletzungen beziehungsweise Verbrennungen am gesunden Gewebe. Dies verursacht weitere Schwachstellen im Körper. Darüber hinaus ist festzuhalten, daß einem Virus, das die weit größere Widerstandskraft aufweist als der menschliche Körper, auch mit raffinierten neotechnologischen Werkzeugen nicht beizukommen ist.

Schließlich hat sich bislang auch kein einziges chemotherapeutisches Mittel bei Krebs als wirksam erwiesen. Im Gegenteil, die zusätzliche Anhäufung von Chemieschutt im Körper schwächt dessen eigene Abwehrkraft noch mehr. Nachdem auch die Euphorie um das »Krebswundermittel Interferon« wieder verblaßt ist, bleibt nur die interessante Frage, warum Interferon als »Mittel gegen Viren« gepriesen wurde? Auf welchen Überlegungen beziehungsweise Forschungsergebnissen stützt sich die Annahme, daß ein »Mittel gegen Viren« bei Krebs den Durchbruch bringen wird?

Abschließend eine Bemerkung zur Frage, warum ein Organ häufiger als ein anderes vom Krebs befallen wird: Stets wird sich die Krankheit an der schwächsten Stelle des Organismus zeigen. Ebenso wie eine Kette nur so stark ist wie das schwächste Glied derselben, wird der menschliche Organismus nur so gesund sein, wie das schwächste Organ desselben.

Und als Ausblick möchte ich noch auf die Aids-Krankheit eingehen. Wie Dr. Sklenar feststellte, sind die entdeckten Viren von Gallo, Montagnier, von Brehmer, Scheller, Enderlein, Sklenar und anderen identisch. Aids konnte als Krankheit entschlüsselt werden, zwischen deren Infektion und dem Ausbruch Jahre vergehen können. Das Leiden beginnt mit Abgeschlagenheit, Fieber, Durchfälle, Gewichtsverlust und später zeigen sich schwere Organfunktionsstörungen. Alle Aids-Kranken weisen einen eigenartigen Immundefekt auf. Die Symptome der Aids-Krankheit sind also ebenfalls weitgehend identisch mit den Symptomen der Krebskrankheit. □

Für alle weiteren Auskünfte, Kritik und Anregungen schreiben Sie bitte an Rosina Fasching, Postfach 98, A-9021 Klagenfurt; Dr. med. Sklenar Bio-Produkte, Bochumer Straße 92–104, D-4270 Dorsten.

Vorsorge

Früherkennung von Nierenerkrankungen im Selbsttest

Wenn es im menschlichen Organismus irgendwo hakt, gibt der Körper offen oder versteckt Alarmzeichen von sich. Die offenen erkennt jedermann sofort: dann hat er Kopfweh, es zwickt irgendwo oder er fühlt sich schlecht. Den versteckten Alarmzeichen auf die Spur zu kommen, ist nicht ganz so einfach, bisher jedenfalls.

Die moderne Pharmazeutik entwickelt immer mehr Methoden, den versteckten Alarmzeichen des Körpers auf die Spur zu kommen. Eine dieser Methoden zielt auf Erkrankungen der Nieren, der Harnwege und erste Anzeichen für die Zuckerkrankheit.

Selbsttest über den Urin

Liegen solche Krankheiten vor, scheidet der menschliche Körper, oft bevor irgendwelche Beschwerden auftreten, vermehrt bestimmte Stoffe aus. Dies geschieht über den Urin. Nichts liegt also näher, als hier mit der Suche zu beginnen. Dazu braucht man nicht unbedingt ein Labor.

Ein neues Produkt, der »hm-Test« von Hestia macht es auch für den medizinischen Laien möglich. Er besteht aus chemisch beschichteten Teststreifen mit verschiedenen Farbfeldern. Diese Farbfelder reagieren auf Stoffe wie Leukozyten, Nitrit, Eiweiß, Erythrozyten und Glucose, indem sie ihre Farben verändern.

Werden solche Stoffe im Urin entdeckt, dann liegt der Verdacht nahe, daß bei Nieren, Harnwege oder im Stoffwechsel etwas nicht stimmt. Gibt es an drei hintereinander folgenden Tagen mindestens zwei positive Ergebnisse, dann liegt ein relativ sicheres Alarmzeichen vor, und der Patient sollte seinen Hausarzt aufsuchen, denn eine ärztliche Diagnose kann der Test nicht ersetzen.

Eine leicht erfaßte Farbskala auf der Packung erleichtert die Handhabung der Teststreifen.

Der Test sollte als Beitrag gesehen werden, die Dunkelziffer von Nieren-, Harnwege- und Zuckerkrankheiten zu reduzieren und die Chancen des einzelnen Patienten zu erhöhen. Es ist schon einiges wert, wenn man sich im Vorfeld von Wartezimmer und Labor Hinweise über die eigene Gesundheit verschaffen kann. □



Diesen Selbsttest bietet Hestia Pharma unter dem Namen »hm-Test« über die Apotheken an.

Volvic, so gesund wie sein Ursprung

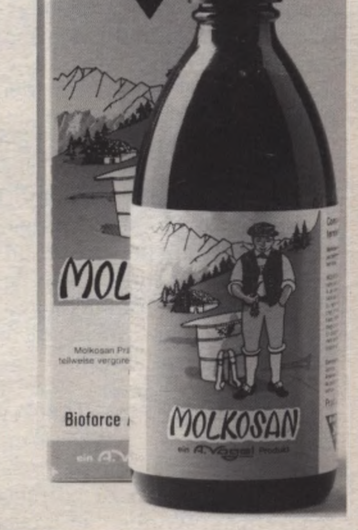


MOLKOSAN

vergorenes Molkenkonzentrat aus Süßmolke.

- zur Anregung der Drüsentätigkeit und der Stoffwechselfunktion
- als Durstlöscher mit Mineralwasser verdünnt (auch für Diabetiker)
- als Trinkkur zum Fettabbau
- als Essigersatz für Salatsoßen usw.
- mit überwiegend L(+)-Milchsäure

Erhältlich in Reformhäusern, Naturkostgeschäften und Fachdrogerien.



Schweizer Produkt



ein A.Vogel-Produkt

Bioforce GmbH, 7750 Konstanz

Naturarzt

Der Tod sitzt im Darm

Alfred Vogel

Schon vor Jahren erkannten einsichtige Forscher die wichtige Aufgabe des Darmes und gelangten dabei zur Überlegung, der Tod könne auch im Darm sitzen. Dem Darm sind nämlich verschiedene Bakterien eigen, von denen es abhängt, ob gesunde oder kranke Zustände im Darm herrschen. Man nennt sie allgemein die Darmbakterienflora.

Es verhält sich mit dem Darm eigentlich ähnlich wie mit dem Erdboden, denn so wie bei diesem genügend Bakterien ausschlaggebend sind, daß er als gesund bezeichnet werden kann, so hängt es auch von einer gesunden Bakterienflora ab, damit der Darm gesund erhalten bleibt. Durch eine gesunde Bakterienflora im Boden entstehen gesunde Pflanzen, die ihrerseits die Tiere wie die Menschen gesund zu erhalten vermögen. Umgekehrt kann ein Boden mit mangelhafter Bakterienflora keine gesunden Kulturpflanzen hervorbringen.

Bei einer gesunden Leber kein Krebs

Gleichermaßen verhält es sich mit der Darmbakterienflora. Wurde diese geschädigt, ohne daß man den Schaden frühzeitig gewahr wurde, um rasche Abhilfe schaffen zu können, dann gehören Gärungen und Fäulnisbildungen zur Tagesordnung. Dieser Umstand wirkt sich für den ganzen Körper schädigend aus und als Folge kann der Darm mit einer Dysbakterie belastet werden. Eine kranke Darmflora ist hauptsächlich als eine Ursache für viele Krankheiten verantwortlich. Vor allem hängen damit die Zivilisationskrankheiten, die heute immer mehr überhandnehmen, zusammen.

Nur der reinigenden Tätigkeit der Leber ist es zu verdanken, wenn der Körper die kritische Lage einigermaßen zu korrigieren vermag. Würde die Leber diesen Vorteil nicht zu bieten vermögen, dann würden die Gifte, die sich durch den kranken Zustand des Darms entwickeln, besonders bei einer Dysbakterie, den Tod verursachen können.

Aber trotz der wunderbaren Fähigkeit der Leber, die eine kritische Dysbakterie durch stetige Reinigung lange Zeit zu verhindern vermag, kann schließlich die Belastung für sie selbst doch zu groß werden. Durch die andauernde Infizierung ermüdet sie, weshalb sie das Blut nicht mehr völlig zu entgiften vermag. Dies kann nun die schlimmsten Krankheiten zur Folge haben.

Die bekannten Krebsspezialisten Dr. Gerson aus den USA und Dr. Blond aus England stellten fest, daß eine gesunde Leber nie zu einer Krebsbildung führen wird, da sie bei ihren Krebskranken stets eine gestörte Lebertätigkeit feststellen konnten.

Dysbakterien entstehen heute vor allem durch die Verabreichung der vielen chemotherapeutischen Heilmittel, wobei in erster Linie die Sulfonamide und die mannigfachen Antibiotika verantwortlich gemacht werden müssen.

Falsche Ansicht über Darmparasiten

Es ist statistisch schwer nachweisbar, wie hoch der Prozentsatz jener Menschen ist, die unter Darmparasiten leiden. Nach meiner Erfahrung mögen in Europa 20 bis 30 Prozent aller Menschen mit irgendwelchen Darmparasiten verseucht sein.

In den heißen Ländern, vor allem in Asien, hatte ich den Eindruck, daß mindestens 50 bis 80 Prozent der Bewohner, in gewissen Gegenden eher noch mehr, durch diese lästigen Schmarotzer geplagt werden. In Asien war ein Arzt der Meinung, daß alle Menschen Würmer oder irgendwelche andere Darmparasiten beherbergen würden, weshalb man sich ganz einfach an diese gewöhnen müsse.

In diesem Zusammenhang mag es sich ergeben, daß man bei Blutuntersuchungen ein verändertes Blutbild feststellen kann, und zwar treten vor allem zu viele cosinophile Blutkörperchen auf, was in der Regel auf eine seit langem bestehende Verwurmung hinweist.

Es ist eine völlig falsche Ansicht, wenn man meint, Darmparasiten gehörten zum normalen Inventar des Darms. Alle Parasiten, also alle Kleinlebewesen, haben neben dem, was sie von ihrem Wirt als Nahrung aufnehmen, noch eine weitere Belastung für ihn zu verzeichnen, nämlich ihren eigenen Stoffwechsel. Die sich daraus ergebenden Stoffwechselprodukte sind deshalb eine wesentliche Belastung, weil sie mehr oder weniger giftig sind und damit eine besondere Schädigung für den Gesamtorganismus darstellen und vor allem die Leber schädigen.

Wenn wir allgemein von Darmparasiten sprechen, denken wir meist nur an die bei uns üblichen Oxyuren und Spulwürmer, während doch noch kleinere Parasiten ihr Unwesen im Darm treiben können. Es handelt sich dabei um allerlei Flagellaten, um Lamblien, Salmonellen und Amöben. Letztere können sogar lebensgefährliche Zustände hervorrufen.

Kinder, die von Spul- oder Madenwürmern befallen sind, leiden meist unter den typischen Zuständen von Bleichsucht, Blutarmut, Appetitlosigkeit, Schlecksucht, Nachlassen in der Lern- und Aufnahmefähigkeit, Zerstreutheit, Energielosigkeit und oft auch an starken Störungen des seelischen Gleichgewichts.

Mit Ausdauer und Geduld

Weder Würmer noch irgendwelche anderen Darmparasiten darf man dulden. Was soll man also dagegen unternehmen? Chemische Mittel können Nebenwirkungen auslösen, wodurch sich wiederum andere Schädigungen ergeben, und bei Naturmitteln muß man darauf achten, daß sie ungenügend wirksam sein können.

Empfehlenswert sind vor allem die aus Papaya hergestellten Präparate, denn sie sind vielen anderen Mitteln vorzuziehen. Dem ist so, weil sie völlig unschädlich sind, und weil sie zudem noch als Verdauungsferment wirken, indem sie das Eiweiß abbauen helfen. Papayasan hat wohl die weitaus stärkste Wirkung, und zwar gegen alle Darmparasiten einschließlich der Amöben, insofern solche noch nicht in die Leber eingewandert sind.

Nach einer Kur mit Papayasan sollte man vier Wochen zuwarten und sie dann wiederholen. Sollte es notwendig sein, dann kann man dieser zweiten Kur nach weiterem Verlauf von vier Wochen eine dritte folgen lassen. Es ist eine erwiesene Tatsache, daß man mit Naturmitteln die Würmer töten kann, nicht aber die Eier, weshalb eine zweite, oder sogar eine dritte Kur notwendig ist, um zu verhindern, daß sich wieder geschlechtsreife Würmer entwickeln können.

Es braucht in der Regel viel Ausdauer und Geduld, bis man bei einigen Darmparasiten einen endgültigen Erfolg verzeichnen kann. Aber die Mühe lohnt sich, wenn man in Betracht zieht, welchen gesundheitlichen Nutzen man daraus gewinnen kann.

Erforderliche Darmpflege

Vor Jahrzehnten noch galt die Behauptung, der Tod sitze im Darm, als ernstzunehmendes Warnsignal. Im Grunde genommen war diese Ansicht keineswegs aus der Luft gegriffen. Es ist eher ein Wunder, daß sich der menschliche Körper mit all den vielen Giften, die im Darm entstehen, irgendwie abzufinden weiß. Die wenigsten von uns kümmern sich ernstlich um Gärungen und Gasbildungen, obwohl diese ein Zeichen typischer Störungen sind.

Nicht nur bei Diarrhöe, sondern auch bei Verstopfung melden

sich in der Regel unangenehme Fäulnisprozesse, ohne daß man rechtzeitig bemüht ist, erfolgreich gegen sie vorzugehen. Diese Umstände tragen dazu bei, die Leber so sehr zu belasten, daß sie ihren Aufgaben, zu neutralisieren und zu reinigen, nicht mehr völlig gewachsen sein kann. Als Folge gehen dann durch die Hohlvene unverarbeitete Gifte ins Blut über, und der Körper beginnt mehr und mehr unter diesem unerwünschten Zustand zu leiden.

Mit der Zeit melden sich auch die vergifteten Zellen, weil sich als logische Folge allerlei Stoffwechselkrankheiten einstellen. Diese können sich sowohl als Rheuma, als Gefäßleiden oder sogar als Krebs äußern.

Wer solche Folgen richtig zu beurteilen weiß, wird früh genug eine gründliche Darmpflege einschalten; denn wir dürfen weder Verstopfung noch Durchfall anstehen lassen, ohne uns dadurch empfindlich zu schaden. Wenn man gegen Diarrhöe nicht richtig vorgeht, kann sie sich sehr hartnäckig behaupten. Sobald man aber darüber unterrichtet ist, wie man ihr begegnen sollte, läßt sie sich verhältnismäßig leicht beheben. Man muß nur vorzügliche Naturmittel wie zum Beispiel das Tormentavena kennen und anwenden. Doch auch Kaffeekohle und Biocarbosan helfen beim Heilungsprozeß mit.

Bei einer Dysbakterie behilft man sich, indem man morgens und abends einen Kaffeelöffel voll Birken- oder Buchenasche in etwas Wasser einnimmt.

Soll aber eine Verstopfung behoben werden, dann hilft in erster Linie eine Rasayana-Kur. Dabei kommen verschiedene arabische und indische Kräutermittel zur Anwendung, mittels derer der ganze Verdauungsapparat gereinigt wird. Nachträglich bedient man sich noch der Vollwert-Weizenkleie, indem man zwei bis drei Löffel dieser Kleie mit Joghurt oder im Vollwertmüsli vermengt, worauf man geraffelte Äpfel oder Beeren beifügt. Die regelmäßige Einnahme dieser Vollwertkleie verhilft schon nach einigen Wochen wieder zu einer normalen Darmtätigkeit.

Die Vollwert-Weizenkleie enthält viele wertvolle Nährsalze und Vitamine, die der Körper nutzbringend aufnehmen wird, während die unverdauliche Zellulose wie eine Bürste die Darmschleimhäute anregt und reinigt.

In hartnäckigen Fällen der Verstopfung kann man auch mit dem Naturprodukt Linoforce nachhelfen. Ebenso nützlich kann Flohsamen, also Psyllium sein, das vor allem im Fernen Osten sehr viel zur Anwendung gelangt. Die Darmschleimhäute werden mit diesem kleinen Samen schön eingeschleimt.

Starke Abführmittel sollte man meiden. Selbst wenn diese pflanzlich sind, ist es nicht ratsam, sie regelmäßig anzuwenden, sondern man soll sie höchstens im Notfall für kurze Zeit gebrauchen. Der Darm gewöhnt sich ohnedies an jedes Reizmittel, wodurch dieses in der Folge wirkungslos wird. Bei spastischer Verstopfung verkrampft sich bekanntlich der Darm, weshalb Belladonna D, und Petasites zur Einnahme angebracht sind. Manchmal ist auch ein pflanzliches Nervenberuhigungsmittel noch dazu erforderlich. □

Der Schweizer Naturarzt Dr. h. c. Alfred Vogel hat seine Erfahrungen in der Leberbehandlung in seinem Buch »Die Leber als Regulator der Gesundheit« niedergelegt. Das Buch ist zu beziehen über den Buchversand Förster, Postfach 5003, D–7750 Konstanz.



FAST NATRIUM-FREI + FAST KOCHSALZ-FREI: SOGAR NOCH UNTER 10 mg/Ltr. Na

EINE UNGEWÖHNLICHE + UMWELTFREUNDLICHE + NATÜRLICHE + REINIGENDE TIEF-NATURQUELLE:
Seit Jahren erfolgreich als tägliches, wohlschmeckendes Trink-, Tee- u. zugleich Heilwasser
REINIGEND + ENTSCHLACKEND + TÄGLICHE SCHLACKENBILDUNGEN IDEAL VERHÜTEND

***

REINES
REINIGENDES
»NATUR-QUELLWASSER«
+
NIEREN-REINIGENDES HEILWASSER

KÖNIGSTEINER HADERHECK-QUELLE Dr. jur. utr. POHLMANN + HEILWASSER + »NATUR-QUELLWASSER«
624 KÖNIGSTEIN IM TAUNUS + IM HADERHECK 4 + »HAUS MIT DER HISTORISCHEN WEINPRESSE«
BGA-Zul. 1588.00: Harngrieß, Steinerkrankungen und Entzündungen der Harnwege
Informationen und preisgünstige Direkt-Belieferungen über Telefon (0 61 74) 50 96

***

Ideal für jung und alt, ja sogar auch Säuglinge: Da noch unter 10 mg/Ltr. Na
Ein täglich trinkbares, da wohlschmeckendes Heilwasser:
Mit natürlichem, reinem Quellwasser-Geschmack (»Süßwasser«, kein »Salzwasser«
Mit »Unter-Sättigung« an Salzen: Deshalb um so größerer Sättigungs-SOG
Mit Germanium, Selen und anderen selteneren Spurenelementen
Mit der Möglichkeit vieler anderer Verwendungsarten (Tel. (0 61 74) 50 96

***

»Natur-Quellwasser« bedeutet nicht nur: Wiederentdeckung des natürlich-reinen, salz-unbelasteten Quellwasser-Geschmacks (Denn: wir sind ja als Landlebewesen von Natur aus auf das Trinken von »Süßwasser« anstelle »Salz-Wasser« eingestellt.

»Natur-Quellwasser« bedeutet zugleich auch: Wiederentdeckung ungewöhnlicher, da natürlicher + umweltschonender Abfüll- und Förderungsweisen – Keinerlei technisch-maschinell-»denaturierender« Eingriff in natürliche Schüttungen und Strömungen – Keine Verwendung von Pumpen, Spritzautomaten oder Abfüllmaschinen (u. a. mit Sterilproblemen – Keine willkürlich-merkantil-wechselnde Absenkung bzw. Wasserspiegel-Reduzierungen: Keine stellen- oder zeitweise »Austrocknungen« von Brunnen- oder Leitungsteilen – Keinerlei technisch-maschineller Pumpen-Sog im ganzen Brunnen- oder inneren Erdbereich – Keine technisch-maschinelle Beschleunigung natürlicher Strömungen: Deshalb u. a. auch keinerlei Wirbel- oder keimgefährdete Luftbildungen in irgendwelchen Leitungsbereichen – Keine Gefahr evtl. Ansaugens etwa »belasteten Grund-, Regen- oder Oberflächenwässer – Keine Gefahr des »Erd- oder Oberflächenaustritts« etc.

STATT DESSEN: Wiederentdeckung des natürlichen, umwelt-schonenden, sogar unterirdischen »SAUGHEBER-PRINZIPS. DAS HEISST: Förderung, Schüttung und Abfüllung ausschließlich nur mit Hilfe natürlicher Naturkräfte ohne Eingriff von Maschinen.

DESHALB UNTER ANDEREM AUCH: Von Natur aus haltbar und einwandfrei – Keinerlei Erfordernis irgendwelcher »hygienischer Behandlung« des Natur-Quellwassers – Keinerlei chemisch-technische Behandlung des Quellwassers.

DAZU AUCH NOCH: Ungewöhnliche, umweltschonende + »über-vollfüllbare« SPEZIAL-WEITHALS-GLASPFANDFLASCHEN – Umwelt-schonende, da »un-chemische«, ungewöhnliche Gläser-Reinigung – Alle Reinigungsvorgänge ausschließlich mit eigenem Wasser, behördlich ausdrücklich als »NIEREN-REINIGENDES HEILWASSER« qualifiziert – Ungewöhnlich langsames Mehrfach-Reinigungs-Verfahren – Keinerlei Verwendung irgendwelcher chemischer Reinigungsmittel oder von »Fremdwässern«

Bitte beachten Sie im Zusammenhang mit obiger »Natrium-Freiheit« die noch wenig bekannten Regeln der neuerdings grundsätzlich geänderten Diät-, EG-, WHO- und Mineralwasser-Richtlinien. Danach ist jede bisher herkömmliche Kochsalz = Natriumchlorid-Reduzierung nur dann sinnvoll, wenn zugleich auch die einseitigen, viel zu überreichlichen und vor allem nicht salz-schmeckbaren, nicht kennzeichnungspflichtigen Natrium-Ionen in Nahrungsmitteln, täglichen Getränken und Wässern vermieden werden können.

– Temperiert am wirksamsten, leicht gekühlt am geschmackvollsten – Günstigste Trinkzeiten: Am meisten morgens, vor und nach jedem Essen sowie vor allem vor dem Schlafen, zu jeder Medikament-Einnahme und auch zur Aroma-Potenzierung als Tee-Zubereitung.

Bitte erfragen Sie günstige Belieferungen und Informationen bezüglich neuartiger Heißdampf-Inhalationen sowie thermaler Porenreinigung zur »Entkalkung« und »Entsalzung« belasteter Haut unter:
Telefon (0 61 74) 50 96

Feuer des Lebens

Die saubere Energie

Josef Oberbach

Der leitende Ingenieur Watras wird täglich wie jeder andere, der die amerikanische Atom-Waffenfabrik Grand Junction auf dem Colorado Plateau betreten will, durch Kontroll-Test-Überwachung auf seinen Zustand der Radioaktivitätsbelastung gemäß gesetzlichen Normen überprüft. Im Werksgelände läuft er wie jeder andere, zum Beispiel auch in Garching, Neuherberg, Hanau oder Karlsruhe mit einem »Geigerzähler« in Bleistiftform herum. Grund: Weil die »Saubere Energie« sauber bleiben muß. Eines Morgens wird ihm das Betreten ein für allemal verboten wegen alarmierender Werte-Überschreitung der Normen. Seine radioaktive Verseuchung wies in Richtung Blutkrebs.

»Wir standen dem Unbekannten hilflos und ahnungslos gegenüber und es war erschreckend«, erklärte Ingenieur Watras den Journalisten. Professor Staples aus New Jersey äußerte sich dazu wie folgt: »Es ist eine völlig neue Situation der Besorgnis, von der niemand etwas ahnte.« Und R.E. Yuhnke meinte dazu: »Es gab niemals eine solche Gefahr! Es ist ein Status der Erwartung, daß eine Krebsbombe hochgeht.«

Ahnungslos gegenüber der Gefahr

Diese unbekannte Blutkrebsbombe heißt Radon. Professor Dr. med. Cohan bestätigt es: »Jeder Staat hat Radon-Gefahren, es ist wirklich ein weltweites Problem!«

Radon ist das schlimmste von den über 100 Zerfallsprodukten des Urans. Dieses Schlangengift des Urans ist das teuerste in der Stromrechnung der Elektrizitätswerke. Dafür jedoch liefern sie es prompt und pausenlos bei Tag und Nacht, auch wenn keine Glühbirne brennt oder ein Lautsprecher tönt.

Jeder Mensch ist dadurch leukämisch gefährdet. Die Mehrzahl der Bevölkerung, vor allem in den Großstädten, ist bereits leukämisch erkrankt, ohne es zu ahnen. Ich bezeichne den Zustand als energetisch verursachte Schein-Leukämie oder leukämischen Pseudo-Zustand, aus dem bei länger andauernder Einwirkung die echte Leukämie wird. Eine weitere Folge der Lymphozytose ist schließlich die Anämie.

Man sollte nicht erwarten, daß ein Fachmann wie der Atom-Ingenieur Watras von »ahnungslos gegenüber der Gefahr« spricht, obschon er auf Schritt und Tritt in allen Werksräumen durch das Piepen der Geigerzähler gewarnt wird.

Es gäbe auf der Erde außer ein paar Wohnhäuser nur Nervenkliniken mit geschlossenen Abteilungen, wenn die Schöpfung uns auch noch die Energien und die Aktivitäten der Elementarteilchen etwa wie schmecken, riechen, fühlen, hören oder sehen ließe bei unserem heutigen Durcheinander von Sendern und Frequenzen für Rundfunk, Fernsehen, Bespitzelung, Telefon, Roboter, Denken und Kochen.

Der letzte Auftrag heißt Krebs

Über alle diese Systeme dringt in uns allen das »Unbekannte« ein, vielgestaltig durch die Haut, mit jedem Atemzug und über die Nahrungsmittel. In unserem Organismus löst es sofort gefährliche Reaktionen aus und schwimmt reaktionsfähig warm gehalten im Blut und Lymphsaft mit, bis es schließlich irgendwo im Körper seinen einzigen und letzten Auftrag als Krebs oder Aids rücksichtslos erfüllt.

Radongas treibt in Form von Strahlungsteilchen wie Aasgeier in der Luft (Korona-Entladungen/Ozon) wie heißhungrige Wölfe in Wäldern (Baumsterben), streunende Hunde um Transformatoren oder kanadischen »black flies« um die Menschen (Leukämie). Dies vollzieht sich mit Hilfe magnetischer Eilzustellung in Lichtgeschwindigkeit über Stromleitungen, an Schalt- und Zähltafeln, Steckdosen, Glühbirnen und elektrischen Geräten aller Art.

Zwar wird von staatlich sanktionierten Experten auftragsgemäß die lebensgefährliche Existenz der Radioaktivität, der Erdstrahlen und der Mikrowellen (Emissionen und Frequenzen) abgestritten. Sie sind es auch, die in ihren Mikrowellen-Kochherden ihr eigenes radioaktives Mittagsmahl garen ohne Feuer und ohne Sauerstoff, wozu das Holzfeuer viele Stunden benötigt und zwar mit Sauerstoff.

Genauso wie in ihren Mikrowellenherden rollt auch der Prozeß in unseren Zellen ab. In beiden Fällen werden die Zellen in Erregung versetzt. Es geschieht aber noch so, wie diese einfältigen Zeitgenossen es mit »Membran-Schwingungen« der Zellen zu erklären versuchen. Es betrifft vielmehr den hochempfindlichen Zellkern, die Genstruktur, die Helix, die DNA mit den Zwei-Wege-Programmen unter Assistenz von Minus und Plus.

Die Plus-Pol-Spannung des Zellkerns und die Minus-Pol-Spannung der Zellhülle stehen bei der gesunden Zelle in einem ausgeglichenen Verhältnis zueinander. Der pH-Wert, das heißt der Säureanteil im Zellwasser ist dabei von ausschlaggebender Bedeutung. Das ausbalancierte Energiepotential der Zelle muß hoch sein, um ihre Aufgabe hundertprozentig zu erfüllen.

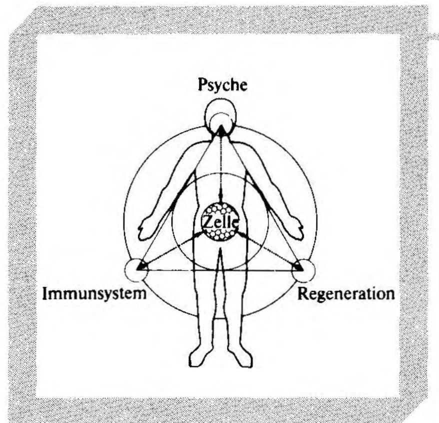
Je gesünder der Mensch ist, desto höher ist sein Zell-Energie-Potential. Im täglichen Arbeitsleben werden uns vergleichsweise diese verschiedenen Situationen immer wieder vor Augen geführt. Der Schwache benötigt für denselben Arbeitsvorgang die doppelte oder sogar mehrfache Zeit wie der Kraftvolle. Und das ist mit »Energiepotential« ausgedrückt.

Die Helixes im Zellkern sind pausenlos in Bewegung, wobei die pluspolige Doppelhelix von der dritten innenliegenden Helix angeregt wird, und darum muß sie minuspolig sein. Die Anregung erfolgt durch Impulse von radioaktiven Atomteilchen aller Art, jedoch bei einer Lawine von diesen, ausgelöst durch Bündelung von natürlichen Erdstrahlungen aus Wasserläufen oder Wasseradern, aus dem Curry-Erdenergie-Netz, kosmischer Energie-Abstrahlung, sowie vor allem aus künstlichen Quellen wie Elektrizität und Mikrowellen von Radar, Sendeanlagen, militärischen und polizeilichen Lasern und Computern überschreitet die Erregungsstärke die biologische Belastungsgrenze.

Überschreiten der biologischen Belastungsgrenze

So kommt es zu überstarken Erregungen, die sich natürlich auf die ganze Zelle einschließlich Membran auswirken. Es entsteht eine Lymphozytose. Die Folgen sind: Riesenwachstum der Lymphozyten; Mutationen; Chromosomen-Entartung; Krebs der Bauchspeicheldrüse, der Leber, der Bronchien; Hautkrebs; Veränderung in den Zellen des Knochenmarks; Neugeborene mit Klumpfuß und Herzfehlern; Wolfsrachen; Mongolismus; Ohrsingen oder Taubheit; Haarausfall; Funktionsstörungen des Nervensystems; Blutungen an Augen, Ohren, Zahnfleisch und Darmausgang; unbekannte Art von Polyarthritis; Zittern; Rötungen; Blauwerden der Fingerspitzen; dunkle Flecken auf der Haut; brennende Schmerzen; Totgeburten; Gehirntumor; Hypochondrie; Blutabnormitäten; Schilddrüsenvergrößerung; Verminderung der Zahl der Granulozyten; Vermehrung der Monozyten und aller eosinophilen Blutzellen. □





Regazell Energen®

– die rein biologische
Zell-Regenerations-Kur
mit Ganzheitswirkung!

Die Konzeption der Wirkstoff-Kombination **REGAZELL ENERGEN** entspricht der Erkenntnis, daß die Erhaltung oder Wiederherstellung des gesundheitlichen Gleichgewichtes nur dann möglich ist, wenn alle zentralen Funktionsbereiche und Regelkreise gleichzeitig mit den erforderlichen, lebensnotwendigen Substanzen versorgt werden. Das Naturheilmittel **REGAZELL ENERGEN** erfüllt diese Voraussetzungen. Denn durch ein praktisch lückenloses Angebot von Zellbausteinen entwickelt sich eine Wirkungsdynamik , die ohne unerwünschte Nebenwirkungen den Zell-Stoffwechsel aktiviert - die Zellfunktionen optimiert. Dadurch wiederum werden gleichzeitig die Regeneration, das Immunsystem und die Psyche positiv beeinflußt. Und zwar im Sinne einer Aktivierung, Regulierung und Stabilisierung. Die naturbelassenen Inhaltstoffe wie Gelée Royale, mikronisierter (für den Organismus verwertbar aufbereiteter) Blütenpollen, Ginseng, Weizenkeimextrakt sowie Weißdorn sind zwar einzeln definierbar, entscheidend ist jedoch ihre Wirkungsdynamik. Denn dadurch wird der Körper mit praktisch allen wesentlichen Substanzen wie Spurenelementen, Mineralstoffen, Aminosäuren, Vitaminen, Enzymen und Co-Enzymen, Proteinen, Lipiden u. v. m. versorgt. **REGAZELL ENERGEN** ist eine rein biologische Zell-Regenerations-Kur zum Einnehmen. Eine Kombination aus Trinkampullen und Kapseln regeneriert den gesamten Zellhaushalt, stärkt die körpereigenen Abwehrkräfte, stabilisiert das Nervensystem und den Blutkreislauf, wirkt Verschleißerscheinungen entgegen, steigert die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit - reguliert das gesundheitliche Gleichgewicht. Zahlreiche Wissenschaftler mit ihren Fach-Publikationen untermauern und erläutern diese Aussagen. Führungskräfte aus Politik und Wirtschaft, Hochleistungssportler und Show-Stars nutzen die Ganzheitswirkung von **REGAZELL ENERGEN** als natürliche Energiequelle seit Jahren.

Zusammensetzung: 1 Trinkampulle zu 10 ml enthält 100 mg Gelée Royale (Weiselfuttersaft), 150 mg Extrakt Panax Ginseng C. A. Meyer (1 : 1), 430 mg Weißdornextrakt aus Früchten (1 : 1), 300 mg Weizenkeimextrakt, gelöst in Met (Honigwein). 1 Kapsel enthält: 625 mg Breitband-Blütenpollen, nach einem patentierten Spezialverfahren mikrofein aufgeschlossen. **Anwendungsgebiete:** Zur allgemeinen Revitalisierung und Regeneration, zur Anregung, Förderung und Stärkung der Organ-, Nerven, und Stoffwechselfunktionen, zur Vorbeugung gegen vorzeitige Alters- und Verschleißerscheinungen. **Packungsgröße und Handelsformen:** Packungen für 40 Tage (40 Trinkampullen und 120 Kapseln). Packungen für 20 Tage (20 Trinkampullen und 60 Kapseln). Rezeptfrei nur in der Apotheke.



Bio-Naturkraft GmbH
Gruber Straße 64, 8011 Poing
Telefon 08121-81095

Naturheilmittel

Bewährung in der Psychiatrie

Nikolaus Bergmüller

Ein Naturheilmittel hat Eingang gefunden in die Behandlung einer psychiatrischen Klinik. Allein diese Tatsache ist schon eine Sensation. Das biologische Präparat »Regazell Energen« wurde bei einer Gruppe besonders schwer gestörter, in einer geschlossenen Abteilung untergebrachten psychiatrischen Patienten angewandt. Vor Kurbeginn wurden die Patienten um ihr Einverständnis gebeten, eine »neue Medizin« zusätzlich zu nehmen, da erfahrungsgemäß bei vielen chronisch gemütskranken Patienten eine Hemmschwelle gegenüber einer Änderung der Medikamente besteht.

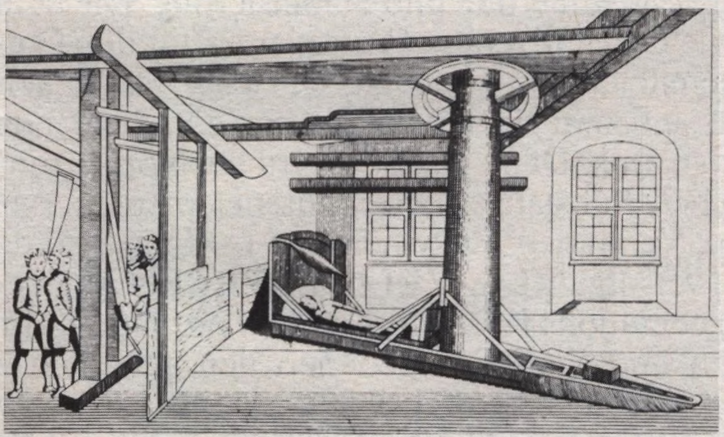
Alle Patienten wurden vor und nach der Kur einer gründlichen psychiatrischen und klinischen Untersuchung unterzogen. Es handelte sich um eine Gruppe von sieben Frauen und zwei Männern.

Die Behandlungsergebnisse im einzelnen

Patient 1, männlich, 30 Jahre alt. Wegen einer besonderen Form der Schizophrenie (Hebephrenie) war er bereits einmal stationär behandelt worden und befand sich jetzt zum zweiten Mal in der Klinik. Er bot verwirrte Gedankengänge, war unausgeglichen, geriet zeitweise in Erregung. Körperlich war eine Kreislaufstörung vorhanden, die Haut war durchscheinend blaß. Der Patient fühlte sich subjektiv sehr schwach.

Nach der Kur zeigte sich eine deutlich besser durchblutete Gesichtshaut. Es kam zu einer Gewichtszunahme von zwei Kilo. Die paranoide Gedankeninhalte waren in den Hintergrund getreten. Der Patient konnte sich besser einordnen, reagierte weniger gereizt und war deutlich belastungsfähiger. Er gab an, sich »wohler« zu fühlen.

Patient 2, männlich 20 Jahre alt. Ebenfalls bereits einmal wegen Hebephrenie stationär behandelt und jetzt zur zweiten stationären Behandlung in der Klinik. Es handelt sich um einen psychomotorisch sehr unruhigen und umtriebigen Patienten mit läppischem Affekt, Danebenreden und paranoiden Gedankeninhalten.





Mit der Drehmaschine wurden psychisch Kranke im 19. Jahrhundert so lange mißhandelt, bis sie »deren Anwendung mehr fürchteten als den Hungertod«. Heute versucht man mit psychotherapeutischer Behandlung den Patienten aus seiner inneren Isolierung zu lösen.

Körperlich fand sich eine hypotone Kreislaufregulationsstörung sowie eine Akne vulgaris an Gesicht und Rücken. Nach der Hälfte der Kur ist der Patient von der Station entwichen. Mit Ausnahme der bis dahin gebesserten Akne zeigte er keinen veränderten Befund.

Eine deutlich frische Gesichtsfarbe

Patient 3, weiblich, 22 Jahre alt. Sie kam zum ersten Mal wegen einer paranoidhalluzinatorischen Psychose in stationäre Behandlung. Wegen eines massiven Rückfalls mit Gefährdung zum Selbstmord wurde sie erneut zur stationären Behandlung eingewiesen.

Psychisch befanden sich bei ihr akustische Halluzinationen, Kontaktstörungen, Impulse zur Selbstverstümmelung sowie ungeordnete wahnhafte Vorstellungen. Körperlich klagte sie über Kopfdruck und Müdigkeit.

Nach Beendigung der Kur zeigte sich im psychischen Befund zwar eine leichte Besserung hinsichtlich der Impulse zur Selbstverstümmelung sowie der Wahnvorstellungen, jedoch könnte dies auch auf eine notwendig gewordene Medikamenten-Änderung zurückzuführen sein. Die Patientin hat jedoch deutlich eine frischere Gesichtsfarbe. Subjektiv fühlte sie sich besser und verfügte über mehr Zuversicht als zuvor.

Patient 4, weiblich, 36 Jahre alt. Sie ist schon seit fast zwanzig Jahren ununterbrochen in stationärer Behandlung wegen einer hebephrenen Psychose mit massiven Erregungszuständen und Persönlichkeitszerfall. Auch bei Kurbeginn fanden sich schwere Erregungszustände, Wahnvorstellungen und hochgradig zerfahrener Gedankengang.

Körperlich fiel die Gesichtsblässe auf und ein klopfschmerzhaftes Nierenlager. Bei der Nachuntersuchung erklärte die Patientin, sie habe die Arznei heimlich wieder ausgespuckt. Der Wahrheitsgehalt dieser Angabe konnte jedoch nicht mit hinreichender Sicherheit überprüft werden. In psychischer Hinsicht fand sich bei ihr ein unveränderter Befund, körperlich jedoch keine Schmerzen mehr am Nierenlager, weiter deutliche Gesichtsblässe.

Patient 5, weiblich, 52 Jahre alt. Bei ihr wurde vor Jahren eine Zyklothyme (Stimmungszustände von übertriebener Heiterkeit bis zu tiefer Traurigkeit; manischdepressives Irresein) festgestellt, zwischenzeitlich waren mehrfach stationäre Behandlungen erforderlich. An körperlichen Erkrankungen waren bekannt Herzrhythmusstörungen, Bluthochdruck und Fettstoffwechselstörung.

In psychischer Hinsicht bot die Patientin bei Kurbeginn ein Zustandsbild mit erheblicher Antriebssteigerung und Rededrang, der sich zu verbal-aggresiven Durchbrüchen steigerte.

Bei der Nachuntersuchung war die Patientin subdepressiv gestimmt, zurückhaltend, unsicher, sorgenvoll über den weiteren Krankheitsverlauf. Die Herzaktion war rhythmisch, die Patientin zeigte eine deutlich frischere Gesichtsfarbe. Im Gegensatz zu vorher benötigte sie keine Schlafmittel mehr.

Patientin 6, 60 Jahre alt, stationär seit 12 Tagen wegen einer paranoid-halluzinatorischen Psychose. Die Patientin war verstimmt, reizbar, litt unter schweren Wahnvorstellungen und Körpermißempfindungen. Körperlich litt sie unter Blähsucht, Bluthochdruck und ansonsten an altersgemäßen Beschwerden.

Patientin fühlte sich gelöster

Nach Kurende war eine Glättung im Verlauf zu verzeichnen. Besonders in der zweiten Kurhälfte waren Wahneinfälle und damit verbundene Angstzustände weniger häufig aufgetreten. Dadurch war die Patientin besser gestimmt, oftmals sogar guter Laune. Sie sagte selbst, es ginge ihr besser. Auffallend die besser durchblutete Gesichtshaut.

Patientin 7, 68 Jahre alt, erstmals wegen Depressionen und Medikamentenmißbrauch in stationärer Behandlung, später dann ununterbrochen in der Klinik, da sie aufgrund ihrer Krankheit ihren Haushalt nicht mehr versorgen kann. Psychopathologisch imponierte die Merk- und Kritikschwäche, Stimmung subdepressiv. Körperlich befand sich eine unter dem Rippenbogen tastbare vergrößerte Leber. Die Patientin klagte über hartnäckige Schlafstörungen.

Bei der Nachuntersuchung wurde eine Gewichtszunahme von fünf Kilo festgestellt. Die Patientin gab an, sie habe einen gesteigerten Appetit. Ihre Psyche war deutlich aufgehellt, Beschwerden werden weniger beklagt. Die Patientin fühlte sich gelöster. Keine Änderung der Schlaflosigkeit.

Patient 8, weiblich, 37 Jahre alt. Sie wird seit Jahren stationär behandelt. Psychisch fand sich ein zerfahrener Gedankengang mit zahlreichen paranoiden Vorstellungen, Antriebsverminderung und flachem Affekt. Körperlich fand sich ein aufgeschwemmt wirkendes Gesicht, Leib gebläht, über beiden Lungen bronchiales Atemgeräusch (starke Raucherin).

Bei Kurende war der Gedankengang geordneter. Die Patientin zeigte erstmals Gefühl für Verantwortung bei gebessertem Antrieb. Unveränderter körperlicher Befund. Die Patientin fühlte sich subjektiv viel besser und frischer.

Patient 9, weiblich, 60 Jahre alt, ununterbrochen stationär behandelt wegen einer Zyklothymie. Sie zeigte einen aggressiv starken Redegang, war ungeheuer umtriebig. Körperlich fiel das sehr blasse Gesicht auf und die trockene Haut.

Bei der Nachuntersuchung war ein besser durchblutetes Gesicht feststellbar. Die Erregung war vollständig abgeklungen, sie war hilfsbereit, unauffällig im Umgang mit anderen Patienten.

Wieder neuen Lebensmut

Auffallend für die Untersucher sowie auch für das Pflegepersonal war die bei sechs Patienten deutlich frischere Gesichtsfarbe als äußerer Ausdruck einer erhöhten Vitalität. Diese Patienten gaben auch an, sich wohler zu fühlen und wieder neuen Lebensmut zu verspüren. Die Reiz- und Verstimmbarkeit, derentwegen die Unterbringung in einer geschlossenen Abteilung notwendig geworden war, war deutlich zurückgetreten. Besonders in der zweiten Kurhälfte kam es zu einer leichten Stimmungsaufhellung und Glättung im Krankheitsverlauf im Vergleich zu den früheren Beobachtungen.

Die bei vielen Patienten gefundene Kreislaufschwierigkeiten mit hohem Blutdruck dürften durch andere Medikamente bedingt sein und konnten durch das Naturheilmittel »Regazell Energen« in der Kur nicht beeinflußt werden.

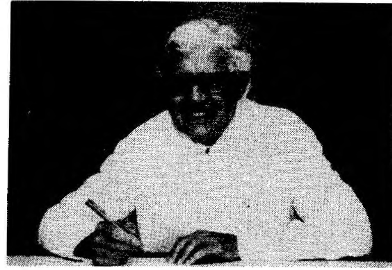
Eines der wichtigsten Ergebnisse dieser kurmäßigen Behandlung mit »Regazell Energen« ist die Tatsache, daß keinerlei Nebenwirkungen beobachtet werden konnten. Die Ärzte waren über die positiven Entwicklungen der Mehrheit der Patienten sehr überrascht und wurden ermutigt, das Präperat in anderer Dosierung unter strengeren Prüfungskriterien erneut einzusetzen. □



Organ des Deutschen Naturheilbundes e. V.
Organ der Gesellschaft für Gesundheitsberatung e. V.

Die Monatszeitschrift für ein gesundes und bewußtes Leben.

»Der Naturarzt« hat seit mehr als 100 Jahren Millionen von Menschen mit Rat für ein gesundes Leben beigestanden und nützt auch Ihnen und Ihrer Familie.



Dr. med. M. O. Bruker ist Schriftleiter der unabhängigen Zeitschrift »Der Naturarzt« und ärztlicher Leiter des Krankenhauses Lahnhöhe, dem überregionalen Zentrum für Ganzheitsmedizin.

Verlangen Sie ein kostenloses Probeheft!

Mit vielen Themen für Ihr persönliches Wohl:

- Gesundheit
- Naturheilkunde
- Homöopathie ● Medizin
- Ernährung ● gesundes Bauen und Wohnen
- biologisch Gärtnern
- Natur- und Umweltschutz.

Dazu Dr. Bruker's ständige Rubrik: Ärztlicher Rat aus ganzheitlicher Sicht.

Fordern Sie ein kostenloses Probeexemplar von »Der Naturarzt« im Verlag Access Marketing GmbH, Zimmersmühlenweg 73, Postfach 5132,6370 Oberursel 54 Telefon 06171/73071

Kennenlern- und Bestell-Gutschein

(Bitte ausfüllen, ausschneiden und auf eine Postkarte geklebt oder im Umschlag einsenden an: »Der Naturarzt« im Verlag Access Marketing GmbH, Postfach 5132, 6370 Oberursel 54)

Ja, ich möchte den Naturarzt kennenlernen. Bitte senden Sie mir ein kostenloses Probeheft. Wenn Sie innerhalb von 14 Tagen nach Erhalt des Heftes nichts Gegenteiliges von mir hören, bin ich damit einverstanden, daß mit der folgenden Ausgabe ein Jahres-Abonnemnt beginnt.
Preis pro Heft DM 3,–, 12 Hefte jährlich DM 36,– incl. Versandkosten und MwSt. Die Bezugszeit beträgt zumindest 12 Monate. Danach ist die Kündigung jeweils 3 Monate vor Ende eines Kalenderjahres möglich.
Hier meine Postanschrift:

Name und Vorname (Bitte Druckschrift)

Straße/Nr.

Postleitzahl / Wohnort

Vertrauens-Garantie

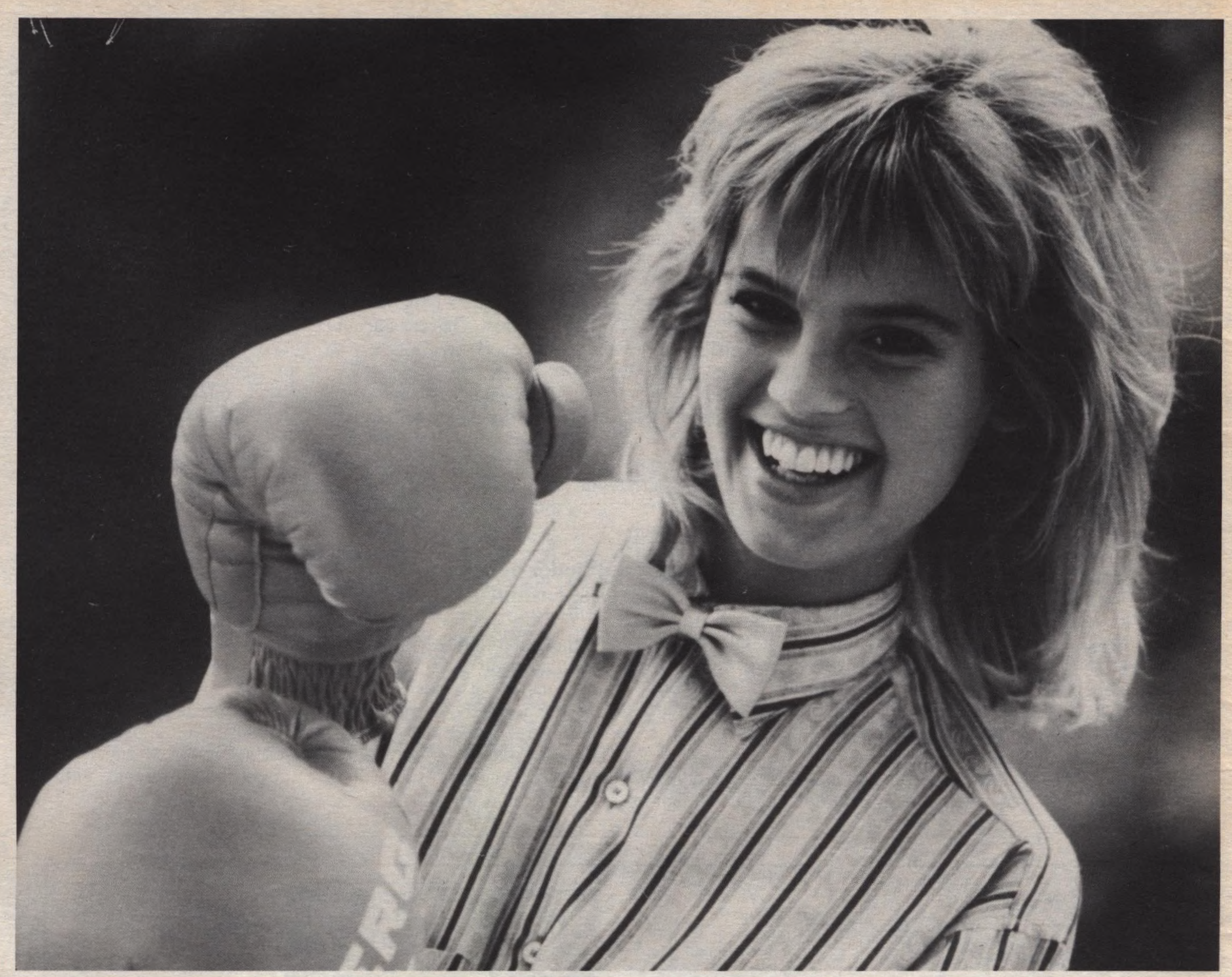
Diese Vereinbarung kann ich innerhalb von 3 Wochen beim Verlag Access Marketing GmbH, Postfach 5132, 6370 Oberursel widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Ich zahle bequem und bargeldlos durch jährlichen Bankeinzug. Inland DM 36,– incl., Ausland plus Porto.

Bankleitzahl Kontonummer

Geldinstitut

Datum Unterschrift



Gesellschaft

Wie man als Frau Karriere macht

Brigitte Rollett

Was unterscheidet Frauen, die in Familie oder Beruf Einfluß haben, von anderen, denen es schwerfällt, im Restaurant den gewünschten Tisch zu bekommen? Weshalb erleben manche Frauen, daß ihre Kinder ihnen Kaffee servieren, weil sie finden, daß ihre Mutter müde aussieht? Während andere Empörung ernten, wenn sie vorsichtig andeuten, daß es aus demselben Grund ausnahmsweise kein warmes Essen gebe?

Weshalb akzeptieren viele Frauen die gesellschaftliche Tradition, daß sie für ein und dieselbe Arbeit weniger Geld als die Männer bekommen? Während es einigen Frauen scheinbar mühelos gelingt, nicht nur gleich viel, sondern mehr Gehalt zu erzielen als ihre männlichen Konkurrenten? Diese Fragen drängen sich besonders auf, seit die Frauenbewegung gesetzliche Grundlagen für die Gleichberechtigkeit erreichte.

Was hindert Frauen?

In Diskussionen über dieses Problem heißt es häufig, daß die patriarchalische Struktur unserer Gesellschaft dies verhindere. Das ist sicher richtig. Doch bleibt die Frage, weshalb Frauen – immerhin 50 Prozent der Gesellschaft – nicht daran gehen, diese Strukturen zu ändern?

Die Erwartung, daß irgendjemand auf dieser Welt Einfluß, Macht, Vorteile freiwillig aufgibt, ist sicher realitätsfern. Um es noch deutlicher zu sagen: Was hindert Frauen eigentlich, ihre Positionen und ihre Einflußmöglichkeiten auszunutzen, um ihren gerechten Anteil zu bekommen?

Daß bei jüngeren Frauen eine Bereitschaft dazu vorhanden ist, zeigt die an unserem Institut durchgeführte Untersuchung. Von 941 Schülern und Schülerinnen der 11. Klasse wiesen die Mädchen eine weniger traditionelle Einstellung zu den Geschlechtsrollen auf als die Jungen. Sowohl Mädchen wie Jungen, die den egalitären Rollenvorstellungen den Vorzug gaben, würden für ein partnerschaftliches Modell in der Familie eintreten. Zumindest in den Werthaltungen scheint sich hier ein Wandel anzuzeigen.

Doch wir scheinen noch weit von der egalitären Gesellschaft entfernt zu sein. Im Rahmen unserer Familienberatungsarbeit wurde deutlich, daß die Entwicklung neuer Rollen und entsprechender Verhaltenserwartungen für Frauen und Männer in einer egalitären Gesellschaft erforderlich ist.

Frauenarbeit mit geringerem Prestige

In der patriarchalischen Gesellschaft verlor jede Arbeit, sobald sie von Frauen übernommen wurde, automatisch ihren Prestigewert. Einer der Gründe dafür ist die Tatsache, daß es kaum Modelle für Führungsverhalten der Frauen gibt, aber sehr viel für dienende, untergeordnete Aufgabengebiete. Entsprechend kann eine Frau eher Lob und Zuwendung erwarten, wenn sie sich unterordnet.

Jedoch bestimmt Konsensbildung, welches Prestige einer Handlung oder einer Position zukommt. Frauen vergessen oft, daß ihre eigene Zustimmung zu einer bestimmten Rollendefinition zwar nicht den einzigen, aber einen ausschlaggebenden Faktor bei der Feststellung seines Prestigewertes darstellt.

Ein klassisches Beispiel für die Beeinflußbarkeit der gesellschaftlichen Wertschätzung einer bestimmten Tätigkeit gibt Mark Twain in seinem Roman »Tom Sawyer«: Tom hat am freien Nachmittag einen Zaun anzustreichen. Als der erste Junge kommt, um ihn deswegen auszulachen, erklärt er ihm kühl, daß er die Arbeit mache, weil er sie gern tut. Es dauert nicht lange, so ist der Junge bereit, Tom etwas für sein Privileg zu bezahlen, sich am Malen zu beteiligen.

Um den Prestigewert zu steigern, ist es daher angebracht, daß man sowohl seine eigene Arbeit schätzt und gleichzeitig dafür sorgt, daß andere sie positiv bewerten. Zu den vielen »Karrierehindernissen« der Frauen gehört die Ideologie, daß sie immer auf den männlichen »Entdecker« warten, der ihren »wahren Wert« erkennt. Oder anders formuliert: Man kann am Arbeitsplatz wahre Wunder vollbringen, ohne daß es jemandem auffällt.

Mindestens ebenso wichtig für die Karriere ist die Erkenntnis, daß die eigene Persönlichkeit eine bedeutsame Rolle spielt.

Wenn es darum geht, welche Eigenschaften Menschen von ihrem Partner oder ihrer Partnerin erwarten, erhält in Meinungsumfragen der Wunsch nach Attraktivität immer den letzten Rang. Im realen Leben ist jedoch das Gegenteil der Fall.

Schon im Kindergarten sind die Mädchen und Jungen beliebter, die als attraktiv eingeschätzt werden. Es wurden Studierende über Art und Anzahl ihrer sozialen Beziehungen befragt. Außerdem schätzte ein Beurteilerteam die Studenten nach ihren Fotos auf einer Attraktivitätsskala ein. Tatsächlich hatten die Gutaussehenden nicht nur mehr Sozialbeziehungen, sondern waren auch zufriedener mit ihnen. Dies gilt besonders für die männlichen Studenten.

Attraktive Menschen sind beliebter

In vielen Untersuchungen wurde nachgewiesen, daß gutaussehende Personen in fast allen Bereichen günstiger eingeschätzt werden. Man hält sie für intelligenter, hilfsbereiter, tüchtiger, interessanter und nimmt an, daß sie im Berufs- und im Privatleben mehr Erfolg haben.

Attraktivität kann vor allem den ersten Eindruck bestimmen und dadurch die Aufnahme positiver Beziehungen erleichtern. Sie wirkt wie eine »sich selbst erfüllende Prophezeiung«.

Interessante Untersuchungen dazu führten Snyder, Tanke und Berscheid durch. Sie ließen Studenten zehnminütige Telefongespräche mit Frauen führen. Zuvor erhielt die Hälfte der Studierenden ein attraktives, die andere ein unattraktives Foto. Nach dem Gespräch mußten sie ihre Telefonpartnerinnen in einer Eigenschaftsliste beurteilen. Partnerinnen, die sie für attraktiv hielten, wurden als gesellig, selbstsicher und humorvoll bezeichnet. Während die »Unattraktiven« als ungesellig, linkisch und humorlos beschrieben wurden.

Tonbandaufnahmen der Telefonate zeigten überraschenderweise, daß sich die Frauen tatsächlich so verhalten hatten: warm, charmant und humorvoll die einen – kalt, ungeschickt und humorlos die anderen. Ursache dafür war aber die Art, wie sie von den Männern angesprochen wurden. Meinten diese, mit einer attraktiven Partnerin zu telefonieren, so zeigten sich die Studenten eifrig, engagiert, leicht ansprechbar. Im anderen Fall verhielten sie sich geschraubt und zeigten wenig Interesse. Damit erstickten sie die Ansätze zu einer Konversation bereits im Keim.

Ein solcher Wechselwirkungsprozeß ist grundlegend für soziale Beziehungen. Positive Reaktionen der Sozialpartner beeinflussen das eigene Selbstwertgefühl. Dadurch gelingt es einem, mehr Sicherheit zu zeigen und auf die anderen überzeugender zu wirken. Wie wichtig dieses günstige Selbstwertgefühl ist, konnten Untersuchungen zeigen: Menschen mit hohem Selbstwertgefühl werden von anderen positiver beurteilt.

Läßt sich das positive Vorurteil beeinflussen?

In unseren eigenen Untersuchungen konnten wir feststellen, daß dies möglich ist. Für den Versuch nahmen wir acht Fotos von vier jungen Frauen. Vier der Fotos zeigen sie in ihrer alltäglichen Aufmachung. Vier weitere Fotos mit Frisur und Make-up, die ihrem Typ entsprachen. Die Fotos wurden in zufälliger Reihenfolge Männern und Frauen vorgelegt. Sie sollten in diesem Versuch diese Frauen nach Intelligenz, Zielstrebigkeit, Einfallsreichtum, Entschlossenheit, Geschicklichkeit, Aktivität, Einsatzfreude und Flexibilität auf einer fünfstelligen Notenskala beurteilen.

Es zeigte sich, daß die Fotos, auf denen die Frauen attraktiv frisiert und geschminkt waren, erheblich günstiger beurteilt wurden.

Besonders vorteilhaft wirkte ein nicht allzu spektakuläres Make-up. Ein zu ausgefallener Stil kann unter Umständen als Bedrohung aufgefaßt werden und damit negative Reaktionen provozieren. Das zeigte unsere Erfahrung.

Die protestantischen Kirchen im Sog des Kommunismus

Die im letzten Jahr veröffentlichte Schrift ist nun bereits in 3. Auflage erschienen. – Aber die Kirchen schweigen beharrlich . . . Darf das Volk nicht erfahren, wie Amtskirchen und Weltkirchenrat den Terror in Afrika finanziell und moralisch unterstützen?

Autor: Dr. jur. B. C. Bäschlin, 44 Seiten, SELVAPIANA-Verlag, CH-6652 Tegna. Preis 14.– DM/12.– sfr. Direkt beim Verlag (Porto inbegriffen) oder im Buchhandel.

Vergleiche DIAGNOSEN, Hefte Oktober und November 1985.

Sonderpostwertzeichen mit Zuschlägen

FÜR DIE JUGEND 1986



mit dem Thema

HANDWERKER

helfen, aktuelle Probleme der Jugendhilfe zu lösen.

HELFEN AUCH SIE MIT

Verlangen Sie vom 10. April bis 30. September an den Postschaltern ausdrücklich

JUGENDMARKEN

Wie man als Frau Karriere macht

Es ist daher keine vergebliche Liebesmühe, wenn seit Jahrtausenden Frauen versuchen, durch kosmetische Mittel und Kleidung ihre Attraktivität und damit ihr subjektives Wohlbefinden zu erhöhen. Zwar kann Aussehen Sicherheit nicht ersetzen, es kann aber mithelfen, positive Erstreaktionen zu provozieren, die eine Kontaktaufnahme erleichtern.

Interessanterweise ist man bei attraktiv wirkenden Personen auch eher bereit, Fehler zu tolerieren. Allerdings dürfen sie ein gewisses Maß nicht übersteigen. Es handelt sich hier um den – auch aus anderen Bereichen bekannten – »Hof-Effekt«: Positive Urteile in einem Bereich beeinflussen das Urteil in anderen Bereichen.

Machen sie sich nur für andere schön?

Ein weiteres Karrierehindernis in Familie und Beruf ist die durch lange Traditionen festgelegte Opferhaltung vieler Frauen. Sie haben ein schlechtes Gewissen, wenn sie etwas für sich selbst tun. Sie sehen nicht, daß ein Lebensplan, der darauf abgestellt ist nur durch andere zu leben, leicht zu tiefen Gefühlen des Unbefriedigtseins führen muß.

Viele Frauen gönnen sich nicht einmal eine anständige Mahlzeit, wenn Mann und Kinder nicht da sind, für die man eigentlich kocht. Neue Kleider macht nur Spaß, wenn man sie für jemand anderen anzieht. Ein gepflegtes Äußeres erlauben sie sich nur, wenn ein Partner die Mühe legitimiert. Fehlt er, dann »läßt man sich gehen« und merkt oft zu spät, daß man damit ein Stück seiner eigenen Persönlichkeit aufgegeben hat.

Hierher gehören auch die leidigen Geschenke zu Weihnachten oder zum Geburtstag. Sie müssen unbedingt von jemand anderem kommen, will man nicht in »tiefe Depressionen« versinken. So schön ein Geschenk sein mag, soll man sich nicht davon emotionell abhängig machen. Auf dem Weg zur selbständigen und damit einflußreichen Persönlichkeit muß man lernen, für sein emotionelles Gleichgewicht selbst verantwortlich zu sein.

Ich frage Frauen gern, warum es so schwer ist, Männern Geschenke zu machen. Die Antwort lautet meist: Weil sie alles, was sie brauchen schon haben. Männer haben gelernt, sich alles, was sie möchten, einfach zu kaufen. Frauen haben oft Hemmungen, sich ähnlich zu verhalten. Selbst wenn sie als Berufstätige über eigenes Geld verfügen. Zumindest fühlen sie sich vom Schicksal schlecht behandelt, daß sie sich ihre Wünsche selbst erfüllen müssen. Hierdurch werden unbewußte Abhängigkeiten geschaffen.

Für sich selbst etwas zu tun und dies ganz naiv genießen zu können, stellt daher ein Stück Selbstbefriedigung dar. Sei es die tägliche Körperpflege, die man zu einem angenehmen Erlebnis ausgestaltet, die Freude an der selbstgewählten Kleidung, einer guten Mahlzeit, an der selbstgestalteten Freizeit oder was es immer sein mag.

Das so gewonnene Selbstvertrauen und Gefühl der Unabhängigkeit stellt allerdings nur eine notwendige, keine hinreichende Bedingung für den Erfolg dar. Besonders wenn es um berufliche Karriere geht, stehen Frauen oft überkommene Rollenvorstellungen im Wege.

Die falschen Rollen der Frau

In Beruf und Familie werden Frauen meist falsche, besser gesagt ungünstige Rollen angeboten. Von der Familie kann beispielsweise die Rolle der Nur-Hausfrau allzu leicht als Nur-Putzfrau, Nur-Dienerin der großen und kleinen Paschas verstanden werden.

Mehr als die Hälfte aller Arbeitsstunden, die erbracht werden müssen, damit unsere Gesellschaft leben kann, werden im Haushalt geleistet. Hausfrau ist daher einer der wichtigsten und verantwortungsvollsten Berufe überhaupt.

Es wird oft darüber gerätselt, wie viel die Arbeit einer Hausfrau wert sei. Dafür gibt es eine einfache Berechnungsgrundlage: Um eine einzige Mutter zu ersetzen, braucht man nicht weniger als vier Angestellte. Drei Schichten zu acht Stunden auf fünf Tage verteilt. Plus mindestens eine weitere Kraft für den Samstags- und Sonntagsdienst.

Jeder Fabrikarbeiter nimmt für sich in Anspruch, daß Kurzpausen während der Arbeit selbstverständlich bezahlt werden. Untersuchungen über die Arbeitszeit der Hausfrau zeigen jedoch überraschenderweise eine völlig andere Berechnungsgrundlage: Nur jene Zeiten, in denen die Frau arbeitet, werden von der zuständigen Behörde zusammengezählt. Die Wartezeiten, die Zeiten für das Händewaschen, aber auch die Bereitschafts- und Aufsichtszeiten werden nicht mitgerechnet.

Diese weitverbreitete Einstellung führt dazu, das »bißchen Hausarbeit« auch in den Augen der Frau selbst zu entwerten. Dies geschieht, obwohl man bereit ist, für eben dieselbe Arbeit fremden Hilfskräften einen hohen Stundenlohn zu bezahlen. Wer seine Arbeit selbst nicht schätzt, muß sich nicht wundern, wenn andere sie um so weniger anerkennen.

Als die Rolle der Hausfrau und Mutter die einzige, befriedigende Lebensaufgabe für Frauen war, hatte der Kampf um den geeigneten Mann einen extrem hohen Stellenwert. Es war für die Frau lebensnotwendig, in diesem Kampf Sieger zu sein. Sie mußte in der Lage sein, andere auszustechen.

Zwar ist durch die Frauenbewegung vieles von dieser alten Rollenvorstellung abgebaut worden. Aber die Einsicht, daß kooperatives Verhalten auf weiten Strekken wichtiger ist, hat sich noch nicht immer genügend verbreitet.

Die Furie und die hilflose Nörglerin

Wenn Männer sich in harten Konfliktsituationen durchzusetzen wissen, so sind sie harte Verhandler. Frauen, die sich genauso verhalten, werden nur zu leicht als unweiblich, schwierig, kurz als Furie verurteilt. Frauen, die sich hart durchsetzen können, sind daher meist im Unrecht.

Es hat gezeigt, daß eine Frau, die gegebenenfalls auch energisch durchgreifen will, zunächst ihre Position festigen muß. Günstig ist es erst in einer Konfliktsituation, in der man eindeutig im Recht ist, demonstrativ Härte zu zeigen. Der Fall muß klar liegen, daß auch neutrale Kollegen und Kolleginnen es billigen.

Die ständig keifende Frau, die es immer besser weiß, aber sich nie mit ihrem besseren Wissen durchsetzen kann, gibt es auch im Berufsleben. Es sind die Frauen, die in Konfliktsituationen ihre Hilflosigkeit zunächst akzeptieren, indem sie sich nicht wehren. Die aber dann die Zustimmung der Kollegen und Kolleginnen einholen, daß sie – falls sie sich durchgesetzt hätten – eigentlich im Recht gewesen wären. Besser ist es, nach einem Mißerfolg zur Tagesordnung überzugehen und sich zu überlegen, wie man ihn das nächste Mal vermeidet.

Das Sekretärinnen-Syndrom

Es ist die gefährlichste Rolle der Frau überhaupt. Jeder tüchtigen Frau – in welcher Position auch immer – werden alle unangenehmen Arbeiten zugeschoben. Macht sie diese gut, dann ist es das Verdienst des Mannes, der sie ihr gegeben hat. Er hat sie damit zu seiner »Sekretärin«, sprich Hilfskraft gemacht. Geht es schief, lag der Fehler allein bei der unfähigen Hilfskraft, mit der man nichts zu tun hat.

Das Sekretärinnen-Syndrom hat aber noch viele subtilere Seiten: Gibt es eine Information zu besorgen, etwas zu holen oder zu bringen, versuchen manche Männer bei den anwesenden Frauen in befehlendem Ton den Eindruck zu erwecken, daß sie eigentlich dafür verantwortlich sind. Dies kann auch einfach dadurch geschehen, daß sich Männer demonstrativ nicht von der Stelle rühren, um irgendeine notwendige Leistung zu erbringen. Sei es das Abdrehen eines tropfenden Wasserhahns, das Schließen eines Fensters, Öffnen einer Tür auf ein Klopfen hin bis zum Besorgen der dringend benötigten neuesten Computerausdrucke. Manche Frauen, die die-

ses Spiel nicht durchschauen, sind sogar stolz darauf, daß sie in Notsituationen rasch eingegriffen haben.

Männer erwarten oft, daß ihnen Frauen Kaffee eingießen, obwohl die Kanne vor ihnen steht. Sie ersuchen Kolleginnen, ihnen doch eben mal schnell etwas zu besorgen oder ein Telefongespräch mit der Familie abzunehmen. Sie würden meist nie daran denken, dieselbe Dienstleistungen von ihren männlichen Kollegen zu fordern.

Frauen brauchen mehr Lob

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Unter guten Freunden sind solche Hilfsdienste durchaus üblich. Dann allerdings ist es keine »Einbahnstraße«. Unter nicht befreundeten gleichgestellten Kollegen bedeuten sie den Versuch, die Frau in eine zweitrangige Rolle zu drängen.

Warum gelingt es so oft, Frauen in diese falschen Rollen zu drängen? Vergleichende Untersuchungen kommen immer wieder zu dem Ergebnis, daß Frauen, um mit ihrer Arbeit zufrieden zu sein, sehr viel mehr am Lob durch Vorgesetzte und Arbeitskollegen gelegen ist als Männern. Lob war durch Jahrhunderte die Scheidemünze, mit der Frauen für ihre untergeordnete Position entschädigt wurden.

Frauen müssen daher lernen, sich vom Lob anderer unabhängiger zu machen. Wenn die Arbeit selbst Spaß macht, wenn Frauen lernen, aus ihrer eigenen Leistung Befriedigung zu ziehen, sind sie auch in der Lage, auf Lobsprüche zu verzichten. Vor allem auf solche, die nur dazu eingesetzt werden, um sie in der einen oder anderen Weise in ihrer Dienstbarkeit festzuhalten.

Strategien, die eine Karriere tatsächlich unterstützen können, sind pragmatisch aufgebaut. Dazu gehört die Bereitschaft hart zu verhandeln, wenn es um wichtige Dinge, beispielsweise um das Gehalt und Zuständigkeitsbereiche geht. Aber auch das Zeigen von Nachgiebigkeit in Kleinigkeiten. Bereitschaft mehr zu leisten als andere, wobei fünf Prozent Mehrarbeit in der Regel 100 Prozent mehr Erfolg bedeuten. Allerdings ist hier Vorsicht geboten: Wer eine Arbeit ohne Aufstiegsmöglichkeiten zu gut ausfüllt, wird nicht weiter befördert. Flexibilität und Mobilität, Chancen müssen sofort ergriffen werden, auch wenn sie mit Unbequemlichkeiten verbunden sind.

Die wichtigste Regel für Frauen, die sowohl im Beruf als auch in der Familie Karriere machen möchten, ist: Haushalt und Kinder so durchzuorganisieren, daß sie auch in Krisenzeiten funktionieren.

Im übrigen machen dieselben Eigenschaften, die einer berufstätigen Mutter die Karriere erleichtern, auch den Kindern das Leben in einem solchen Haushalt angenehm: Erziehung zu Unabhänigkeit und Selbständigkeit, sowie zum gegenseitigen Vertrauen.

Gute Arbeitsplanung und partnerschaftliche Gestaltung des Familienlebens gehören ebenso dazu. Genau wie die Bereitschaft der Ehepartner, sich wechselseitig in ihrer beruflichen Arbeit zu unterstützen.

Trennung von Beruf und Privatleben

Von keinem Mann wird erwartet, daß er bei Vorstellungsgesprächen ausführlich über seine Frau und seine Kinder Auskunft gibt. Bei Frauen wird das so gut wie immer thematisiert, und zwar meist mit negativen Vorzeichen.

In der Tat hat das Privatleben bei Frauen einen besonders hohen Stellenwert. Sie haben auch ein großes Bedürfnis, von ihren familiären Verhältnissen zu sprechen. Doch allzu leicht wird ihnen dies als ein Eingeständnis ausgelegt, daß der Beruf für sie nicht so wichtig ist.

Hier empfiehlt sich eine klare Trennung: Für die berufstätige Frau sollte, genau wie für den berufstätigen Mann, die Familie zum Privatleben gehören, das man nur guten Freunden offenlegt, die natürlich auch aus dem Arbeitsbereich stammen können. □

Professor Dr. Brigitte Rollett ist Leiterin der Abteilung für Entwicklungspsychologie und pädagogische Psychologie am Psychologischen Institut der Universität Wien.

Diagnosen

Das zeitkritische Magazin

Verlag DIAGNOSEN GdbR, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11

Herausgeber und Chefredakteur: Ekkehard Franke-Gricksch

Redaktion: Gunther Burkhardt, Heinz M. Schwan

Layout: Grafik Design Team

DIAGNOSEN erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.

DIAGNOSEN hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitschrift »The Spotlight«, einer wöchentlichen populistischen Zeitschrift aus Washington. Im Rahmen dieses Abkommens werden eine Reihe nationaler und internationaler Beiträge übernommen und in die deutsche Sprache übertragen. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Corporation, 300 Independence Ave., S. E. Washington, D. C. 20003, USA.

DIAGNOSEN kostet als Einzelheft DM 6,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 60,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

DIAGNOSEN darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

DIAGNOSEN veröffentlicht Beiträge, die urheberrechtlich geschützt sind. Mit Namen gezeichnete Beiträge stimmen nicht in jedem Fall mit der Meinung und Auffassung des Herausgebers und der Redaktion überein; hierfür liegt die Verantwortung beim Autor. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, sind vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf (abgesehen von den Ausnahmefällen der §§ 53, 54 UrhG, die unter den darin genannten Voraussetzungen zur Vergütung verpflichten) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben vorbehalten.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt der Herausgeber keine Haftung.
Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

DIAGNOSEN kann im Abonnement bezogen werden. Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen oder der Verlag DIAGNOSEN, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

Vertrieb Handel im In- und Ausland: Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Herstellung: Greiserdruck (Satz und Reproduktionen). Karlsruher Straße 22. D-7550 Rastatt.

Druck: Medro-Druck GmbH, D-6951 Obrigheim

ISSN 0171-5542

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift DIAGNOSEN erhalten Sie am 26. November 1986 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er DIAGNOSEN nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.

Briefe

Betr.: One-World-Bewegung »Der göttliche Wille«, Nr. 9/86

Wer eine List durchschaut – läßt sich nicht betrügen; und wer erkennt, was andere mit ihm Verbrecherisches vorhaben, läßt sich nicht verführen.

Die Verteidigung gegen den von »Auserwählten« geführten psychologischen Krieg erfordert eine gründliche öffentliche Erörterung über die Waffen, die sie in den »Protokollen der Weisen von Zion« selbst niedergeschrieben haben.

Würde der oben angeführte feste Standpunkt eingehalten, dann ließen sich die Völker nicht mehr gegeneinander aufhetzen, keine Glaubens- und Bürgerkriege führen, sondern es würden die ihnen in den Protokollen angelasteten Fehler und Schwächen sowie die von den Feinden mißbrauchte Gutmütigkeit – den Völkern zu denken geben. Das Erkennen der Wahrheit ließe sie ihr Schicksal fest in die eigene Hand nehmen und im Sinne des »Göttlichen Willens« gestalten.

Wie ist es nur möglich, daß diese selbstverständliche Verteidigung nicht erfolgt?

Die Antwort steht in den Protokollen (ebenso in dem Buch »Wer regiert die Welt« Seite 285): »Es ist uns schon jetzt (1897) gelungen, die Gedankenwelt der nicht jüdischen Gesellschaft in einer Weise zu beherrschen, daß fast alle Nicht-Juden die Weltereignisse durch die bunten Gläser der Brillen ansehen, die wir ihnen aufgesetzt haben.«

Nur so konnte es dazu kommen, daß Herr Wiesenthal, der – wie vor ihm sein Landsmann Herr Kaufmann (er gab vor 40 Jahren die Parole heraus »Germany must perish«) – zu einem Massenmord an Deutschen aufrief, mit dem »Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland« ausgezeichnet wurde.

Der also geehrte Herr Wiesenthal sagte in Zürich am 18. November 1969 vor jüdischen Studenten: »Etwa 7 Millionen Deutsche sind Mörder und Verbrecher – und die Mörder von morgen werden erst geboren und diese sind schon im embryonalen Zustand ein für allemal auszurotten.«

Es gilt also: Die Irregeführten müssen die Brillen mit den bunten Gläsern ablegen, damit sie wieder klar sehen.

Karla Rutkowski, Fachbach

Betr.: In eigener Sache »Jüdische Führer nehmen Stellung«, Nr. 6+9/86

Die Zuschrift des Herrn H. Werding aus Stade, nach Angabe selbst Jude, zur mosaischen Zinsgesetzgebung ist geradezu sensationell, da sie erstmals von jüdischer Seite das Eingeständnis enthält, daß »die einzigste Motivation des Exils das Geschäft mit dem Zinsnehmen ist, weil in der Thora geschrieben steht, von dem Fremden sollst du Zinsen nehmen«. Ebenso wird damit zugegeben, daß »die von Zinseszinsen und vom Horten leben, sich mehr nehmen, als sie geben, damit einen unheilbaren Riß hervorrufen in dem Zusammenhang des gesellschaftlichen und durch die Naturgesetze des Lebens vorgeschriebenen Stoffwechsels«.

Mir ist nicht bekannt, daß sich jemals ein Mitglied des jüdischen Volkes, das sich in seiner Mehrheit dieser »einzigsten Motivation des Geschäfts mit dem Zinsnehmen« hingibt, mit solcher Offenheit zu dem Geständnis durchgerungen hat, daß durch die Zinswucherpraxis dieser Mehrheit der »Name Jude in aller Welt zu einem Schimpf für Profitzieher« geworden ist. Liegt hier nicht die eigentliche Wurzel des die Geschichte des Verhältnisses der Juden zu den »Fremden in dem Land, in dem sie lebten« bestimmenden »Antisemitismus«, die für die rabbinischen Geschäftemacher mit der jüdischen Holokausttragödie das große Tabu ist? Darf ich der Ergänzung halber Herrn H. Werding auf die entsprechenden Stellen im 5. Buche Moses verweisen, in dem wir lesen:

Kap. 15., 5/6: »Denn der Herr, dein Gott, segnet dich, wie er es verheißen hat, so daß du vielen Völkern leihen kannst, ohne selbst entlehnen zu müssen, und daß du über viele Völker herrschest, ohne selbst von einem (Volk) beherrscht zu werden.« 7.: ». . . verschließe nicht deine Hand deinem armen Bruder!« 8.: »Vielmehr sollst du ihm deine Hand öffnen und ihm gern leihen, was er in seiner Not braucht, in die er geraten ist.«

Kap. 23, 20 und 21: »Von deinem Volksgenossen darfst du keine Zinsen verlangen, weder für Geld noch für Speise, noch sonst für etwas, was man auf Zinsen leihen kann!« 21.: »Vom Fremden darfst du Zinsen fordern, von deinem Volksgenossen aber nicht, damit dein Herr, dein Gott, dich segne in allen Werken deiner Hände in dem Lande, in welches du ziehst, um es in Besitz zu nehmen.«

Kap. 28, 13: »Dann kannst du vielen Völkern leihen, ohne selbst entleihen zu müssen. Der Herr macht dich zum Haupte und nicht zum Schwanz. Du steigest immer höher und nicht tiefer, (doch nur) wenn du den Satzungen des Herrn gehorchst, die ich dir heute zur Beobachtung und Befolgung vorlege.« 15.: »Hörst du aber nicht auf den Herrn, befolgst und beobachtest du nicht alle seine Satzungen, dann kommen über dich und treffen dich alle Flüche . . .«
43.: »Der Fremdling, der bei dir weilt, steigt immer höher und höher über dich empor, du aber sinkst immer tiefer herab. Er leiht dir, doch du kannst ihm nicht leihen, er wird zum Haupt, du aber zum Schwanz.«

Zum Verständnis dieser Verse dient im besonderen die Verheißung im 5. Vers des 15. Kapitels: »Aber nur, wenn du getreulich auf die Stimme des Herrn, deines Gottes, hörst und dein Augenmerk auf die Beobachtung all seiner Satzungen richtest, die ich dir heute vorlege.«

Welches Licht fällt von daher auf die mehrtausendjährige Tragödiengeschichte des weltweiten »Antisemitismus«, wenn wir beim Propheten Ezechiel im Kap. 18/Ziff. 10/13 lesen: »Wenn er aber . . . auf Wucher gibt, Zins nimmt: sollte der leben? Er soll nicht leben, sondern, weil er solche Greuel alle getan hat, soll er des Todes sterben; sein Blut soll über ihm sein.« – Sollte den späten Nachkommen des todesrichterlichen Propheten etwa jedes Wissen um die metaphysische Gerichtsansage gegen die Zinswucherer aller Zeiten, welcher Provenienz und Couleur auch immer, entgangen sein?

Auch vor dem blutigen Hintergrund von Auschwitz und Dresden, von Hiroshima und Tschernobyl wird der Prophet in der Verlängerung ihrer apokalyptischen Risikoperspektiven seine Endbilanz ziehen. Weil er um die allerletzte Unterscheidungslinie zwischen den wirklichen Tätern und Mittätern des Unheils und ihren ewig gleichen Opfern auf der Strecke zu unterscheiden weiß und ihre todbringenden Drahtzieher offen beim Namen ruft.

Josef Kastner, Linz

Betr.: Zionismus »Das Geschäft mit Spenden«, Nr. 9/86

Die jüdischen Propheten des Alten Testaments sagten nicht nur künftiges Geschehen voraus, sondern sprachen auch als Zeitkritiker unbequeme Wahrheiten aus. In der Gegenwart treten ebenfalls Juden in Erscheinung, welche die israelische Regierung und andere jüdische Persönlichkeiten kritisieren und das nicht nur in jüdischen Medien.

Auch in der Schweiz geben »kritische Juden« kritische Communiqués heraus, wie Raffael Ullmann, Zürich, im israelitischen Wochenblatt Nr. 36/86 berichtet. Für manche Juden ist solche Kritik jedoch ein Ärgernis. Not-wendige Kritik aber soll sachlich und aufbauend sein. Zu kritisieren entbindet nicht vom Liebesgebot, das Mose und Jesus gegeben hat.

Wer in dieser Aussage einen Widerspruch sieht, möge sich erinnern, daß beispielsweise in der Nazizeit mehr Kritik von Deutschen aus aller Welt an der deutschen Führung viel Unheil hätte verhindern können. Natürlich besteht die Gefahr, daß durch mißbilligende Äußerungen Antipathien entstehen.

Im Falle des Tadels an israelischen Führern, oder anderen jüdischen Personen können leicht antijüdische Gefühle geweckt werden. Kommt jedoch bei den Kritikern, und besonders auch bei den Medien, welche ablehnende Äußerungen von jüdischen Mitbürgern verbreiten, eine grundsätzlich pro-jüdische Haltung zum Ausdruck, so wird der Leser nicht verallgemeinern.

Will man die Ereignisse im Nahen Osten verstehen, so muß man über die Geschichte Israels, die in der Bibel aufgezeichnet ist, nachdenken. Daß das Volk Israel in den vielen Jahrhunderten der Fremdherrschaft, Verbannung und Zerstreuung nicht untergegangen ist und sich mit anderen Völkern nicht verschmolzen hat, läßt sich nur daraus erklären, daß über dieser Nation besondere Verheißungen stehen. Schon im Ersten Buch Moses heißt es in Kapitel 12. Und der Herr sprach zu Abraham: »Gehe aus deinem Vaterland und von deiner Freundschaft und aus deines Vaters Haus in ein Land, das ich dir zeigen will. Und ich will dich zum großen Volk machen und will dich segnen und dir einen großen Namen machen, und sollst ein Segen Sein.« Aber in 3. Mose 26.33 wird als Strafe für den Abfall von Gott die Zerstreuung unter die Nationen vorausgesagt: »Euch aber will ich unter die Heiden streuen, und das Schwert ausziehen hinter euch her, daß euer Land soll wüst sein und eure Städte zerstört. Und ihr sollt umkommen unter den Heiden, und eurer Feinde Land soll euch fressen.« Andererseits sagt der Prophet in Hesekiel 37.21: »Siehe ich will die Kinder Israel holen aus den Heiden, dahin sie gezogen sind, und ich will sie allenthalben sammeln und ich will sie wieder in ihr Land bringen.«

Die moderne Wendung der jüdischen Geschichte begann mit Theodor Herzl, dem Begründer des Zionismus. Herzl – in Wien geboren – war Rechtsanwalt und verfaßte 1896 die Schrift »Der Judenstaat«. Viele Juden wurden wieder mit Hoffnung erfüllt. 1897 fand in Basel der erste jüdische Weltkongreß statt. Wunschziel war, das Land der Väter wieder als Heimstätte zu erhalten.

Bald studierte auch England diesen Fragenkomplex, bot den Juden jedoch die ostafrikanische Kolonie Uganda als Heimat an. Der jüdische Weltkongreß des Jahres 1903 erklärte aber: Das Land oder kein Land! Nach dem Ersten Weltkrieg kam Palästina unter englische Mandatsregierung. Wenige Jahre später wurde Palästina in der Balfour-Deklaration als Nationalheimstätte der Juden erklärt.

Aus über 60 Ländern kamen immer mehr Juden zurück nach Palästina. Die Spannung zwischen Arabern und Juden wuchs. Dem Zwang der Verhältnisse nachgebend legte England schließlich die Mandatsregierung nieder, und am 15. Mai 1948 wurde der Staat Israel ausgerufen. In der Verfassung bekennt das Volk: »Wir, das Volk Israel, sagen in Demut Dank dem Allmächtigen, der uns befreit hat vom Joch des Exils und uns zurückgeführt ins Land unserer Väter.«

Aus Wüste ist durch vieler Hände Arbeit fruchtbares Land geworden. Städte sind entstanden. Die althebräische Sprache wird wieder gebraucht, in den Gesetzen, im Parlament wie in den Zeitungen.

»Zionismus« ist der Name für eine Bewegung des Politisch-Religiösen Judentums. Er soll die Sehnsucht des jüdischen Volkes nach dem Lande Israel (Zion) und seine Heimkehr dorthin zum Ausdruck bringen«, schreibt Dieter Braun in seiner jüdischchristlichen Zeitschrift »Morgenland« 4/79.

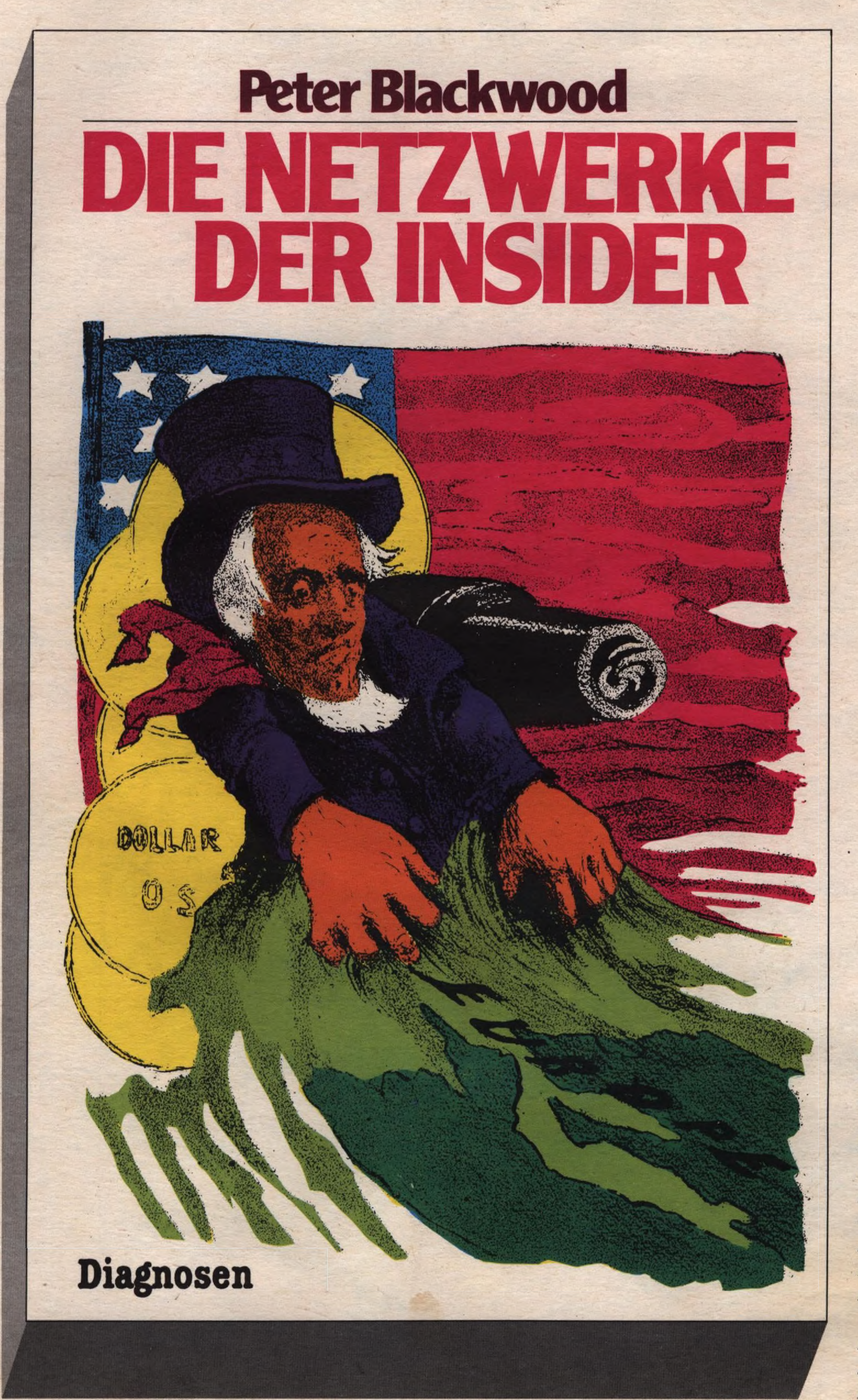
Emil Rahm, Hallau

»Die Welt wird von Persönlichkeiten regiert, die sehr anders sind, als man meint, wenn man nicht hinter die Kulissen schauen kann«, meint Benjamin Disraeli.
Dieses Buch informiert über diese massive Verschwörung – einer »verborgenen Hand«, einer »geheimen Kraft«, die die Nationen der Erde in den endgültigen Zusammenbruch führt, damit eine gottlose, totalitäre »Weltherrschaft« errichtet und rücksichtslos durchgesetzt werden kann.



Des Griffin: »Wer regiert die Welt?« mit den Protokollen der Weltdiktatur.
328 Seiten mit 60 Abbildungen. DM / SFR 22,– ISBN 3-923864-01-9
Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg · Zu beziehen über den Buchhandel

Eine gottlose Gesellschaft operiert weltweit, um über die Finanzen und die marxistische Ideologie das politische Ziel einer Weltregierung zu erreichen. Diese internationalistische Gruppe, die die »Neuerschaffung der Welt« will, versteckt sich hinter vielen Namen in verschiedenen Gremien. Mit ihrem Geld wollen sie die ganze Welt unter ihre Herrschaft bringen. Dieses Nachschlagewerk informiert über die Arbeit, die Pläne und die Ziele der Internationalisten.



Peter Blackwood: »Die Netzwerke der Insider«, ein Nachschlagewerk über die Arbeit, die Pläne und die Ziele der Internationalisten. 408 Seiten mit vielen Abbildungen DM/sfr 30,– ISBN 3-923864-02-7 Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg. Zu beziehen über den Buchhandel.